



Landtag von Baden-Württemberg

115. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 11. Dezember 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 9:32 Uhr

Mittagspause: 12:57 bis 14:02 Uhr

Schluss: 20:26 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6877	Abg. Joachim Kößler CDU	6897
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Ulrich Müller	6877	Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	6898
Begrüßung des französischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Nicolas Eybalin	6882	Abg. Hans-Martin Haller SPD	6899
1. Aktuelle Debatte – Auf den Anfang kommt es an – der grün-rote Ausbau der Kleinkindbetreuung – beantragt von der Fraktion der SPD	6877	Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6900
Abg. Christoph Bayer SPD	6877, 6885	Beschluss	6901
Abg. Tobias Wald CDU	6879	b) Einzelplan 05: Justizministerium – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6005 . .	6901
Abg. Muhterem Aras GRÜNE	6881, 6885	Abg. Bernd Hitzler CDU	6901, 6913
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6883, 6886	Abg. Jürgen Filius GRÜNE	6903
Staatssekretärin Marion von Wartenberg	6883, 6887	Abg. Sascha Binder SPD	6905
2. Aktuelle Debatte – 25 Jahre nach friedlicher Beendigung der SED-Herrschaft und dem Mauerfall – Zusammenarbeit der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg mit dem rot-rot-grünen Linksbündnis in Thüringen? – beantragt von der Fraktion der CDU	6887	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	6908
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	6887	Minister Rainer Stickelberger	6909
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	6889	Beschluss	6913
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	6892	c) Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6008 . .	6914
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	6893	Abg. Paul Locherer CDU	6914
Minister Peter Friedrich	6895	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	6918
3. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959		Abg. Thomas Reusch-Frey SPD	6920
a) Einzelplan 01: Landtag – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6001	6897	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	6923
		Minister Alexander Bonde	6925
		Beschluss	6929
		d) Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6009	6930
		Abg. Wilfried Klenk CDU	6931
		Abg. Manfred Lucha GRÜNE	6933
		Abg. Rainer Hinderer SPD	6936

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6938	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-	
Ministerin Katrin Altpeter	6940	regierung – Gesetz zur Änderung des Landesbe-	
Beschluss	6943	solidungsgesetzes Baden-Württemberg und an-	
		derer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache	
		15/5933	
e) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima		Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschus-	
und Energiewirtschaft – Beschlussempfehlung		ses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache	
und Bericht des Ausschusses für Finanzen und		15/6021.	6975
Wirtschaft – Drucksache 15/6010	6944	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	6975
Abg. Ulrich Lusche CDU	6944, 6956	Abg. Alexander Salomon GRÜNE	6977
Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	6947	Abg. Johannes Stober SPD	6978
Abg. Johannes Stober SPD	6948	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	6979
Abg. Andreas Glück FDP/DVP.	6950	Ministerin Theresia Bauer	6979
Abg. Gabi Rolland SPD.	6951	Beschluss	6982
Minister Franz Untersteller	6952		
Beschluss	6957	5. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petiti-	
f) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und		onsausschusses zu verschiedenen Eingaben –	
Infrastruktur – Beschlussempfehlung und Be-		Drucksachen 15/6173, 15/6174, 15/6175, 15/6176 . .	6982
richt des Ausschusses für Finanzen und Wirt-		Beschluss	6982
schaft – Drucksache 15/6013	6958	6. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fach-	
Abg. Nicole Razavi CDU	6958	ausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von	
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6961	Abgeordneten – Drucksache 15/6123	6982
Abg. Hans-Martin Haller SPD.	6963	Beschluss	6982
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP.	6965	Nächste Sitzung	6982
Minister Winfried Hermann.	6967		
Beschluss	6974		

Protokoll

über die 115. Sitzung vom 11. Dezember 2014

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 115. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr erteilt.

Krankgemeldet ist Kollege Paul Nemeth.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Herr Minister Reinhold Gall und Herr Minister Andreas Stoch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute einen Jubilar in unserer Runde: Unser Kollege Ulrich Müller feiert heute einen runden Geburtstag. Im Namen des Hohen Hauses darf ich Ihnen, Herr Kollege Müller, dazu herzlich gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Ulrich Müller
CDU nimmt Glückwünsche entgegen.)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Auf den Anfang kommt es an – der grün-rote Ausbau der Kleinkindbetreuung – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededauer von 40 Minuten mit der üblichen Abfolge festgelegt. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich verweise auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die SPD-Fraktion erhält Kollege Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Auf den Anfang kommt es an.“ Das ist ein richtig schöner, ein griffiger, ein richtiger und wichtiger Slogan. Dieser kommt in politischen Reden oft flüchtig daher, aber wirklich ernst genommen, wirklich zum Programm gemacht, wirklich systematisch in politische Praxis umgesetzt wurde der Aspekt der U-3-Betreuung und der Frühförderung von dieser grün-roten Landesregierung. Deswegen jetzt vorab auch hier einmal herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Vom Himmel gefallen ist das alles nicht. Dazu notwendig waren ein jahrelanger Paradigmenwechsel und eine ganz mutige finanzpolitische Schwerpunktsetzung dieser Regierung.

Zunächst zum Paradigmenwechsel: Im Jahr 1899 – long, long ago – hat ein Arzt den damaligen Mainstream in einem Satz formuliert, der lautet:

Die frühzeitige Entwicklung des kindlichen Gehirns ist von Übel.

Danach waren dann die Aufsichtsdamen in Kinderkrippen gehalten, möglichst nicht zu reagieren, wenn die Kinder schreien, und sämtliche Anforderungen von außen irgendwie fernzuhalten.

Meine Damen und Herren, es soll auch noch heute den einen oder anderen geben, der frühkindliche Bildung als ein tragisches Missverständnis oder auch – das habe ich gelesen – als kollektive Kindesmisshandlung betrachtet. Aber im Großen und Ganzen ist diese Debatte vorbei. Die Zeit ist über solche Anschauungen hinweggegangen. Wir wissen aus der Entwicklungspsychologie und aus der Hirnforschung: Babys und Kleinkinder brauchen sensible Erwachsene, die feinfühlig auf ihre Bedürfnisse reagieren, und dazu ein Umfeld, das reich an Anregungen ist.

Jetzt kann man natürlich fragen: Ist es gut, oder ist es schlecht, ein kleines Kind für einen Teil des Tages in einer Kita oder bei einer Tagesmutter unterzubringen? Der britische Entwicklungspsychologe Jay Belsky wurde auch oft in dieser Weise gefragt. Er hat genervt eine Gegenfrage gestellt:

Ist es gut oder schlecht für die Gesundheit, häufig außer Haus in Restaurants zu speisen?

Denn es kommt darauf an, was man in diesen Restaurants zu sich nimmt, wie es gekocht wird, wie viel man davon isst. Ich möchte diese Metapher nicht überstrapazieren. Richtig ist: Es ist für Kinder gut, wenn sie sich an Bezugspersonen binden können, die sie kennen, die verlässlich verfügbar sind und die auch auf die Bedürfnisse der Kinder reagieren können, auch auf die Bedürfnisse nach Bildung. Es gibt viele Familien, die diese Bedürfnisse selbst nicht oder nicht in vollem Umfang erfüllen können.

Genau hier, meine Damen und Herren, setzt unsere politische Verantwortung ein, und zwar sehr, sehr facettenreich: bildungspolitisch, sozialpolitisch, familienpolitisch, gesellschaftspolitisch bis hin zu wirtschaftspolitischen Aspekten.

Der Nachholbedarf war in den vergangenen Jahren enorm groß. Wir haben uns sehr konsequent auf einen Weg begeben. Dieser ist noch nicht zu Ende, aber er hat schon jetzt eine erkennbare Erfolgsspur hinterlassen. Wir haben die Schlusslichtposition verlassen, wir sind im Ranking weit nach vorn

(Christoph Bayer)

gekommen. Wir haben vielen geholfen, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Wir haben die Kommunen in die Lage versetzt, ihrer Verantwortung auch wirklich gerecht werden zu können. Dafür waren große Anstrengungen notwendig. Wir reden von 1 Milliarde € in Summe.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

1 Milliarde €; darauf sind wir – lassen Sie mich das sagen – richtig stolz.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Erst durch den Pakt für Familien mit Kindern hat die frühkindliche Betreuung in diesem Land so richtig Fahrt aufgenommen. Das war überfällig, und zwar, weil erstens der Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsstrukturen zu einem immer wichtiger werdenden Standortfaktor geworden ist und weil zweitens damit ein Beitrag – das ist mir als Bildungspolitiker besonders wichtig – zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zu früherer Sprachförderung geleistet wird. Ich meine das in Bezug auf die Familien sowohl ergänzend als auch kompensatorisch.

Bei diesem Pakt ist es nicht geblieben. Im aktuellen Doppelhaushalt werden die Mittel für die Kleinkindbetreuung um weitere 190 Millionen € erhöht. Damit beträgt die Landesbeteiligung an der Kinderbetreuung 660 Millionen € im Jahr 2015 und 795 Millionen € im Jahr 2016. Zudem wird im nächsten Jahr ein Landesinvestitionsprogramm in Höhe von insgesamt 50 Millionen € aufgelegt. Zwei Drittel der Betriebsausgaben werden gefördert. Dazu stehen wir. Wir lassen die Kommunen nicht im Stich.

(Zuruf: Bravo!)

So werden wir es schaffen, mittelfristig über 100 000 neue, zusätzliche Betreuungsplätze in diesem Land bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun zum Rechtsanspruch: Das ist zugegebenermaßen ein nicht ganz einfaches Thema. Die befürchtete Klagewelle ist – bis auf Einzelfälle – ausgeblieben. Der Ausbau im Land geht insgesamt gut voran, wenn auch gerade in Ballungsgebieten wie hier in Stuttgart noch weitere große Anstrengungen notwendig sind.

Zum letzten Stichtag – der war im März dieses Jahres – wurden hier 76 000 Kinder unter drei Jahren betreut. Das ist eine Steigerung um 8 000 Plätze innerhalb eines Jahres. Damit liegt Baden-Württemberg beim Ausbautempo deutlich über dem bundesweiten Schnitt. Zur Erinnerung: 2006 war Baden-Württemberg nach Zahlen des Statistischen Bundesamts Schlusslicht. In kurzer Zeit gab es also einen deutlichen Sprung nach vorn. Auch das ist ein Erfolgsindikator.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die quantitative Seite ist das eine, die qualitative das andere. Hier spielt die Frage nach der Gewinnung von Fachkräften eine ganz besondere Rolle. Ich erinnere nur – weil wir das hier schon oft behandelt haben, kann ich es kurz machen – an die praxisintegrierte Ausbildung. Über 1 400 Schülerinnen und

Schüler werden im Schuljahr, im Ausbildungsjahr 2014/2015 diese Ausbildung begonnen haben. Die Zahlen steigen, sie steigen weiter, und sie zeigen eines: Dadurch können auch zusätzliche Gruppen für diesen Beruf begeistert werden, z. B. auch Männer. Ich meine, das ist eine gute Botschaft.

Natürlich gilt auch für uns: Wer schnell viele Plätze schafft, der darf die Frage nach der Qualität nicht aus den Augen verlieren. Denn nur qualitativ wirklich gute Angebote erfüllen ihren Zweck, ihren pädagogischen Zweck, ihren familienpolitischen Zweck und ihren gesellschaftspolitischen Zweck. Die Forderungen nach noch mehr Ganztagsbetreuung und nach noch mehr Inklusion werden uns zusätzliche Anstrengungen abverlangen.

Mit dem Flexibilisierungspaket haben wir gemeinsam einen Weg gefunden, Ausbau und Qualität in einer gewissen Weise auszutarieren. Das war ein nicht ganz einfacher Balanceakt. Aber verstecken, meine Damen und Herren, müssen wir uns auch nicht.

Baden-Württemberg ist im U-3-Bereich mit einem Betreuungsschlüssel von 3,3 Kindern pro Vollzeitlerzieherin und -erzieher nach Bremen bundesweit führend. Das ist insgesamt eine sehr gute Ausgangsposition. Auch das ist ein Erfolgsindikator.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nun komme ich zu meinem letzten Stichwort, zur Kindertagespflege. Beim Ausbau der frühkindlichen Entwicklung spielt sie eine wichtige Rolle, die immer wichtiger wird. Die Zahl der Tagesmütter und der Tagesväter steigt, auch die Zahl der von ihnen betreuten Kinder steigt. Laut KVJS waren es in diesem Jahr erstmals über 20 000.

Im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuung der unter Dreijährigen werden fast 14 % von der Tagespflege abgedeckt.

Bild und Selbstverständnis von Kindertagespflege haben sich stark gewandelt. Hier ist die Arbeit des Landesverbands nicht hoch genug zu veranschlagen. Wir werden deshalb seitens der Fraktionen den Landesverband im kommenden Doppelhaushalt finanziell fördern, und zwar mit einer Summe von 50 000 € jährlich.

Ich möchte schließen mit einer persönlichen Bemerkung, einer Bemerkung, die mir am Herzen liegt. Es geht in vielen Debatten – in bildungspolitischen ganz besonders – immer um ein Mehr und um ein Besser. Deswegen glaube ich, es stünde uns Politikerinnen und Politikern, und zwar nicht nur den Fachpolitikerinnen und -politikern, immer gut an, bei jedweder Möglichkeit auf die hervorragende Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher hinzuweisen und im gleichen Atemzug auch eine angemessene Vergütung einzufordern. Das möchte ich hier an dieser Stelle ausdrücklich tun.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Karl-Wilhelm Röhm CDU und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Meine Damen, meine Herren, mit dem systematischen Ausbau der Kindertagesbetreuung befinden wir uns auf einer Erfolgsspur. Auf dieser Spur gehen wir weiter. Wir werden dabei den Qualitätsaspekt nicht aus den Augen verlieren, und

(Christoph Bayer)

wir werden in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Land und Kommunen vielen Kindern einen noch besseren Start ins Leben ermöglichen. Wir werden die Familien entlasten, wir werden die soziale Infrastruktur im Land weiter verbessern. Alles in allem ist das ein Glanzlicht dieser Regierung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel der heutigen Aktuellen Debatte gelesen habe, musste ich schmunzeln. Gestern habe ich einen Anruf von einer Erzieherin bekommen, die meinte: „Da will sich Grün-Rot feiern lassen.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zu Recht, Herr Kollege! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, bei geplanten Steuermehreinnahmen von 2,5 Milliarden € für die Jahre 2015 und 2016

(Abg. Walter Heiler SPD: Das war wohl eine Erzieherin aus den eigenen Reihen!)

kann man selbstverständlich auch die Haushaltsansätze für die Kleinkindbetreuung weiter erhöhen, auch finanziert durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die Frage für mich und für viele Erzieherinnen und Erzieher im Land ist nur: Kommt das Geld auch zielgerichtet an? Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder in unserem Land liegen in der vorrangigen Verantwortung der Eltern. Auftrag des Staates, des Landes und der Kommunen ist es, die Eltern bei der Wahrnehmung dieser verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit man Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren kann.

Ich denke, in den letzten Jahren ist in der frühkindlichen Bildung vieles geschehen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Gutes!)

Der Orientierungsplan wurde eingeführt. Programme wie „Singen – Bewegen – Sprechen“ wurden eingeführt. Die Zahl der Betreuungsplätze auch für Kinder unter drei Jahren wurde wesentlich erhöht. Wir, die CDU, meine Damen und Herren, setzen immer auf den Dreiklang in der Familien- und Kinderpolitik:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schlusslicht waren wir unter der CDU! Schlusslicht!)

auf die qualifizierte Betreuung in Kindertagesstätten mit flexiblen Öffnungszeiten, auf das Betreuungsgeld für Familien mit Kindern unter drei Jahren und auf die individuelle Betreuung durch die engagierten Tageseltern in unserem Land.

Bei der Erhöhung der Mittelzuweisungen für die frühkindliche Bildung muss aber eine gleichberechtigte Förderung erfolgen.

Wie bereits angesprochen wurde, ist beim Ausbau der Kita-Plätze vieles passiert. Es geht hier nicht mehr nur um die Ausstattung der Betreuungsplätze, sondern es geht um gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsqualität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es müssen dringend die Rahmenbedingungen für Tagesmütter, Tagesväter und die engagierten Fachkräfte in den Kindertagesstätten optimiert werden. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.

Mit dem Orientierungsplan, der seinerzeit von der CDU eingeführt worden ist, haben wir gemeinsam mit vielen Bildungsexperten den Bildungsauftrag der Kindertagesstätten ausgeweitet. Neueste Erkenntnisse der Frühpädagogik, der Entwicklungs- und Motivationspsychologie sind in diesen Orientierungsplan eingeflossen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Wald, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schwarz?

Abg. Tobias Wald CDU: Gern am Schluss.

Wir hatten den Orientierungsplan eingeführt; das war bundesweit ein Leuchtturmprojekt. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, haben seinerzeit in der Opposition gefordert: „Wir wollen einen flächendeckenden Ausbau des Orientierungsplans.“ Aber nichts ist passiert.

Halten wir fest: Verbindliche Einführung des Orientierungsplans – Fehlanzeige. Eine wesentliche Qualitätsverbesserung? – Nichts passiert.

Nächstes Beispiel: Ausbau der von der CDU-Landesregierung eingeführten Bildungshäuser, die eine optimale Verzahnung von Grundschule und Kindertagesstätte, von Eltern und Erzieherinnen und Erziehern sowie Pädagogen in den Schulen ermöglichen. Alle sagen: Das ist ein ganz tolles Projekt, Bildungshäuser müssen ausgebaut werden. Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, die Landesregierung hat da aber nichts getan. Es hat keinen weiteren Ausbau der Bildungshäuser gegeben. Neuanträge wie in Marbach – u. a. von der Gemeinderatsfraktion der Grünen gefordert – wurden abgelehnt. Auch beim Ausbau der Bildungshäuser Fehlanzeige, nichts passiert. Neuanträge abgelehnt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Viel zu teuer!)

Im Koalitionsvertrag hatten Sie den Bürgerinnen und Bürgern Inklusion für alle versprochen. Auch bei dem wichtigen Thema „Inklusion in der Kleinkindbetreuung“ gibt es kein schlüssiges, kein pädagogisches Konzept und keinen Finanzierungsplan. Halten wir fest: Inklusion in der Kleinkindbetreuung – Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dass eine anspruchsvolle Betreuung nur von gut ausgebildetem und qualifiziertem Personal ausgeführt werden kann, da sind wir uns alle einig, denke ich. Mit dem Ausbau der Be-

(Tobias Wald)

treuungsplätze gehen viele Maßnahmen einher, die auch den notwendigen Zuwachs von Fachkräften sicherstellen. Deshalb haben wir gemeinsam auch den Fachkräftecatalog erweitert, leider aber ohne die von der CDU-Fraktion geforderte umfangreiche Evaluation. Das Kita-Bündnis für Baden-Württemberg hat unsere Forderung unterstützt und ebenfalls eine Evaluation – eine richtig gute Evaluation – gefordert.

Durch die Erweiterung des Fachkräftecatalogs und die neuen Wege der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern – Stichwort PIA – konnte der Fachkräftemangel gemildert werden.

Aber wir müssen in diesem Bereich weiterarbeiten, meine Damen und Herren. Wir müssen Qualität und Weiterbildung gemeinsam voranbringen. Da fehlen mir die Konzepte. Es gibt von Grün-Rot keine Konzepte in der Fort- und Weiterbildung. Fehlanzeige.

Meine Damen und Herren, damit wir die Betreuungsqualität für die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten in Baden-Württemberg verbessern können, schlägt die CDU-Fraktion einige Maßnahmen vor. Beispielsweise schlagen wir vor, den Anrechnungsschlüssel von PIA bei den Auszubildenden abzuschaffen. Derzeit können pro Azubi bis zu 0,4 Stellenanteile angerechnet werden. Das funktioniert in der Praxis aber nicht. Wenn Sie einmal mit Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas sprechen, sagen die ganz klar: Die sind wochenlang in der Schule; das funktioniert so nicht. Wir können auf dieser Basis keine gute Betreuung sicherstellen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Freie Einrichtungen machen das mit 0,4!)

Ferner müssen wir die Anerkennungsregelungen verbessern: Es kann nicht sein, dass Erzieherinnen aus NRW, die hierher nach Baden-Württemberg kommen, weil sie hier eine verbesserte berufliche Chance sehen, nur schlecht anerkannt werden. Wir müssen Strategien zur Rückgewinnung von Fach- und Assistenzkräften entwickeln. Bei uns im Land gibt es viele Mütter, die Erzieherinnen sind, die jedoch einige Jahre wegen der Betreuung der eigenen Kinder aus dem Beruf ausgestiegen sind. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit wir sie wieder besser in den Beruf zurückholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen auch den demografischen Wandel berücksichtigen. Meine Lieblingserzieherin ist noch heute in der Kita tätig –

(Vereinzelt Heiterkeit)

nach 40 Jahren. Es kann doch nicht sein, dass diese Erzieherin noch weiterhin Kinder im Sandkasten betreut. Da brauchen wir Konzepte.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Beispielsweise im Bereich der Bildungshäuser kann man noch einiges entwickeln.

Bei allen Punkten, die ich aufgezählt habe – die Probleme kennen Sie, weil Sie auch, wie ich weiß, Gespräche mit dem Kita-Bündnis führen –: Fehlanzeige.

Kommen wir nun – Herr Bayer hat es auch angesprochen – zur dritten Säule in der Kleinkindbetreuung, der Kindertagespflege. Das ist mit über 20 000 Kindern, die betreut werden, ein sehr erfolgreiches Modell. Im Jahr 2013 hat die CDU-Landtagsfraktion auch hier verbesserte Rahmenbedingungen gefordert, beispielsweise die Kostenbeiträge der Eltern für die Kindertagespflege in der Gebührentabelle flächendeckend zu harmonisieren und die Vergütung der Tagespflegeeltern zu entbürokratisieren. Auch hier gilt: Auf dem Papier steht es, aber fragen Sie einmal die Tageseltern im Land, wie es in der Praxis aussieht: schlecht. Hinsichtlich der Unterstützung des Tagesmütterverbands Baden-Württemberg bei einer Werbekampagne, z. B. bei TigeR, ist nichts passiert. Auch beim weiteren Ausbau der Kindertagespflege im ländlichen Bereich ist nichts passiert.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wo leben Sie denn?
– Zuruf von den Grünen: Was?)

Halten wir noch einmal fest: Mittel im Haushaltsplan wurden dafür zunächst gar nicht eingestellt, sondern erst durch einen fraktionsübergreifenden Antrag wurden Mittel für die Tageseltern zur Verfügung gestellt. Meines Erachtens ist das ein Armutszeugnis.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Erzieherinnen und Erzieher, die Eltern und Träger unserer Kindertageseinrichtungen, das Kita-Bündnis, die Gewerkschaften, alle sind hier engagiert, aber alle wollen keine Mittel nach dem Gießkannenprinzip, sondern zielgerichtete Fördermaßnahmen. Ich denke, wir sollten gemeinsam die Konzepte gegen die Probleme, die ich aufgeführt habe, entwickeln. Noch einmal: Es geht hier nicht nur um die Betreuungsplätze, sondern es geht um die Qualität zum Wohl der Kinder und Eltern in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Glück
FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was ist mit meiner Frage, Herr Kollege?)

– Oh! Entschuldigung!

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Möchten Sie die Frage noch zulassen?

Abg. Tobias Wald CDU: Selbstverständlich.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön, Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Wald, Sie haben den Orientierungsplan, den Fachplan für Kindertageseinrichtungen so gelobt. Das ist unzweifelhaft ein gutes Werk. Können Sie mir sagen, warum die CDU-Fraktion den Orientierungsplan in der letzten Legislaturperiode nicht für verbindlich erklärt hat und warum die CDU-Fraktion auch jetzt keine Anträge gestellt hat, den Fachplan für verbindlich zu erklären?

(Abg. Georg Wacker CDU: Personalschlüssel wurde verbessert!)

Abg. Tobias Wald CDU: Herr Kollege, wir haben hier einiges getan.

(Zuruf: Was?)

Der Orientierungsplan war am Anfang ein gutes Modell, das wir gern weitergeführt hätten. Aber 2011 kam dann die Landtagswahl dazwischen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Sie können davon ausgehen, Herr Kollege Schwarz, dass wir nach der Falschfinanzierung Ihres Haushalts zukünftig Mittel zur Verfügung stellen werden, damit wir den guten Orientierungsplan auch wirklich flächendeckend einführen können.

Herzlichen Dank.

(Abg. Walter Heiler SPD: Da klatscht nicht einmal die CDU! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem lieber Kollege Wald! Als ich mich auf diese Debatte vorbereitet habe, habe ich mich wirklich gefragt, wo Sie wohl anfangen werden zu motzen. Denn es gibt bei diesem Thema einfach nichts, woran Sie Kritik üben könnten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: Typisch grün! Keine Kritik zulassen! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das überlassen Sie bitte uns, was wir zu diesem Thema sagen! – Zurufe von der CDU)

– Wissen Sie, es wäre auch einmal ein Zeichen von Stärke, zu sagen: Jawohl, etwas ist gut,

(Zuruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

dazu stehen wir, wir finden es gut, was geschehen ist. Setzen Sie sich doch mit den Kommunen zusammen. Reden Sie doch einmal mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wann haben Sie zum letzten Mal mit dem Kita-Bündnis gesprochen?)

Ohne die grün-rote Landesregierung hätten sie den Rechtsanspruch gar nicht erfüllen können; da wären die Kommunen von einer Klagewelle überflutet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich sage nachher noch ein paar Sachen zu Ihren Geschichten. Ich finde es einfach unredlich, wenn man sich hier hinstellt und Unwahrheiten erzählt. Das, was Sie hier erzählen, ist einfach nicht in Ordnung.

(Abg. Tobias Wald CDU: Was konkret?)

– Ganz konkret beispielsweise Inklusion.

(Abg. Tobias Wald CDU: Was haben Sie da gemacht?)

– Im Interesse der Inklusion haben wir den Fachkräftecatalog hinsichtlich dessen erweitert, wo multiprofessionelle Fachkräfte arbeiten können.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das funktioniert in der Praxis aber nicht!)

– Wir haben die Rahmenbedingungen geschaffen. Wenn es vor Ort nicht funktioniert, dann muss man das vor Ort mit den Kommunen besprechen.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat die Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Der Titel dieser Aktuellen Debatte ist absolut richtig: „Auf den Anfang kommt es an ...“. Es geht nämlich darum, ob wir im Interesse der Kinder in unserem Land solche Rahmenbedingungen schaffen, dass sie später ein zufriedenes, auskömmliches und selbstbestimmtes Leben führen können. Daran müssen wir eigentlich alle interessiert sein. Es kommt auf den Anfang an. Diese Erkenntnis ist schon längst durch wissenschaftliche Studien belegt; das ist jetzt nicht eine Floskel oder sonst etwas von uns. Deshalb ist der wesentliche Beitrag, den die Politik dazu leisten kann, der, dass die frühkindliche Betreuung so gut wie möglich zu organisieren ist, damit es für Kinder die bestmöglichen Fördermöglichkeiten gibt.

Wie der Ministerpräsident gestern gesagt hat, hat die Bildung für Grün-Rot die höchste Priorität. Jedes Kind soll die Chance bekommen, das Beste aus seinen Talenten zu machen. Genau darum geht es,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und zwar für alle Kinder, egal, aus welcher sozialen Schicht sie kommen.

Auch das ist belegt und gilt für alle Kinder, die eine Kita besuchen: Je früher sie die Kita besuchen, umso bessere Schulabschlüsse erreichen sie. Das gilt für alle Kinder, unabhängig davon, aus welcher sozialen Schicht sie kommen.

Das heißt, Kitas und die Kindertagespflege – als eine besonders familiennahe Betreuungsform – übernehmen für unsere Gesellschaft wesentliche Aufgaben, indem sie die Kinder altersgerecht fördern. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag, um soziale Unterschiede auszugleichen, Sprachprobleme aufzufangen sowie soziale Kompetenzen und Werte zu fördern. Deshalb hätte ich mir gewünscht, dass Sie sich einfach einmal hinstellen und sagen: Ja, der Pakt mit den Kommunen war wichtig, und es ist gut angelegtes Geld. Aber diese Stärke haben Sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Qualifizierte Förderung der Kinder in den Kitas ist daher eine zentrale Grundlage für mehr Bildungsgerechtigkeit; denn je früher die Kinder gefördert werden, umso besser können sie Talente herausbilden, können sie sich entwickeln und können später ein selbstbestimmtes Leben führen.

(Muhterem Aras)

Deshalb war es für uns, für die grün-rote Landesregierung, auch so wichtig, dass wir 2011 den Pakt für Familien mit Kindern vereinbart haben. Wir haben in diesen Bereich nämlich massiv investiert. Wir haben die Mittel fast verzehnfacht. Zu Ihrer Zeit waren es knapp 110 Millionen €. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 erhöhen wir die Mittel um 700 Millionen €. Sie sind gegen diese Ausgaben.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Dann sagen Sie aber auch, dass Sie gegen die frühkindliche Bildung sind. Wir hingegen sind für diese Ausgaben. Wir investieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Tobias Wald CDU: Zielgerichtet!)

– Das ist zielgerichtet. Wir haben inzwischen 80 000 Plätze geschaffen. Das ist zielgerichtet. Das kommt den Kindern zugute. Das kommt den Kommunen zugute. Das kommt auch den Familien zugute. Dadurch wird letztendlich auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich. Außerdem kommt das der Wirtschaft zugute. Das kapiere Sie aber noch weniger.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich möchte die Worte des Wirtschaftsnobelpreisträgers James Heckman wiedergeben:

In die Kleinen zu investieren bringt den größten wirtschaftlichen Nutzen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich widerspreche gar nicht!)

Das ist der wirtschaftliche Aspekt. Wir denken vom Kind her. Das ist ein positiver Aspekt, den wir nutzen. Das heißt, jeder in die kleinen Köpfe investierte Euro ist eine wichtige und richtige Investition. Wir stehen zu diesen Ausgaben. Sie können dagegen stimmen und zu den Kommunen gehen und ihnen sagen, dass Sie dagegen sind.

(Abg. Georg Wacker CDU: Frau Kollegin, warum regen Sie sich so auf? – Zuruf von der CDU: Die Redezeit ist schon vorbei!)

Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze massiv ausgebaut. Es geht aber natürlich auch um die Qualität.

(Abg. Tobias Wald CDU: Aha! Schön!)

Auch dabei sind wir spitze, lieber Kollege Wald, auch wenn Ihnen das nicht passt. Laut Bertelsmann-Studie ist bei Kindern unter drei Jahren ein Betreuungsschlüssel von 1 : 3 empfehlenswert. In Baden-Württemberg haben wir einen Betreuungsschlüssel von 1 : 3,3. Damit sind wir an zweiter Stelle. Wir werden daran arbeiten, diese Position weiter auszubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist Qualität. Diese Bertelsmann-Studie wurde nicht von Grün-Rot in Auftrag gegeben. Das sollten Sie endlich kapiere und zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Seit wann sind Sie Fans der Bertelsmann Stiftung? – Gegenruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Öfter, Herr Kollege! Vor allem wenn sie Ihre Defizite aufzeigt!)

Mit diesem Doppelhaushalt werden wir einmalig 50 Millionen € für ein Landesinvestitionsprogramm zur Verfügung stellen, damit die Kommunen weiter Plätze ausbauen können.

(Abg. Tobias Wald CDU: Haben wir sogar mitgetragen, Frau Kollegin!)

– Ja, haben Sie. Ist ja gut.

Wichtig ist auch, zu berücksichtigen, dass wir große Flüchtlingszugänge haben. Unter den Flüchtlingen gibt es viele Kinder im vorschulischen Alter. Es gilt, diesen Kindern einen bestmöglichen Start zu ermöglichen. Deshalb stellen wir speziell für Flüchtlingskinder jeweils 1,2 Millionen € pro Haushaltsjahr zur Verfügung.

Nun zur Kindertagespflege, die wir schätzen. Wir sind bereits deutliche Verbesserungen angegangen. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt den Landesverband der Tagesmütter mit jährlich 50 Millionen € unterstützen.

(Abg. Tobias Wald CDU: 50 Millionen €?)

– 50 000 €, sorry. Wir stellen insgesamt 100 000 € zur Verfügung.

Wir haben also sehr viel auf den Weg gebracht. Die Kommunen sind froh, dass es den Regierungswechsel gab, weil die Kommunen von der Regierung nun endlich auf Augenhöhe und partnerschaftlich behandelt werden.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Außerdem stattet die Regierung die Kommunen finanziell so aus, dass sie auch ihrer Aufgabe gerecht werden und diese erfüllen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Jetzt geht es darum, dass wir unsere Spitzenposition, die durch die Studien belegt wird, weiter erhalten. Wir haben den Kommunen viel Geld in die Hand gegeben. Wir stehen zu diesen Ausgaben. Wir unterstützen die Kommunen, damit wir unsere Spitzenwerte weiter ausbauen und weiterhin in Qualität investieren, beispielsweise in die Weiterentwicklung von Kitas in Familienzentren und in die Sprachförderung.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Tobias Wald CDU: Aber kein Konzept! Nichts Neues!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen im Zuhörerbereich gilt mein besonderer Gruß dem Generalkonsul von Frankreich und Direktor des Institut Français in Stuttgart, Herrn Nicolas Eybalin, der heute dem Landtag von Baden-Württemberg seinen ersten offiziellen Besuch abstattet. – Ich darf Sie sehr herzlich willkommen heißen, sehr geehrter Herr Generalkonsul.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Amtszeit und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Wir setzen die Beratung fort. Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion hat der Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kleinkindbetreuung ist ohne Zweifel ein wichtiges Thema. Was ist aber an der heutigen Debatte tatsächlich aktuell?

Es ist klar: Aus grün-roter Sicht muss man sich im Bildungsbereich wenigstens selbst heftig auf die Schulter klopfen. Ihre Investitionen in den quantitativen Ausbau der Kleinkindbetreuung sind aber doch wahrlich keine Neuigkeiten.

Grundsätzlich begrüßt die FDP/DVP die Bemühungen der Landesregierung, beim Ausbau der Kleinkindbetreuung voranzukommen. Frau Aras: Lob! Sorgen bereitet der FDP/DVP allerdings die einseitige Schwerpunktsetzung der grün-roten Landesregierung. Bisher ging es Ihnen in erster Linie um den quantitativen Ausbau der Kleinkindbetreuung im Land. Das Bemühen um die Qualität der Kleinkindbetreuung blieb dabei aber meist auf der Strecke.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind an zweiter Stelle! Das ist doch irre!)

Da die Opposition so etwas Ähnliches wie Ihre Qualitätskontrolle ist, darf ich Sie wieder einmal an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern. Zitat:

Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Angebote weiter verbessern. Hierzu werden wir den Orientierungsplan für die Kindertageseinrichtungen gesetzlich verankern und damit verbindlich einführen sowie für den Kleinkindbereich weiterentwickeln.

Trotz dieser vollmundigen Ankündigung von Ihnen ist in diesem Bereich so gut wie nichts passiert. Offensichtlich sind Sie so gut wie gar nicht an der Qualität interessiert, sondern fast ausschließlich am quantitativen Ausbau.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir Liberalen halten dies für ein großes Versäumnis der grün-roten Koalition. Sosehr wir den quantitativen Ausbau im U-3-Bereich begrüßen, so sehr vermissen wir aber auch Ihre Bemühungen, messbare Fortschritte beim Ausbau der Qualität vorzunehmen. Der Kollege Wald hat dazu Richtiges gesagt.

Wir Liberalen wissen, dass die Sicherung und der Ausbau der Qualität ein sehr personalintensives Anliegen ist. Aus diesem Grund – wir erinnern uns – hat die christlich-liberale Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen 210 Millionen € für die Personalausstattung zur Umsetzung des Orientierungsplans 1 zur Verfügung gestellt. Wie gesagt: Wir vermissen ein entsprechendes Handeln der grün-roten Koalition.

Die Sprachförderung ist traditionell ein Herzensanliegen der Liberalen. Gerade die sprachliche Bildung im frühkindlichen Alter ist wichtig für frühe Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir haben in der Zeit der christlich-liberalen Landesregierung bewirkt, dass im Rahmen einer vorgezogenen Einschulungsuntersuchung bei jedem Kind im Alter von ca. vier Jahren der Sprachstand erhoben wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zu spät!)

Grün-Rot hat die Zuschüsse für die Sprachförderung zwar aufgestockt, zu zwei Dritteln allerdings durch Umwidmungen aus bestehenden Programmen. Die Programme „Schulreifes

Kind“ und „Singen – Bewegen – Sprechen“ wurden in die Sprachförderung überführt. Die Geförderten erhalten eine Wahlpflicht. Das heißt, sie müssen sich entscheiden, ob sie SBS oder die Sprachförderung durchführen wollen. Dabei ist SBS auf die musikalische Förderung in der Breite angelegt, während die Sprachförderung auf bestimmte, festgestellte Defizite abzielt. Bei dieser Ausgangslage spielt SBS nur noch eine Nebenrolle. Zugleich ist die Sprachförderung weit von einer bestmöglichen Aufstellung entfernt.

Was hier grundsätzlich möglich wäre, zeigt das Programm des Bundes zur Sprachförderung. Bedauerlich ist vor allem, dass sich Grün-Rot nicht dazu durchringen konnte, wie von der Fraktion der FDP/DVP seinerzeit beantragt, 25 Millionen € zusätzlich in die Sprachförderung zu investieren.

Die Regierungsfraktionen haben die von der FDP/DVP abgelehnte Erhöhung der Grunderwerbsteuer damit begründet, in die frühkindliche Bildung und Betreuung investieren zu wollen. 25 Millionen € aus den Einnahmen wollen GRÜNE und SPD nun aber für die Wohnungsbauförderung ausgeben. Ein früherer Beginn und ein qualitativer Ausbau der Sprachförderung wären aus Sicht der FDP/DVP die weitaus besseren Alternativen gewesen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einen Moment lang habe ich gerade gedacht, ich bin im falschen Film.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bloß einen Moment?)

Warum im falschen Film? 2010 nahm Baden-Württemberg unter der Vorgängerregierung mit einem Mitteleinsatz von 152 Millionen € die Schlusslichtposition im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung ein und hielt die rote Laterne bei der Betreuung der unter Dreijährigen.

Seit 2011: Pakt für Familien, Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr, beste Bildungschancen von Anfang an und endlich einmal die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Was gab es denn unter der Vorgängerregierung für eine Antwort für die Familien, für die Frauen? In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit der traditionell seit zwei Jahrzehnten höchsten Frauenerwerbsquote, war die Antwort: „Das regeln die Familien schon allein; diese Bedarfe haben wir nicht.“ Deswegen gab es diesen historisch niedrigen Ausbaustand, den wir überwunden haben. In einem ersten Schritt stieg die Betreuungsquote sofort um über 10 Prozentpunkte an.

Sie alle, die Sie in den Kommunen in den Wahlkreisen unterwegs sind, wissen sehr wohl, dass dort die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister händeringend weiter nach einem quantitativen und qualitativen Ausbau rufen, und den leisten wir.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Staatssekretärin Marion von Wartenberg)

Im Jahr 2014 nehmen wir nun einen Spitzenplatz im Ländervergleich ein; Kollegin Aras hat es angesprochen. Wir nehmen hinsichtlich der Qualität und der frühkindlichen Versorgung der unter Dreijährigen den Platz 2 hinter dem Stadtstaat Bremen ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Da reden wir von Qualität; denn da geht es um Fachkräfte. Wenn Sie allerdings denjenigen, die in den Einrichtungen tätig sind, denen ich meinen höchsten Respekt für ihre tagtägliche Arbeit zolle, unterstellen, dass sie diese Qualität nicht liefern, dann bin ich schon erstaunt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Wer hat das gesagt? – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Die werden von Ihnen nicht entsprechend unterstützt!)

Wir haben gemeinsam beschlossen, Herr Kern, den Fachkräftekatalog zu erweitern. Das haben wir auch getan. Wir haben den Beschluss gefasst, sofort in die Evaluation einzusteigen, und das haben wir, lieber Herr Wald, auch getan.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Die Evaluation des ersten Jahres durch die Evangelische Hochschule Freiburg liegt vor. Sie bescheinigt den Einrichtungen höchste Qualität in dem Zusammenwirken der multiprofessionellen Teams. Sie schreibt uns einen Auftrag ins Stammbuch. Dieser lautet aber anders als Ihre Annahmen. Der Auftrag lautet: Bitte bietet Fortbildungsveranstaltungen für multiprofessionelle Teams an.

(Abg. Tobias Wald CDU: Keine Mittelerhöhung!)

Ja, es ist richtig, dass wir gesagt haben: Auf den Anfang kommt es an. Was ein junger Mensch lernt, was ein Kind lernt, das bleibt ein Leben lang erhalten. Das überträgt sich von der frühkindlichen Bildung auf die Schulzeit.

Um diesem Anspruch der Bildungsgerechtigkeit gerecht zu werden, haben wir entsprechende Mittel in die Qualität und in die Quantität eingebracht. Wenn ich von den in Ihrer Regierungszeit bereitgestellten 152 Millionen € ausgehe und auf einen Ausbau im Volumen von knapp 1 Milliarde € am Ende der Legislaturperiode komme, stelle ich fest, dass wir Ihren Anfangswert um 500 % getoppt haben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zur Redlichkeit gehört auch, dass man, wenn man von Qualität und Umsetzung redet, auch sagt, wer es in den Einrichtungen erbringen soll. Meine Damen und Herren, in den Einrichtungen können wir nur die Fachkräfte zum Einsatz bringen, die wir im Land auch ausgebildet haben. Sie alle wissen, dass wir auch dort die rote Laterne hatten, dass wir an den Fachschulen für Sozialpädagogik eben keine Klientel mehr vorgefunden haben, die eine hohe Qualität dauerhaft hätte leisten können. Was haben wir gemacht? Wir haben die praxisintegrierte Ausbildung etabliert – wieder ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal. Mit der praxisintegrierten Ausbildung haben wir es erstmalig geschafft, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler und auch nicht mehr ganz so junge Menschen zu gewinnen. 50 % von ihnen verfügen über eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung, 25 % haben eine erste beruf-

liche Ausbildung. Diese sind jetzt am Werk. Da sind wir bundesweit mit einem Alleinstellungsmerkmal unterwegs.

Wenn Sie, lieber Herr Wald, ansprechen, dass der Anrechnungsschlüssel mit 0,4 zu hoch wäre, dann muss ich Ihnen an dieser Stelle entgegenhalten: Ja, Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das bei den unter Dreijährigen in eine Betriebsausgabenförderung von 68 % eingestiegen ist – wieder ein Alleinstellungsmerkmal.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das führt in der Tat dazu, dass die Träger in dem Verantwortungsdreiklang – ich rede immer von einem Verantwortungsdreiklang – ihrer Verantwortung gerecht werden. Wenn wir nämlich die Statistik bemühen – und das tun wir –, dann sehen wir, dass es in ganz Baden-Württemberg gerade einmal zwei Einrichtungen mit einer Anrechnung von 0,4 gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wenn wir darüber hinaus Zeichen setzen, beispielsweise bei der Tagespflege, dann haben wir auch dort wieder ein Alleinstellungsmerkmal. Liebe Abgeordnete, Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das nach der Einrichtung eines runden Tisches gemeinsame Qualitätsmerkmale für die Tagespflege festgelegt hat. Baden-Württemberg ist auch das einzige Bundesland, das einen Fachbegleitungsschlüssel in der Höhe von 90 : 130 pro Tagespflegeverhältnis generiert. Ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Sie fragen nach der Umsetzung des Orientierungsplans. Schauen Sie einmal, was wir in diesem Bereich geschultert haben. In dieser Frage verweise ich auf die Betriebsausgabenförderung von 68 bzw. 63 % und auf die Qualität, die im Übrigen auch im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen deutlich angestiegen ist, was den Fachkräfteschlüssel angeht. Das werden wir noch weiter steigern. Denn Baden-Württemberg hat im Übrigen neben der Einführung der praxisintegrierten Ausbildung auch seine öffentlichen Schulen zertifizieren lassen. Baden-Württemberg hat eine AZAV-Zertifizierung nach den Bedingungen der Bundesagentur für Arbeit vornehmen lassen. Wir gewinnen die Fachkräfte, die Sie in der Vergangenheit nicht gewonnen haben. Baden-Württemberg fehlen 8 000 bis 10 000 Fachkräfte. Die kommen nicht über Nacht. Dafür muss man gute Angebote schaffen, und das haben wir getan.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Von dem Ausgangsstand von 152 Millionen € zu knapp 1 Milliarde € haben wir ein Riesengap überwunden. Dieser wurde nicht nur im reinen Beton überwunden, wie Sie uns das gerade glauben machen wollten, sondern er ist in der Qualität überwunden. Denn wir gewinnen die Fachkräfte, die sich fort- und weiterbilden, wir haben an den Fachschulen einen enormen Zulauf, wir haben die praxisintegrierte Ausbildung, und deshalb stehen wir im Bundesvergleich auch sehr gut da.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zu der Fragestellung zu dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ und der intensiven Sprachförderung: Ich bin in

(Staatssekretärin Marion von Wartenberg)

den Einrichtungen unterwegs. Wir haben in diesem Jahr einen großen Sprachkongress mit 800 Erzieherinnen und Erziehern aus den Einrichtungen sowie mit internationalen Wissenschaftlern durchgeführt. Wir haben mit den Einrichtungen besprochen: Was sind die Notwendigkeiten? An welchen Stellen verbessern wir? Aus den Einrichtungsleitungen haben wir ganz klare Signale und Rückmeldungen bekommen: „Ihr müsst die Gruppen verkleinern. Ihr müsst darauf schauen, wie hoch der Migrationsanteil ist. Ihr müsst uns in den Einrichtungen das Prä lassen beim dritten Jahr und dürft nicht so tun, als ob wir keine Kenntnisse hätten. Und ihr müsst einheitlich fördern.“ Da haben wir nicht einfach gesagt: „Das machen wir jetzt einmal par ordre du mufti“, sondern wir haben mit den Verbänden gesprochen. Wir haben nun eine einheitliche Förderung. Ich kann nicht konstatieren, dass sich nach dem ersten Einbruch bei dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ die Bewegung fortsetzt. Vielmehr waren die Zuständigen von „Singen – Bewegen – Sprechen“ bei uns im Haus und haben sich bedankt, weil das Angebot jetzt stärker nachgefragt wird.

Sie sehen: Wir reagieren auf die Praxis. Wir nehmen das, was vor Ort ankommt, durchaus wahr, und wir setzen es dann auch um.

Um einfach in Zahlen zu sprechen: Wir haben die Mittel für das Sprachförderprogramm SPATZ auf 21 Millionen € erhöht. Wir haben darüber hinaus für 2015/2016 zusätzlich noch jeweils 1,2 Millionen € für die Flüchtlingskinder ins Programm gegeben. Und wir haben einen Kabinettsbeschluss gefasst, wonach wir in der Sprachförderung künftig früher ansetzen werden, auch bei den unter Dreijährigen.

Das alles sind Maßnahmen, die man bei der Vorgängerregierung wie eine Stecknadel im Heuhaufen suchen konnte. Da war nichts. Jetzt kommen Sie und werfen uns bei einem solchen Ausbau vor, wir würden nicht Qualität liefern. Wir liefern Qualität. Dass wir Qualität liefern, das bestätigen uns nicht nur die Einrichtungen, das bestätigen uns auch die Eltern. Denn es geht im Kern darum, Angebote zu schaffen, die den Kindern gerecht werden, die den Eltern gerecht werden und Zukunftsangebote für unsere Gesellschaft sind. Kinder brauchen Kinder, Eltern brauchen verlässliche Angebote, und Erzieherinnen und Erzieher, alle Fachkräfte in den Einrichtungen brauchen optimale Bedingungen, und die gestalten wir aus.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Bayer.

Abg. Christoph Bayer SPD: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Lassen Sie mich noch kurz auf einige Punkte eingehen.

Zunächst zur Größenordnung, die manchmal ganz offensichtlich nicht richtig wahrgenommen wird: Das finanzielle Engagement des Landes bewegt sich in einer Höhe, die dieses Land seit seinem Bestehen noch nicht gesehen hat,

(Abg. Tobias Wald CDU: So viele Steuereinnahmen hat das Land auch noch nie gesehen!)

was die Finanztransaktionen vonseiten des Landes an die Kommunen angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Herr Wald, es ist richtig, wir haben nicht alles weitergeführt. Wir haben auf das eine oder andere Spezialprogramm verzichtet, und zwar zugunsten von Konzepten, die tatsächlich alle erreichen, und das finden wir richtig.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Drittens: Es ist doch klar, der Rechtsanspruch verlangte zunächst einmal einen quantitativen Ausbau, der schnell kommen musste. Zu dem Vorwurf, dass der Qualitätsaspekt nicht berücksichtigt wurde, hat die Staatssekretärin das Richtige gesagt. Dass Qualität abgeliefert wird, stellen die vielen Erzieherinnen und Erzieher tagtäglich unter Beweis.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Dass Sie bei diesen nicht nur hier im Hause, sondern auch von außen deutlich wahrgenommenen Erfolgen jetzt an einzelnen Punkten so beckmessern, wirkt hilflos.

(Abg. Tobias Wald CDU: Qualität ist mehr, Herr Bayer!)

Ich biete Ihnen an: Machen Sie mit, dann bleiben wir auf dieser Erfolgsspur. Aber auch wenn Sie das nicht tun, wird es so sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Wo sind die Themen zur Inklusion? Nichts gesagt, Fehlanzeige!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Dass Sie jetzt nichts mehr sagen, das ist völlig klar, Herr Wald. Was wollen Sie nach diesen Beiträgen noch sagen?

(Abg. Tobias Wald CDU: Ich habe nur noch eine halbe Minute!)

– Ja, okay.

Ich empfehle Ihnen, konstruktive Kritik zu üben. Das ist absolut berechtigt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das habe ich die ganze Zeit getan: Inklusion, Orientierungsplan, Bildungshäuser!)

Aber: Wenn etwas gut funktioniert, dann hören Sie auf, dieses Land und die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes schlechtzureden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Tobias Wald CDU: So ein Schwachsinn!)

– Das machen Sie.

Studien belegen, dass wir im Ausbau – das ist die eine Geschichte – vorankommen; aber vor allem belegt die Bertels-

(Muhterem Aras)

mann-Studie, dass Baden-Württemberg im Vergleich aller 16 Länder auf Platz 2 liegt. Verlangt wird, dass eine Fachkraft auf drei Kinder aufpassen soll. Bei uns sind es 3,3. Damit belegen wir den zweiten Platz. Sie behaupten, das wäre eine schlechte Qualität. Das ist eine Ohrfeige für die Erzieherinnen und Erzieher, die tatsächlich gute Arbeit leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Tobias Wald CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

– Doch.

(Abg. Tobias Wald CDU: Nein!)

Zu fragen: „Kommt das Geld zielgerichtet an?“, was ist das für ein Unterton? Wir haben doch den Ausbau. Damit haben wir viele Klagen abwenden können. Die Kommunen hätten den Rechtsanspruch nicht erfüllen können. Die Plätze sind genau belegbar. Was wollen Sie denn mit der Frage „Kommt das Geld überhaupt zielgerichtet an?“ unterstellen? Vielleicht führen Sie das einmal aus.

(Abg. Tobias Wald CDU: Waren Sie in der Anhörung?)

Zur Sprachförderung: Wir haben die Sprachfördermittel erhöht. Wir haben die Sprachqualität erhöht, indem wir noch einmal auf bestimmte Kriterien eingegangen sind. Wir haben geschaut, welchen Bedarf die Kinder nach ihrer sozialen Herkunft haben, und haben die Gruppengröße angepasst. All das sind Kriterien, die wir durch Gespräche, durch Anhörungen von den Fachleuten vor Ort erfahren haben. Daraufhin haben wir das Programm SPATZ noch einmal geändert.

Der nächste Schritt ist, dass wir die Sprachförderung auch für Kinder unter drei Jahren wollen. Aber Sie können nicht wie gestern fordern: „Nettonull, jetzt sofort“ und generell gegen solche Ausgaben sein, wenn wir in frühkindliche Bildung investieren. Der Bereitstellung von 50 Millionen € haben Sie zugestimmt; das stimmt. Aber dann müssen Sie Farbe bekennen; man kann nicht alles haben.

Wir haben mit einer Betreuungsrelation von 1 : 3,3 eine hohe Qualität erreicht. Aber wir wollen uns darauf nicht ausruhen. Verlangt werden 1 : 3. Das ist ein Spitzenwert.

Ich bin mir sicher, die Kommunen werden mit dem vielen Geld, das sie bekommen haben, gut umgehen. Sie sehen es, auch die Kommunen haben ein großes Interesse daran, dass die Qualität weiterentwickelt wird, dass Sprachförderung verfeinert wird. Entwicklung von Familienzentren, Orientierungspläne, das sind Themen, die noch anstehen. Ich bin mir ganz sicher, dass die Kommunen auch aus Eigeninteresse – gute Kita-Qualität ist ein Standortfaktor – mitziehen, damit wir in der Qualität weiterkommen und unseren Spitzenplatz, den Platz 2, zumindest halten können.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Tobias Wald CDU: Und Inklusion? Kein Wort zur Inklusion!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ach, wie schön könnte das Regieren sein, wenn nur diese lästigen Anmerkungen der Opposition nicht immer wären, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Auch wenn es Ihnen nicht passt: Die FDP wird sich auch in Zukunft von Zeit zu Zeit den Luxus einer abweichenden Meinung leisten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: So was! – Zuruf: Unglaublich!)

Deshalb möchte ich an dieser Stelle anmahnen: Vergesst die Tageseltern nicht!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Unser Ziel ist es, dass die Betreuung bei einer Tagesmutter bzw. einem Tagesvater als gleichwertige Betreuungsform anerkannt wird. Gleichwertig, das heißt auch, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Tageseltern wie für die institutionellen Kitas, sodass die Eltern eine echte Wahlfreiheit haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Das 50-Millionen-€-Sonderprogramm für Investitionen ist nur für den Ausbau von Kita-Plätzen gedacht und versteht sich auch als Ausgleich für die verringerten Zuweisungen des Landes an die Kommunen aufgrund der Umstellung auf die 68-%-Betriebskostenfinanzierung. Genau diese Umstellung hat aber zu Kürzungen von freiwilligen Leistungen an die Tagesmütter geführt. Deshalb wäre es nur recht und billig, die Tageseltern in fairer Weise an dem 50-Millionen-€-Programm zu beteiligen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Offen ist auch, wie viel Geld aus der jüngst beschlossenen Bereitstellung von 1 Milliarde € an Bundesmitteln für den Ausbau der Kindertagesbetreuung nach Baden-Württemberg fließt. Sind es 100 Millionen €? Offen ist auch, wie hoch der Anteil der Kindertagespflege sein soll. Das wäre aber wichtig zu wissen. Denn auch bei den Tageseltern sind schließlich Investitionen zu tätigen.

Insgesamt ist bedauerlich, dass in der gesamten bildungspolitischen Diskussion vor allem durch die radikalen Maßnahmen von Grün-Rot im Schulbereich die frühkindliche Bildung ins Hintertreffen gerät,

(Unruhe bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Claus Schmiedel SPD)

und das, obwohl gerade in dieser Entwicklungsphase eines Kindes Chancen eröffnet werden können. Hier gilt sicherlich in besonderer Weise der Grundsatz: Bildung ist teuer, noch teurer ist keine Bildung.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: 700 Millionen €!)

(Dr. Timm Kern)

Was die Finanzierung insgesamt angeht, wäre es aus FDP-Sicht am Sinnvollsten, dass der Bund so gut wie möglich auf Vorgaben verzichtet und stattdessen die Länder mit einem höheren Anteil am Mehrwertsteueraufkommen beteiligt werden. Diese müssten sich nur verpflichten, die Mittel für Bildung einzusetzen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Können die damit umgehen?)

könnten aber entsprechend dem jeweiligen Bedarf selbst entscheiden, wofür. Für den frühkindlichen Bereich schlägt die FDP ein Modell von Betreuungsgutscheinen aus einem Guss vor, wodurch die Eltern Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuungsform erhalten.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Staatssekretärin von Wartenberg.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Sehr geehrter Herr Abg. Kern, mir ist wichtig, dass keine Legendenbildung bei der Tagespflege entsteht.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Okay!)

Die Tagespflege wird besser finanziert als je zuvor.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Die 50 Millionen € sind dem geschuldet, dass Baden-Württemberg in einem Ausbauschnitt weit über das hinausgehen musste, was erwartbar gewesen ist. Das ist sozusagen die Altlast. Wir haben Ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zugesagt: Wir lassen das in der Pipeline – das erste Investitionsprogramm war längst abgeschöpft –, und wir werden das im rein quantitativen Ausbau leisten.

Darüber hinaus habe ich vorhin mehr als deutlich gemacht, was wir im qualitativen Bereich leisten.

Tagespflege ist eine gute Maßnahme. Sie müssen sich das einfach nur so vorstellen: Ca. 2 000 Tagespflegekräfte bieten in Baden-Württemberg ihre qualifizierte Arbeit an. Diese Arbeit wird nicht mehr und nicht weniger, weder in der Vergangenheit unter Ihrer Regierung noch zurzeit, weil die Nachfrage der Eltern institutionelle Betreuung und teilweise auch Tagespflege umfasst. Um diesem Gedanken Rechnung zu tragen, haben wir in einer Arbeitsgruppe „Frühkindliche Bildung“ mit den Trägern, mit der Tagespflege gemeinsam vereinbart: Wie kann man es Schritt für Schritt umsetzen? Wenn das in einen oder anderen Landratsamt, in einen oder anderen Jugendamt nicht funktioniert, sind wir diejenigen, die immer wieder die Gesprächsbasis dafür herstellen, dass die Tagespflege tatsächlich qualitativ gut zum Zug kommen kann. Das ist mir wichtig.

Mir ist darüber hinaus wichtig: Die Qualität in unserer Arbeit wird nicht nur durch die Bertelsmann Stiftung belegt. Auf das gleiche Ergebnis kommt das Deutsche Jugendinstitut. Es bescheinigt den Fachkräften in unseren Einrichtungen ein enorm

hohes Maß an Qualität. Das sollten Sie alle sich einmal zu Gemüte führen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Kollegen Wald?

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Ist doch alles geklärt, oder?)

Abg. Tobias Wald CDU: Frau Staatssekretärin, Sie haben jetzt die Tagespflege, die sehr wertvoll ist, noch einmal angesprochen und erwähnt, wie wichtig sie ist. Aber warum haben Sie dann im Haushaltsplan keine entsprechenden Mittel eingestellt, sodass erst die Fraktionen fraktionsübergreifend einen entsprechenden Antrag stellen mussten? Das ist eigentlich ein Armutszeugnis für eine Regierung, die die Tagespflege so in den Mittelpunkt stellt.

Staatssekretärin Marion von Wartenberg: Ich denke, Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen. Die Äpfel sind das, was wir für die Qualität der Tagespflege eingestellt haben – das sehen Sie auch im Haushalt –, und die 50 000 € zusätzlich dienen dazu, den Verband zu fördern: für Werbemaßnahmen, für seine institutionelle Arbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Institutionelle Förderung!)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – 25 Jahre nach friedlicher Beendigung der SED-Herrschaft und dem Mauerfall – Zusammenarbeit der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg mit dem rot-rot-grünen Linksbündnis in Thüringen? – beantragt von der Fraktion der CDU

Auch hier gilt die vereinbarte Gesamtrededzeit von 40 Minuten, wobei ich auch die Mitglieder der Landesregierung bitte, sich an den Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort erteile ich für die CDU-Fraktion dem Kollegen Röhm.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: He! Freie Rede! Wegpacken, das Manuskript! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das können Sie Ihren eigenen Regierungsmitgliedern auch einmal sagen!)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Immer mit der Ruhe, mein Lieber. – Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! 25 Jahre nach dem Mauerfall gibt es tatsächlich eine historische Zäsur. Es ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, dass es einen Ministerpräsidenten aus der SED-Nachfolgepartei Die Linke

(Karl-Wilhelm Röhm)

gibt. Wie konnte es überhaupt zu diesem Bündnis in Thüringen kommen? Wir müssen festhalten, dass Grüne und SPD sich tief gebückt haben, damit Herr Ramelow auf ihrem Rücken aufsteigen kann. Stolze Parteien haben sich selbst aufgegeben. Nur dadurch ist es möglich geworden, dass Ramelow Ministerpräsident werden konnte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die einen tragen ironischerweise noch den Bestandteil „Bündnis 90“ in ihrem Namen und berufen sich dabei auf die Bürgerrechtsbewegung. Wenige Wochen später gehen sie genau in die entgegengesetzte Richtung und verhelfen der Linken zur Regierungsverantwortung.

Wofür steht die Partei Die Linke eigentlich? Sie steht für Überwachung, sie steht für Repression, sie steht für Unterdrückung. Ich möchte einmal aus der „Welt“ vom 5. Dezember 2014 zitieren – sie hat auch Grünen-Wähler zu künftigen Wahlentscheidungen befragt –:

Die Frage ist nur, ob sie

– gemeint sind die Grünen-Wähler –

sich gut dabei fühlen, wenn sie künftig eine Partei mit an die Macht bringen, in der Israel-Hasser, Neokommunisten, Putin-Verehrer und das Wirrnisorchester der Westlinken tröten. ... Die Partei vieler Täter von damals hat in Thüringen wieder das Sagen. 25 Jahre später.

Die andere Partei in diesem Trauerspiel, die SPD, weist zu Recht – das gestehen wir gern zu – auf 151 Jahre demokratischen Wirkens hin und kann auch stolz darauf sein, doch in Thüringen macht sich die SPD jetzt kleiner, als sie ohnehin schon ist.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich kann hier nur mit den Worten unserer Bundeskanzlerin sagen: „Ich halte dies für eine Bankrotterklärung.“ Dem kann man nur zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sowohl SPD als auch Grüne schaden unserer Demokratie dadurch.

Wir haben hier Werner Schulz erlebt. Er hat das Unrecht in der DDR dargelegt und von mutigen Menschen gesprochen, die 40 Jahre lang dafür gekämpft haben, dass die DDR eine echte demokratische Republik werden kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war die CDU nicht dabei!)

Nur 25 Jahre später wird diese Errungenschaft hier in Deutschland mit Füßen getreten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Übrigens wird die Linke immer noch wesentlich von ehemaligen Stasimitarbeitern getragen.

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Die Partei Die Linke steht in vielen Bundesländern – übrigens auch in Baden-Württemberg – unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Ich möchte dazu aus dem jüngsten Verfassungsschutzbericht zitieren:

In der Partei „DIE LINKE.“ hat sich über mehrere Jahre eine Tendenz herausgebildet, bei der offen extremistische Strömungen und Zusammenschlüsse prägenden Einfluss auf politisch-programmatische Entscheidungen sowie auf die Zusammensetzung des Bundesvorstands ausüben. Die wichtigsten Strömungen sind die „Kommunistische Plattform“ ..., die „Antikapitalistische Linke“ ..., die „Sozialistische Linke“ ..., „marx21 – Netzwerk für internationalen Sozialismus“ und der „Geraer Sozialistische Dialog“ Zu den sonstigen offen extremistischen Zusammenschlüssen der Partei „DIE LINKE.“ sind insbesondere der Jugendverband „Linksjugend ...“ und der „Sozialistisch-Demokratische Studierendenverband“ (DIE LINKE.SDS) zu zählen.

Jetzt besonders klar und deutlich die abschließende Bewertung des Verfassungsschutzes dazu:

Sie alle haben das Ziel, die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugunsten eines sozialistischen – später kommunistischen – Staatssystems zu überwinden, das nicht mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren ist.

Meine Damen und Herren, Bodo Ramelow hat übrigens bis vor Kurzem noch einen alten Stasioffizier als Geschäftspartner zur Seite gehabt. Auch neu, ein Novum in unserem Land ist, dass Tausende von Menschen über mehrere Wochen hinweg gegen eine solche Regierungsbildung protestieren.

Bundespräsident Gauck hat sich dankenswerterweise ebenfalls genötigt gesehen, gegen das SED-Bündnis das Wort zu erheben, und er steht, meine Damen und Herren, sicherlich nicht im Verdacht, irgendwelchen parteipolitischen Zwängen zu unterliegen. Sein Bekenntnis, meine Damen und Herren, war mutig und verlangt unseren vollen Respekt ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Er hat übrigens diesen Unrechtsstaat genauso am eigenen Leib erfahren wie Werner Schulz. Werner Schulz hat bei der Gedenkveranstaltung auf der Jubiläumsveranstaltung zum 25. Jahrestag des Mauerfalls eine aus meiner Sicht tief bewegende Rede – zumindest mich hat sie sehr bewegt – gehalten und ganz eindrücklich – auch anhand seiner eigenen Familienbiografie; Sie alle haben es gehört – dargelegt, welches Unrecht Menschen zuteilwurde und wie Familien willkürlich auseinandergerissen wurden.

Ich möchte ihn – das hat er verdient – auch heute zu Wort kommen lassen. Er sagte:

Wir müssen endlich vom Schild und Schwert auf die Verantwortungsträger zu sprechen kommen.

Und was ist die christliche Botschaft, wenn man mit rotem Keil an der Jacke und Marx-Miniatur in die thüringische Staatskanzlei einziehen will?

Ist das ironische Anspielung, Politfolklore oder Traditionsbekanntnis?

(Karl-Wilhelm Röhm)

Der rote Keil über dem i der Linkspartei – viele wissen das nicht oder finden es belanglos – geht auf den russischen Maler El Lissitzky und sein Propagandaplakat „Schlagt die Weißen mit dem roten Keil“ zurück, was den Bolschewiki mit der Zerschlagung der bürgerlichen Gesellschaft, der Bauernschaft und der orthodoxen Kirche gelungen ist.

So weit Werner Schulz hier im Landtag.

Jetzt wird aus Ihren Reihen – das ist wieder typisch – versucht, diese Vorgänge in Thüringen zu relativieren.

Es heißt, die Linke dort sei ja ganz anders als die Linke im Bund oder sonst irgendwo. Aber klar ist doch, meine Damen und Herren: Die Linke bleibt die Linke, ob in Thüringen, in Baden-Württemberg oder im Bund. Gaukeln Sie doch bitte den Menschen nicht vor, hier gebe es regionale Unterschiede.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Selbst Sigmar Gabriel hat die Position der Linkspartei in einem Interview mit der FAZ vom 6. Dezember klargestellt – ich zitiere –:

Im Bund hat sie die Strategie, möglichst linksradikale Positionen einzunehmen, um Protestwähler einzusammeln.

Ich wiederhole das zentrale Wort „linksradikale“.

Die Linkspartei ist die Nachfolgepartei der SED. Neuer Name, alte Inhalte.

Auch hier möchte ich die Öffentlichkeit zu Wort kommen lassen. Die FAZ schrieb am 5. Dezember:

Die Linkspartei ist eine von historischer Schuld beladene Mächtigen-Sozialdemokratie, deren Vorläufer sich nach 1945 an den Kräften versündigt hat, die ein demokratisches Deutschland aufbauen wollten. Diesen Frevel wird die Linkspartei nicht mehr los, da kann sie sich noch so oft umbenennen, noch so oft an Regierungen beteiligen, noch so oft den Ministerpräsidenten stellen.

Aber, meine Damen und Herren, die baden-württembergische Landesregierung bleibt zu diesen Vorgängen auffallend still.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Kanzlerin hat gratuliert!)

Meine Damen und Herren, mit Wegschauen ist es in diesem Fall nicht getan. Dem Herrn Ministerpräsidenten, der heute nicht da sein kann, sei gesagt, dass es bei diesem Vorgang in Thüringen auch um eine demokratische Verantwortung geht, die nicht einfach durch den Hinweis auf die Souveränität Thüringens beiseitegeschoben werden kann. Die Inthronisierung Ramelows erfolgte, meine Damen und Herren, schließlich auch unter großem Wohlwollen der Bundesparteien von SPD und Grünen. Es ist deshalb offensichtlich, meine Damen und Herren, dass durch dieses Manöver – als etwas anderes kann man es nicht bezeichnen – ein linkes Dreierbündnis auch auf Bundesebene vorbereitet wird. Ich kann Ihnen klar sagen: Das ist unredlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wer auch immer nachher für die Landesregierung sprechen wird, es sind folgende Fragen klar und eindeutig zu beantworten: Erstens: Wie wird die Landesregierung mit dem Linksbündnis in Thüringen zusammenarbeiten? Zweitens: Wie beurteilt die Landesregierung dieses Bündnis mit der SED-Nachfolgepartei, und verurteilt sie dieses? Drittens: Wie ist generell ihr Verhältnis zur Linkspartei?

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Viertens: Die Linke in Baden-Württemberg hat sich ja am Wochenende dank des Ramelow-Effekts deutlich geäußert. Würden Sie auch in Baden-Württemberg bei einer entsprechenden Konstellation mit Linken koalieren, um an der Macht zu bleiben? Sie, meine Damen und Herren, müssen hier für klare Verhältnisse sorgen und sich zur Zusammenarbeit mit der Linken äußern.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Versuchen Sie nicht wieder das Problem ins ferne Thüringen abzuschieben, die Dinge zu relativieren und den Fragen auszuweichen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal DIE WELT zu Wort kommen lassen, die das Verhältnis und die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen Baden-Württemberg und Thüringen auf den Punkt gebracht hat.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Reden Sie weiter! Dass Ihnen das peinlich ist, das ehrt Sie ja noch. – Ich zitiere DIE WELT:

Können SPD und Grüne in Stuttgart für die NATO sein und in Erfurt gegen sie? ...

(Abg. Walter Heiler SPD: Was? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Baden-Württemberg ist doch nicht Mitglied der NATO!)

Wer sich mitten in einer weltpolitischen Krise mit der Linken auf den Schlitten setzt, endet im Abseits.

Und dann abschließend die Frage, wie man zur SED steht. Diese Frage ist keinesfalls müßig, meine Damen und Herren. Dazu heißt es in der WELT:

Es ist die Frage nach der Bejahung der Freiheit ohne Wenn und Aber.

Genau aus diesem Grund erwarten wir von Ihnen klare und ebenso eindeutige Antworten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich sind wir der Landtag von Baden-Württemberg.

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Das haben die nur nicht verstanden!)

(Andrea Lindlohr)

Man hat den Eindruck, der Kollege Röhm war sich dessen nicht mehr ganz bewusst. Er hat einerseits von der Landesregierung verlangt, nicht aufs ferne Thüringen zu schauen; andererseits beglückt uns die CDU-Landtagsfraktion im Landtag von Baden-Württemberg mit der Beantragung einer Aktuellen Debatte zu Thüringen. Die Logik suchen wir noch vergeblich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wahrscheinlich liegt es daran, dass der CDU im Landtag die landespolitischen Themen ausgehen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Und das Personal!)

Uns ist schon klar, dass Sie gerade in einer schwierigen Lage sind, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Das verstehen wir auch: Harte Personalfragen, Vertrauensbrüche – das kann eine Partei und eine Gruppe schon wirklich lähmen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Da braucht man ein neues Feindbild!)

Das sehen wir heute daran, dass Sie hier in Stuttgart diese Debatte über Thüringen beantragen, und das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Das muss doch gesteuert sein!)

Aber gut, Sie wollen es so: Wir reden über Thüringen. Die Bürgerinnen und Bürger von Thüringen haben einen neuen Landtag gewählt. Der hat eine neue Regierung bestimmt. An der ist die CDU Thüringen erstmals seit 24 Jahren nicht beteiligt,

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Mal wieder abgewählt! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oh! – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Das wird sich rächen!)

sondern es gibt eine rot-rot-grüne Regierung. Es ist klar: Die Partei Die Linke ist die rechtliche Nachfolgeorganisation der SED, und sie trägt seit Jahrzehnten exekutive Verantwortung in Ländern und Kommunen in Ostdeutschland. Es lohnt sich, darüber nachzudenken. Das mag uns hier im tiefen Westen auch fremd sein, aber das ist die demokratische Realität in Ostdeutschland. Und wer will das jetzt verbieten? Sie etwa? Wem wollen Sie es verbieten? Den Thüringerinnen und Thüringern?

(Zuruf: Nein!)

Oder wollen Sie es der CDU in Brandenburg an der Havel verbieten, die 2012 eine schriftlich fixierte Koalition mit der Partei Die Linke in der zweitgrößten Stadt Brandenburgs eingegangen ist?

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Was für eine Scheinheiligkeit!)

Oder den vielen CDU-Ortsverbänden und -Kreistagsfraktionen, die eine verbindliche Zusammenarbeit mit der Linken in Ostdeutschland eingegangen sind?

(Zuruf von der SPD: Oi!)

Ich bin gespannt. Sie kommen ja gerade vom Bundesparteitag.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich war nicht dort!)

– Viele von Ihnen. – Sie können uns gern hier berichten, was Sie dort unternommen haben, mit wem Sie gesprochen haben, um den Kolleginnen und Kollegen der CDU in Ostdeutschland ihre Zusammenarbeit mit der Linken zu verbieten. Vielleicht waren Sie da ja tätig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Seit 1998 ist die Linke – bzw. vorher die PDS – an Landesregierungen in Ostdeutschland beteiligt.

(Zuruf von der CDU: Schlimm genug!)

Rot-Rot gibt es in Brandenburg, gab es in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Jetzt zitiere ich den Unterschied von Rot-Rot-Grün in Thüringen im Jahr 2014 zu diesen Konstellationen:

Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, ...

Koalitionsvertrag Thüringen, Präambel Seite 2. Für uns eine Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Bravo!)

Unterschrieben nun erstmals von der Linken in Thüringen. Das waren Verhandlungsbedingungen, die gerade die Grünen in Thüringen zu Recht eingebracht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: Genau!)

Dabei bleibt es nicht. Die neue Koalition in Thüringen hat die Aufarbeitung der DDR auch als Politikfeld entwickelt und im Koalitionsvertrag dazu viele Maßnahmen vorgesehen – für die Forschung, für die Zivilgesellschaft, für die Opfer der SED-Diktatur, die dort auch so benannt sind. Wir halten es für richtig, wenn die Koalition dort diesen Vertrag auch so umsetzt und dieses Thema angeht. Das wird vielen in der Partei der Linken nicht passen, aber sie müssen sich jetzt damit auseinandersetzen. Das ist eine neue Qualität. Gestern hat auch Bundespräsident Joachim Gauck, der sich zuvor kritisch geäußert hatte, anerkannt, dass es hier einen Fortschritt gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ganz und gar nicht beachtlich war in Thüringen – das Thema, über das wir hier reden sollen – die Leistung der CDU. Mike Mohring, CDU-Fraktionschef, hat sich mit der AfD verabredet.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Was? – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die sollte ihn zum Ministerpräsidenten wählen. Dabei ist die AfD, wie Sie alle wissen, gerade in Ostdeutschland, Kollege Zimmermann, schlichtweg offen rassistisch und flüchtlingsfeindlich in die Wahlkämpfe getreten, und so agiert sie auch noch immer.

(Andrea Lindlohr)

Herr Mohring ist Anfang der Woche bei der Wahl zum CDU-Bundesvorstand durchgefallen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Oi! Aha!)

Manchmal denkt man: Es gibt in der Bundes-CDU doch noch Vernunft. Das unterscheidet sie natürlich von der baden-württembergischen CDU.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Ist das arrogant! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Bei den Landtagswahlen ist das anders!)

Aus dem Herrentrio, das jetzt das Gerangel aufführt, gibt es genau eine Person, die sich zum Thema AfD klar ablehnend geäußert hat: Das ist Herr Strobl. Er hat sich gegen eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD in Baden-Württemberg ausgesprochen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Er sagte laut dpa am 6. Oktober – ich zitiere –:

Eine Partei, in der eigene Mitglieder von „Säuberungen“ sprechen ..., hat sich selbst entlarvt.

Das ist völlig in Ordnung. Nur haben Sie Herrn Strobl nun nicht als Spitzenkandidaten haben wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das scheinen Sie zu bedauern! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Er ist nun ein Landesvorsitzender ohne Land.

Was bieten die beiden anderen Herren? Herr Hauk hat im Mai kurz vor der Europawahl die AfD als künftigen Koalitionspartner in Baden-Württemberg ins Spiel gebracht. Da hat er sich schon in der Zusammenarbeit mit der AfD bei den homophoben Demonstrationen hier auf dem Schlossplatz eingeübt, wo er ein Grußwort hat verlesen lassen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Dafür warten wir immer noch auf eine Entschuldigung von Herrn Hauk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wie hält es Herr Wolf – er sitzt hier in meinem Rücken – mit der AfD? Wir wissen es nicht so genau.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Und bald im Nacken! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

– Wenn Sie jetzt sagen, er sitze im Nacken, Herr Kollege, dann haben Sie das Problem, das Herr Wolf gerade mit seinen Rollen hat, nicht ganz verstanden. Ich habe hier kein Rollenproblem. Ich rede hier für den Landtag.

(Zuruf: Vorsicht mit der Beißzange!)

Bei Herrn Wolf wissen wir es nicht so genau. Er überlegt gern ein bisschen, was bei seinem Gegenüber und in der Gruppe,

bei der er gerade unterwegs ist, gut ankommt. So hat er z. B. laut dpa am 6. Oktober nach dem chaotischen Landesparteitag der AfD gesagt – Zitat –, „mehr denn je“ sei er „der Auffassung, dass die AfD keinerlei programmatische Konzeption“ habe. „Mehr denn je“, sagte er.

Was war noch? Auf der Regionalkonferenz der CDU in Singen am 17. November hat ein Mitglied Herrn Strobl und Herrn Wolf ausdrücklich nach einer Koalition mit der AfD hier im Land gefragt. Herr Strobl hat Nein gesagt. Herr Wolf hat wohl vor einem CDU-Publikum eine Koalition nicht so ganz abschließen wollen und sich vor einer Position gedrückt. Ich zitiere den „Südkurier“ vom 19. November:

Strobl schließt eine Koalition mit der AfD glasklar aus. Wolf windet sich. „Die müssen sich erst mal finden“, meint er.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er recht! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In welche Richtung finden?)

Wer weiß, vielleicht hat dies Herr Wolf in der Abstimmung 1 % am ganz konservativen Rand der CDU gegenüber Herrn Strobl gebracht. Wir wissen es nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Besser kann man es nicht ausdrücken!)

Vermutlich wird er sich jetzt auch sagen: Außerhalb von CDU-Veranstaltungen rede ich wieder ein bisschen mittiger. Dann nimmt er jetzt wieder den Text zur AfD, den er vor dieser Regionalkonferenz hatte.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Wolf, Haltung ist aber etwas ganz anderes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie wissen doch gar nicht, was Haltung ist!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die CDU eine Aktuelle Debatte zu Thüringen beantragt hat, beruht auf einem Kalkül und auf einer Furcht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So arrogant!)

Das Kalkül der CDU lautet: Wenn sie nur oft genug „grün“ und „Kommunismus“ oder etwas in dieser Art sagt, bleibt schon irgendetwas hängen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können etwas dagegen tun!)

Die Furcht der CDU ist, dass diese grün-rote Koalition so gut und so breit in der Mitte der Gesellschaft verankert ist, dass Ihnen dieses nichts nützen wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:

(Der Redner singt.)

*Die Partei, die Partei, die hat immer recht,
heißt sie SED, LDP oder Ost-CDU.*

(Unruhe bei der CDU)

Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen des Kollegen Röhm schlage ich vor, den Debattentitel wie folgt zu erweitern: „25 Jahre nach friedlicher Beendigung der SED- und Blockflötenherrschaft von Ost-CDU und LDP – Geschichte einer Partei namens CDU, die sich erdreistet, anderen moralische Vorhalte zu machen, obwohl sie selbst im Osten mit der Linken kooperiert und sich zugleich am DDR-Vermögen gesundgestoßen hat“.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut! Bravo!)

Blick zurück, Kollege Röhm, von Pädagoge zu Pädagoge – ich bin Zeithistoriker –:

(Der Redner hält mehrere Schriftstücke hoch.)

„Christentum, Demokratie, Sozialismus, das sind unsere Ziele.“ Oder wie wäre es mit: „Der Sozialismus ist die Zukunft und der Frieden – 25. Parteitag der CDU-Ostdeutschland.“ Und ganz lovely: Wussten Sie, dass Sie heute historisch betrachtet auch in einem gewissen Sinn als ein Vertreter der Nationalen Front der DDR geredet haben? Hier ein Aufruf der CDU-Ost, eine Bitte, die Kandidaten der Nationalen Front zu wählen, weil sich nämlich im Sozialismus das Christentum am besten realisieren lasse.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi, oi, oi! – Weitere Zurufe)

Daher wäre ich heute an Ihrer Stelle einmal ganz vorsichtig.

Das Ganze noch gepaart mit einem Blick auf das Vermögen der CDU bis heute in Ostdeutschland – ich zitiere den SPIEGEL –:

Die SED-Nachfolgerin PDS und die gewendeten Blockparteien haben so viel Grundbesitz und andere Annehmlichkeiten geerbt, dass sie allen Grund haben, das heikle Thema ruhen zu lassen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auch die Bonner Schwestern, CDU und FDP, ... belassen es bei starken Worten. Die neu entstandene Partei

– gemeint ist die CDU –

war damit vermögensmäßig die Nummer 2 in der DDR.

So viel zum Thema „Historische Bereicherung, historische Schuld“, Herr Röhm.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo!)

Sie meinen, eine klare Sicht auf die Dinge zu haben. Das liegt nur daran, weil Sie in Ihrem Glashaus schon mit so vielen

Steinen geworfen haben, dass Sie überhaupt keine Scheiben mehr darin haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist Ihnen peinlich! Das verstehe ich ja!)

Jetzt könnte man natürlich sagen: Das ist alles lange her. Aber: Zur aktuellen Kooperation der CDU und der Linken hat Frau Lindlohr bereits Ausführungen gemacht. Dafür gibt es zahlreiche Belege. Danach müssen Sie einfach einmal googeln. Ich nenne einmal beispielhaft – das ist die schönste Zusammenfassung – die „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. Mai 2010. Demnach gibt es zahlreiche Kooperationen der CDU in Sachsen mit der Linken. In Chemnitz sind zwei Beigeordnete der CDU nach einer verheerenden Niederlage ihrer Partei gewählt worden, gedeckt durch die Linkspartei, die ihrerseits ihren Kandidaten mit Stimmen der CDU durchgesetzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi, oi, oi!)

In Magdeburg wählte die CDU gegen verbindliche Absprachen mit der SPD einen Kandidaten der Linken. Dieser hatte übrigens bis 1989 die Moskauer Parteischule besucht, war ein Exmitarbeiter der SED-Bezirksleitung Magdeburg.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Was? – Staatssekretär Ingo Rust: Das ist ja unglaublich! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Herr Rülke, bevor Sie zu laut lachen: Er wurde mit Stimmen der FDP gewählt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es geht weiter: In Dresden haben Linkspartei und CDU gegenseitig ihre Beigeordneten gewählt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie verhöhnen die Opfer!)

In Cottbus haben CDU und Linke sogar einen gemeinsamen OB-Kandidaten aufgestellt.

(Zuruf von der SPD: Was? – Aha!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

In Glauchau gab es ebenfalls eine solche Kooperation, und in Berlin Marzahn-Hellersdorf regierte bei Erscheinen des Artikels sogar eine schwarz-dunkelrote Koalition. Herr Röhm, wer schadet hier der Demokratie?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie! Das ist eindeutig! Sie verhöhnen die Opfer!)

Jetzt zur Frage der Kooperation in Baden-Württemberg: Wir haben heute keine Linke im Landtag von Baden-Württemberg, und das ist gut so. Wir werden auch alles dafür tun, dass dies so bleibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Was die Kooperation mit Bundesländern angeht, so ist das in der Vergangenheit beispielsweise auch vom schwarz-gelben Baden-Württemberg mit den rot-roten Ländern praktiziert worden. Wir reden übrigens sogar mit der CSU in Bayern, die autokratische Anträge zum Thema Sprache bringt und laut SWR noch nicht einmal in der Lage ist, das Wort „Deutsch“ richtig zu schreiben.

(Zuruf: Genau!)

Aber: Bei der Frage nach der Kooperation gilt es heute an dieser Stelle tatsächlich auch den Blick auf die andere Seite zu richten. Wie hält es die Union mit der AfD? Wie halten Sie es denn mit einer Partei, deren Spitze die islamophobe „Pegida“ unterstützt? Wir haben die Aussagen auf Ihrem Parteitag in Köln gehört und diese auch zur Kenntnis genommen. Aber wie glaubwürdig ist dies in Anbetracht der Doppelzüngigkeit Ihrer Partei im Umgang mit der Linken im Osten?

(Zuruf von der CDU: Jetzt aber!)

Herr Hauk – Frau Kollegin Lindlohr hat darauf hingewiesen – hat eine Kooperation für denkbar erachtet, ja sogar befürwortet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was legen Sie mir in den Mund?)

Für Herrn Wolf – das gestehe ich ihm zu – ist die AfD laut „Mannheimer Morgen“ vom Dienstag kein Koalitionspartner. Aber was ist diese Zusage wert? Was ist denn diese Zusage wert, wenn sie im gleichen Artikel, im gleichen Interview erscheint,

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Das ist doch nicht Thema heute Morgen!)

in dem Herr Wolf den Wortbruch gegenüber Herrn Hauk durchgeführt hat, sodass Herr Hauk abends im SWR zugeben musste, dass er diese Neuigkeit aus der Presse erfahren hat, dass sein Stuhl nicht mehr für ihn bereitsteht? Herr Hauk widersprach noch nicht einmal der Bezeichnung „Wortbruch“, als er direkt darauf angesprochen wurde. Meine Herren, was für ein Fehlstart!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hier geht es um SED-Schergen!)

Vier Tage nach Kandidatenkür Bündnispartner abgemeiert, Zusagen gebrochen – kaltstellen, entsorgen, Versprechen brechen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Was hat das mit der SED zu tun?)

Was sollen die Menschen von einem Kandidaten halten, der mit einem Wortbruch startet? Ist das die Erneuerung der CDU, von der Sie, Kollege Wolf, gesprochen haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie lieber was zu den SED-Schergen!)

Ist das Ihre Antwort auf Mappus? Da packt einen ja das Grauen. Sie sind in der Glaubwürdigkeitskrise.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie sind Ramelow!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass CDU und FDP die Wahl eines Linkenpolitikers zum Ministerpräsidenten nicht gerade beklatschen, dürfte Sie von SPD und Grünen wohl kaum überraschen. Vermutlich kratzt es Sie auch herzlich wenig, was bürgerliche Parteien zum Verhalten Ihrer Parteifreunde in Thüringen sagen. Aber vielleicht kümmert Sie es doch ein klein wenig mehr, was Ihre politischen Freunde mit ostdeutschem Hintergrund Ihnen dieser Tage ins Stammbuch geschrieben haben.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Herr Kollege Röhm hat schon darauf hingewiesen: Genau vor vier Wochen hat Werner Schulz im Landtag von Baden-Württemberg eine überaus bedeutende, eine sehr bemerkenswerte Rede gehalten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

die sich ausgezeichnet hat durch Geradlinigkeit,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Ernsthaftigkeit und ein sehr klares historisches Bewusstsein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Der Applaus quer durch alle Parteien

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Den habt ihr nicht!)

zeigt im Übrigen eindrücklich, dass die Einladung genau dieses Redners eine goldrichtige Entscheidung war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

So erlaube ich mir, Ihnen noch einmal das eine oder andere Zitat in Erinnerung zu rufen:

So richtig es ist, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, so wahr ist es aber auch, dass die Vergangenheit oft zum Prüfstein der Gegenwart wird.

Und:

Deswegen sollten wir dem Bundespräsidenten dankbar sein, dass er die Wertegrundlagen unserer offenen Gesellschaft verteidigt und die Relativierung von Unrecht nicht durchgehen lässt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP/DVP-Landtagsfraktion teilt ganz ausdrücklich die Aussagen des Bundespräsidenten Joachim Gauck, und wir sind ihm dankbar für diese klaren Worte in Richtung Thüringen und in Richtung Linkspartei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Werner Schulz fuhr in seiner Rede fort:

Die Linkspartei ist nicht mehr die SED und keine totalitäre Bedrohung, aber sie hat aus dem ökonomischen Fi-

(Dr. Timm Kern)

asko, dem falschen Menschenbild und der falschen Sozialpolitik wenig gelernt. Nach wie vor gehört die Systemüberwindung zum Programm.

Nach wie vor gehört die Systemüberwindung zum Programm der Linkspartei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer diesen Staat mit seiner liberalen und weltoffenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überwinden will, dem darf man keine Kontrolle über ihn einräumen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

An die Adresse von SPD und Grünen möchte ich an dieser Stelle auch einmal festhalten: Von Zeit zu Zeit reklamieren Sie für sich, Sie seien auch liberale Parteien. Ministerpräsident Kretschmann sieht in der grünen Partei geradezu die „Oberliberalen“. Was Ihre Parteifreunde aber in Thüringen gerade zu verantworten haben, zeigt: Sie sind mitnichten liberal. Denn Liberale würden niemals einen Ministerpräsidenten an die Macht hieven,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das können sie auch gar nicht!)

dessen Partei die deutsche Wirtschafts- und Gesellschaftsform überwinden will. So steht es nach wie vor im Grundsatzprogramm der Linken, die auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer trotz aller Lippenbekenntnisse eben noch keinen Frieden mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gemacht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Werner Schulz fuhr fort:

Was in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern an Problemen bestand und noch abgetragen und geleistet werden muss, hat vor allem mit dem Erbe der SED-Diktatur und weniger mit den Verwerfungen infolge der deutschen Einheit zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist für mich ein ganz zentraler Punkt der heutigen Debatte. Die Linkspartei hat als Rechtsnachfolgerin der SED nicht nur eine höchst problematische Vergangenheit – das auch –, die Linkspartei hat darüber hinaus ein höchst problematisches politisches Programm, das doch völlig untauglich ist, auf die politischen Fragen der Gegenwart die richtigen Antworten zu geben. Die Linkspartei löst nicht die Sorgen und Probleme, die die Menschen haben, sondern die Linkspartei braucht zu ihrem politischen Überleben die Sorgen und Probleme der Menschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist schon eine fast makabre Ironie der Geschichte: Die Linkspartei verdankt ihr Wahlergebnis genau den Problemen, die sie als SED einst wesentlich verursacht hat.

Sie von Grün-Rot, das heißt Ihre Parteifreunde in Thüringen, verhelfen nun genau dieser Partei dazu, ausgerechnet den Regierungschef – es geht nicht immer nur um Koalitionen – zu stellen.

Es ist aber nicht nur der Grüne Werner Schulz, der sich bei diesem Thema äußerst kritisch an die eigenen Parteifreunde gerichtet hat. Der Liedermacher Wolf Biermann nennt die neue Koalition in Thüringen „rot-rot-grüne Gespensterhochzeit“.

Was Wolf Biermann dieser Tage der SPD in einem offenen Brief ins Stammbuch geschrieben hat, ist an Deutlichkeit und Unmissverständlichkeit kaum zu überbieten. Zitat:

Wirklich leid und auch weh tut mir die Rolle der SPD in dieser Provinzposse.

Weiter:

In der Zeitung las ich nun die Schreckensnachricht: 90 Prozent der SPD in Thüringen haben für eine Koalition mit der SED-PDS-Linken gestimmt. ... Ein Albtraum! Nach der großen Friedlichen Revolution 1989 erleben wir jetzt also eine kleine friedliche Konterrevolution. Es ist keine Katastrophe, aber doch ein Kummer.

Das Urteil des Liedermachers über das Verhalten der Sozialdemokratie fällt vernichtend aus. Zitat:

Die fatale Liaison der SPD mit dieser reaktionären Partei Die Linke ist ein schändlicher Frevel gegenüber der eigenen Geschichte.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bevor Sie von den Grünen sich jetzt zu entspannt zurücklehnen: Wolf Biermann hat sich auch an Sie gewandt. Zitat:

Ach! Und wie kann ich diesen verwelkten Grünen noch grün sein!

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

Sie haben ausgerechnet in Erfurt verdrängt, dass sich die westdeutsche Partei Die Grünen 1990 mit den Bürgerrechtsbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt und Initiative Frieden und Menschenrechte im Bundestag als Bündnis 90/Die Grünen vereinigt haben. Wenigstens aus einem Rest von Alter, naiver Nostalgie sollten sie nicht gemeinsame Sache machen mit den totalitären Untoten der Stalinzeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Werner Schulz und Wolf Biermann, diese beiden sind wahrlich keine Rechtskonservativen, sondern beide gehören, wie Sie ganz genau wissen, politisch in Ihren rot-grünen Freundeskreis. Umso ernster sollten Sie diese Mahnungen nehmen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: „Blockflöten“ der Liberalen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Kern, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rösler?

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Am Ende sehr gern.

Zum Schluss möchte ich mir noch erlauben, einen klitzekleinen Schlenker in Richtung CDU zu machen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Auch „Blockflöten“!)

(Dr. Timm Kern)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, dass die Sozialdemokraten nun in Thüringen der Linkspartei zur Macht verhelfen, sagt viel über die SPD. Dass die SPD aber lieber mit der Linkspartei koalitiert als mit der CDU, obwohl – oder vielleicht sogar gerade weil – sie in einer Großen Koalition mit der CDU regiert hat, sagt nicht nur etwas über die SPD aus, sondern das sagt nach meiner Auffassung auch etwas über die CDU und ihr Verhalten gegenüber einem kleineren Koalitionspartner aus.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oi!)

Offensichtlich waren nach fünf Jahren gemeinsamen Regierens die Postkommunisten für die SPD das kleinere Übel als die CDU. Das Verhalten der CDU als Regierungspartei gegenüber Koalitionspartnern ist nach meiner Auffassung auch ein Grund dafür, warum die CDU mittlerweile bundesweit nur noch vier Ministerpräsidenten stellt.

Dass sich gerade ein Liberaler diesen Hinweis an Ihre Adresse von der CDU bei der heutigen Debatte nicht verkneifen kann, darüber dürften Sie eigentlich nicht verwundert sein.

(Vereinzelt Beifall)

Ein letzter Aspekt, der mir wichtig ist: Auch heute gibt es die sogenannten Montagsdemonstrationen. Mich stört diese scheinbare Vergleichbarkeit von damals und heute.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Das stimmt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! Das ist lächerlich!)

Vor 25 Jahren erkämpften sich die Menschen im Osten unseres Landes die Freiheit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Dazu gehörte damals sehr viel Mut, denn die Menschen riskierten beim Aufbegehren gegen die Staatsgewalt ihr Leben. Heute dagegen demonstrieren Menschen in einem liberal-demokratischen Rechtsstaat und nicht wie damals in einer Diktatur. Dafür aber die gleiche Bezeichnung zu verwenden halte ich für vollkommen unangemessen. Denn es verharmlost den Heldenmut der Menschen in der damaligen DDR.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es verhöhnt sie!)

Für diesen Heldenmut bin ich im Übrigen auch persönlich sehr dankbar. Denn meine beiden Kinder würden sonst heute nicht existieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Kern, Sie haben noch rund eine Minute Redezeit. – Sie gestatten nun die Frage von Herrn Abg. Dr. Rösler.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der war auch im Osten!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werter Kollege, wie stehen Sie denn dazu, dass die FDP 1990 alle Mitglieder der Volkskammer der DDR, die Mitglied der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands waren, der LDPD,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die sogenannten Blockflöten! – Zuruf von der SPD: Blockpartei)

komplett übernommen hat, ebenso wie das Vermögen? Ich kenne persönlich einige dieser Kollegen, die quasi zwangsweise von der FDP übernommen wurden.

Wie stehen Sie zu diesem Prozess in der Historie der FDP?

(Abg. Martin Rivoir SPD: „Das ist ja etwas ganz anderes“!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es gab ja einen Grund, warum Menschen, die damals politisch aktiv sein wollten, nicht in die SED, sondern in eine andere Partei eingetreten sind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was für eine Verbiegung! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber die sind da freiwillig hineingegangen! – Weitere Zurufe)

Zweitens finde ich es auch – –

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie doch bitte Herrn Dr. Kern eine Antwort formulieren.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Dafür, dass Sie sich selbst zur „Koalition des Zuhörens“ ernannt haben, ist die Art und Weise, wie Sie tatsächlich zuhören, oft problematisch.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das liegt am Redner!)

Aber in der Tat: Auch ich hätte mir da ein anderes Verhalten vorstellen können.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Danke!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Friedrich.

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten Peter Friedrich: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Titel der heutigen Debatte lautet: „25 Jahre nach friedlicher Beendigung der SED-Herrschaft und dem Mauerfall – Zusammenarbeit der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg mit dem rot-rot-grünen Linksbündnis in Thüringen?“ Jetzt habe ich der Debatte aufmerksam gelauscht, insbesondere Ihrer Rede, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut so!)

Sie haben am Ende fünf Fragen an die Landesregierung gestellt. Ich muss aber feststellen, dass sich vier dieser Fragen an die jeweiligen Parteien wenden. Ich habe bei der gesamten Debatte viel Parteidiskussion festgestellt, aber – das gilt

(Minister Peter Friedrich)

auch für Ihre Rede – wenig dazu, was denn die Landesregierung eigentlich diese ganze Angelegenheit angehen soll.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Ich spreche hier als Vertreter der Landesregierung, als Minister, der Baden-Württemberg im Bund, im Bundesrat, in Europa und in internationalen Angelegenheiten vertritt. Ich werde also einiges zu der Frage sagen, wie sich die Zusammenarbeit mit anderen Landesregierungen in diesem Kontext gestaltet. Aber ich spreche nicht für die Parteien; denn bei uns sind Partei und Regierung nicht das Gleiche. Sie mögen da traditionell ein anderes Verständnis haben, was Baden-Württemberg betrifft; bei uns ist es so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Matthias Präfrock CDU: Jetzt lache ich mich gleich kaputt! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die frisch gewählte Regierung in Thüringen ist ohne jeden Zweifel – das haben bislang auch alle anerkannt – auf demokratischem Weg gewählt worden. Dies steht außer Zweifel. Sie mögen Mitgliedern der Partei Die Linke absprechen, aufrechte Demokraten zu sein, oder Sie mögen ihnen dies zubilligen. Sie mögen ihnen auch ihre Geschichte vorhalten und die Meinung vertreten, sie hätten sich davon nicht genügend distanziert. Das sind übrigens Dinge, die SPD und Grüne in Thüringen ebenfalls getan haben und auch weiterhin tun. Deswegen steht die schon angesprochene Präambel im Koalitionsvertrag, und deswegen ist das Thema „Aufarbeitung der Geschichte“ auch ein wichtiges Thema dieser Koalition – es ist wichtiger, als dies zuvor in der Zeit der Regierung von CDU und SPD in Thüringen der Fall war.

Es steht also außer Zweifel, dass die Regierung in Thüringen demokratisch gewählt ist und auf demokratischem Weg zustande gekommen ist.

Wir, die Landesregierung, haben daher auch überhaupt keinen Anlass und keinen Grund, uns in irgendeiner Weise der normalen Zusammenarbeit, wie sie zwischen Landesregierungen in Deutschland üblich ist, zu verschließen. Im Bundesrat, in den verschiedenen Fachministerkonferenzen, in der Ministerpräsidentenkonferenz werden wir ganz normal zusammenarbeiten, so, wie dies zwischen demokratisch gewählten Regierungen von Ländern in Deutschland üblich ist. Und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Erlauben Sie mir folgenden Hinweis: Als ich dieses Ministeramt übertragen bekam, traf ich im Bundesrat und im Ständigen Beirat auf eine Ministerin – Frau Marion Walsmann –, die das Land Thüringen mehrere Jahre beim Bund vertreten hat, die auch in allen Koordinierungsrunden der CDU, der B-Seite, saß und die selbst, als Mitglied der Ost-CDU, gewähltes Mitglied der Volkskammer war. Sie half also damals, die – wie es hieß – „Politik des sozialistischen Staats zu befördern“; sie hat dies als Mitglied der Ost-CDU auch so versprochen, und sie hat in der letzten Landesregierung in Thüringen das besagte Ministeramt übernommen. Das war Frau Walsmann.

Es ist daher, meine ich, sehr unredlich, in der laufenden Debatte so zu tun, als gäbe es keine gemeinsame Vergangenheit der CDU im Osten mit der damaligen Ost-CDU.

Entsprechendes gilt für den Ministerpräsidenten des Freistaats Sachsen, Herrn Tillich. Auch er war Mitglied der Ost-CDU. Er hat sogar an der Kaderschmiede des SED-Staats, der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, teilgenommen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Dies zu Herrn Tillich, der heute noch Ministerpräsident ist. Er hat höchstwahrscheinlich in der MPK gerade Herrn Ramelow die Hand gegeben – der seinerseits aus Niedersachsen stammt.

Ich will also darauf hinweisen: Sie sollten, wenn es um die Frage geht, wie sich Menschen entwickeln können und in welcher Weise sie möglicherweise Fehler der Vergangenheit auch aufarbeiten, Mitgliedern anderer Parteien vielleicht die gleiche Großmut zukommen lassen, die Sie gern für die Mitglieder, die Funktionäre sowie die Ministerinnen und Minister und die Ministerpräsidenten Ihrer eigenen Partei in Anspruch nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deswegen will ich klar sagen – damit nehme ich zur ersten Ihrer Fragen Stellung, der einzigen, die sich tatsächlich an die Landesregierung richtet –: Wir werden mit der Regierung in Thüringen zusammenarbeiten, so, wie wir das mit jeder anderen Landesregierung auch machen.

Ich will übrigens darauf hinweisen, dass in der thüringischen Landesregierung eine ganze Reihe von Ministern sitzen, sowohl für die SPD als auch für die Linke als auch für die Grünen – sei es Wolfgang Tiefensee, der zu den Mitbegründern des demokratischen Forums Ostdeutschland in Leipzig gehört hat, sei es der grüne Justizminister, Herr Lauinger, der aus Ettlingen stammt, sei es der Innenminister, Holger Poppenhäger, der übrigens der Vorsitzende der deutschen Delegation im Ausschuss der Regionen in Brüssel ist –, die ohne Zweifel über jede Kritik erhaben sind, die darauf abzielt, dass sie Vertreterinnen und Vertreter eines Unrechtsregimes seien bzw. in einer Tradition der Vertretung des Unrechtsregimes der SED stünden. Ein solcher Vorwurf ist ihnen gegenüber in keinsten Weise gerechtfertigt. Sie werden ihre Arbeit ordentlich machen; da bin ich mir sicher. Deswegen werden wir mit ihnen auch zusammenarbeiten.

Ich verbitte mir an dieser Stelle jedweden parteipolitischen Kommentar, sowohl vonseiten der Vorsitzenden der Bundes-CDU als auch von Ihnen. Zu glauben, man säße moralisch auf einem höheren Ross als diejenigen, die aktiv dazu beigetragen haben, dass die DDR zugrunde gegangen ist – dies geschah tatsächlich durch den Protest der Bürgerinnen und Bürger –, während man selbst in der eigenen Partei gleichzeitig eine ganze Reihe von Vertreterinnen und Vertretern hat, die als „Blockflöten“ Stützen dieses Systems waren und später zu Funktionsämtern in der Partei gelangten, ist vermessen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sind Sie jetzt Vertreter Ihrer Partei oder Vertreter der Landesregierung? Reden Sie für Ihre Partei oder für die Regierung?)

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu der Frage, ob die Sache von uns begrüßt oder bejubelt wird, ob dies beklatscht wird: Keiner von uns hat das Wahlergebnis bzw. die Bildung dieses Bündnisses beklatscht – keiner von uns. Ich sage Ihnen auch ehrlich: Ich habe große Bauchschmerzen, wenn ich realisie-

(Minister Peter Friedrich)

re, dass die Linkspartei in der Tat in vielen Bereichen, insbesondere auch auf Bundesebene, aber auch in westdeutschen Landesverbänden vieles aus ihrer Geschichte noch nicht aufgearbeitet hat.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ehrt Sie!)

Aber ich glaube, dass weder die SPD noch die Grünen moralische Ratschläge in der Frage brauchen, wie man damit umzugehen hat. Es ist für uns alle ein quälender Prozess, wenn es darum geht, wie man mit den Menschen umgehen soll, wie man auch mit den Parteien und Institutionen umgehen soll, die Teil eines diktatorischen Regimes waren. Dieser Prozess ist für uns alle quälend.

Dies gilt übrigens auch für die Prozesse im Rahmen der Gründung der Bundesrepublik und der Gründung des Landes Baden-Württemberg.

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Es ist aber auch eine Verpflichtung aufrechter Demokratinnen und Demokraten, erstens vergeben zu können, zweitens aufarbeiten zu können und drittens die Menschen in ein demokratisches System zu integrieren. Wenn die Übernahme von Regierungsverantwortung – auch durch Mitglieder der Linkspartei – und die Übernahme der Verantwortung für das Gemeinwesen dazu führt – wir sehen im Fall Thüringen, welch vielfältigen inneren Prozessen sich auch die Linkspartei jetzt aussetzen muss –, dass sich Menschen in unseren demokratischen und liberalen Rechtsstaat integrieren, dann ist das allemal besser, als sie durch schlichte Übernahme von Vermögen und durch Überführung von Mitgliedern im Zuge der Integration der Blockparteien schlicht und ergreifend zu Demokraten zu erklären und darauf zu verweisen, dass sie ja nun der jeweils eigenen Partei angehören.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deswegen sage ich es noch einmal: Wir werden mit der thüringischen Regierung gut und fair zusammenarbeiten; darauf hat sie schließlich als demokratisch gewählte Regierung einen Anspruch. So sind wir bereits in der Vergangenheit verfahren, und so sind auch Sie in der Vergangenheit mit den jeweiligen Regierungen verfahren. Darüber hinaus möchte ich erwähnen, dass in den verschiedenen Gremien auf Bundesebene auch Minister aus der Linkspartei, zum Teil auch mit SED-Parteibuch-Vergangenheit, saßen.

Insofern ist es ein ganz normaler Vorgang, dass man mit diesen Ministern, Ministerpräsidenten und Regierungen zusammenarbeitet, und deswegen werden wir es an dieser Stelle auch nicht anders halten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Aktuellen Debatte vor.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wie? Keine Antwort, Herr Röhm?)

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2015/16 (Staatshaushaltsgesetz 2015/16 – StHG 2015/16) – Drucksache 15/5959

Zunächst **Buchstabe a:**

Einzelplan 01: Landtag

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6001

Berichterstatter: Abg. Hans-Martin Haller

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 01 – Landtag – eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Köbler das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Gesamthaushalt des Landtags beläuft sich 2015 auf 75 Millionen € und 2016 auf 79,8 Millionen €. Der Anteil am Gesamthaushalt beträgt wie in der Vergangenheit 0,2 %. Die Gesamtausgaben erhöhen sich um 2,5 Millionen € im Jahr 2015 und um 4,7 Millionen € im Jahr 2016.

Nahezu 75 % der Ausgaben sind Personalausgaben; etwa 60 % der Personalausgaben entfallen auf Aufwendungen für die Abgeordneten, deren Mitarbeiter und die Altersentschädigung der ausgeschiedenen Abgeordneten. Interessant ist dabei, dass die Altersentschädigung für die Versorgungsempfänger knapp 60 % des Haushaltsvolumens der Abgeordnetenentschädigungen ausmacht. Das heißt also, dass uns die ausgeschiedenen Kollegen, die Pensionäre, etwas wert sind.

Nur 25 % der Personalkosten entfallen auf die eigentliche Landtagsverwaltung und den parlamentarischen Beratungsdienst. Insgesamt handelt es sich in den beiden Haushaltsjahren um 284 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, davon 44 im parlamentarischen Beratungsdienst und 29 beim Landesdatenschutzbeauftragten. Bei der eigentlichen Landtagsverwaltung sind es 156 Mitarbeiterstellen.

Die Sachausgaben, Verwaltungsausgaben, Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Investitionen machen etwa 25 % des Haushalts des Landtags aus. Wesentliche Veränderungen sind 2016 festzustellen, und zwar 2,5 Millionen € für die Neuausstattung und Möblierung im Rahmen des Abschlusses der Baumaßnahmen.

Im Zusammenhang mit den Sachkosten will ich auf drei Titel eingehen: erstens auf den Schülerwettbewerb zur Förderung der politischen Bildung, zweitens auf die Einführung von Jugendgruppen in die Parlamentsarbeit und drittens auf die Zuschüsse für Besuchergruppen der Abgeordneten.

Diese Aktivitäten des Landtags tragen dazu bei, unsere Arbeit für die Öffentlichkeit transparenter zu machen. Wer hier ein-

(Joachim Kößler)

mal im Landtag war – ich habe das gestern erlebt –, der sieht die Arbeit vor Ort, der sieht, was wir hier im Parlament machen, und für Jugendliche ist es zum Teil die erste Berührung mit der politischen oder praktischen Arbeit eines Parlaments. Ich denke, jeder Euro, den wir hier ausgeben – wir sollten vielleicht in Zukunft, wenn der Neubau fertig ist, mehr ausgeben –, ist es wert; denn er dient dazu, unsere Arbeit hier besser darzustellen.

(Beifall der Abg. Manfred Lucha und Brigitte Lösch GRÜNE)

Demokratie erlebt man am besten, wenn man sie sieht und wenn man mit den Abgeordneten bzw. Politikern redet.

Mein Dank gilt in diesem Zusammenhang besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Besucherdienstes.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ja!)

Sie leisten eine hervorragende Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ich habe es vorhin schon gesagt: Wir sollten diese Aktivitäten so weit wie möglich und soweit es räumlich und auch zeitlich machbar ist ausdehnen.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung. Sie unterstützen uns, sie machen uns die Arbeit leichter. Ohne sie könnten wir hier keine hervorragende Arbeit – ich denke, sie ist hervorragend – leisten.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Herr Vizepräsident, übermitteln Sie den Dank – der Landtagsdirektor sitzt dort hinten – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; denn sie machen uns die Arbeit leichter und sorgen dafür, dass wir hier in einer guten und angenehmen Atmosphäre arbeiten.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wohlfühlatmosphäre!)

Lassen Sie mich zum Schluss einige Worte zu den Kosten des Landtags sagen. Weiterhin ist der Landtag von Baden-Württemberg der kostengünstigste – nicht der billigste – Landtag mit 6,30 € pro Einwohner im Jahr 2015 und 6,70 € im Jahr 2016. Unser Landtag ist damit der kostengünstigste Landtag aller Flächenländer.

Genauso verhält es sich mit der Relation zwischen der Abgeordnetenzahl und der Einwohnerzahl. Mit 78 000 Einwohnern pro Abgeordnetem ist unser Landtag der Landtag, der pro Abgeordnetem die meisten Einwohner betreut und ihnen zur Seite steht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kurz vor dem Saarland!)

– Ja, aber das ist kein Flächenstaat.

(Heiterkeit – Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Dessen Größe erinnert eher an einen Landkreis.

(Beifall der Abg. Manfred Lucha GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP sowie des Staatssekretärs Ingo Rust – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das gibt Ärger!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch die Baumaßnahmen ansprechen. Wir alle können froh sein, dass die Baumaßnahmen voranschreiten, dass sie 2016 zeitgerecht beendet werden. Ich gehe davon aus, dass wir dann in einem lichtdurchfluteten Raum arbeiten können und dass das unsere Stimmung und unsere Leistung natürlich beflügelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich möchte noch anmerken, Herr Kollege Kößler, dass unser Landtag nicht nur der günstigste Landtag aller Flächenländer, sondern der günstigste aller Bundesländer ist.

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Gernot Gruber SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch besser, Herr Präsident!)

Diese Feststellung ist wichtig; denn hier ist auch Öffentlichkeit anwesend.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 01, der Haushalt des Landtags, ist im Normalfall kein kontrovers zu diskutierender Haushalt. Oftmals sind die Anträge interfraktionell eingebracht und einvernehmlich beraten worden. Deshalb kann ich mich mit meiner Rede eigentlich sehr gut an die Rede des Kollegen Kößler anschließen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Ich denke, wir können ebenso übereinstimmend feststellen, dass die Mittel für den Landtag mit den notwendigen Erhöhungen zwar nicht üppig, aber auskömmlich sind.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schwäbisch halt!)

Herr Kollege Kößler hat es gesagt: Nach wie vor gehört der Landtag von Baden-Württemberg zu den bescheidenen – man kann beinahe sagen: kostengünstigen – Landtagen. Mit Ausgaben von 6,30 € pro Einwohnerin bzw. Einwohner können wir uns wahrlich sehen lassen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Ausgaben für die wichtige Tätigkeit, die wir, das Parlament, ausüben, angemessen sind und wir verantwortungsbewusst mit den Mitteln umgehen.

Wir, das Parlament, haben Anlass – und wir machen das auch kontinuierlich –, unsere Außendarstellung, unsere Kommunikation und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern stetig zu verbessern. Das hat nicht nur etwas mit einem selbstbewussten Parlament zu tun, sondern auch damit, dass wir da-

(Brigitte Lösch)

mit einer bestehenden Politikverdrossenheit entgegenwirken können.

Ein besucherfreundlicher Landtag, gut organisierte Veranstaltungen, benutzerfreundliche Homepages, zielgruppenorientierte Angebote für Jung und Alt, aus den heiligen Hallen heraus hin zu den Menschen zu gehen, den Landtag auch in Richtung Barrierefreiheit zu öffnen – all das sind gute und notwendige Voraussetzungen, um Menschen für Politik zu interessieren und Politik erlebbar zu machen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

An dieser Stelle möchte ich mich ebenfalls ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung bedanken; sie tragen dazu bei, dass wir all dies machen können. Ein großes Dankeschön an den Besucherdienst, der die Besuchergruppen so wundervoll begleitet, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Protokoll, die Veranstaltungen grandios vorbereiteten, und an all die anderen Personen – ob sie an der Pforte sitzen, ob sie hier im Saaldienst tätig sind; sie machen einen prima Job, und zwar als Dienstleistende für uns und somit für alle Bürgerinnen und Bürger. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch auf einige Haushaltstitel besonders eingehen. Wir haben natürlich Mehrausgaben für Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen. Ich glaube, es gab noch keine Legislaturperiode, in der es mehr Untersuchungsausschüsse und Enquetekommissionen gab.

(Unruhe bei der CDU)

Aber wir haben auch die Mittel für die wichtige politische Bildungsarbeit erhöht. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Landeszentrale für politische Bildung, wie ich finde, richtigerweise vom Staatsministerium zum Landtag umressortiert wurde. Denn wir, das Parlament bzw. die Volksvertreterinnen und Volksvertreter, tragen auch die Verantwortung, junge Menschen für unsere Demokratie zu begeistern und ihnen das Wesen der Demokratie näherzubringen.

An dieser Stelle möchte ich die Verstetigung der Mittel für „Team meX“ nennen, ein Projekt für mehr Zivilcourage, gegen Extremismus. Das Projekt will Jugendliche vor Extremismus schützen und verhindern, dass sie in extremistische Szenen abrutschen. Es ist auch ein Angebot für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit. Zur Verstetigung der erfolgreichen Arbeit werden ab dem kommenden Jahr für Personalstellen und Sachmittel 250 000 € zur Verfügung gestellt.

Die Schülerinnen und Schüler sollen Vorurteile erkennen, die gesellschaftliche Funktion von Vorurteilen verstehen und lernen, kritisch damit umzugehen.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Projekt der Landeszentrale zu benennen: die Entwicklung und Umsetzung eines Landesprogramms gegen rechte, rassistische oder antisemitische Gewalt.

Ich danke der Landeszentrale für politische Bildung ganz ausdrücklich, dass sie neben ihren kontinuierlichen Arbeiten und

Aufgaben – wie Schülerwettbewerbe, die Erstellung von Informationsmaterial – auch in diesen wichtigen politischen Bereichen Profil zeigt.

Als letzten Punkt möchte ich die Unterstützung der Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg ansprechen. Das Besondere dabei ist, dass die Gedenkstättenarbeit in unserem Land überwiegend von gemeinnützigen Vereinen, von Stiftungen und vor allem von vielen ehrenamtlich Tätigen geleistet wird.

Lange Jahre herrschte beim Ausbau der Gedenkstätten Stillstand. Alle Fraktionen im Landtag sind sich bewusst, welcher hohen Stellenwert die Erinnerungskultur in unserem Land hat. Die Gedenkstätten leisten nicht nur wertvolle Erinnerungsarbeit, sondern sind auch einzigartige Lernorte dafür, dass die Würde des Menschen unantastbar ist – unabhängig von Religion, Herkunft und sexueller Orientierung.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Deshalb haben wir zu Beginn der Legislaturperiode übereinstimmend die Förderung um 100 000 €

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

und im Zweiten Nachtragshaushalt 2014 ebenfalls um 100 000 € angehoben. Im Jahr 2015 werden wir sie auf 525 000 € und im Jahr 2016 auf 650 000 € erhöhen. Für 2017 sind 750 000 € vorgesehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen zusätzlichen Mitteln sollen bei den Gedenkstätten der Einstieg in den Aufbau von Verbundstrukturen und eine bessere Vernetzung ermöglicht werden. Denn bei der Arbeit der Gedenkstätten steht ein großer Generationenwechsel an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Zum Schluss noch ein Satz zum Landtagsumbau: Auch wenn wir die Vorzüge dieses schönen, hellen Interimsgebäudes schätzen, werden wir doch – so sieht es aktuell aus – die konstituierende Sitzung des neuen Landtags in unserem dann neu renovierten, energetisch sanierten Landtagsgebäude durchführen. Sie sehen im Haushaltsplan, dass wir die entsprechenden Mittel für den geplanten Rückumzug bereitgestellt haben. Genauso wie Kollege Kößler hoffe auch ich, dass sich der direkte Bezug – jeder Abgeordnete hat dann einen Bezug zum Himmel, zum Licht – sehr positiv auf unsere Debattenkultur auswirken wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss nicht alles wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben. Auch wir schließen wir uns dem Dank an alle Beschäftigten an. Herr Wicker, geben Sie diesen Dank bitte weiter. Genauso gilt mein Dank den Journalisten, die über uns berichten.

(Hans-Martin Haller)

Nachdem Herr Kößler erwähnt hat, wie wichtig all die Besuchergruppen für die Transparenz der Arbeit des Landtags und unser Ansehen sind, möchte ich noch erwähnen, dass wir auch gute Präsidenten und Vizepräsidenten haben, die sehr, sehr häufig draußen im Land unterwegs sind, für uns bestens werben und uns personifizieren. Auch ihnen gilt unser Dank, Herrn Drexler stellvertretend.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Es könnte etwas repräsentativer sein!)

Eine dieser Personen war ja in den letzten Wochen permanent im Land unterwegs.

Dieser Haushalt des Landtags spiegelt den Konsens der Demokraten in diesem Land wider. Denn wir verabschieden ihn stets einvernehmlich. Das ist gute Tradition. Deswegen braucht nicht auf alles eingegangen zu werden.

Unser Landtag ist kein billiger, aber ein preiswerter, ein guter Landtag. Das drückt sich auch im Neubau, in den Modernisierungen und Sanierungen aus.

Wenn man bedenkt, meine Damen und Herren, wie die Nachwelt die Protz- und Prunkbauten des Adels und des Klerus bewundert, hat man vielleicht Sorge, dass das Landtagsgebäude eines fernen Tages nicht mehr große Bewunderung erhält.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Denn es wird in bester Tradition dieses Landes eben bescheiden gebaut und ist sehr funktional aufgebaut. Das ist kein Protz- und Prunkgebäude, sondern dient der Sacharbeit von uns im Parlament. Der Umbau findet sich im Haushalt 2015/2016 in einer gewissen Erhöhung der Ansätze von Titeln wieder.

Damit möchte ich schließen. Wir freuen uns, dass wir alle zusammenstehen. Natürlich kann man im Einzelfall immer einen Posten finden, an dem gespart werden könnte – das wäre keine Meisterleistung –, aber unter dem Strich können wir stolz darauf sein, was dieser Landtag leistet und wie er es leistet – in bester Tradition: bescheiden, sparsam und erfolgreich.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Einzelplan des Landtags besteht weitgehend Konsens. Landtag und Fraktionen benötigen für den neuen Untersuchungsausschuss befristet Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem reagieren wir bei der Verwaltung mit einer kostenneutralen Regelung auf krankheitsbedingte Abwesenheiten. Daran kann man auch erkennen, dass der Landtag von Baden-Württemberg zwar effizient arbeitet, beim Personal aber bei Weitem nicht gerade üppig ausgestattet ist.

Auch ich möchte mich in diesem Zusammenhang namens meiner Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre gute und sehr zuverlässige Arbeit bedanken. Sie haben zwar „reguläre Arbeitszeiten“, aber viele

müssen bei Abend- und Wochenendveranstaltungen im Dienst sein. Die Schlagzahl hat sich durch die Fraktionen aufgrund der Vielzahl von Veranstaltungen erheblich erhöht. Die Verteilung der einzelnen Bereiche des Landtags auf mittlerweile sechs Standorte erleichtert die Arbeit auch nicht gerade.

Die zusätzlichen Stellen beim Landesbeauftragten für den Datenschutz unterstützen wir ausdrücklich. Der Landesbeauftragte war in Baden-Württemberg bisher schon eher übersichtlich ausgestattet. Um seinen Aufgaben aber adäquat nachgehen zu können, ist diese moderate Aufstockung dringender erforderlich.

Ein paar Worte zu den Stiftungen: Hier haben wir uns verständigt, die ursprünglichen Ansätze der Vorjahre 2013 und 2014 zugrunde zu legen. Das macht auch Sinn, da der Umfang der Tätigkeiten der Stiftungen nicht abgenommen hat.

Wir, die FDP/DVP, hätten uns auch gewünscht, den Ansatz des Bildungswerks für Kommunalpolitik der Freien Wähler auf das Niveau der Stiftung anzuheben, die den niedrigsten Betrag zugewiesen bekommt. Das war aber leider mit den anderen Fraktionen nicht machbar.

Zum Schluss möchte ich aber doch noch einen kritischen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Frau Lösch hatte das auch schon angesprochen. Wir sind uns bisher in diesem Hohen Haus über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig gewesen – hoffentlich wird das auch in Zukunft wieder so sein –, dass die Gedenkstätten in unserem Land eine hervorragende, eine unverzichtbare Arbeit leisten. Gerade bei diesem Thema halte ich es für mehr als nur geboten, dass Demokraten an einem gemeinsamen Strang ziehen.

Aus meiner Sicht wäre es mehr als suboptimal, wenn die einzelnen Fraktionen in einen gegenseitigen Überbietungswettbewerb treten würden, was die finanzielle Förderung angeht. Leider existierte dieser Konsens bei den anderen Fraktionen nur zu Beginn der Legislaturperiode. Die grün-rote Koalition hat null Komma null Interesse an fraktionsübergreifenden Anträgen oder Initiativen in diesem Bereich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Stimmt doch nicht!)

Einseitig preschen Abgeordnete der Koalition vor, verkünden frohe Botschaften und möchten sich dadurch gern öffentlich feiern lassen. Wenn dann Vertreter der Koalition in gemeinsamen Sitzungen mit den Vertretern der Gedenkstätten auf dieses Verhalten angesprochen werden, wird zwar Besserung gelobt, tatsächlich aber wiederholt sich in den Haushaltsberatungen genau derselbe Vorgang.

Meine Damen, meine Herren, die Arbeit der Gedenkstätten hätte ein kooperativeres Verhalten der politischen Fraktionen verdient. Es wäre ein wichtiges öffentliches Signal gewesen, wenn wir bei diesem Thema in der Lage gewesen wären, gemeinsam zusammenzustehen und dies auch gemeinsam nach außen zu vertreten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen in der Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 01 – Landtag. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6001.

Sind Sie damit einverstanden, über die Nummern 1 bis 3 der Beschlussempfehlung gemeinsam abzustimmen? – Das ist der Fall.

Ich rufe daher alle drei genannten Kapitel gemeinsam auf:

Kapitel 0101

Landtag

Kapitel 0102

Allgemeine Bewilligungen

und

Kapitel 0103

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer diesen drei Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6001, zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Kapiteln 0101 bis 0103 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0104

Landeszentrale für politische Bildung

Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Kapitel 0104 einstimmig zugestimmt.

Wir sind am Ende der Beratung des Einzelplans 01 angelangt. Tagesordnungspunkt 3 a ist erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

Einzelplan 05: Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6005

Berichterstatter: Abg. Peter Hofelich

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 05 – Justizministerium – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hitzler das Wort.

Abg. Bernd Hitzler CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit gut einem Jahr durchzieht die Justiz in Baden-Württemberg eine schwarze Serie. So ist es kein Wunder, dass der Justizminister schwer angeschlagen ist

(Oh-Rufe von der SPD)

und inzwischen als der größte Wackelkandidat im Kabinett gilt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den Grünen – Unruhe)

Eigentlich ist das überraschend, weil er mit sehr viel Vorschusslorbeeren gestartet ist. Bei der gestrigen Laudatio des Herrn Ministerpräsidenten auf seine Minister ist aufgefallen, dass der Justizminister gefehlt hat.

(Abg. Sascha Binder SPD: Weil seine Anwesenheit nicht notwendig war!)

Das ist doch sehr bezeichnend. – Regen Sie sich bitte ab. Das ist ungesund.

Begonnen hat alles bei dieser schwarzen Serie mit der Entlassung von fünf Drogendealern aus dem Gefängnis,

(Zuruf von der SPD)

weil das Landgericht Heilbronn den Prozess nicht rechtzeitig beginnen konnte.

Auf eine Kleine Anfrage meines Kollegen Dr. Lasotta verharmlöst der Justizminister die Situation und erklärt, dass es immer wieder Phasen gegeben habe, in denen ein gewisser Anstieg von Haftbefehlsaufhebungen zu verzeichnen gewesen sei. Abgesehen davon, dass darunter kein einziger Fall von Drogendealern war, ist dieses Verhalten unmöglich. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung wird dadurch erheblich gestört.

Nach diesem Vorgang warnen auch die Präsidenten der Obergerichte und der Generalstaatsanwalt davor, weitere Kürzungen bei der Justiz vorzunehmen. Bei diesem Personenkreis handelt es sich um staatstragende und zurückhaltende Persönlichkeiten, die die Öffentlichkeit nur dann suchen, wenn es wirklich brennt.

Auch der Vorstand des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg kritisiert die Regierung wegen der unauskömmlichen Personalausstattung.

Hinzu kommt massives Unbehagen über die generelle Kürzung der Eingangsbesoldung bei Richtern um 8 %. In der Tat liegen hier die Gehälter in Baden-Württemberg im unteren Bereich. Wie dann heute noch die besten Leute in den Staatsdienst gehen sollen, ist mir schleierhaft.

Inzwischen beschäftigt sich auch das Bundesverfassungsgericht mit dieser Angelegenheit. Es bezweifelt, dass die Bezahlung angemessen ist. Im Frühjahr des nächsten Jahres ist mit einem Urteil zu rechnen. Ich gehe davon aus, dass das Land Baden-Württemberg mehr zahlen muss.

In zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen wurde deutlich, dass eine gewaltige Demotivation besteht. Es wird die Klage

(Bernd Hitzler)

geführt, dass die Richter heute zu viele manuelle Tätigkeiten ausführen müssen, weil Servicekräfte fehlen.

Doch auch bei den Rechtspflegern herrscht Verärgerung. Der Vorsitzende des Landesverbands Baden-Württemberg des Bundes der Rechtspfleger erklärte, dass das Justizministerium den Rechtspflegern keine Freude mache und dass den Beamten ein eisiger Wind ins Gesicht blase. Heftig kritisiert wurde der Gesetzentwurf zur Einführung der Bereichsrechtspfleger. Es wurde kritisiert, dass die Rechtspfleger zur beliebigen Verfügungsmasse der Justizverwaltung degradiert werden.

Extrem schlecht sieht es derzeit bei den zentralisierten Grundbuchämtern aus. Jeder Rechtspfleger hat ca. 300 bis 500 offene Verfahren. Die Zahl der rückständigen Verfahren steigt, obwohl 20 % mehr Personal eingesetzt wird. Hier wächst der Unmut bei den Antragstellern. Denn ein funktionierendes Grundbuchwesen ist enorm wichtig für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Dies zeugt nicht gerade von einer souveränen Umsetzung der Grundbuchamts- und Notariatsreform.

Mein Kollege Marcel Schwehr hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage zu den Bearbeitungsrückständen in den Grundbuchämtern mitgeteilt bekommen, dass mit Stand vom Oktober 2014 sage und schreibe 24 000 Fälle unerledigt sind. Als Erfolg wertet es die Landesregierung, dass im Jahr 2014 bislang nur fünf Dienstaufsichtsbeschwerden eingegangen sind. Ich halte das für einen Missstand.

Auch die Zentralisierung der Vereinsregister auf vier Standorte war eine Fehlentscheidung, weil damit eine bürgernahe Lösung zerstört wurde. Gerade die Beratung vor Ort hat viele Vorteile.

Auch bei den Notaren rumort es. Erst vor Kurzem ist der gesamte Vorstand des Württembergischen Notarvereins aus Protest gegen die Landesregierung zurückgetreten.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Was?)

Es wird angeführt, dass das Vertrauen zerstört ist. Kann man noch über die geforderten Vorruhestandsregelungen streiten, so ist es doch geboten, den Notaren, die im Staatsdienst verbleiben und Einnahmen in Höhe von ca. 20 000 € im Jahr verlieren, eine Zulage zu gewähren. Jahrzehntlang hat diese Berufsgruppe dem Land viel Geld gebracht, und nun lässt man sie hängen.

Auch der Badische Notarverein verurteilt die Zustände in den Grundbuchämtern.

Kommen wir nun zum Justizvollzug. Zum ersten Mal verhungert in Bruchsal ein Gefangener unter Aufsicht des Staates. Weiter kommen makabre Vorgänge auf den Tisch, die nicht zu tolerieren sind. Ferner werden zwei klare Gesetzesverstöße bekannt, weil die notwendige Anordnung der Einzelhaft nicht vorliegt. Der Leiter der Strafvollzugsabteilung im Ministerium wird dann als Schuldiger geopfert und muss den Dienst quittieren. Dazu möchte ich sagen, dass unsere Fraktion diesen Vorgang noch genau prüfen wird.

Der Landesverband Baden-Württemberg des Bundes der Strafvollzugsbediensteten hat angeführt, dass man nach den Vor-

gängen in Bruchsal und Adelsheim nun am Scheideweg stehen würde, wie man es vorher noch nicht erlebt habe. Die Mitarbeiter seien stark überlastet, die Beförderungsmöglichkeiten unbefriedigend. Ferner wurden vom Landesverband konkrete Vorschläge gemacht.

Die CDU-Fraktion wird heute Folgendes beantragen: Wir möchten 40 000 € für Organisationsuntersuchungen zur Verbesserung der Kontrollsysteme des Justizministeriums im Bereich des Justizvollzugs einsetzen. Weiter wollen wir zweimal 1,75 Millionen € für eine Sonderzulage für den allgemeinen Vollzugsdienst, zweimal 400 000 € für die Stärkung der Strukturen zur Erkennung und Behandlung psychologischer und psychiatrischer Auffälligkeiten, zweimal 250 000 € für eine Verbesserung der Dienst- und Schutzkleidung und 200 000 € für eine umfassende Organisationsuntersuchung in den Justizvollzugsanstalten vor allem zur Ermittlung des Bedarfs im Personal- und Sachkostenbereich ausweisen.

Insgesamt ist ein Programm von gut 5 Millionen € nötig. Das ist redlich und keine Show.

Jetzt waren wir natürlich sehr gespannt, wie Sie damit umgehen werden. Der Herr Minister hat zuletzt der CDU-Fraktion vorgeworfen, sie hätte keine Anträge zum Haushalt gestellt.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie auch nicht!)

Jetzt haben wir sie gestellt – durchaus realistische –, und jetzt werden Sie sie ablehnen. Was ist das für eine erbärmliche Politik!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Eines muss ich jetzt auch schon sagen: Diese schwarze Serie hat natürlich ihre Gründe auch in Ihnen, Herr Minister.

(Zurufe von der SPD)

Sie sind der gute Mann vom Schillerplatz und lassen den Laden laufen. Am Kabinetttisch haben Sie keinen Einfluss; in keinem Bereich ist die Besoldungs- und Stellensituation so schlecht. Ich begreife ja, wenn der Finanzminister bremst, aber von Ihnen verlange ich da mehr Einsatz für Ihre Mitarbeiter. Im Bereich der Justiz muss sich vieles im finanziellen und personellen Bereich verbessern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Dass dies mit Ihnen, Herr Minister, noch möglich ist, daran zweifelt nicht nur die CDU-Fraktion, sondern die gesamte Justizverwaltung des Landes.

(Zuruf von der SPD: So ein Quatsch!)

Das ist umso betrüblicher, da gerade die Mitarbeiter mit großem Fleiß arbeiten, wofür wir uns sehr bedanken.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Filius.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Hitzler, das, was Sie hier aufgezeichnet haben, entspricht überhaupt nicht der Realität.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich gehe durch das Land, und ich höre in Bezug auf den Justizminister und das Ministerium, es werde eine hervorragende Arbeit geleistet. Ich möchte auch noch einmal sagen, dass die vorherige Ministerialdirektorin – wie Sie ja wissen – BGH-Präsidentin geworden ist; ein hervorragender Ruf liegt also weiterhin vor. Wenn Sie hier eine solche Schwarzmalerei betreiben, treten Sie diesen Menschen wirklich zu nahe. Da muss ich sagen, dieser Vorgang, den Sie hier aufgezeichnet haben, ist unglaublich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Bernd Hitzler CDU: Ich habe nur zitiert!)

Dann zu der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht: Es geht ja nicht um eine isolierte baden-württembergische Angelegenheit, sondern es ist letztendlich über die Besoldungshöhe in der Bundesrepublik eine Entscheidung zu treffen, und da ist das Bundesverfassungsgericht gefragt. Ich bin gespannt auf das Ergebnis, und ich finde es auch gut, dass darüber eine Klärung herbeigeführt wird, obwohl es natürlich eine schwierige Konstellation ist, wenn Richter darüber zu entscheiden haben, ob die Besoldungssituationen der Richter noch angemessen sind.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber vorneweg: Dieser Justizhaushaltsplan ist gut aufgestellt, und die baden-württembergische Justiz ist für die Zukunft gut gerüstet. Das Justizressort ist wie alle anderen Ressorts – das wissen Sie, Herr Kollege Hitzler – vom verfassungsrechtlichen Gebot der Schuldenbremse 2020 genauso betroffen und gehalten, zu ihrer Einhaltung beizutragen; trotzdem gelingt es, eine leistungsfähige Justiz zu erhalten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Eben nicht! Sie ist nicht mehr leistungsfähig!)

Jetzt komme ich genau zu dem Punkt, an dem Sie wieder ansprechen, dass gelegentlich Häftlinge entlassen werden müssen. Es gibt entsprechende Zahlen aus der Zeit, in der Sie regiert haben, die zwei- bis dreimal so hoch sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

Das gab es immer wieder in dieser Sache. Das muss man einfach noch einmal festhalten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wollen Sie Schwerverbrecher entlassen?)

Sie wollen hier immer wieder von der anderen Seite sprechen. Das ist die falsche Politik, wenn Sie hier immer sagen: Wir müssen noch viel mehr Haushaltskonsolidierung und anderes vorantreiben; wir wollen den sofortigen Schuldenstopp. Wir hingegen haben gesagt: Wir machen Orientierungspläne, um das auch entsprechend abzufedern, damit wir Möglichkeiten haben, den Abbaupfad für alle vertraglich zu gestalten.

In diesem Zusammenhang sind natürlich auch Einsparungen bei der Justiz notwendig. Das ist klar, davon kann man sich ja nicht ausnehmen. Aber wir haben dann tatsächlich auch einen Weg gefunden, um dieser angespannten Situation entsprechend vorzugehen: Hier soll nämlich die sogenannte Stundungslösung greifen, sodass hier keine weiteren Einsparungen im Personalbereich notwendig sind, bis die Notariatsreform 2018 steht. Dafür habe ich, dafür haben wir uns immer stark eingesetzt, und ich freue mich, dass hier auch eine entsprechende Umsetzung gelungen ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Der Haushalt, den Sie hier nochmals angreifen, ist innerhalb kürzester Zeit im Finanz- und Wirtschaftsausschuss ohne Anträge der Opposition beschlossen worden. Nun kommen Anträge – das soll aber nur die eigene konzeptionelle Schwäche übertünchen, die bei Ihnen vorliegt.

Es ist natürlich ein Wunschkonzert nach dem Motto: Man gebe mehr Geld aus. Vom Kollegen Haller wurde vorhin hier auch schon gefragt: Wie wird das finanziert? Ich sehe keinen Gegenvorschlag. Es sind insgesamt 5 Millionen €, die Sie hier verteilen wollen, Sonderzulage 1,75 Millionen €, Beschäftigungsentgelte 400 000 €, zusätzlich sonstige Schutzkleidung, Sachverständigenkosten. Es liegt keine seriöse Politik vor, wenn man hier keine entsprechenden Vorschläge dazu unterbreitet, wie das finanziert werden soll.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aus der Rücklage für Haushaltsrisiken!)

Finanzpolitische Luftschlösser, die Sie hier letztendlich gehabt haben,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

greifen, wenn man in dieser Situation steht, nicht. Man hat zunächst einmal die rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen zu überprüfen; Sie haben ja insbesondere den Justizvollzug in Baden-Württemberg angesprochen.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Man muss auch sagen, dass der sächliche und personelle Mehrbedarf, sollte er festgestellt werden, gegebenenfalls in einem Nachtragshaushalt zu berücksichtigen ist. Deswegen haben wir einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, der zeigt, dass man erst untersuchen muss, und wenn die Untersuchungen zu einem entsprechenden Ergebnis kommen, muss man dann nachjustieren, damit gegebenenfalls der entsprechende sächliche und personelle Mehrbedarf gedeckt wird.

Das ist eine vernünftige Politik, aber doch nicht das, was Sie machen: ein schnelles Wunschkonzert auflegen und dann zu sagen: Wir haben es gefordert, und ihr lehnt es in dieser Sache ab. Es gibt keinen Gegenfinanzierungsvorschlag von Ihnen, und wir gehen hier sachgerecht vor. Das ist eine anständige Politik – auch gegenüber der Justiz –, die wir hier umsetzen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

(Jürgen Filius)

Das Thema Haftplatzentwicklungsprogramm wollen wir weiterhin umgesetzt sehen. Wir wollen die kleinen, veralteten Justizvollzugsanstalten schließen. Ein moderner Strafvollzug ist dort nicht mehr möglich. Aus meiner Sicht ist es bedauerlich, dass der Bürgerentscheid in Tübingen gescheitert ist – es war ein richtiger Standort, es war eine Konversionsfläche direkt an der A 81 –, aber wir sind weiterhin sicher, dass nur eine kurzfristige Verzögerung entstanden ist. Wir streben nach wie vor an, endlich einen geeigneten Standort im südbadischen Bereich zu finden,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

um dann auch eine entsprechende Bewertung zu treffen.

Trotz dieser angespannten finanziellen Rahmenbedingungen – das alles muss man auch sehen – haben wir auch noch Maßnahmen für eine moderne Justiz umsetzen können, und zwar im Sinne eines guten und familienfreundlichen Arbeitgebers. Hierfür sind bestimmte Positionen umgesetzt worden. Im Doppelhaushalt sind jetzt 50 000 € für eine Supervision für Regelvollzugsanstalten enthalten, ferner gibt es Mittel für die Behandlung straffällig gewordener junger Menschen, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Justiz – darauf habe ich zuvor hingewiesen – sowie 100 000 € für die Kinderbetreuung in der Justiz. Das sind alles Maßnahmen, die greifen, und wir haben eine entsprechend positive Rückmeldung in der Weise erfahren, dass gesagt wird: Das sind auch wichtige Positionen.

Das flächendeckende Angebot für psychosoziale Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg, die durch sexuelle, körperliche Gewalt verletzt worden sind, wird ebenfalls noch entsprechend zu berücksichtigen sein.

Jetzt zu dem, mit dem Sie nochmals angefangen haben, insbesondere zum Vorfall in der JVA Bruchsal. Ich denke, wir sind uns in diesem Haus alle einig, dass ein so schrecklicher und bedauerlicher und nicht hinzunehmender Vorfall nicht mehr vorkommen darf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

Aber wenn Sie die Behauptung aufstellen, Herr Kollege Hitzler, der Justizminister habe das alles nicht im Griff, er habe das Haus nicht im Griff, so muss ich doch feststellen: Der Justizminister hat doch sofort reagiert, indem er, als diese Vorfälle bekannt geworden sind, eine vorläufige Suspendierung des Anstaltsleiters ausgesprochen hat. Disziplinarverfahren sind eingeleitet worden; da gilt aber natürlich die Unschuldsvermutung, das ist doch klar. Die Staatsanwaltschaft ermittelt noch, in dieser Frage sind Gutachten eingeholt worden, um dann abschließend den Vorgang bewerten zu können und dann die entsprechenden Schritte einzuleiten. Das muss man doch sehen.

Unabhängig davon ist jetzt das Wiedervorlagesystem zur Überprüfung der Einzelhaftanordnungen neu umgesetzt worden, eine Verwaltungsvorschrift wird erarbeitet. Eine neue Vorschrift zur Einzelhaft insgesamt wird ausgearbeitet. Dabei wird berücksichtigt, welche Prüfungskriterien zugrunde gelegt werden können. Bereits am kommenden Montag trifft sich die Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen.

Wo liegen hier also Versäumnisse vor? Hier hat man schnell reagiert. Das muss man doch einfach einmal konstatieren. Man hat das doch nicht einfach laufen lassen. Ganz im Gegenteil, der Justizminister hat gehandelt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Außerdem greifen Sie die Notariats- und Grundbuchamtsreform an.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Die Umsetzung! – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Das habt ihr vergessen!)

Sie wissen, dass die Notariats- und Grundbuchamtsreform ihren Ursprung in der Zeit der Vorgängerregierung hat. Gehen wir diesen Punkt einmal an. Wenn es zu Rücktritten beim Württembergischen Notarverein gekommen ist, dann ist zu sagen: Das ist das gute Recht der Betroffenen, doch dadurch wird die gesamte Angelegenheit natürlich erschwert, weil gar kein richtiger Ansprechpartner mehr zur Verfügung steht, um Vereinbarungen zu treffen und Weiteres zu besprechen.

Eines wollen wir aber doch konstatieren: Die Sonderlaufbahn der Bezirksnotare gibt es auch in Zukunft. Außerdem bestehen Beförderungschancen für Bereichsrichter über 2018 hinaus. Viele haben sich auf die freien Stellen bei den Notariaten beworben. Da geht es voran. Das Verfahren bedeutet natürlich für alle eine große Umstellung, wenn es um den Wechsel vom staatlichen Bereich in den freien Bereich geht. Für viele, die sich damals bewusst für das Berufsbeamtentum entschieden haben, ist das eine schwierige Situation. Das wurde uns aber letztendlich vorgegeben. Ich denke, wir haben in der gegebenen Situation einen sozial verträglichen Weg beschritten.

Im Gegensatz zum Rechnungshof, der gefordert hat, die Zahl der Servicekräfte bereits derzeit abzubauen, wollen wir noch keinen Personalabbau, weil das Notariat in staatlicher Form bis 2017 gehalten werden muss. Es muss natürlich auch entsprechend leistungsfähig sein.

Ferner haben Sie die Grundbuchämter angesprochen. Auch das ist vor dem Regierungswechsel auf den Weg gebracht worden. Herr Kollege Hitzler, vielleicht erinnern Sie sich daran, dass es eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war, die Anzahl der zentralen Grundbuchämter zu erhöhen, und zwar um zwei: in Ravensburg und in Mannheim. Das waren ganz wichtige Punkte. Es war eine Forderung aus der Justiz heraus, an dieser Stelle nachzubessern. Deshalb gehen wir diesen Weg weiter.

Es gibt viele Baustellen. Das ist gar keine Frage. NEUSTART ist 2006 auf den Weg gebracht worden. 2016 läuft der Vertrag über die Übertragung der Bewährungs- und Gerichtshilfe aus. Der vorgelegte Evaluationsbericht ist ein gutes Zeugnis und belegt, dass die mit der Landesgeschäftsstelle, den Geschäftsstellen und den Außenstellen geschaffenen Strukturen sinnvoll waren. Keiner der Beteiligten möchte zurück zu einer irgendwie gearteten Bewährungshilfe, wie es vor 2006 der Fall war.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das war jetzt Ihr bester Satz!)

(Jürgen Filius)

Zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. November liegt uns bislang nur eine Pressemitteilung vor. Dabei geht es im Wesentlichen darum, dass ein privater Träger keine Weisungsbefugnis gegenüber beamteten Bewährungs- und Gerichtshelfern in Baden-Württemberg hat, wenn ein Privater eine staatliche Aufgabe erfüllt. Man muss sehen, was sich daraus ergibt, welche Schlüsse zu ziehen sind, ob im Ergebnis überhaupt noch eine neue Ausschreibung möglich oder sinnvoll ist.

Diesen Weg werden wir – Grün-Rot – gemeinsam mit dem Justizministerium beschreiten. Wir werden einen Weg finden, um die Qualität der Bewährungshilfe aufrechtzuerhalten. Keine Bewährungshelferin und kein Bewährungshelfer soll mehr als 70 Probanden betreuen.

Das waren nur einige Schlaglichter, die ich in meiner Redezeit aufleuchten lassen konnte.

Zusammenfassend ist festzustellen: Auch in Zeiten, in denen notwendige Einsparungen vorgenommen werden müssen,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

wird ein gutes Ergebnis für den Justizhaushalt zur Abstimmung gestellt. Ich danke im Namen meiner Fraktion dem Justizministerium und insbesondere dem Justizminister für die geleistete Arbeit.

Ich möchte zum Schluss auf das zurückkommen, was Sie, Herr Hitzler, vorhin erwähnt haben. Der Ministerpräsident hat vor wenigen Tagen hier gesagt, sein Justizminister habe sein volles Vertrauen. Er hat auch unser volles Vertrauen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Gute Rede, Jürgen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Zimmermann, vielleicht können wir uns auf etwas einigen. Die CDU-Fraktion hat noch sieben Minuten Redezeit. Vielleicht gibt sie Ihnen ein bisschen Redezeit. Ansonsten würde ich Ihnen zwei Minuten meiner Redezeit abgeben, wenn ich im Gegenzug die Möglichkeit erhalte, in den nächsten zehn Minuten meine Rede in Ruhe vorzutragen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen, dann ja!)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich bei der heutigen Debatte zum Justizhaushalt zunächst das entscheidende Thema der vergangenen Wochen aufgreifen. Die Ereignisse im baden-württembergischen Justizvollzug haben uns alle sehr betroffen gemacht und uns aufgezeigt, dass der Strafvollzug vor enormen und auch neuen Herausforderungen steht.

Zwar sinken die Gefangenzahlen. Allerdings haben wir es bei einer geringeren Anzahl von Häftlingen immer häufiger

mit sehr schwierigen Persönlichkeitsstrukturen zu tun. Deshalb stelle ich hier ausdrücklich klar, dass mich die einfache Formel „geringere Gefangenzahlen gleich sinkender Personalbedarf“ nicht überzeugt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Richtig!)

Die steigende Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte, wie sie seit einiger Zeit auch gegenüber Polizeibeamten zu beobachten ist, macht mir und meiner Fraktion große Sorgen. Der früher auch im Strafvollzug grundsätzlich vorhandene Respekt gegenüber dem Staat und seinen handelnden Personen nimmt kontinuierlich ab. Aus meiner Sicht ist dieses gesamtgesellschaftliche Phänomen eine der großen Herausforderungen der Politik, auf die wir alle gemeinsam Antworten finden müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Derjenige, der Antworten auf diese Phänomene hat, sitzt hier. Das ist der Justizminister des Landes Baden-Württemberg. Während andere nur kritisieren, ist er derjenige, der die Antworten auf diese Herausforderungen hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Nach den Vorfällen sowohl in Bruchsal als auch in Adelsheim hat er reagiert. Adelsheim spielt bei der Opposition im Übrigen kaum mehr eine Rolle. Adelsheim sollte aber eigentlich auch in den parlamentarischen Beratungen eine Rolle spielen, so die Ankündigung des Kollegen Lasotta im Sommer. Da ist aber alles geregelt. Dabei geht es um Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte. Das scheint bei der Opposition aber nicht von besonderem Interesse zu sein.

Wir haben uns die Situation vor Ort in Adelsheim angeschaut. Wir haben uns die Situation der Justizvollzugsbeamten angeschaut, die unmittelbar angegriffen wurden. Aber auch diejenigen, die an dem betreffenden Tag keinen Dienst getan haben, sind durch dieses Ereignis schwer belastet. Darum müssen wir uns kümmern. Darum hat sich dieser Justizminister gekümmert.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hingegen, der 500 m Luftlinie entfernt von dieser Justizvollzugsanstalt wohnt, hat sich dort kein einziges Mal blicken lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha! – Abg. Walter Heiler SPD: Ganz schwach!)

Der Justizminister setzt eine Kommission ein. Herr Zimmermann, Sie haben eine persönliche Einladung erhalten. Vielleicht dürfen Sie als Justizvollzugsbeauftragter jetzt wieder aktiv in die Politik der Justizvollzugsanstalten eingreifen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da bin ich aktiver unterwegs, als Sie denken, Herr Kollege!)

Ansonsten hat man in den vergangenen Wochen von Ihnen nicht mehr viel hören dürfen.

Ziel ist es, uns Empfehlungen für die Zukunft des baden-württembergischen Strafvollzugs sowohl in konzeptioneller als

(Sascha Binder)

auch in personeller als auch in sachlicher als auch in baulicher Hinsicht aufzuzeigen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Wort „finanziell“ haben Sie aber nicht genannt!)

– Herr Zimmermann, Sie bekommen die erwähnten zwei Minuten Redezeit von mir.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nee!)

Ich schaue auf die Uhr.

Fakt ist, dass der Umgang mit psychisch auffälligen oder kranken Gefangenen für die behandelnden und betreuenden Bediensteten ein Höchstmaß an Belastung darstellt. Als Sofortmaßnahme hat die grün-rote Koalition daher die Mittel für die Supervision um 50 000 € jährlich erhöht, um in Ergänzung zu dem bisherigen Angebot auch für die Regelvollzugsanstalten eine auf den jeweiligen Einzelfall bezogene Supervision zu ermöglichen.

Jetzt komme ich zu den Anträgen – ich bezeichne sie einmal als die scheinheiligen Anträge – der CDU-Landtagsfraktion. Nachdem die CDU-Fraktion die Haushaltsberatungen im Finanzausschuss – wer dabei war, weiß das – wortwörtlich verschlafen hat, liegen uns nun zur Zweiten Beratung des Haushalts Anträge für den Bereich Strafvollzug vor.

Wild durch den Gemüsegarten werden hier Anträge gestellt. Es wird auf eine externe Expertenkommission gesetzt. Das heißt, die CDU-Fraktion hat kein Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der baden-württembergischen Justiz. Sie wollen Experten von außen hineinholen, um die Organisation des Strafvollzugs auf Vordermann zu bringen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unser Justizminister setzt auf die eigenen Leute, auf die eigenen Beamtinnen und Beamten im Justizvollzug, aber nicht auf externe Beratung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wer eine externe Organisationsuntersuchung fordert, zeigt, wie wenig Vertrauen er in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzugs hat.

(Abg. Walter Heiler SPD: Schändlich!)

In diesem Zusammenhang wiederhole ich gern die Zusage unseres Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel vom 26. November 2014 in diesem Haus, notwendige Verbesserungen für den Strafvollzug in einem Nachtrag aufzugreifen, wenn diejenigen, die sich im baden-württembergischen Strafvollzug auskennen und dort arbeiten, uns entsprechende Vorschläge vorlegen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die liegen Ihnen schon vor!)

Das ist der sicherlich wichtige und auch verlässliche Weg für die Bediensteten im Strafvollzug und nicht die Vorlage von quer durch den Gemüsegarten reichenden Anträgen, meine Damen und Herren.

Zur Bewährungshilfe: Da stehen Entscheidungen an. Aber festzuhalten ist, dass die Entscheidung der schwarz-gelben Landesregierung falsch war,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragend war!
– Abg. Walter Heiler SPD: Falscher geht es nicht!)

rechtspolitisch falsch war und die finanzpolitischen Ziele nicht erreicht wurden. Jetzt hat man auch noch vom obersten Verwaltungsgericht die Quittung bekommen, dass sogar die Umsetzung rechtlich falsch war. Nicht sauber gearbeitet, rechtspolitisch falsch – das war die Justizpolitik der schwarz-gelben Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unser Justizminister steht für eine staatliche Justiz und hat dafür gesorgt, dass bei der JVA Offenburg der Privatisierungsgedanke der FDP bei der Justiz nicht fortgeführt wurde. Es war dieser Justizminister, der das beendet hat. Das war nicht nur rechtspolitisch richtig, sondern auch finanzpolitisch, wie der Rechnungshof bezeugt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der Justizhaushalt ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Mit einem Anteil der Personalausgaben von knapp über 50 % befindet sich der Justizhaushalt in einem ständigen Dilemma mit Blick auf das Gebot der Haushaltskonsolidierung. Der Rechtsstaat benötigt gutes Personal in ausreichender Zahl, und dieses ist nicht zum Nulltarif zu bekommen.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Ich bin meiner Fraktion ausgesprochen dankbar, dass sie sich einstimmig für die sogenannte Stundungslösung und somit gegen einen Stellenabbau in der Justiz ausgesprochen hat.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So?)

Mit der Stundung der Einsparverpflichtungen ist es nun möglich, diese erst im Zuge der Notariatsreform bis zum Jahr 2020, rechtzeitig für die Einhaltung der Schuldenbremse, zu erbringen. Jedem muss klar sein, dass nur auf der Grundlage eines funktionierenden Rechtsstaats andere Politikfelder funktionieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Deshalb muss dies auch bei Haushaltsberatungen eine Rolle spielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Herr Kollege Hitzler, Sie haben einen Satz zur Eingangsbesoldung gesagt. Sie haben gesagt, man bekomme bei einer solchen Eingangsbesoldung keine Leute mehr. Mir ist bekannt, dass der Notendurchschnitt, der erforderlich ist, um eine Anstellung in der Justiz zu bekommen, nach wie vor gleich ist und auch das Niveau gleich ist. Das heißt, durch die Beschneidung der Eingangsbesoldung haben sich hier keine Veränderungen ergeben. Sie müssen einmal Zahlen auf den Tisch le-

(Sascha Binder)

gen, um das zu belegen, was Sie hier ständig behaupten, Herr Hitzler.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

Gleichzeitig müssen wir aber auch Anreize schaffen, damit die Justiz als Arbeitgeber weiter attraktiv bleibt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist es doch!)

Das tut unser Justizminister. Im Mai 2013 hat er ein neues Personalentwicklungskonzept mit dem Ansatz einer systematischen Förderung von Richtern und Staatsanwälten vorgestellt. Im Mittelpunkt steht Transparenz – keine Mauscheleien, sondern ein klarer Weg, auf dem man Karriere in der Justiz machen kann, und zwar unabhängig von Parteibüchern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Darüber hinaus wurde in der Justiz eine völlig neue Kultur der Beteiligung eingeführt, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv in Prozesse einzubeziehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Die Erarbeitung des neuen Landesrichtergesetzes ist hier nicht nur ein Beispiel für eine gelungene Beteiligung, sondern auch inhaltlich für die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Richter und Staatsanwälte. In Kürze werden wir noch einen Schritt weiter gehen und den Richtern und Staatsanwälten auch eine Beteiligung in Form einer Stufenvertretung ermöglichen.

Herr Kollege Hitzler, Sie behaupten im Zusammenhang mit der Notariatsreform immer, der Vorstand des württembergischen Notarvereins sei wegen dieser Landesregierung zurückgetreten.

(Abg. Bernd Hitzler CDU: Das haben sie gesagt!)

Das ist Quatsch, Herr Kollege Hitzler. Es ist Sache eines Verbands, wie er mit seinen Positionen umgeht. Nur weil Sie bei der Umsetzung der Notariatsreform Ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben,

(Zuruf des Abg. Bernd Hitzler CDU)

brauchen Sie sich jetzt nicht hier hinzustellen und all das zu kritisieren, was wir jetzt umsetzen müssen, weil Sie nicht den Schneid hatten

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

und weil Sie sich in Ihrer Koalition über die einzelnen Punkte nicht einig waren. Deshalb wäre ich an Ihrer Stelle eher ein bisschen leiser, Herr Kollege Hitzler.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau! Sehr gut!)

Ein weiteres gutes Beispiel für eine vorbildliche Personalentwicklung ist auch die künftige Umstellung der Gerichtsvollzieherausbildung auf eine Fachhochschulausbildung. Auch das war sehr lange eine Forderung der Gerichtsvollzieher, der Sie nie nachgekommen sind. Wir haben den Knoten gelöst,

worüber sich die Gerichtsvollzieher freuen. Das bedeutet, dass wir nun den bedeutender werdenden Herausforderungen dieses Berufs durch eine bessere Ausbildung im mittleren Dienst mit dem Ziel einer Übernahme in den gehobenen Dienst Rechnung tragen. Darin kommt die Wertschätzung gegenüber den Gerichtsvollziehern zum Ausdruck, die ihren Beitrag für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Besondere Berücksichtigung findet bei dieser Landesregierung und bei diesem Justizminister der Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die konsequente Umsetzung zeigt Erfolge. So wurde das Justizministerium im Sommer dieses Jahres mit dem Gütesiegel „audit berufundfamilie“ für eine familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet.

Gleichzeitig freue ich mich, dass unser Antrag auf eine Anschubfinanzierung von insgesamt 200 000 € für den Aufbau einer Kita für Justizangehörige in Karlsruhe im Finanzausschuss von allen Fraktionen einstimmig gebilligt wurde. Künftig profitieren nicht nur die Familien der Bediensteten, sondern auch die in der Residenz des Rechts ansässigen Justizbehörden als Arbeitgeber von der neu zu schaffenden Einrichtung. Hervorzuheben ist dabei, dass damit besonders den Angestellten und den Beamten im mittleren Dienst die schnelle Rückkehr in den Beruf ermöglicht werden kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Neben einer zukunftsweisenden Personalentwicklung muss sich die Justiz selbstverständlich den Herausforderungen der digitalen Zukunft stellen. Die zunehmende Elektronisierung des Rechts- und Geschäftsverkehrs macht auch vor der Justiz nicht halt. Dieses Justizministerium, dieser Justizminister will mit Volldampf die E-Akte einführen und damit eine Position mit Vorbildcharakter in der ganzen Bundesrepublik Deutschland einnehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Der baden-württembergische Justizminister setzt aber auch auf Bundesebene wichtige rechtspolitische Impulse. Lassen Sie mich nur zwei Beispiele nennen. Baden-Württemberg hat mit seiner Gesetzesinitiative zur Verbesserung der strafrechtlichen Dopingbekämpfung maßgeblich dazu beigetragen, dass die Große Koalition in Berlin nun einen Gesetzentwurf vorgestellt hat, der es ermöglicht, dass gedopte Sportlerinnen und Sportler künftig strafrechtlich belangt werden können.

Das andere Beispiel ist die notwendige bundesgesetzliche Umsetzung des Prinzips „Wer bestellt, der bezahlt“ bei der Vermittlung von Mietwohnungen. Das geht zurück auf einen gemeinsamen Antrag von Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Nicht nur im Land, sondern auch im Bund setzt dieser Justizminister Akzente. Er ist ein Mann, der dafür steht, dass die Justiz nahe beim Bürger ist. Er gibt – darin unterstützen wir, die SPD-Fraktion, ihn – eine Sicherungsgarantie für die kleinen Amtsgerichte, damit die Bürgerinnen und Bürger ein Gericht vor Ort haben und keine weiten Wege dorthin zurücklegen müssen.

(Sascha Binder)

Deshalb: Herzlichen Dank, Herr Justizminister, an Sie und Ihr Ministerium für Ihre hervorragende Arbeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich jetzt mit diesem Haushalt sachlich auseinandersetzen. Die vorangegangenen Beiträge waren zu einem großen Teil von Sachlichkeit geprägt. Aber es gab auch krasse Ausnahmen, gerade im Fall meines Vorredners Binder.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was ich schon gar nicht mag, sind tollkühne Behauptungen, die im Gewand der Seriosität daherkommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mit dem einen oder anderen Punkt setze ich mich nachher noch auseinander. Nur eine Kostprobe vorweg: Lieber Herr Binder, die frühere Landesregierung ist jahrelang landauf, landab von den Gerichtsvollziehern gelobt worden, weil sie die einzige war, die die Hochschulausbildung im Y-Modell einführen wollte. Dazu sagen Sie, wir hätten das schleifen lassen.

(Abg. Claus Schmiedel und Abg. Sascha Binder SPD: Warum haben Sie es nicht gemacht?)

– Weil wir es im rechtlichen Geleitzug der anderen Länder nicht konnten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann muss man es im Geleitzug ändern!)

Wir konnten nur gemeinsam handeln, und wir haben keine Mehrheit im Bundesrat erzielt, weil die von Ihnen regierten Länder wahrscheinlich nicht zugestimmt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir machen es doch auch! – Abg. Walter Heiler SPD: Legendenbildung!)

– Doch, natürlich! Schauen Sie doch einmal nach!

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das nur vorweg als Beispiel. Das mag nicht der wichtigste Punkt sein, aber es zeigt, wie man Beispiele verzerrt darstellen kann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unseriös!)

Dieser Haushalt ist, um zunächst einmal etwas Positives zu sagen, ein ordentlicher Vorschlag. Er ist ordentlich gemacht, und man kann auch sagen, er steht in der Tradition schlanker Haushalte in der Justiz, wogegen auf den allerersten Blick nicht viel einzuwenden wäre.

Ich möchte auch betonen: Die Justiz hat im Moment sehr viele Probleme, die sich vor allem auf Bruchsal konzentrieren. Darauf möchte ich heute aber nicht weiter eingehen. Das haben wir an anderer Stelle getan, und ich fürchte, wir müssen es auch an anderer Stelle noch tun.

Man wäre auch im ersten Moment versucht, zu sagen, diese Probleme hätten nichts mit dem Haushalt zu tun. Aber wenn man einen Moment nachdenkt, fragt man sich: Ist das wirklich so? Ich habe auch wahrgenommen, dass es in der Justiz teilweise eine schlechte Stimmung gibt, die man nicht dramatisieren, aber auch nicht schönreden darf. Das betrifft nicht nur den Strafvollzug, sondern auch erhebliche Teile der Richterschaft, der Staatsanwaltschaften.

Man kann sich fragen, woran das liegt. Ich habe gesagt, der Justizhaushalt ist ein schlanker Haushalt geblieben. Aber die anderen Haushalte hingegen sind nicht schlank geblieben. Die anderen Haushalte haben sich völlig anders entwickelt. Denn wir dürfen unwidersprochen darauf hinweisen, dass das Gesamthaushaltsvolumen unter dieser Regierung jährlich um 5 % gestiegen ist. Übrigens wird die Steigerung noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass das Volumen in manchen Teilen gar nicht gestiegen ist, sodass es in anderen Teilen wahrscheinlich um 7 oder 8 % gestiegen ist. Das merkt allmählich jeder. Insofern fühlt sich die Justiz ein Stück weit von dieser Entwicklung abgehängt. Das erklärt eine schlechte Stimmung nicht nur im Strafvollzug, sondern auch in einigen anderen Teilen der Justiz.

Man muss sich klarmachen, dass heute eine Richterin, ein Richter, eine Staatsanwältin oder ein Staatsanwalt, wenn er oder sie im Staatsdienst anfängt, unter dem Strich weniger Geld bekommt, als es noch einige Jahre zuvor der Fall war. Das ist schon eine ziemlich einmalige Entwicklung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

die nicht gerade als Wertschätzung begriffen wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das nennt man dann familienfreundlich!)

Die Folge muss sein: Es kann nicht so bleiben, wie es jetzt ist. Wir erwarten ein Konzept im Vergütungsbereich. Natürlich kann es nur um begrenzte Maßnahmen gehen. Wir fordern keine großen Sprünge mit leerem Beutel, aber wir können durchaus kleine Sprünge mit vollem Beutel erwarten. Ein bisschen was müsste da schon zu machen sein – gerade was das Thema Eingangsbesoldung oder was punktuelle Verbesserungen im Strafvollzug angeht.

Wenn sich schon Geldbedarf in der Justiz abzeichnet, wäre es umgekehrt kontraproduktiv, sich Dinge einzukaufen, die sehr teuer sind, ohne eine Verbesserung zu bringen. Damit meine ich, lieber Herr Binder, den Gedanken, die Bewährungshilfe zum Staat zurückzuverlagern. Das war mal wieder so ein Punkt, bei dem man, glaube ich, darauf hinweisen kann, dass man sauber in der Argumentation bleiben sollte. Die Übertragung der Bewährungshilfe ist nie mit finanzpolitischen Aspekten begründet worden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Doch!)

Dazu werden Sie keinen einzigen Satz finden. Es war nie finanzpolitisch, sondern immer so begründet, dass wir mit die-

(Dr. Ulrich Goll)

ser Übertragung auf einen gemeinnützigen freien Träger eine Reform mitgeliefert bekommen haben, die sehr teuer wäre. Dies als Privatisierung zu bezeichnen wäre übrigens Blödsinn. Denn wenn das zuträfe, wäre – 80 % der Sozialarbeit im Land finden bei freien Trägern statt – auch die Übertragung der Sozialarbeit auf die AWO eine Privatisierung.

Wenn Sie die Bewährungshilfe jetzt zurücknehmen wollten – das müssen Sie berücksichtigen –, bekämen Sie sie in einem völlig anderen Zustand zurück, als wir sie übertragen haben. Wir wussten, warum wir sie übertragen haben. Die fällige Reform wäre eine unglaublich teure Reform geworden, und wir hatten Beispiele, dass freie Träger das besser können. Das heißt, sollten Sie die Übertragung zurücknehmen wollen, entstünde ein gigantischer Aufwand für das Land – dem muss man ins Auge sehen –: organisatorisch, aber vor allem auch finanziell.

Wie gesagt, verwenden Sie bitte nicht den Begriff „Privatisierung“. Sie haben z. B. auch Offenburg genannt. Da könnte man diesen Begriff eher verwenden. Übrigens haben Sie gesagt, in Offenburg sei die Entscheidung richtig gewesen, die Veränderung zurückzunehmen. Dazu sage ich jetzt nichts. Aber Sie haben auch nicht dazugesagt, dass der Rechnungshof im gleichen Zug betont hat, die damalige Entscheidung sei rechnerisch richtig gewesen. Das lässt man dann wieder weg. Ich würde jedenfalls das Geld in der Justiz für andere Zwecke ausgeben, als es nur irgendwelchen Ideologien zu opfern.

(Zurufe von der SPD: Och!)

Beispielsweise würde ich es für die Kinderbetreuung anlegen. Ich finde es gut, dass sie weiter ausgebaut wird. Natürlich kann man dazusagen – da Sie das nicht getan haben, mache ich es halt –, die familienfreundliche Politik der Betriebskindergärten fing selbstverständlich unter der früheren Landesregierung an. Das Justizressort war sogar das allererste Ressort in Baden-Württemberg und wahrscheinlich weit darüber hinaus, das sogenannte Betriebskindergärten eingerichtet hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich komme auf den Hauptpunkt zurück. Wenn sich die Stimmung in der Justiz, die teilweise nicht gut ist, verbessern soll, muss künftig Geld in die Hand genommen werden, um Verbesserungen in der Besoldungsstruktur zu ermöglichen. Dazu brauchen wir ein längerfristiges Konzept. Denn das Tempo und die Schärfe – das fällt im Moment auf –, mit der sich auf einmal eine gewisse Krisenstimmung in der Justiz ausbreitet, muss allen ein Signal sein, sich auf den Weg zu Verbesserungen zu begeben.

Schließen darf auch ich mit dem Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz. Bis heute ist die baden-württembergische Justiz im Ländervergleich eine hervorragende Justiz geblieben, und so soll es auch bleiben. Das muss unser aller Ziel sein.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Stickelberger das Wort.

Justizminister Rainer Stickelberger: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Justizhaushalt ist eine tragfähige Grundlage, damit die Justiz in diesem Land ihre Aufgabe in rechtsstaatlicher Weise erfüllen kann, und eine gute Grundlage dafür, dass wir die Reformen, die eingeleitet wurden und noch laufen, weiterführen können.

Ich hätte mich gefreut, sehr geehrter Herr Kollege Hitzler, wenn Sie im Kern einmal auf den Haushalt eingegangen wären. Die großen Umstrukturierungsprozesse, die die Justiz derzeit erfährt, sind an Ihnen offensichtlich völlig vorbeigegangen. Sie haben sich einige Pressemitteilungen und einige Verbandsnachrichten zusammengestückt und daraus einen Kritikcatalog formuliert. Mein Eindruck bei vielen Veranstaltungen, Personalversammlungen vor Ort, die ich mehrfach pro Woche durchführe, vermittelt mir ein ganz anderes Bild.

Ich darf nur ein Beispiel nennen: Wir haben die Sicherheit in unseren Einrichtungen, in Gerichten und Staatsanwaltschaften, deutlich verbessert und mit erheblichen Mitteln große Investitionen getätigt. Das kommt sehr gut an und dient den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz und allen, die mit der Justiz zu tun haben, seien es Parteien, Sachverständige, Zeugen, Angeklagte oder Rechtsanwälte.

Lassen Sie mich kurz auf einige Kernthemen, die dieser Haushalt widerspiegelt, eingehen. Die Rechtsgrundlage für die Grundbuchamts- und Notariatsreform wurde in der Tat früher geschaffen. Aber wir haben nicht nur eine Baustelle übernommen, sondern ein Projekt, bei dem nicht einmal die Baugrube richtig ausgehoben war.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das sollten wir berücksichtigen. Wir sind jetzt dabei, diese Reform Stück für Stück umzusetzen. Da ist auch schon viel passiert. Vielleicht, Herr Kollege Hitzler, ist Ihnen das auch entgangen. Wir haben 13 statt elf grundbuchführende Amtsgerichte vorgesehen. Sie wollten, dass die Mannheimer nach Tauberbischofsheim gehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Diese Fehlentscheidung haben wir korrigiert.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mittlerweile sechs grundbuchführende Amtsgerichte im badischen Landesteil in Betrieb. Auch der Blick nach Baden lohnt sich einmal. Die sieben württembergischen grundbuchführenden Amtsgerichte werden in den Jahren 2015 und 2016 folgen. Das ist ein riesiger Prozess. Wir schließen über 650 kommunale und staatliche Grundbuchämter; das ist ein Umbruch, wie ihn die Justiz in den letzten Jahrzehnten wohl kaum erlebt hat.

Sie haben die Notariatsreform angesprochen. Die Notariatsreform betrifft ca. 3 000 bis 4 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie wissen: Wir überführen das Notariat in ein freies Notariat. Die bundesgesetzlichen Vorgaben sehen das so vor. Wir sind jetzt dabei, die 246 Dienstposten, die hier zu vergeben sind, in einem ordentlichen Ausschreibungs- und Beru-

(Minister Rainer Stichelberger)

fungsverfahren zu besetzen. Wir haben übrigens mehr Dienstposten ausgewiesen, als es die Vorgängerregierung in einem Rohkonzept zunächst vorgesehen hatte.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Diese Umstrukturierung der Notariate bringt natürlich vielfältige Veränderungen mit sich. Außer den Notaren gibt es zahlreiche Beschäftigte in der Justiz bei den Notariaten, um die wir uns ebenfalls kümmern müssen: Arbeitnehmer, Tarifbeschäftigte, aber auch Beamtinnen und Beamte im mittleren und gehobenen Dienst. Für eine sozial verträgliche Umsetzung der Notariatsreform hat die Landesregierung die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Teilweise sind die entsprechenden gesetzlichen Vorhaben bereits umgesetzt worden. Auch das ist Ihnen vielleicht entgangen. Wir haben wie auch in anderen Bereichen zugelassen, dass Trennungsgeld gezahlt wird, um die betroffenen Beamtinnen und Beamten davor zu schützen, schnell umziehen zu müssen oder unzumutbare Veränderungen in Kauf nehmen zu müssen. Das haben wir gemacht.

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen. Wir bleiben mit den Notaren selbstverständlich im Gespräch. Übrigens: Die badischen Notare haben ihre Verbandsführung nicht ausgewechselt. Wir sind nach wie vor gesprächsbereit. Wir können aber auch nicht alle Wünsche erfüllen. Auch das muss man sagen. Sie haben ja schon einen Punkt genannt, den auch Sie nicht erfüllen werden: Großzügige Vorruhestandsregelungen wird es nicht geben. Inwieweit man hier mit Zulagen oder anderen Instrumenten arbeitet, bleibt abzuwarten. Eines muss gewährleistet sein: Da wir für die Umsetzung der Notariatsreform ein Stichtagsprinzip haben, muss das bisherige Notarsystem bis Ende 2017 laufen und funktionieren wie bisher.

(Beifall der Abg. Jürgen Filius und Andrea Lindlohr
GRÜNE)

Das neue System, das über Nacht schlagartig in Kraft tritt, muss vom ersten Tag an funktionieren. Die Verfahren, die im alten System noch nicht abgeschlossen worden sind, müssen im neuen System dann zügig abgewickelt werden. Darauf sind wir vorbereitet. Wir suchen zusammen mit den Notaren Lösungen; geprüft werden in diesem Zusammenhang beispielsweise Zuverdienstmöglichkeiten. All das ist vorgesehen. Wir sind da, glaube ich, auf einem guten Weg. Wir versuchen, möglichst viele unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen. Wir bieten vor Ort Veranstaltungen an, und wenn der Württembergische Notarverein davon, wie jüngst ersichtlich, keinen Gebrauch macht und solche Veranstaltungen absagt, bedauern wir das außerordentlich.

Ferner wurde die Personalausstattung in der Justiz angesprochen. Wir haben ein mathematisch-analytisches Bedarfsentwicklungs- und Bewertungssystem, abgekürzt PEBB§Y – das wissen Sie –, und dieses System wird derzeit modernisiert. Die damals erhobenen Daten sind mittlerweile zehn Jahre alt und müssen angepasst werden. In der ordentlichen Gerichtsbarkeit – auch das ist an Ihnen offensichtlich vorbeigelaufen, lieber Kollege Hitzler – hat eine flächendeckende Erhebung stattgefunden, um die neuen Daten zu ermitteln. Die Auswertung erfolgt derzeit. Die Zahlen, die wir jetzt erheben, sind Grundlage für die Bedarfsberechnungen, was das Personal angeht. Es gibt keine Luftnummern. Das wird nicht ins Blaue hinein gemacht, sondern mathematisch-analytisch orientiert nach dem Bedarf.

Vorhin haben Sie die Freilassung von Untersuchungsgefangenen angesprochen. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass diesen Vorgängen OLG-Entscheidungen zugrunde liegen, die ich nicht zu kritisieren habe. Aber wir können gern die Geschichte solcher Entscheidungen einmal aufrollen, und dann werden wir sehen, dass es in Baden-Württemberg immer Fälle gegeben hat, in denen die Obergerichte anders entschieden haben als die Landgerichte, die zuvor entschieden hatten.

Auch das ist Ihnen vielleicht entgangen: Wir haben in diesem Bereich im Haushalt – es lohnt sich immer einmal ein Blick in den Haushalt, wenn man eine Haushaltsrede hält, Herr Kollege Hitzler –

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellenhebungen vorgenommen, weil wir – so war es auch in der Vergangenheit – bei Bedarf, wenn er uns rechtzeitig angezeigt wurde, personell nachsteuern und im Übrigen auch die Gerichte intern im Rahmen ihrer Geschäftsverteilung im Rahmen der richterlichen Unabhängigkeit das Personal entsprechend verteilen müssen. Das funktioniert; aber, wie gesagt, wir können da bei nicht steigenden Fallzahlen auch im Haushalt noch nachsteuern.

Ein Reformprojekt, das in der Öffentlichkeit vielleicht etwas unterschätzt wird und das Sie offenbar noch gar nicht auf dem Schirm haben, ist das Thema E-Justice, bestehend aus elektronischem Rechtsverkehr und Einführung der elektronischen Akte. Der elektronische Rechtsverkehr ist seit über einem Jahr durch Bundesgesetz rechtsverbindlich geregelt. Es sind Etappen vorgegeben, wie und wann elektronischer Rechtsverkehr eingeführt wird. Die Anwälte sind mit die Ersten, die das im Jahr 2016 mit einem elektronischen Postfach umsetzen müssen.

Wir müssen den elektronischen Rechtsverkehr im Land entsprechend gestalten, was erhebliche Mittel erfordert, und wir müssen Antworten finden, wie wir auf den elektronischen Rechtsverkehr reagieren. Das heißt: Schriftsätze, Anträge, Klagen kommen elektronisch in die Justiz, und wir werden dann nicht nach alter Väter Sitte oder Mütter Sitte wieder Aktenbündel anhäufen können, wie wir das über 100 Jahre lang gemacht haben, sondern wir müssen dann eine Antwort darauf finden, wie wir mit dem, was uns elektronisch zugegangen ist, elektronisch weiterarbeiten.

Deshalb wird es in den nächsten Jahren darum gehen, die elektronische Akte systematisch einzuführen. Es gibt zwei Modellprojekte, die wir im Jahr 2015 anschieben, eines in der Arbeitsgerichtsbarkeit – Arbeitsgericht Stuttgart –, eines in der ordentlichen Gerichtsbarkeit beim Landgericht Mannheim, wo wir die elektronische Akte ausprobieren und verbessern. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit der Praxis über einen Praxisbeirat, den wir gegründet haben. Auf diesem Weg wird die elektronische Akte in den nächsten Jahren peu à peu entwickelt und eingeführt.

Das ist ein Projekt, das die Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Wir werben für dieses Projekt. Wir brauchen dabei unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; es ist wichtig, dass sie dieses Projekt positiv aufnehmen. Mein Eindruck ist nach vielen Besuchen vor Ort: Zunächst gab es Skepsis und wurde gefragt: Brauchen wir das? Wollen wir das? Ich kann

(Minister Rainer Stickelberger)

das nachvollziehen; auch ich gehöre einer Generation an, die ja nicht gerade zu den Digital Natives gehört – Sie auch nicht.

(Zurufe der Abg. Bernd Hitzler und Karl Zimmermann CDU)

Ich kann das gut nachvollziehen, aber ich merke jetzt, dass wir nach einer Phase der anfänglichen Skepsis oder Fundamentalablehnung nun in einer Phase sind, in der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür interessieren: Wie sieht denn mein Arbeitsplatz in drei, vier, fünf Jahren aus? Wie arbeite ich mit dieser elektronischen Akte? Welche Geräte stehen mir zur Verfügung? Wie sind die Abläufe im Vergleich zu den bisherigen Prozessen? Wir demonstrieren das in ausgewählten Veranstaltungen mit unseren Fachleuten.

Meine Damen und Herren, ich habe vernommen, was Sie zum Justizvollzug gesagt haben. Es ist in der Tat so, Herr Dr. Goll – wir haben an anderer Stelle vor zwei Wochen ja ausführlich darüber diskutiert –: Wir werden dieses Thema auch in Zukunft ausführlich bearbeiten. Es sind ja noch Anfragen zu beantworten und Stellungnahmen zu Anträgen zu erarbeiten. Das machen wir.

Eines ist klar: Solch ein schlimmer Vorfall wie in Bruchsal muss in Zukunft vermieden werden. Dafür müssen wir alles tun.

Dafür haben wir die entsprechenden Schritte eingeleitet. Die Kollegen Filius und Binder haben das ausführlich dargestellt. Wir haben die notwendigen personellen Konsequenzen gezogen, und wir haben Sofortmaßnahmen eingeleitet, die im Einzelnen schon erörtert wurden. Ich habe sie auch hier sowie an anderer Stelle bereits vorgestellt.

Am Montag wird die Kommission zum ersten Mal tagen, die uns beraten soll, wie wir mit psychisch auffälligen Kranken im Strafvollzug, mit Straftätern, die psychische Auffälligkeiten haben, in Zukunft besser umgehen. Wir erwarten uns von dieser Kommission auch personalwirtschaftliche Vorschläge, wir erwarten uns aber auch medizinisch-psychologische Hilfe. Damit in dieser Kommission der erforderliche Sachverstand vorhanden ist, werden in dieser Kommission auch Disziplinen außerhalb der Justiz vertreten sein: neben dem Justizvollzug auch die Medizin, die Psychologie, die Psychiatrie. Ich setze auch auf den Sachverstand unserer Strafvollzugsbeauftragten, die ich zu diesem Termin und zur Mitarbeit in dieser Kommission eingeladen habe.

Die Vorgänge in Bruchsal und danach geben natürlich Veranlassung für viele Diskussionen. Diesen Diskussionen stellen wir uns. Aber es hat keinen Sinn, Schnellschüsse zu tätigen oder mit der Gießkanne irgendwelche finanzwirtschaftlichen Initiativen zu ergreifen, die nicht organisiert sind und auch nicht von einem Konzept getragen sind.

Deshalb werden wir mit dieser Kommission speziell die psychisch auffälligen Straftäter erfassen, aber wir werden natürlich auch stark in den Blick nehmen, wie das Gesamtgefüge in der Besoldung und Struktur unseres Vollzugswesens aussieht. Dazu gehört das Arbeitswesen, dazu gehört natürlich auch der klassische Vollzug mit seinen Beamtinnen und Beamten, dazu gehört aber auch die medizinische, psychiatrische und psychologische Versorgung. All das ist jetzt auf dem Prüfstand und wird einmünden in ein Gesamtkonzept, das zusam-

men mit dem Bund der Strafvollzugsbeamtinnen und -beamten erarbeitet wird, die uns zur Seite stehen und uns mit Rat und Tat unterstützen.

Deshalb macht es jetzt wenig Sinn, punktuell einige Anträge, die Sie eingebracht haben, im Schnellverfahren zu verabschieden. Wir setzen auf ein Gesamtkonzept, wie es in dem Entschließungsantrag der beiden Regierungsfractionen seinen Niederschlag findet. Das ist der richtige Weg, und den werden wir gehen, um die entsprechenden Maßnahmen dann auch zeitnah und haushalterisch, gegebenenfalls dann in einem Nachtrag, umzusetzen.

Was Ihnen auch entgangen ist, Herr Kollege Hitzler, sind die vielfältigen Veränderungen. Sie sollten vielleicht auch Folgendes zur Kenntnis nehmen: Wir haben im Jugendstrafvollzug neue Akzente gesetzt. Wir haben das Jugendarrestgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben die Häuser des Jugendrechts verstärkt im Blick. Das in Bad Cannstatt wird erweitert. Zum Haus des Jugendrechts in Pforzheim empfehle ich jedem, der die Gelegenheit hat, es einmal zu besuchen. Anfang des Jahres 2015 werden wir das Haus des Jugendrechts in Mannheim einweihen.

Häuser des Jugendrechts sind Stellen, wo jugendliche Straftäter sehr schnell erfasst werden, wo man nicht lange auf einen Termin beim Staatsanwalt warten muss, wo es nicht lange dauert, bis eine Gerichtsverhandlung zustande kommt, sondern wo das schnell geht. Und was ganz wichtig ist: Wir wollen mit diesen Häusern des Jugendrechts sehr früh in kriminelle Strukturen hineinkommen und erfassen, was Jugendliche bewegt, wo sie sich aufhalten, und arbeiten deshalb in diesen Häusern des Jugendrechts intensiv mit den Jugendbehörden, mit den Schulen, der Staatsanwaltschaft und den Gerichten zusammen. Was wir darüber hinaus natürlich ganz dringend brauchen – und was dort stattfindet –, sind Mithilfe und Beteiligung der Kommunen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Zimmermann?

Justizminister Rainer Stickelberger: Immer gern. Nachdem ich von Herrn Zimmermann als Strafvollzugsbeauftragtem in den letzten drei Monaten nichts gehört habe, bin ich froh, dass er seinen Maulkorb ablegen durfte.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Kollege Zimmermann, Sie haben das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Präsident, Herr Minister! Herzlichen Dank. Ich habe drei Monate nichts gesagt. Dann habe ich einen Satz gesagt, und der hat Sie zu arg getroffen.

(Unruhe)

Ich habe drei Fragen an Sie. Nachdem der Kollege der Grünen uns recht gegeben hat, aber Sie, Herr Kollege Binder, alles gelobt haben, hätte ich zunächst folgende Frage. Ich fange beim Ende an, weil Sie sagen, überall, wo Sie hinkommen, werden Sie bzw. Ihr Ressort gelobt. Ich kann mich an eine Veranstaltung erinnern,

(Karl Zimmermann)

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Ist das jetzt eine Frage, oder was?)

an eine sehr große – die war vor der Sommerpause, im Juli, eine Veranstaltung des Vereins der Richter und Staatsanwälte in Baden-Württemberg –, in der der Bundesvorsitzende des Deutschen Richterbunds massive Kritik am Justizressort Baden-Württembergs geübt hat. Da war Ihre Ministerialdirektorin, Frau Gallner, die kurz zuvor ihr Amt angetreten hatte, auch dabei. Wie bewerten Sie dies im Zusammenhang mit Ihrer Aussage, die Sie vorhin gemacht haben?

Sie haben vorhin gesagt – darauf bezieht sich meine zweite Frage –, man müsse in der Besoldungsstruktur etwas tun, es sei allerhöchste Zeit, dies zu tun. Da muss ich schon sagen – auch wenn es die Vorgängerregierungen betrifft –: Ich kämpfe seit 13 Jahren für eine Besserstellung z. B. im Vollzug, doch bei 2 500 Beamten im Justizvollzug liegt der Anteil des gehobenen Dienstes bei nicht einmal 1,5 %. Das ist verglichen mit allen anderen Institutionen viel zu gering. Da klingt es wie Hohn, Herr Kollege Binder, wenn Sie sagen, da sei alles in bester Ordnung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zimmermann.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist meine Frage.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nein, wenn Sie ausschließlich kommentieren wollen, dann machen Sie eine Kurzintervention. – Jetzt kommt Ihre dritte Frage.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt meine dritte Frage: Ist Ihnen bekannt, Herr Minister, dass die Besoldungsstruktur in der Justiz allgemein im Land Baden-Württemberg im Vergleich zu den europäischen Ländern an zweitletzter Stelle steht?

(Vereinzelt Beifall)

Und was, schätzen Sie, kommt dann noch nach uns? Nur noch Malta. Ist Ihnen das bekannt?

(Lachen bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Justizminister.

Justizminister Rainer Stickelberger: Ich fange einmal mit Ihrer dritten Frage an, Herr Kollege Zimmermann. Was die von Ihnen zitierte Aufstellung angeht, verlasse ich mich jetzt auf die Statistiken des Landes Baden-Württemberg und aus Deutschland und verlasse mich vor allem auf das, was das Bundesverfassungsgericht zur Besoldung sagen wird. Letzte Woche kam es zur Verhandlung über die Richterbesoldung. Wir warten jetzt einmal ab, wie dieses Urteil konkret aussieht. Da ging es u. a. – da gebe ich Ihnen recht – um die Absenkung der Eingangsbesoldung. Die erste Absenkung, die besonders schmerzlich war, ist in diesem Land zu Ihrer Regierungszeit erfolgt. Das möchte ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich betonen. Welche Linien und welche Grundsätze das Bundesverfassungsgericht aufstellt, warten wir einmal ab, und dann müssen wir im Land natürlich die entsprechenden Schlüsse

daraus ziehen. Das ist jetzt noch zu früh; allein aufgrund der Verhandlung ist das nicht möglich.

Dann haben Sie das Besoldungsgefüge im Vollzug angesprochen, das Ihnen seit 13 Jahren – so lange sind Sie im Landtag, wie ich – am Herzen liegt. Nachdem Sie zehn Jahre lang keinen Erfolg hatten, Ihre Vorstellungen umzusetzen, können Sie jetzt davon ausgehen, dass wir hier gemeinsam für Verbesserungen in diesem Bereich sorgen wollen. Ich sehe Sie, wenn es dann zu den entsprechenden Beschlüssen kommt und auch die haushalterische Umsetzung erfolgen muss, gern an unserer Seite und freue mich auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich habe auch vorhin nicht gesagt, dass ich bei Personalversammlungen nur gelobt worden sei. Aber ich speise meine Eindrücke nicht nur aus Verbandsverlautbarungen im Gespräch mit Verbandsvertretern – das ist auch wichtig, das machen wir –, sondern ich höre mir auch an, wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – übrigens nicht nur Richter und Staatsanwälte, auch die Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes sowie die Tarifkräfte – die Situation einschätzen. Ich habe berichtet, dass ich aus vielen Dutzenden Personalversammlungen, die ich besucht habe, ein anderes Stimmungsbild habe. So viel zur Struktur.

Nun zu dem, was Sie zum Anteil des gehobenen Dienstes im Justizvollzug gesagt haben: Er ist etwa so wie in den letzten Jahren immer; er hat sich in den letzten Jahren nicht verändert. Das hängt damit zusammen, dass wir im Strafvollzug und auch im allgemeinen Vollzug natürlich sehr viele gleich gerichtete Tätigkeiten haben, die, was die Bewertung der Dienstposten angeht, auf einer Stufe liegen.

Damit habe ich, glaube ich, Ihre Fragen beantwortet.

Ich war aber dabei, noch einige Punkte zu nennen, die an Ihnen auch vorbeigegangen sind, nämlich – was die Kollegen Filius und Binder auch zu Recht erwähnt haben – zur Nachwuchsgewinnung. Natürlich kämpfen auch wir um junge Leute. Auch wir brauchen gutes Personal. Wir stellen im Moment im höheren Dienst nur Bewerberinnen und Bewerber mit Spitzenexamen ein, also in der Regel mehr als neun Punkte und ab neun Punkten; das für die, die das Gefüge in der Bewertung von juristischen Examensleistungen kennen. Sie schmunzeln. Das sind Prädikatsexamina im hohen Bereich. Da haben wir das Niveau halten können. Was wir verbessert haben und was mich besonders freut, ist, dass wir etwa gleich viele Frauen wie Männer im höheren Dienst einstellen können.

Unter dem Stichwort Familienfreundlichkeit haben wir auch sehr stark in den Blick genommen, Telearbeitsplätze zu schaffen. Gerade auch die Entwicklung der elektronischen Akte ermöglicht es uns, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu organisieren. Was mich auch freut und was ich ausdrücklich sagen möchte, ist: Von diesen Angeboten machen auch immer mehr Männer Gebrauch, und das funktioniert. Die Dienststellen, die Behörden, die Gerichte vor Ort setzen das um.

Insgesamt, meine Damen und Herren, ist dieser Haushalt eine gute Grundlage für unsere Vorhaben, die wir weiterführen.

(Minister Rainer Stichelberger)

Wie ich erwähnt habe, erlebt die Justiz einen Umbruch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Für diesen Umbruch brauchen wir gute, aufgeschlossene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bei diesen möchte ich mich bedanken, wie auch insgesamt bei allen, die in der Justiz tätig sind, bei allen Diensten, natürlich auch bei den Tarifkräften und ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Strafvollzug, die eine schwierige Tätigkeit ausüben und die den Rückhalt der Politik brauchen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hitzler das Wort.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum das? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Weil er Redezeit hat! – Zuruf von der SPD: Noch ein untauglicher Versuch!)

Abg. Bernd Hitzler CDU: Herr Professor Dr. Goll hat zu Recht festgestellt, dass die Stimmung schlecht ist.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Die Stimmung in der Justiz ist schlecht. Kollege Filius und Kollege Binder, Sie sind auf den Generalversammlungen auch dabei. Sie merken das doch auch. Deshalb hätten wir es gern gesehen, dass Sie heute unseren Anträgen zustimmen, damit wir einen Anfang machen können, um das zu verbessern. Sie tun dies nicht.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Die CDU-Fraktion wird sich hier aber nicht zurückziehen. Die CDU-Fraktion wird im Interesse der Sache mitarbeiten, damit wir vor allem im Justizvollzug wieder bessere Zustände bekommen.

Deshalb werden wir Ihrem Antrag in der Hoffnung zustimmen, dass Sie dann beim Nachtragshaushalt Wort halten und auch wirklich etwas tun. Wenn Sie etwas zur Verbesserung in den Vollzugsanstalten machen, haben Sie unsere Unterstützung.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sehr gut!)

Das war bisher so. Das wird auch weiterhin so sein. Wir erwarten nun aber Aktivitäten von Ihnen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Diese sind eingeleitet!)

Darauf hoffen wir.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 05 – Justizministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6005.

Ich rufe zunächst Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0501

Ministerium

Zu Titel 526 11 – Kosten für Sachverständige – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6055-1, vor, der fordert, Mittel für eine Organisationsuntersuchung zur Verbesserung der Kontrollsysteme des Justizministeriums im Bereich des Justizvollzugs vorzusehen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0501 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 2 und 3, also Kapitel 0502 – Allgemeine Bewilligungen – und Kapitel 0503 – Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Nummern 2 und 3 daher gemeinsam auf:

Kapitel 0502 und Kapitel 0503

Wer diesen beiden Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0504

Fachhochschule Schwetzingen – Hochschule für Rechtspflege

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 5 bis 7, also Kapitel 0505 – Verwaltungsgerichtsbarkeit –, Kapitel 0506 – Sozialgerichtsbarkeit – und Kapitel 0507 – Finanzgericht –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Nummern 5 bis 7 daher gemeinsam auf:

Kapitel 0505 bis Kapitel 0507

Wer diesen drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen drei Kapiteln einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0508

Justizvollzugsanstalten

Zu vier verschiedenen Titeln liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6055-2, vor, der Mittel für eine Verbesserung bei der personellen Versorgung und der Ausstattung mit Sachmitteln fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist er mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0508 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich zugestimmt.

Nun stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6055-3, zur Abstimmung, der die zügige Durchführung einer umfassenden Organisationsuntersuchung in den Justizvollzugsanstalten fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, der möge bitte die Hand heben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt stelle ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, Drucksache 15/6055-4, zur Abstimmung, der neben der Erarbeitung von Leitlinien für den Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen auch die Überprüfung der rechtlichen, organisatorischen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen des Justizvollzugs fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu Grünen und SPD:
Nehmt euch ein Beispiel!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 9 und 10, also Kapitel 0509 – Arbeitsgerichtsbarkeit – und Kapitel 0510 – Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Nummern 9 und 10 gemeinsam auf:

Kapitel 0509 und Kapitel 0510

Wer den beiden Kapiteln zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Den beiden Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 11 und 12, Kapitel 0511 – Notariate und Grundbuchämter des badischen Rechtsgebiets – und Kapitel 0512 – Notariate des württembergischen Rechtsgebiets –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe die Nummern 11 und 12 gemeinsam auf:

Kapitel 0511 und Kapitel 0512

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen beiden Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6005, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 05 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 05.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich berufe die Sitzung des Landtags um 13:00 Uhr wieder ein.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: In zwei Minuten! –
Weitere Zurufe)

– Endlich wachen Sie auf! – Um 14:00 Uhr. Reicht eine Stunde für die Fraktionssitzung der CDU? Ist das okay?

(Zuruf: Jawohl!)

– Also machen wir es so.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:57 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie alle recht herzlich zum Nachmittags- teil unserer Sitzung begrüßen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 3 c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6008

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Der Berichterstatter wünscht sicherlich nicht das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So was!)

– Ich gehe davon aus.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Locherer das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Parteiübergrei-
fender Beifall!)

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt natürlich eine außergewöhnliche Situation, dass von der CDU-Landtags- fraktion wegen der außerordentlichen Fraktionssitzung gerade einmal vier Kollegen hier sind. Deshalb darf ich die FDP/ DVP – sowieso –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Paul Locherer)

und auch die Vertreter der Regierungsfractionen bitten, dann, wenn Ihnen das, was ich sage, halbwegs gefällt, Beifall zu spenden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sonst bin ich mutterseelenallein. Ich gebe Ihnen ein Zeichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir steigen ein in die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Ich betone gern, dass auch die Landwirtschaft als wichtiger Bestandteil der Wirtschaftskraft unseres Landes Baden-Württemberg, nämlich mit 10 % der Wirtschaftsleistung mit den vor- und nachgelagerten Bereichen, hier dazugehört.

Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, ist deshalb ein so erfolgreiches Land – ich denke, da können Sie zustimmen –, weil die Balance zwischen den ländlichen Räumen und den Ballungsräumen immer eingehalten wurde.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Wir fordern natürlich die jetzt Regierenden auf, diese Balance nicht ins Ungleichgewicht kommen zu lassen. Ich gratuliere übrigens zunächst den Grünen, dass sie dreieinhalb Jahre nach Übernahme der Regierungsgeschäfte im Mai 2014 den ländlichen Raum unter dem Stichwort „Im Grünen daheim“ bei ihrer Landesausschusssitzung in Baden-Baden entdeckt haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wer zu spät kommt, den bestraft der Wähler 2016. Es war also höchste Zeit. Liebe Mitglieder der SPD, nehmen Sie es mir nicht krumm – wir sind ja unter Kollegen –, aber der Spruch mit den zuwachsenden Tälern wird Sie auf Ewigkeit verfolgen. Das ist der Spruch, der Sie begleitet; damit müssen Sie leben.

„Balance und Mitte“, meine Damen und Herren, ist ein wichtiges Thema in der Wahrnehmung von Politik, von Entscheidungen.

(Zuruf: So ist es!)

Mit zahlreichen Verbotsgesetzen – das begegnet uns draußen bei der Bürgerschaft – haben Sie nicht gerade gepunktet – so auch, als es darum ging, zunächst einmal das Grünlandumbruchverbot umzusetzen. Herr Umweltminister, mit den Gewässerrandstreifen tun Sie insbesondere den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben weh. Schauen Sie sich einmal kleine Schläge mit Wasserläufen an. Wie macht der Landwirt es dann, wenn er auf 5 bzw. 10 m Breite nur eingeschränkt bewirtschaften darf? Wir stehen dazu: Gewässerschutz ist eine öffentliche Leistung. Aber es müssen auch öffentliche Gegenleistungen folgen.

Ein weiteres Beispiel ist die Vielzahl von Verboten im Jagdrecht. Ich bitte Sie, Herr Minister Bonde – wir haben gestern beim Landesjagdverband darüber gesprochen –, bei Ihren Rechtsverordnungen darauf zu achten, dass wir nicht noch

mehr Verbotsszenarien bekommen. Denn Verbote im Jagdrecht haben wir genug.

Es scheint zu dämmern bei den Grünen. Ich spreche es hier an. Ich zitiere aus der „Geislinger Zeitung“:

Auch Geislinger Grüne wollen Stigma der Verbotspartei abschütteln.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist aber noch eine Minderheit!)

Wenn Ihnen das gelingt, dann gratuliere ich Ihnen. Wenn nicht – wie gesagt –, dann werden Sie 2016 die Rechnung bekommen.

Zum Haushalt, zu den Ansätzen, unter dem Aspekt „Balance und Mitte“: Der Naturschutz spielte und spielt – völlig zu Recht – eine wichtige und entscheidende Rolle.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jetzt hätte ich klatschen wollen!)

Das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie gibt es nicht erst seit Grün-Rot – das möchte ich feststellen –, sondern es steht auch für die CDU und für die FDP/DVP. Wir sind aufgerufen – ich denke, Sie stimmen alle zu –, uns für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen.

Allerdings fragt draußen der Bürger: Muss es sein, dass die Mittel für den Naturschutz in dieser Legislaturperiode glatt verdoppelt werden, was es so in keinem anderen Politikfeld gibt?

(Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Großer Nachholbedarf! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beim Integrationsministerium!)

Muss es im Schwarzwald unbedingt ein Nationalparkzentrum für 20 Millionen € sein?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie etwas dagegen, dass investiert wird?)

Muss es unbedingt sein, dass wir im Nationalpark 100 neue Stellen schaffen und dann möglicherweise in anderen Bereichen kürzen müssen? Stimmt es – das ist jetzt eine Frage an Herrn Minister Bonde; die wird er nachher beantworten müssen –, dass Fördermittel für Gemeinden im Südschwarzwald davon abhängig gemacht werden, dass diese dem geplanten Biosphärengebiet zustimmen?

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Balance und Mitte – wie passt das zusammen? Lieber Herr Schmiedel – ich freue mich, er ist da –, Sie sagten, ob ein Windrad den Rotmilan am Hinterkopf treffe, sei egal. Sie erklären allerdings den Biber – auch ein Wildtier – zur heiligen Kuh und lehnen unseren Antrag für die Einrichtung eines Biberfonds ab. Die Kommunen und die betroffenen Landwirte brauchen das Geld dringend. 250 000 € müssten unbedingt eingesetzt werden, um zu helfen, diese Problematik und die Schäden abzumildern.

(Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Das machen wir dann, wenn das Krisenmanagement versagt! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Mann versteht was!)

(Paul Locherer)

Balance und Mitte? Jetzt kommen wir zu einem weiteren wichtigen Thema. Kollege Markus Rösler, da sind wir uns einig. 116 000 ha in Baden-Württemberg weisen wir als Streuobstflächen aus; das ist damit das größte Gebiet in ganz Europa. Deshalb müssen wir diesem Aufgabenbereich Streuobst unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, aber auch der Tatsache Rechnung tragen, dass 80 % dieser Streuobstflächen schlecht oder nicht mehr gepflegt werden.

Deshalb begrüßen wir das Streuobstförderprogramm ausdrücklich. Aber, meine Damen und Herren, muss ein solcher Wust von Bürokratie, nämlich Sammelanträge und ein äußerst ausführlicher Fragenkatalog, sein?

Bevor Sie den Blaumann für die Baumpflege anziehen, müssen Sie Hemd und Hose ausziehen. Schauen Sie sich einmal diesen Fragenkatalog an. Hinzu kommt eine Mindestzahl von 100 Bäumen. Was macht der Besitzer eines kleinen Gütles? Es gibt Kontrollen und nochmals Kontrollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

– Das Argument EU lasse ich nicht gelten; die Bürokratie ist zum Teil auch auf uns zurückzuführen. Drei Stunden Baumpflege, drei Stunden Büroarbeit, und dafür gibt es 15 € pro Baum. Das sind 2,50 € pro Stunde. Das ist nicht einmal der Mindestlohn, sondern ein Minderlohn für harte Arbeit. Meine Damen und Herren, das springt zu kurz. Hier müssen Sie noch einmal ernsthaft überlegen, wie Sie vorgehen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Locherer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Paul Locherer CDU: Am Schluss.

Ich bitte Sie auch, die Vorschläge der CDU-Landtagsfraktion aufzunehmen, die Streuobstbaumpflege aus bäuerlicher Hand noch stärker als Ausgleichsmöglichkeit für Eingriffe durch Infrastrukturmaßnahmen in Natur und Landschaft anzuerkennen. Dafür wäre dann übrigens auch ein zusätzliches Budget zur Verfügung zu stellen und nicht nur Kleckerlesbeträge für Schwerstarbeit und für eine Menge Papierkram, meine Damen und Herren.

Es gibt aber noch weitere Fragen: Herr Minister, wie halten Sie es mit der Betriebsprämie im Weinbau? Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz mit 3 ha soll die Mindestschlaggröße bei uns 10 ha betragen – eine glatte Benachteiligung für die kleinen Betriebe im Land, die es in den Steillagen ohnehin schwer haben.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Sie meinen 10 Ar!)

– Entschuldigung; es sind natürlich 3 Ar und 10 Ar. Vielen Dank, Herr Kollege Martin Hahn.

Wie halten Sie es insbesondere auch mit dem Maßnahmen- und Entwicklungsplan für die nachhaltige Waldwirtschaft – Kürzung der Mittel – oder mit den innovativen Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum? Auch hier stellen wir Kürzungen fest.

Es geht um Balance und Mitte. Herr Minister Bonde, ich fordere Sie auf: Seien Sie nicht nur Minister für Flora und Fau-

na, für Streuobstwiesen oder für Borkenkäfer im Totholz, sondern auch Forstminister. Ich erkenne die harten Verhandlungen mit dem Kartellamt an. Aber ich hätte mir gewünscht, dass Sie – damit meine ich auch die SPD – in Berlin über eine Änderung des Bundeswaldgesetzes verhandelt hätten. Da bitte ich Sie, Herr Kollege Schmiedel, sich gemeinsam mit Ihren Kollegen im Bundestag dafür einzusetzen, dass § 46 des Bundeswaldgesetzes geändert wird. Dann kommen wir voran und müssen uns nichts vom Kartellamt diktieren lassen und unser Einheitsforstamt kaputt machen lassen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer ist denn Bundesminister?)

Da müssen wir alle zusammenstehen. Deshalb auch ein Dankeschön an den Kollegen Dr. Patrick Rapp, der sich mit mir zusammen entsprechend bei den Regierungsfractionen in Berlin eingesetzt hat.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der Bundesminister ist ein Minister von der CDU! – Gegenruf: CSU!)

– Von der CSU.

Zur Förderpolitik: Wir haben entsprechend verhandelt; von der Zusage haben Sie durch unsere Pressemitteilung erfahren, Herr Kollege Dr. Rösler. Das ist klar.

Herr Ministerpräsident Kretschmann verkündete gestern übrigens stolz – da hat er recht –: Mehr Geld aus Brüssel nach Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zurufe: Bravo!)

Herr Minister Bonde mahnte gestern in Richtung Bundesregierung an, mehr für die Milchbauern zu tun und sich im Übrigen auch stärker auf der europäischen Ebene einzusetzen. Ich frage Sie, Herr Minister: Warum machen Sie das nicht direkt, wo Sie doch so erfolgreich in der GAP verhandelt haben?

Um es nochmals klar zu sagen und klarzustellen und auch hier im Parlament noch einmal besonders zu würdigen: Tatsache ist und bleibt, dass die ehemalige Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner in Brüssel schlicht mehr Geld in den Süden – nach Bayern und Baden-Württemberg – und mehr Geld für die kleinen und mittleren Strukturen geholt hat. Davon profitiert Baden-Württemberg natürlich, neben Bayern. Noch einmal: Das ist eine süddeutsche Lösung für die kleinen und mittleren Betriebe; für den Aufschlag in der ersten Säule bis 30 ha bzw. bis 45 ha haben sich Ilse Aigner und auch Elisabeth Jeggle erfolgreich eingesetzt. Jetzt erwarte ich Beifall von der Opposition.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ausdrücklich gewürdigt, dass sich alle eingesetzt haben. Es war eben keine One-Man-Show, Herr Bonde. Deshalb nenne ich noch einmal die Namen Ilse Aigner und Elisabeth Jeggle.

Gestern kam im Parlament auch das große Thema Breitbandausbau zur Sprache. Ich möchte es noch einmal aufgreifen: Aktuell hat der SPIEGEL aufgezeigt, dass das einzige

(Paul Locherer)

große Flächenland, das nicht in den Genuss von Mitteln der EU-Kommission für den Breitbandausbau kommt, Baden-Württemberg ist. Herr Minister Bonde, wir haben uns gestern darüber unterhalten. Man muss einfach klären, warum elf Bundesländer dabei sind, ausgerechnet ein großes Flächenland wie Baden-Württemberg jedoch nicht. Ich will nicht darüber spekulieren, wer das nun verpatzt hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Eine schwache Regierung vielleicht!)

Das ist zu prüfen. Für den Breibandausbau wäre es nämlich gut, wenn EU-Mittel kämen. Dann müssten wir keine eigenen Mittel zur Verfügung stellen und könnten stattdessen andere Maßnahmen mit Haushaltsmitteln ausstatten.

(Glocke des Präsidenten)

Ein Thema, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der SPD, ist die Wohnraumförderung im ländlichen Raum. Warum ist im aktuellen Landeswohnungsbauförderungsprogramm der ländliche Raum nicht dabei? Schauen Sie sich die Liste der Fördermaßnahmen einmal an: Keine kleine oder mittlere Stadt, keine ländliche Gemeinde ist dabei. Das geht so nicht. Vom demografischen Wandel sind auch und vor allem der ländliche Raum und die kleineren Gemeinden betroffen.

Deswegen fordere ich Sie auf: Schauen Sie sich Ihre Wohnungsbauförderung auch unter dem Stichwort „Förderung des Wohnungsbaus im ländlichen Raum“ genau an. Hier fehlen ebenfalls Balance und Mitte, meine Damen und Herren; hier müssen Sie nacharbeiten.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Locherer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmiedel?

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Kollege Schmiedel, ich gestatte sie am Schluss.

Zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – GVFG –: Kann es sein – der Herr Verkehrsminister ist gerade nicht da; Andreas Schwarz weiß es aber auch –, dass über Nacht die Mittele Ausstattung insbesondere für den ländlichen Raum von 75 auf 50 % gekürzt wurde?

(Zurufe von den Grünen: Nein! – Quatsch!)

Allein bei mir im Allgäu, bei den Maßnahmen für die Elektrifizierung der Allgäubahn, sind es 3,3 Millionen € weniger für die Kommunen. Das kann so wirklich nicht sein. Ich hoffe, dass ihr da noch etwas tut; denn sonst lasst ihr die Gemeinden einfach im Stich – das gilt übrigens auch bei der Bahnsteigmodernisierung –, und das ist unverantwortlich.

Meine Damen und Herren, zum Schluss zu den Anträgen: Sehr erfreulich ist, dass wir die Zustimmung der Regierungsfractionen zu zwei Anträgen bekommen haben. Dafür bedanke ich mich bei Ihnen, und dies tue ich auch im Namen der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Dass der entsprechende Antrag nun angenommen wurde – einer von über 100 Anträgen vonseiten der Opposition –, spricht für Sie; es spricht aber auch für uns. Denn wir haben diesen Antrag eingebracht. Dass

Sie noch weitere Mittel in Höhe von 20 000 € hinzugeben – Chapeau; vielen Dank. Wir sind uns da einig: Es gibt nichts Wichtigeres als Bildung, in diesem Fall Erwachsenenbildung.

Als Zweites hatten wir – dies sage ich an die Adresse des Kollegen Martin Hahn – den Antrag gestellt – wir waren uns einig; im Juli gab es hierzu im Landwirtschaftsausschuss einen einstimmigen Beschluss –, dass wir eine eigene Eiweißstrategie zur Vermeidung bzw. Verminderung von Importen von GVO-Soja auflegen wollen. Ich habe den Antrag eingebracht, um die vier Futtertrocknungseinrichtungen zur Gewinnung von Futtermitteln aus Grünland, die wir in Baden-Württemberg haben, nicht im Stich zu lassen. Ich habe die Zusage der Regierungsfractionen, hier eine Förderung, eine Unterstützung zu gewähren. Dies ist übrigens besonders für die Emmentaler-Käse-Produktion sehr wichtig. Von meiner Seite dafür ein Dankeschön; ich setze auf Sie, dass wir das entsprechend umsetzen können.

Ein weiterer Punkt: Was halten Sie von einer Verfassungsänderung, wie sie in Bayern erfolgt ist? Da hat die SPD als Oppositionsfraction dem Antrag zugestimmt, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Was halten Sie von einer solchen Verfassungsänderung? Wir werden hierzu, hoffentlich noch in der laufenden Legislaturperiode, Herr Kollege Claus Schmiedel, einen entsprechenden Entwurf auf den Tisch legen, übrigens mit dem weiteren Ziel, auch das Ehrenamt anzuerkennen. Sie wissen, dass gerade im ländlichen Raum das Ehrenamt mit einer hohen Quote einen entscheidenden Beitrag zur Lebensqualität leistet.

Einen bedeutenden Haushaltsantrag finden Sie auf Ihren Tischen: Wir wollen brachliegende Flächen in Ortszentren nach dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ stärker in den Fokus nehmen und dies auch finanziell durch einen Fonds begleiten. Gibt es, meine Damen und Herren, einen besseren Naturschutz, als durch Aktivierung von Flächen im Innenbereich nicht in den Außenbereich, auf Wiesen und Felder, ausweichen zu müssen, um neue Baugebiete auszuweisen? Diesem Ziel dient unser Antrag. Lassen Sie die Gemeinden – die häufig Mehrkosten haben, um die Innenentwicklung darzustellen – bei dieser Aufgabe nicht allein.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

– Manne Lucha, du weißt ganz genau, dass wir das tun. Aber dazu brauchen die Gemeinden Hilfe. Denn viele sind nicht in der Lage, die höheren Kosten, die durch die Erschließung im Innenbereich entstehen – Kosten für Abbruch und vieles andere –, zu schultern. Innenentwicklung vor Außenentwicklung ist bester Naturschutz. Daher ist unser Antrag, die Mittel hierfür aus dem Naturschutzetat zu nehmen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum – in Tübingen funktioniert das hervorragend. Die Kollegen von Rot und Grün sind permanent dabei; wir haben gute Diskussionen, wir haben gute Initiativen. Stimmen Sie doch unserem Antrag zu, solche Arbeitsgemeinschaften für den ländlichen Raum auch in anderen Regierungsbezirken einzurichten. Ich frage mich schon: Wo ist das Problem? Lehnen Sie diesen Antrag nur deshalb ab, weil er von der Opposition kommt?

(Paul Locherer)

Auch mit der Einrichtung eines Kabinettsausschusses Ländlicher Raum beim Herrn Ministerpräsidenten Kretschmann tun Sie Gutes. Richten Sie einen solchen ein! Denn der ländliche Raum und die Balance zwischen den Ballungsräumen und den ländlichen Räumen sind so auch am Kabinetttisch gewährleistet.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die CDU-Landtagsfraktion war und ist verlässliche Partnerin des ländlichen Raums. Die Regierungsfractionen können zeigen, ob sie da mitkommen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das sieht man, wenn man in unsere Reihen schaut!)

Ich bitte Sie deshalb und fordere Sie auf, unseren Anträgen zuzustimmen.

Herzlichen Dank. Meine Redezeit hat gerade knapp ausgereicht. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

– Schreiben Sie im Protokoll bitte nicht „Spärlicher Beifall“. Ich kann nichts dafür, dass so wenige von uns im Saal sind. Das ist durch eine außerordentliche Fraktionssitzung der CDU bedingt.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank, Herr Kollege.

(Abg. Paul Locherer CDU begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz. – Abg. Claus Schmiedel SPD: Halt! – Zurufe von den Grünen und der SPD: Moment! – Nachfragen!)

Herr Kollege Locherer ist lange genug im Landtag, um die Geschäftsordnung zu kennen. Wenn er keine Redezeit mehr hat, kann ich auch keine Nachfragen zulassen. Das weiß jeder. Da seine Redezeit abgelaufen ist, kann er auch keine Fragen mehr beantworten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sehen wir ja nicht!)

Denn sonst könnte jeder seine eigene Redezeit mit anschließenden Fragen verlängern. Das geht nicht.

(Zurufe)

Wenn ein Redner sagt, dass er eine Zwischenfrage später zulassen will, dann muss der Fragesteller damit rechnen, dass er seine Frage eventuell nicht mehr stellen kann.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber keine Ausnahmen machen! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir haben im Gegensatz zum Präsidenten keine Uhr, auf der wir sehen, wie viel Redezeit er noch hat!)

– Aber wenn ich Herrn Kollegen Locherer auffordere, an seinen Platz zu gehen, dann ist doch klar, dass seine Redezeit abgelaufen ist. Sonst könnte er vorn stehen bleiben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber man könnte ihn auch auffordern, aufzuhören, damit man noch eine Frage stellen kann! – Heiterkeit)

– Ich werde hier niemanden auffordern. Es ist so.

(Abg. Walter Heiler SPD: Wir können es aber auch draußen abklären!)

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zumindest eines ist neu bei einer Haushaltsdebatte, auch wenn es um den ländlichen Raum geht: dass man sozusagen Schwerpunkte auf der Seite der Kollegen der SPD und der Grünen findet. Ich habe aber Verständnis für das, was gerade auf der Seite der Kollegen der CDU passiert.

Lieber Herr Kollege Paul Locherer, Sie haben das Szenario in den Raum gestellt, eigentlich seien Sie die Gruppierung derjenigen, die sich für den ländlichen Raum einsetzen, und es sei prima, dass die Grünen ab dem Jahr 2011 darauf gekommen seien, dass es das Thema „Ländlicher Raum“ gebe, und sie zu diesem Thema einen Parteitag veranstaltet hätten.

Dazu kann ich nur sagen: Wir sind schon immer dabei, und wir machen schon immer Politik für den ländlichen Raum. Wir machen eine wirklich zukunftssträchtige und gute Politik für den ländlichen Raum, gehen jedoch nicht mit der Gießkanne herum, wie wir das schon über viele Jahre hinweg gekannt haben. Wir machen eine gezielte Infrastrukturpolitik für die Gemeinden und Kommunen auf dem Land, und diese kommt dort auch an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie stellen das so in den Raum – ich möchte das noch einmal aufgreifen –, als hätten die Grünen nur eines im Sinn, nämlich die Städtebauförderung, die Wohnraumförderung in den Unistädten; denn dort saßen die Studenten, die bekanntlich die Wähler der Grünen seien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Endlich hast du das mal richtig erkannt! – Abg. Paul Locherer CDU: Es geht um die Wohnraumförderung!)

Wer gibt denn das Geld über den Ausgleichstock, damit die ländlichen Kommunen genau diese Probleme angehen können? Wir waren es doch, die die Unterstützung der Kommunen im ländlichen Raum massiv vorangebracht haben.

(Zuruf von den Grünen: Genau! – Abg. Paul Locherer CDU: Das ist doch kommunales Geld!)

Wer legt denn Landessanierungsprogramme auf, damit die Kommunen im ländlichen Raum die dort anstehenden Wohnraumprobleme angehen können?

Ich erwähne MELAP. Solche Programme gab es früher. Diese führen wir fort, damit genau diese Fragestellungen bearbeitet werden können.

Sie sagten, für die Allgäubahn gäbe es kein Geld. Wer hat denn dort kürzlich den Studentakt eingeführt? Das war unser Verkehrsminister, den wir unterstützen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Ich darf zusammenfassen:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die CDU redet! Wir machen es!)

(Dr. Bernd Murschel)

Sie brauchen sich eigentlich nicht zu wundern, dass wir von den eingebrachten Anträgen nicht allzu viel halten. Es sind jetzt sechs übrig geblieben. Wir haben im Ausschuss ausgiebig darüber diskutiert. Man kann es vielleicht so zusammenfassen: Es war das zaghafte Ja der Opposition zu dem, was wir an Politik für den ländlichen Raum,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ein beherztes Ja!)

für die Landwirtschaft, für den Verbraucherschutz machen, aber sofort gepaart mit dem Aber.

Das Aber kommt mit der Unterzeile: „Außerdem muss man doch immer wieder sagen, dass die Grünen eigentlich nur diese Verbotsparterie sind. Die nehmen doch immer allen alles weg.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt hast du schon wieder recht!)

In diesem Zusammenhang wird beispielsweise das Jagdgesetz angeführt. Dann kommt das unsägliche Thema Gewässerrandstreifen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hast du meine Rede gelesen?)

das mit Ausnahme der CDU niemanden mehr aufregt. Das ist längst alles geklärt und wunderbar unter Dach und Fach.

(Abg. Paul Locherer CDU: Geh doch mal raus!)

Wir machen eine Politik mit dem klaren Blick darauf, dass ein Ausgleich zwischen den Interessen der Gesellschaft und den Interessen einzelner Gruppierungen, die durchaus ihre Berechtigung haben, erfolgt. Ich nenne beispielhaft die Interessen der Jäger, die Interessen der Naturschützer, den Gewässerschutz und den Anspruch der Menschen in unseren Städten und Gemeinden, sauberes Trinkwasser zu haben. Das finde ich prima. Das ist eine Politik, die die Gesamtheit der Gesellschaft im Blick hat und nicht nur Einzelinteressen vertritt.

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen – vieles ist schon angesprochen worden – und verdeutlichen, dass hier Nebelkerzen abgefeuert wurden.

Zur Breitbandförderung: Diese ist natürlich ein ganz wesentlicher Aspekt der Infrastrukturpolitik für den ländlichen Raum. Als wir angetreten sind, gab es – der Ministerpräsident hat es gestern auch gesagt – noch über 700 weiße Flecken auf der Landkarte. Es waren Problembereiche, die unterversorgt waren, und dieser Zustand resultierte daraus, dass Ihre Politik auf dem Ansatz basierte, dass 1 Mbit/s der Standard sei.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das war früher auch so!)

Heute lachen alle darüber und sagen: Was sollen wir denn mit 1 Mbit/s Transferrate?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir waren damals führend!)

Wir haben heute den grundsätzlichen Anspruch, eine Transferrate von 50 Mbit/s sicherzustellen, und nur noch 200 weiße Flecken auf der Landkarte.

Wir haben die Mittel – Sie wissen das – von 10 Millionen € auf 30 Millionen € erhöht. Die FDP/DVP hat übrigens einen ähnlichen Antrag gestellt, weil sie nicht verstanden hat, dass wir das schon machen. Daher haben wir im Ausschuss gesagt: Danke, dass ihr den gleichen Antrag stellt, den wir schon längst verwirklicht haben.

Heute gehen wir mit unserer Politik für den ländlichen Raum und der Breitbandstrategie die schwierigeren Fälle gezielter an. Dafür muss ich dem Ministerium ausdrücklich ein Lob aussprechen. Denn es ist gut, was diese Strategie beinhaltet, und es ist gut, wie sie technisch umgesetzt werden soll. Das hilft uns – damit meine ich nicht nur die ländlichen Räume; denn wir haben selbst in Randbereichen von Ballungsräumen große Schwierigkeiten, die vorhandenen Lücken zu schließen –, in elementaren Schritten voranzukommen. Ich hätte mir gewünscht, dass vonseiten des Bundes viel mehr käme,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Das wünschen Sie sich immer!)

dass nicht nur die hohle Unterstützungsformel „Wir wollen das“ käme. Vom Bund werden ähnliche Größenordnungen und Zahlen genannt, aber wie der Bund das umsetzen will, bleibt dann im Raum stehen, und die Förderung kommt bei den Ländern nicht an.

Zur Regionalentwicklung und zur Strukturpolitik. Wir haben eine Strukturpolitik vorgefunden, die nach dem Gießkannenprinzip betrieben wurde. Sie sind mit der Gießkanne übers Land gelaufen. Wo Strukturpolitik betrieben werden sollte, haben Sie allenfalls im Hinterzimmer besprochen.

Wir machen das beispielsweise mit LEADER, und das Interesse an LEADER-Projekten ist groß. Sie wissen, in Kürze steht die Entscheidung an, welche LEADER-Projekte den Zuschlag bekommen. Wir stellen 28 Millionen € mehr für LEADER-Projekte zur Verfügung. Das ist gut angelegtes Geld. Denn wer weiß, wie die LEADER-Programme gelaufen sind, der weiß, dass von diesen die Impulse zur Identitätsbildung in den ländlichen Regionen ausgegangen sind. Das stärkt Menschen, das stärkt Kulturbereiche.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

RegioWIN, „Spitze auf dem Land!“ und das Bestreben, den Mittelstand, kleine und mittlere Unternehmen mit einzubeziehen, das sind ganz wichtige Säulen, die bei uns Strukturpolitik bedeuten.

Ein Wort zum Tourismus: Wir haben den Naturtourismus, den Nachhaltigkeitscheck, die Nachhaltigkeitslotsen, die Modellvorhaben und die Modellregion für nachhaltige Mobilität im ländlichen Raum; all das kennen Sie. Was das Thema E-Mobilität angeht, habe ich noch nie so viele Artikel darüber gelesen, dass ein Landwirtschafts- und Verbraucherminister mit E-Mobilitäts-Fahrzeugen in seiner Heimat im Schwarzwald unterwegs war.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Er ist mehr im Land unterwegs als daheim!)

Das sind natürlich Symbole, aber sie sind auch Zeichen eines Umbruchs in Richtung E-Mobilität in ländlichen Räumen. Das ist eine wichtige Säule im Bereich der allgemeinen Mobilität,

(Dr. Bernd Murschel)

des Verbraucherschutzes und der Nutzungsmöglichkeiten anstelle der alleinigen Nutzung eines Pkws. Zusammen mit einem starken ÖPNV sind das Bausteine einer neuen Mobilitätsstrategie, die wir auf den Weg bringen.

Sie hatten das Thema Nationalpark angesprochen. Da kam auch ein „Ja, aber“. Nachdem die Gefechte lang und breit ausgetragen wurden, geht es jetzt sozusagen in die Nachklappgefechte. Jetzt heißt es: Aber warum braucht ihr denn so viele Stellen?

Sie sprechen von 100 Stellen, obwohl ein Teil aus dem Bestand kommt und wir nur von einem Bruchteil neu zu schaffender Stellen sprechen. Ich möchte allerdings daran erinnern, dass wir alle gesagt haben: Wenn ein Nationalpark erfolgreich sein soll, dann braucht er zu Beginn eine gute Aufstellung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das, was gerade erkennbar ist – 22 000 Besucher, die hohe Attraktivität, die vom Nationalpark ausgeht –, gibt uns recht. Es war genau goldrichtig, in Baden-Württemberg eine solche Konzeption zu verwirklichen. Das wird der Region Nord- und Mittelschwarzwald neue Impulse geben. Nationalpark und Naturpark ergänzen sich hier wunderbar. Das wird wirklich ein Erfolgsmodell. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Programm zum Biosphärengebiet, lieber Kollege Paul Locherer, ist nicht so angelegt, dass man Kommunen dazu zwingen würde, mühselig einem Konstrukt zuzustimmen, wenn sie eine Förderung erhalten wollen. Vielmehr haben die Kommunen erkannt – da können Sie sicher sein –, dass es sinnvoll ist, Einheiten wie beispielsweise Biosphärengebiete zu schaffen. Man braucht sich nur anzuschauen, was sich im Biosphärengebiet Schwäbische Alb entwickelt hat. Dann sagen sie: „Das ist aus unserer Sicht eine Entwicklungschance, die wir gern aufgreifen.“ Da gibt es keinen Zwang; wir zwingen hier niemanden. Das sind Angebotsplanungen, bei denen die Menschen und die Kommunen vor Ort mitziehen müssen – und sie wollen auch mitziehen.

Noch ein paar Worte zu Forst und Naturschutz: Einerseits wird etwas unterschwellig gesagt: „Sie haben für den Naturschutz mehr Geld eingeplant.“ Das klingt immer wie ein Vorwurf. „Sie haben die Mittel auf 60 Millionen € erhöht; Sie hätten sie doch für etwas anderes verwenden können.“

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Gegenruf des Abg. Paul Locherer CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Millionen!)

So kommt das Ganze herüber. Dabei machen wir eine ganz klare Ansage: Wir wollen flächendeckende Landschaftserhaltungsverbände, damit wir Strukturen schaffen, um Naturschutz, Biotopschutz und den Biotopschutzverbund wirklich auf eine neue qualitative Ebene zu heben. Dafür schaffen wir mit diesem Haushalt die Strukturen.

Wir wollen im Forst wirklich neue Wege gehen. Sie haben das Kartellverfahren angesprochen. Sie haben gesagt, wir hätten doch das Bundeswaldgesetz ändern müssen. Die Frage ist, wer in Berlin gerade die Regierung stellt. Wir hätten uns ein bisschen mehr Unterstützung gewünscht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP deutet in Richtung SPD. – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir hätten uns gewünscht, dass vonseiten der Bundesregierung vielleicht eine klarere Ansage kommt wie: „Wir wollen das Bundeswaldgesetz ändern, damit Länder wie Baden-Württemberg die Flexibilität haben, an ihrem Einheitsforst festzuhalten.“ So müssen wir alle Klimmzüge gegen Kartellverfahren machen, die uns etwas aufzwingen.

Wir sind auf einem guten Weg – ich finde das, was momentan läuft, prima –, dass wir Strukturen weitgehend erhalten können, dass wir die Dienstleistungen auch für Kommunen und private Unternehmen weitgehend beibehalten können. Ich hoffe, dass da nicht alles umgekrempelt wird.

Wir wollen mit neuen Waldentwicklungstypen Antworten auf den Klimawandel geben – gar keine Frage. Wir haben eine Bodenschutzkonzeption, die mir persönlich als Bodenkundler – so sage ich es einmal – sehr gut gefällt. Ich glaube, da werden wir neue Wege gehen können.

Wir werden den Themen Klimaschutz, Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, Windkraft und Energiewende auch im Forst gerecht. Wir haben uns dazu verpflichtet, im Forst und im gesamten Bereich des ländlichen Raums dazu einen erklecklichen Beitrag zu leisten. Das wird unsere Herausforderung für die nächsten Monate sein. Ich bin sehr froh, dass wir dabei den Einstieg gefunden haben.

Meine letzten Sätze: Mit FAKT, Beratung, MEPL, Ökolandbau – damit das nicht zu kurz kommt – setzen wir im landwirtschaftlichen Bereich auf unsere bewährte Strategie: Gesellschaftliche Leistungen werden honoriert. Wir liefern die angepassten Strategien für alle unterschiedlichen Ansprüche. Wir verwenden ein Baukastensystem – wie bei der Beratung –,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

das es den Nutzern ermöglicht, das herauszusuchen, was sie brauchen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

Es gäbe noch vieles zu sagen. Ich glaube, wir verfolgen eine moderne Konzeption im grünen Sektor „Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Forst“. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen. Ich freue mich vor allem auf die weiteren Jahre, in denen wir die Möglichkeit haben, diese grüne Politik umzusetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reusch-Frey das Wort.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ein Haushaltsplan hat die Aufgabe, in Euro und Cent Antworten auf die Herausforderungen der jeweiligen Zeit zu geben. Mit dem Einzelplan 08 eröffnen wir konkret Handlungs-

(Thomas Reusch-Frey)

spielräume für eine soziale, ökologische und ökonomische Weiterentwicklung unseres Landes.

Schwerpunkte sind hier Landwirtschaft und Forst, Naturschutz und Entwicklung der ländlichen Räume. Die CDU schafft es in 18 Minuten nicht, die weiteren Bereiche zu nennen; ich weiß nicht, wie das passieren konnte. Es fehlen Ernährung und Verbraucherschutz – mit keinem Wort erwähnt –, Tourismus, Tierwohl, Klimaschutz.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Claus Schmiedel: Hm!)

Wir werden mit den 2 % des Staatshaushaltsvolumens, die wir in diesem Bereich einsetzen, Verantwortung für den flächenmäßig größten Anteil unseres Landes übernehmen. Allein die landwirtschaftlich genutzte Fläche macht 46 % aus; hinzu kommt die Waldfläche mit 38 %. Wir stellen also die Weichen für über 84 % der Landesfläche und leisten damit einen wesentlichen Beitrag für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung.

Wenn jetzt die CDU die Mittel für den Naturschutz zu kürzen versucht, machen wir da nicht mit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wird abgewehrt! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das überrascht nicht!)

Ein starkes Signal geht an die Landwirtschaft im Land. Wir erhöhen die Gesamtausgaben für den Maßnahmen- und Entwicklungsplan III von 230 Millionen € im Jahr 2014 auf 280 Millionen € für das Jahr 2016. Das kann sich sehen lassen, meine Damen und Herren. Davon profitieren vor allem die Bauern im Land.

Außerdem passen wir die Programme und Fördermittel von Bund und EU sehr genau an die Bedürfnisse in unserem Land an. Wir machen damit eine Politik für die familiengeführten landwirtschaftlichen Betriebe im Land. Von einer Industrialisierung der Landwirtschaft halten wir nichts. Stattdessen setzen wir auf ein gutes Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz. Wir setzen auf den Erhalt der Kulturlandschaft für mehr Tierwohl und Tiergesundheit und auf den Beitrag der Landwirtschaft im Land für den Klimaschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf: Bravo!)

Nicht zuletzt halten wir fest ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege – –

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: ... – da sind wir uns einig – ...

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Reusch-Frey, gestatten Sie eine – –

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: ... an der Erzeugung von Lebensmitteln ohne Gentechnik.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Reusch-Frey – –

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Meine Rede ist ein Gesamtkunstwerk; deshalb lasse ich keine Zwischenfragen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das kann sein. Aber wenn der Präsident Sie fragt, lassen Sie ihn bitte ausreden. Wenn ich Sie frage, ob Sie eine Frage zulassen, können Sie Ja oder Nein sagen, aber nicht weiterreden. – Sie sagen Nein?

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Manchmal hat man prophetische Gaben. Ich sage Nein.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege, das ist ein Rednerpult, keine Kanzel! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Also, Herr Kollege: Nein.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir machen eine Landwirtschaftspolitik, die das Gesamte sieht – das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

Auf dem Junglandwirtekongress am vergangenen Freitag war ich beeindruckt, wie den Nachwuchsbauern eine realistische Einschätzung ihres Arbeitsbereichs vermittelt wurde. Zitat:

Die Landwirtschaft ist schon längst nicht mehr die „Leitwährung“ in unserer Gesellschaft und auch nicht im ländlichen Raum.

Wenn wir vom ländlichen Raum sprechen, dann reden wir eben nicht nur von der Landwirtschaft, sondern vor allem von der Strukturentwicklung dieses Raumes. Es geht nicht nur um 4 oder 5 % Landwirte, sondern auch um den Bäcker, den Metzger, den Friseur, es geht um Kinderbetreuung, Schulen, Verkehr, um ein gutes Leben auf dem Land.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es geht uns auch um

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Regionale Wirtschaft!)

Wohnungsförderung auf dem Land, im ländlichen Raum. Wenn es dazu bei der CDU Nachholbedarf gibt, dann ist Claus Schmiedel der Mann, der gern Auskunft gibt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich kläre auf!)

Bei der Entwicklung der ländlichen Räume geht es uns auch um die kleinen und mittleren Betriebe bis hin zu den Weltmarktführern, damit die Arbeitslosenzahlen im ländlichen Raum weiterhin niedrig bleiben.

Damit der ländliche Raum attraktiv bleibt und Menschen dort gern arbeiten und leben, wo andere Urlaub machen, richten wir unsere Aufmerksamkeit auf die Breitbandförderung. Mit

(Thomas Reusch-Frey)

34 Millionen € greifen wir in den nächsten Jahren den Kommunen dort unter die Arme, wo der Markt versagt. Wir sorgen dafür, dass das Dorf und der mittelständische Betrieb auf dem Land gut mit der Welt verbunden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsplan geben wir Antworten auf eine ganze Reihe weiterer aktueller Herausforderungen.

Streuobstbau: Der Zustand vieler Streuobstwiesen lässt sehr zu wünschen übrig. Wir unterstützen deshalb mit einem neuen Programm den Baumschnitt mit 1,3 Millionen € in den kommenden Jahren.

Bildung: Wir stärken die Bauern, Winzer, Obstbauern, Schafhalter usw. in unserem Land

(Abg. Karl Rombach CDU: Schafhalter! Weideprämiel!)

durch eine hervorragende Bildungs- und Fortbildungsarbeit in unseren Landeseinrichtungen und Landesanstalten.

Weil uns gute Bildung in der Breite wichtig ist, haben wir den CDU-Antrag zur zusätzlichen Stärkung der Erwachsenenbildung im ländlichen Raum positiv aufgenommen

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und schon in die Beschlussempfehlung eingearbeitet.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Verbraucherschutz – dieser Aufgabenbereich ist hier noch nicht so oft erwähnt worden –: Der wachsenden Bedeutung des Verbraucherschutzes in unserer stark ausdifferenzierten, globalisierten und digitalen Welt werden wir gerecht, indem wir 1 Million € pro Jahr zusätzlich einsetzen. Liebe Damen und Herren, das kann sich sehen lassen. Das ist ein wirklicher Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Tierschutz: Weil wir in den Tieren Mitgeschöpfe sehen, stärken wir die Forschung, die ohne Tierversuche auskommt, mit je 200 000 € pro Jahr.

Gesunde Ernährung, Frau Gurr-Hirsch: Wir sehen, dass sich die Koch- und Ernährungsgewohnheiten ändern. Deshalb bringen wir eine neue Vernetzungsstelle für die Außerhausverpflegung auf den Weg, und zwar mit zwei Mal 300 000 €.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein besonderes Anliegen für die SPD ist das Biosphärengebiet Südschwarzwald. Darin steckt eine gute Chance zur umfassenden Weiterentwicklung dieser Gegend. Das Biosphärengebiet Schwäbische Alb zeigt uns in vorbildlicher Weise, wie es geht. Deshalb Gratulation hinauf auf die Schwäbische Alb!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir Sozialdemokraten rechnen mit einem ebenso großen Erfolg im Südschwarzwald. Deshalb fördern wir diesen Prozess.

Wir wollten – jetzt genau zuhören! – dieses Biosphärengebiet gemeinsam mit den Gemeinden. Auf das Miteinander legen wir allergrößten Wert. Wir gehen vor Ort und nehmen gern die Ideen der Menschen vor Ort auf.

Viele Kommunen stehen schon in den Startlöchern, doch nicht überall ist der Prozess ganz abgeschlossen. Umso wichtiger ist es für uns, dass wir mit dem Landeshaushalt ein klares Zeichen in die Zukunft setzen. Wir verdoppeln die Zahl der Personalstellen für die Biosphärengebiete von bisher sieben auf 14. Damit sind wir glaubwürdig, handlungsfähig und schaffen die Voraussetzung für ein zweites international ausgezeichnetes und von der UNESCO anerkanntes Biosphärengebiet. Es wäre ein Gewinn und eine Auszeichnung für unser ganzes Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Nationalpark Schwarzwald sind wir auf einem guten Weg. Die Besucherzahlen haben sich innerhalb eines Jahres verdoppelt. Einen besseren Beweis gibt es nicht. Der Naturschutz zeigt uns außerdem, dass wir mit dem Gebiet richtig liegen und von einem noch viel größeren Potenzial bedrohter Arten ausgehen müssen. Das zeigt auch der Fund der Zitronengelben Tramete. Sie hat ja gestern Karriere gemacht.

Der Nationalpark Schwarzwald hat das Zeug dazu, ein Erfolg zu werden. Das Team auf dem Ruhstein macht eine hervorragende Aufbauarbeit, und auch der Nationalparkrat arbeitet konstruktiv. Der Freudenstädter Landrat und Vorsitzende des Nationalparkrats, Klaus Michael Rückert – ein Mann vor Ort, ein Mann, der in der Materie drin ist und der CDU angehört –, sagt: Das Konzept stimmt.

Dann ist es schon etwas seltsam, wenn man es in Stuttgart in der CDU-Fraktion besser zu wissen meint und von einer Billigvariante mit dem Sparetikett „Bürgerationalpark“ spricht. Schade, denn das bringt uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir wollen einen richtigen, einen echten Nationalpark und nichts anderes. Jedenfalls setzen wir mit dem neuen Doppelhaushalt den Nationalpark weiter auf die Erfolgsspur und stattdessen ihn mit den notwendigen Mitteln aus.

Claus Schmiedel zeigt, was gefragt ist und wie es geht. Er engagiert sich für verschiedene Tierreservate beim Nationalpark. Das ist konstruktiv und weiterführend und passt zu diesem Projekt mit UNESCO-Auszeichnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir geben mit dem Haushaltsplan für die nächsten beiden Jahre zukunftsweisende Antworten auf aktuelle Herausforderungen. Damit können wir den ländlichen Raum weiterentwickeln, einen Beitrag für die Landwirtschaft in diesem Land und den Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten wie auch das Tierwohl fördern und all das unterstützen, was dem Boden, dem Wasser, der Luft und dem Klima guttut.

Ein Kompliment an dieser Stelle an Minister Bonde für das, was wir in Berlin und in Brüssel für die Bauern und die länd-

(Thomas Reusch-Frey)

lichen Räume in unserem Land erreicht haben. Das ist mehr, als man erwarten konnte. Dieser Haushalt hat unsere Zustimmung verdient.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung: Viele Dinge, die vor allem Paul Locherer gesagt hat, will ich nicht wiederholen, weil ich die Zeit dafür verwenden möchte, auch einmal einen Blick darüber hinaus zu werfen. In etwa der Hälfte meiner Redezeit möchte ich hier noch ein paar Tatsachen und Rahmenbedingungen erwähnen. Denn Baden-Württemberg ist im Bereich der Agrarpolitik, der europäischen Agrarpolitik, der Verbraucher, des ländlichen Raums im Wettbewerb alles andere als eine Insel der Seligen, um die ein Zaun herum ist. Hier bestehen hervorragende Verhältnisse – das ist alles richtig –, aber wir können nicht so tun, als wären wir allein auf der Welt.

Die Vorzeichen der Neuausrichtung der Agrarpolitik – auch der neuen Förderperiode – zeigen uns, dass sie mehr in Richtung Ökologisierung geht. Allerdings sollte man nicht drauf-satteln und übertreiben, sondern sollte wissen, dass die Bäuerinnen und Bauern im Wettbewerb stehen. Ich sage es einmal ganz salopp: Wenn den Betrieben mit einer Durchschnittsgröße von um die 34 ha jetzt vielleicht im Schnitt 800 oder 1 200 € mehr an Einkommen übertragen werden – das Wort „Subvention“ ist falsch und war immer falsch –, dann wird klar, dass wir damit die Betriebe langfristig nicht retten können. Das muss man ganz klar sehen.

Deshalb ist beides erforderlich: zum einen die Entlohnung der Landwirtschaft für die Leistungen, die sie bei der Ernährungsproduktion und der Bereitstellung von Ernährungsgütern erbringt, und zum anderen für das, was sie für die Kulturlandschaft, was sie insgesamt an gesellschaftspolitischen Leistungen erbringt. Das muss man anerkennen, und deshalb, so glaube ich, muss man hier klar und deutlich ansprechen, dass bestimmte Leistungen entlohnt werden müssen.

Weiter sage ich Ihnen: Man sollte auch die Situation der Landwirtschaft in Baden-Württemberg sehen. Mit Schulterklopfen und einem Dankeschön allein ist eine gerechte Entlohnung der Leistungen der Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg nicht zu erreichen.

Ich möchte auch einiges zur Wertschöpfung sagen. Am letzten Freitag waren Kollege Burger, Kollege Reusch-Frey und ich beim Junglandwirtekongress in Denkendorf. Der Kongress ist empfehlenswert – auch für alle, die nicht aus der Landwirtschaft kommen. Dort waren 400 junge Bäuerinnen und Bauern, die wissen, was auf sie zukommt, die bereit sind, die Betriebe zu übernehmen, und die sehr wohl wissen, worauf es ankommt.

Da ging es auch um das Image. Es hat uns drei gefreut, dass die Landwirtschaft mit einem Wert von 44 % nach den Ärzten und den Lehrern an dritter Stelle in der Gunst der Bevölkerung steht. In dieser Erhebung der Universität Göttingen wird auch festgestellt, dass die Politiker bei einem Wert von 140 Promille – das hört sich besser an – stehen.

Was allerdings auch wichtig ist: Wir haben dort erfahren, dass die „Journaille“, die schreibende und berichtende Zunft, auf einen Wert von 6 % kommt. Daran sollte diese Zunft einmal denken, wenn sie über die Landwirtschaft berichtet, meine Damen und Herren.

Ich sage das deshalb, weil – auch das ist in der Studie deutlich geworden – Anspruch und Wirklichkeit beim Kaufverhalten der Konsumenten diametral auseinandergehen. Eine Verbrauchsanalyse der Universität Göttingen hat im Juli 2013 gezeigt, dass Verbraucher Idylle wollen, Tierwohl gut finden, jedoch bei Kaufentscheidungen im Supermarkt alles ausblenden, was sie vorher gesagt haben und was sie sich wünschen. 80 % der Konsumenten sind leider immer noch auf Schnäppchen aus – billig vor Qualität.

Die Verbraucher haben eine gewisse Vorstellung von der Landwirtschaft, eine Sehnsucht nach einer gewissen Agrarromantik, die eben nicht mit der Wirklichkeit in den Betrieben vor Ort übereinstimmt. Man muss einfach ehrlicher damit umgehen, wie die Landwirtschaft funktioniert. Das beginnt in der Ausbildung, in der Bildung, in den Schulen, überall, aber – wie gesagt – eben nicht in der Boulevard- und Sensationspresse. Das, was man in der Wochenzeitung DIE ZEIT wahrnehmen konnte, war beschämend, eine Hetzkampagne gegen die Landwirtschaft, gegen die Veredelungsbetriebe in unserem Land. Ich würde mich schämen, wenn ich das geschrieben hätte.

Etwas Positives gibt es allerdings auch. Da komme ich zum nächsten Punkt, Herr Minister; den sollte man sich vielleicht auch auf der Zunge zergehen lassen. Die „Stuttgarter Nachrichten“, die „Südwest Presse“, die „Nürnberger Nachrichten“ haben die Situation sehr nüchtern dargestellt. Die Landwirte im Südwesten verdienen bundesweit am wenigsten – das gilt auch für die letzten vier Jahre, die Jahre Ihrer Regierungszeit. Im Durchschnitt erwirtschaften die Betriebe bundesweit mit 40 894 € ein um rund 27 % höheres Ergebnis als die Betriebe in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg ist das Schlusslicht bei den Einkommen in der Landwirtschaft – im letzten Jahr 22,5 % weniger beim Weinbau, 14,4 % weniger im Ackerbau, 2,3 % weniger in den Gemischtbetrieben. Das sind ein paar Fakten; die Banken und die Betriebswirtschaft lügen hier nicht.

Diese Beträge sinken gegenwärtig noch weiter. Ich verweise darauf, wie sich die Milchpreise entwickeln, ich verweise auf die beschämenden Preise im Schweinebereich und auf zugleich steigende Kosten im Energiebereich – okay, ab Januar sind es vielleicht ein paar Cent weniger.

Die Haupterwerbsbetriebe in Baden-Württemberg liegen seit über vier Jahren im Bundesvergleich auf dem letzten Platz. Da wäre es zu billig, Herr Minister, wenn ich sagen würde, daran sei nur die Regierung schuld. Die Struktur ist einfach so, und deshalb muss die Agrarpolitik hier auch die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Betriebe investieren, dass die jungen Landwirte bereit sind, die Betriebe zu übernehmen. Wenn sich die jungen Landwirte nur Vorschriften, Verboten und Bürokratie gegenübersehen, wird niemand die Betriebe übernehmen, meine Damen und Herren. Das war auch die Stimmung in Denkendorf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Die jungen Landwirte haben von Gängelung und Bevormundung die Nase voll.

Herr Minister, wenn ein Landwirt in Baden-Württemberg Ihnen in der Regierung eine Hand zustreckt und sie dann wieder zurückzieht, hat er an allen fünf Fingern „Ökoschrauben“. Solche Folterwerkzeuge sieht man im Kriminalmuseum in Rothenburg – Pflichtveranstaltung für jeden Juristen aus Würzburg. Wassergesetz, Gewässerrandstreifen, Gründlandumbruchverbot, Nationalpark, Jagd- und Wildtiermanagement, Mindestlohn für die Sonderkulturen und die Gastronomie, Arbeitszeitregelungen,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Bundesgesetz!)

Landesbauordnung etc. – ich könnte gerade so weitermachen. Ich bin der Letzte, der gegen eine naturverträgliche Landwirtschaft wäre, aber wenn man als Unternehmer nicht mehr atmen kann, vergeht einem die Lust. Dann werden Sie den Strukturwandel in Baden-Württemberg nicht aufhalten, sondern beschleunigen.

Die Regionalisierung, die Direktvermarktung finde ich gut. Aber das wird eben auch nicht das entscheidende Element sein, um in diesem Wettbewerb innerhalb Deutschlands, aber auch innerhalb Europas – wir haben ja keinen Stacheldraht um Baden-Württemberg; auch der Rhein hält ihn nicht fern – zu bestehen. Das heißt, wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit auch die Vollerwerbslandwirte ihre Unternehmen entsprechend weiterentwickeln können.

Sie haben jetzt vor, das Landesnaturschutzgesetz zu ändern – FFH-Gebiete und Verbandsklagerecht im Tierschutz. Ich sage: Wenn Sie da nicht behutsam vorgehen, werden Sie die Bedingungen für die Betriebe in unserem Land weiter verschlechtern, und dann tragen Sie eine Mitschuld am Höfesterben in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich muss leider sagen: Dass die Bauernfamilien und die Kinder dann keine Lust mehr haben, den Betrieb zu übernehmen, kann ich nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, ein paar Worte noch konkret zum Haushalt, zum Personal. Statt einer schlankeren Verwaltung gibt es bei den Stellen einen Aufwuchs von 3 137 im Jahr 2014 auf 3 163 im Jahr 2016, begründet natürlich durch den Nationalpark und das Biosphärengebiet Südschwarzwald. Vor allem geht die Beratung meines Erachtens immer stärker in Richtung Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda. Dafür waren Landwirtschaftsberatung und -verwaltung eigentlich nicht gedacht, als man sie eingeführt hat.

Zum Thema Strukturförderung – ELR, LEADER, EFRE, MELAP wurden schon angesprochen – fällt mir auf, dass die Neuausrichtung des ELR ganz im Zeichen der Ökologisierung und Bürokratisierung steht. Wenn ich beispielsweise Unternehmer bin und 10 % meines Zuschusses verliere, der nötig ist, um zu investieren, um im Dorf oder in der Gemeinde Arbeitsplätze zu sichern, zu schaffen, moderner auszurichten, und noch Ökoauflagen im Umfang von 20 % bekomme, dann lasse ich die Finger davon und mache nichts. Das ist leider auch im Mittelstand im ländlichen Raum eine Tendenz, und auch im Handwerk, bei kleinen Handwerksbetrieben heißt es,

wenn es um Existenzübernahmen geht, die Jungen hätten oft keine große Lust mehr, weiterzumachen, weil es hier übertrieben wird.

Zum Bereich der Forstpolitik möchte ich ganz klar sagen: Das war hervorragend, da haben alle Fraktionen hier wirklich zusammengehalten, zusammengearbeitet, sind top von Ihnen informiert worden. Dafür möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Da sind wir auf dem richtigen Weg, und wir bitten, dass wir bei der Ausgestaltung, der Neuaufstellung der Forstverwaltung weiterhin so integriert werden – egal, ob Regierung oder Opposition. Das fand ich gut, und das hat gezeigt, wie wichtig uns der Wald und der Forst sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zum Bereich des Greenings möchte ich auch einen praktischen Punkt nennen. Ich komme aus einer Gegend – Wer schon einmal einen Gipskeuperboden bearbeitet hat, weiß, was das heißt: Wenn man zur Unzeit pflügt und keine Frostgare bekommt, ist die Ernte für das nächste Jahr schon gelaufen, weil der Boden nicht mehr bestellbar ist. Deshalb ist es wichtig, dass man hier auch die Möglichkeit von Fristverkürzungen nutzt, damit man bei den Zwischenfrüchten da etwas freikommt. Das ist für die Ackerbau- und Gemischtbetriebe ganz wichtig.

Zu den Programmen FAKT und MEKA bitte ich, nicht zu stark, nicht noch stärker in die Ökoausrichtung zu gehen, sondern noch einen Spielraum zum Wirtschaften zu lassen.

Auch die Ökobetriebe in Baden-Württemberg – ob Bioland oder Demeter – haben alle ihre Berechtigung. Ich wünsche mir eigentlich mehr von diesen Betrieben. Ich sehe aber auch, dass sie über die niedrigsten Einkommen verfügen, niedriger als bei den anderen Betrieben. Da ist auch die Frage, ob man hier nicht noch ein bisschen umsteuern muss – nicht mit Subventionen, sondern vielleicht mit Rahmenbedingungen.

Meine Damen und Herren, wir werden einzelnen Kapiteln im Einzelplan zustimmen, aber den Haushalt insgesamt ablehnen, denn er ist zu ideologisch und ökologisch ausgerichtet. Eine auf die Zukunft ausgerichtete, wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist in Baden-Württemberg nicht mehr möglich, wenn man so weitermacht. Es kommt zu einem Höfesterben – das ist genau das, was wir nicht wollen –, wenn Bürokratie und Gängelung immer mehr zunehmen. Ich will vor allem Landwirtschaftsberatung und keine Agrarpolizei in den Landwirtschaftsämtern.

Auch beim Verbraucherschutz haben Sie das Soll noch nicht erreicht, Herr Minister, denn Sie haben in Ihrer Koalition versprochen, Sie möchten mindestens den Bundesdurchschnitt von 49 Cent pro Bürger erreichen. Sie sind jetzt bei 29 Cent. Das ist natürlich mehr als früher. Besten Dank. Das ist in Ordnung. Sie sind auf einem guten Weg.

(Glocke des Präsidenten)

Aber man soll den Mund nicht so voll nehmen, meine Damen und Herren.

In diesem Sinn wünsche ich mir, dass wir einige Dinge der Praxis anpassen. Ich freue mich auf die weiteren Ausführungen von Ihnen, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der ländliche Raum ist eine der großen Stärken Baden-Württembergs. Er ist sowohl wirtschaftlich als auch gesellschaftlich stark und prägt unser Land. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat dabei eine wichtige Funktion. Wir erfüllen eine Reihe von wichtigen Aufgaben. So sind wir zuständig für die Entwicklung im ländlichen Raum, für den Verbraucherschutz, für die Ernährung, für die Lebensmittelüberwachung, für die Landwirtschaft, für den Forst, für die Jagd, für das Veterinärwesen, für den Tierschutz, für die Vermessung, für das Geodatenwesen, für den Breitbandausbau, für die Verwaltung der EU-Strukturfonds, für den Naturschutz, für den Tourismus und für viele mehr.

Ein wichtiges Ziel des Ministeriums wie der Landesregierung ist es, mit einer gezielten Strukturpolitik die Sicherung und Fortentwicklung des ländlichen Raums als eines eigenständigen und attraktiven Lebens- und Wirtschaftsraums zu gewährleisten. Das ist eine Aufgabe, der wir uns von Anfang an gestellt haben. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen brauchen da keine Belehrungen. Dieser Haushalt zeigt sehr deutlich, dass wir, seriös unterlegt, eine aktive Politik machen und zentrale Bereiche gestärkt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Verbraucherschutz und Lebensmittelkontrolle sind zentrale staatliche Aufgaben. Es ist eine wichtige Aufgabe, mit einer funktionierenden Verwaltung für Lebensmittelsicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu sorgen. Ernährung und Verbraucherschutz betreffen alle. Die Information der mündigen Verbraucherin bzw. des mündigen Verbrauchers ist dabei ein wichtiger Punkt.

Herr Abg. Bullinger, Sie haben die Verbraucherzentralen angesprochen, die in diesem Bereich eine ganz zentrale Aufgabe haben. Sie informieren die Bürgerinnen und Bürger unabhängig und geben Hilfestellungen in den unterschiedlichen Bereichen des Lebens. Gerade in Zeiten des Internethandels nimmt die Bedeutung einer solchen unabhängigen Institution zu.

Wir haben deshalb die Unterstützung der Verbraucherzentralen deutlich ausgebaut. Wir steigern sie in diesem Doppelhaushalt weiter. Wir fördern die Verbraucherzentralen im Doppelhaushalt mit zusätzlich 1 Million €. Das bedeutet, wir haben diese Förderung innerhalb dieser Legislaturperiode von 1,66 Millionen € im Jahr 2011 auf 3,35 Millionen € erhöht und damit mehr als verdoppelt. Ich finde, das kann sich sehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich will deutlich sagen, dass wir auch zum Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz in Kehl stehen. Diese Institution leistet nicht nur einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung, sondern ist mit ihrer binationalen Ausrichtung auch ein einzigartiger Ansprechpartner. Die Bedeutung insbesondere des grenzüberschreitenden Verbraucherschutzes nimmt stetig zu.

Wir brauchen aber auch neue Felder, bei denen wir unterstützend wirken. Die neue Vernetzungsstelle zur Außerhausverpflegung ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt. Wir reagieren mit diesem neuen Haushaltstitel auf sich verändernde Bedürfnisse und tragen Sorge dafür, dass der Ernährungsbereich weiter vorankommt, insbesondere was die Qualitätsentwicklung angeht.

Die Lebensmittelsicherheit hat für uns eine besondere Bedeutung. Deshalb stärken wir mit diesem Doppelhaushalt weiter die Kontrollstrukturen. Dies geschieht übrigens nicht zum ersten Mal. Bereits von 2012 bis 2014 haben wir mit insgesamt 3,3 Millionen € zusätzlich jeweils 22 neue Stellen pro Jahr für Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure geschaffen.

Die Ausgaben für die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter sind im Vergleich zu 2011 um 16 % erhöht worden, weil wir davon überzeugt sind, dass wir sichere Strukturen brauchen, auf die sich die Menschen verlassen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Eine weitere zentrale Verpflichtung der Landespolitik sind der Erhalt der Natur sowie ein engagierter Einsatz für die biologische Vielfalt für kommende Generationen. Wir alle wissen: Die biologische Vielfalt steht unter Druck. Sie ist aber gleichzeitig das Netz, in dem wir leben. Dieses Netz wird löchriger. Wir können es uns aber nicht erlauben, es reißen zu lassen.

Deshalb haben wir den Naturschutz ins Zentrum unserer Landespolitik gerückt. Wir haben gehört, dass die Opposition das anders sieht und meint, man könne weniger machen. Unsere Überzeugung ist, dass wir nicht nur eine moralische, sondern auch eine ökonomische Verpflichtung haben, zu bewahren, was uns erhält.

(Abg. Paul Locherer CDU: Da sind wir uns einig!)

Die Aufstockung der Mittel für den Naturschutz setzen wir mit diesem Doppelhaushalt fort, um das Ziel zu erreichen, in dieser Legislaturperiode die Mittel von 30 Millionen € auf 60 Millionen € aufzustocken, um wichtige Anliegen finanziell unterlegen zu können.

Die Landschaftserhaltungsverbände sind ein wichtiges Instrument, um Kulturlandschaften zu erhalten. Das wichtige Instrument des kooperativen Naturschutzes sollte bewusst gemeinsam mit den Landnutzern umgesetzt werden. Das betrifft auch Natura 2000, Managementverpflichtungen der EU und anderes.

Als wir 2011 die Regierung übernommen haben, hatten wir landesweit sechs dieser Einrichtungen. Inzwischen sind wir bei 27 Einrichtungen. In weiteren Kreisen ist eine Einrichtung in der Diskussion. Das macht deutlich, dass wir auf einem guten Weg sind. Das Land steht auch zu allen Finanzierungszusagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit der Einrichtung des Nationalparks im Schwarzwald haben wir eine wichtige Weichenstellung vorgenommen. Die Ausstattung eines solchen Projekts ist wichtig, weil wir den Menschen in der Region – – Die Mehrheit der Nationalpark-

(Minister Alexander Bonde)

gemeinden und -kreise sowie der Regionalverbände hat der Einrichtung des Nationalparks zugestimmt. Wir wissen aber auch um ablehnende Haltungen von Gemeinden sowie kritische Meinungen in der Bevölkerung. Gerade deshalb stehen wir zu unserem Versprechen einer guten Ausstattung, die dem Projekt gerecht wird.

Beispielsweise in Sachen Borkenkäfermanagement soll durch den Mitteleinsatz gezeigt werden, dass die Sorgen unberechtigt sind. An dieser Stelle zu kürzen, wie es die Opposition vorschlägt, schadet dem Naturschutz. Das wäre aber auch ein Bruch des Versprechens gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Deshalb folgen wir diesen Anträgen nicht. Das will ich noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Mit unserem neuen Streuobstkonzept fördern wir zusätzlich den Erhalt dieser wichtigen und für viele Teile unseres Landes identitätsstiftenden Kulturlandschaft. Das ist das erste Konzept in Baden-Württemberg, mit dem der Bereich der Pflege tatsächlich in den Blick genommen wird. Wir machen das in dem rechtlichen Rahmen, der für solche Förderinstrumentarien möglich ist.

Dafür muss man zwar einen Antrag ausfüllen. Die Alternative zu diesem Förderkonzept wäre aber, das zu machen, was bisher der Fall war, nämlich nichts. Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern ist mir dieses Förderverfahren mit Antrag lieber, als die Gutsbesitzer allein und ohne Hilfe dastehen zu lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Ein weiterer Punkt, der uns intensiv beschäftigt, ist: Der ländliche Raum muss ein attraktiver Lebens- und Arbeitsraum bleiben. Mit dem novellierten Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum betreiben wir weiter eine aktive und vorausschauende Strukturpolitik. Das machen wir – das ist das Gute an den aktuellen Bevölkerungszahlen des Statistischen Landesamts – im ländlichen Raum aus einer Position der Stärke heraus, die uns die Möglichkeit gibt, aus einer jetzt noch guten Situation heraus Herausforderungen wie den demografischen Wandel aktiv anzugehen.

Die neue Richtlinie für das ELR bietet den Gemeinden und Städten mehr Handlungsspielräume, um die gesamte Bandbreite der kommunalen Entwicklungsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Das ELR ist übrigens unsere Antwort auf die Frage der Innenentwicklung, die gestellt worden ist. Insgesamt stärken wir das ELR.

Wir stärken auch den Breitbandausbau, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben mit der Breitbandinitiative II im Jahr 2012 die Förderstruktur und damit das Angebot für die Gemeinden deutlich verbessert. Wir ziehen die Konsequenzen aus diesem jetzt neu angestoßenen Engagement der Gemeinden und Kreise, indem wir mit diesem Doppelhaushalt den zur Verfügung stehenden Bewilligungsrahmen für die Breitbandunterstützung durch das Land verdreifachen. Damit schaffen wir die Möglichkeit, gemeinsam mit den Gemeinden diese wichtige Infrastruktur weiter auszubauen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Locherer?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Minister, Sie haben das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum angesprochen. Sie bieten hier die Möglichkeit, Schwerpunktgemeinden zu entwickeln, um dann entsprechende Förderanträge stellen zu können. Wie konnte es dazu kommen, dass Sie im „Staatsanzeiger“ am 24. Juli 2014 das Programm ausschreiben, im Programm entsprechende Bürgerbeteiligungsprozesse notwendig sind und die Anträge dann in der ersten Tranche bis zum 31. August des gleichen Jahres eingereicht sein müssen?

(Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Ich bitte Sie dazu um Auskunft. Gut angesetzt, schlecht gemacht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alle im Urlaub!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Es gibt mindestens eine Gemeinde in Ihrem Wahlkreis, Herr Abg. Locherer, die sich über Ihre Frage wundert,

(Abg. Paul Locherer CDU: Ja, ja!)

weil sie nämlich als Schwerpunktgemeinde zum Zuge gekommen ist. Das bedeutet: Der Wahlkreisabgeordnete Locherer beweist, dass die getroffene Regelung funktioniert. Denn es gibt neun Gemeinden in Baden-Württemberg, die zum Zuge gekommen sind und die genau diese Kriterien erfüllt haben. Insofern hoffe ich, dass Sie Ihre Frage in ihrer Konsequenz nicht ernst meinen. Dies hätte nämlich bedeutet, dass eine Gemeinde Ihres Wahlkreises

(Abg. Paul Locherer CDU: Nein, nein!)

nicht in den Genuss der Förderung gekommen wäre.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gestatten Sie eine nochmalige Zwischenfrage des Herrn Abg. Locherer?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Locherer.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Wir können jetzt jede Gemeinde im Wahlkreis durchgehen.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Minister, früher war ich Ministrant. Ich weiß, wie Bittprozessionen funktionieren.

(Vereinzelt Heiterkeit)

(Paul Locherer)

Zu meiner zweiten Frage: Ich anerkenne das Ergebnis ja. Aber das Prozedere war schwierig. Nur neun Gemeinden sind zum Zuge gekommen. Gibt es für die Gemeinden die Möglichkeit, aus der beschriebenen Situation heraus im laufenden Jahr Nachfolgeanträge zu stellen?

(Zuruf von der SPD: Im laufenden Jahr 2014?)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Ja, selbstverständlich. Es gibt überhaupt keinen abgeschlossenen Zeitraum für den Antrag, Schwerpunktgemeinde zu werden. Es gibt immer eine bestimmte Frist zur jährlichen Entscheidung im Rahmen des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum. Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt muss eine Gemeinde als Schwerpunktgemeinde anerkannt werden, damit dann in den entsprechenden Auswahlverfahren – Sie kennen die Situation: zunächst die Priorisierung im Landkreis, dann die entsprechende Priorisierung auf Regierungsebene. Das heißt, bevor dieser Prozess beginnt, muss klar sein, welche Gemeinden den Status Schwerpunktgemeinde haben. Aber bis zum nächsten Stichtag ist hier jederzeit eine Antragstellung möglich. Dann wird entschieden, welche neuen Gemeinden in diesen fünf Jahren zu Schwerpunktgemeinden werden.

Aber ich glaube, es war richtig, nicht bis zum nächsten Jahr zuzuwarten, sondern Gemeinden, die im Rahmen des Entwicklungskonzepts schon weit gediehen waren, diese Möglichkeiten zu geben. Ich kenne mindestens acht weitere Wahlkreisabgeordnete, die wie Sie, Herr Abg. Locherer, der Auffassung sein müssten, dass es richtig war, genau so zu entscheiden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Da kriegen wir gar keinen Feierabend, wenn wir so weitermachen!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, wir wollen wieder dort weitermachen, wo Sie vorhin aufgehört haben, nämlich beim Thema Breitbandinfrastruktur. Ich habe diese in meiner Rede in der letzten Debatte als Aorta des ländlichen Raums bezeichnet. Bis zur flächendeckenden Versorgung mit Strom, Wasser und Verkehrsinfrastruktur hat es 50 Jahre gedauert. Im Bereich der Breitbandversorgung muss dies schneller geschehen. Da müssen wir klotzen.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Frage an Sie. Wir haben im Finanz- und Wirtschaftsausschuss in einem Antrag die Aufstockung der Mittel für diesen Bereich um 25 Millionen € pro Jahr gefordert. Sie haben gesagt, es sei dort schon viel gemacht worden, die Mittel seien nicht vollständig abgerufen worden. Unser Antrag wurde dann in der Ausschusssitzung abgelehnt. Deshalb meine Frage: Was könnte man Ihres Erachtens noch machen, damit das, was der Herr Ministerpräsident vorgestern beim EU-Kommissar für Digitalwirtschaft gefordert hat, nämlich ein eigenständiges Programm, umgesetzt werden kann? Wie diese Forderung zeigt, trifft meine Aussage doch zu, dass hier noch viel zu wenig geschieht und die

Entwicklung viel zu langsam ist. Welche Vorstellungen hätten Sie, wenn Herr Oettinger tatsächlich dieses Geld hierherschicken würde, das Herr Kretschmann gern hätte?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herzlichen Dank für die Frage. Sie gibt mir die Möglichkeit, mit meiner Rede fortzufahren. Denn genau an diesem Punkt bin ich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich wollte Sie wieder ins Geschäft bringen!)

Ich hatte ausgeführt, dass wir mit der Breitbandinitiative II im Mai 2012 einen Rahmen verändert haben und dabei vor allem auch die Landkreise mit ins Boot genommen haben, die ja vorher nicht Adressat der Förderung waren. Im Rahmen des alten Breitbandprogramms war der Mittelabfluss schwierig. Es war orientiert an einer Übertragungsgeschwindigkeit von 1 Mbit/s, also einer – um es deutlich zu sagen – elektronischen Schneckenpost,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Abhaken!)

und war auf Ortsteilnetze ausgelegt. Wir setzen jetzt auf Hochgeschwindigkeitsnetze und haben bewusst die Landkreise mit Planungen mit ins Boot genommen. Jetzt sind wir in der guten Situation, dass wir mit dem 2002 gestarteten Programm heute drei Viertel der Landkreise in Baden-Württemberg, die hier in eigenen Planungen sind, durch unsere Förderung unterstützt haben.

Insofern sind wir hier auf dem Weg. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass es in diesem Bereich 700 weiße Flecken gab, bevor wir, Grün-Rot, die neue Breitbandinitiative aufgelegt haben. Jetzt sind es noch 200 weiße Flecken. Das macht deutlich, dass wir hier immer noch eine große Aufgabe haben, auch wenn wir auf einem guten Weg sind.

Mit der Verdreifachung der Mittel für diesen Bereich auf 31,7 Millionen € erreichen wir eine Summe, die wir aufgrund der Kalkulation dazu, wie es im Moment in den Landkreisen und bei den kommunalen Investitionen vorangeht, als realistisch ansehen. Wir wollten hier bewusst nicht den Weg gehen, eine möglichst hohe symbolische Zahl anzusetzen, sondern haben versucht, eine Kalkulation zugrunde zu legen, die widerspiegelt, was das Land in den nächsten Jahren an schon bestehenden oder absehbaren kommunalen Projekten finanzieren kann.

Sie haben es ja im Ausschuss gehört: Der Finanzminister hat wie ich deutlich gesagt, dass wir jeden rechtlich genehmigungsfähigen Antrag – hier bestehen durch EU-Recht und Wettbewerbsrecht Einschränkungen – auch weiter finanziell unterlegen, so, wie es bisher der Fall ist. Wir glauben, dass wir das können. Wenn nicht, muss man hier weitere Schritte gehen.

Ich will an dieser Stelle auch die hierzu gestellte Frage des Abg. Locherer beantworten. Auch ich war über den SPIEGEL-Artikel zum EU-Investitionsprogramm, insbesondere über die Karte, sehr erstaunt. Es handelt sich bei diesem Vorschlag offenkundig um einen alleinigen Vorschlag des Bundesfinanzministeriums. Das erklärt wahrscheinlich auch, weshalb sich der Bundeswirtschaftsminister in einer ersten Stellungnahme dazu auch skeptisch geäußert hat, und zwar auf eine Art und Weise, die einen Hinweis gibt, was das im Koalitionsrahmen bedeuten könnte.

(Minister Alexander Bonde)

Wir wissen inzwischen, dass Baden-Württemberg in dem Investitionspaket auch mit Maßnahmen aufgeführt ist, allerdings ausschließlich aus dem Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Die Länder wurden aber bei dieser Vorschlagsliste überhaupt nicht konsultiert. Insofern wird das ganze Verfahren wie auch die Liste ein Tagesordnungspunkt bei der anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz sein, bei der auch die Frage der baden-württembergischen Anteile sowie die Frage der Priorisierung seitens des Bundes, die wir nicht an jeder Stelle nachvollziehen können, noch einmal behandelt werden.

(Beifall der Abg. Manfred Lucha und Thomas Marwein GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist auch mit der Landwirtschaft verbunden. Der ländliche Raum hängt stark davon ab, dass Landwirtinnen und Landwirte für die Allgemeinheit eine wichtige Leistung in der Lebensmittelproduktion, aber auch zum Erhalt von Strukturen im ländlichen Raum sowie zum Erhalt von Natur- und Kulturlandschaft erbringen. Die neue Förderperiode der Europäischen Union, die mit Verspätung 2015 losgeht und bis ins Jahr 2020 andauert, bietet die Chance, die Fördergelder von EU, Bund und Land stärker als jemals zuvor an genau diesen gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft auszurichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Burger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Klaus Burger CDU: Herr Minister, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben die Leistungen für die Kulturlandschaft und das neue Programm FAKT, das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, angesprochen. Dieses ist mit 740 Millionen €, verteilt auf 16 Einzelprogramme, ausgestattet. Warum treiben Sie hier einen Keil in die Landwirtschaft und fördern Öko- und Biobetriebe, die nur 7 % der landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Land ausmachen – von 42 000 Landwirten sind 3 000 Bio- und Ökolandwirte –, mit rund 30 % der zu vergebenden Fördermittel?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Kollege Burger, ich war noch nicht beim Programm FAKT angekommen. Insofern haben Sie den vorbereiteten Fragezettel zu früh gezogen. Aber auf diese Frage komme ich im Weiteren gern noch zu sprechen.

(Zuruf von der CDU)

Der Maßnahmen- und Entwicklungsplan, den wir vorgelegt haben, der, wie auch schon in der Vergangenheit, eine Vielzahl von Programmen beinhaltet, würdigt hier zusätzliche Leistungen von Landwirtinnen und Landwirten, insbesondere für den Erhalt von Kulturlandschaft, für Umwelt, Klimaschutz und Tierwohl. Jeder, der hier zusätzliche Leistungen erbringt, profitiert. Davon können alle profitieren. Diese Leis-

tungen sind mit dem neuen Förderprogramm, dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl, FAKT, auf den Weg gebracht worden.

Jetzt haben Sie nach der Finanzierung in diesem Bereich gefragt. Zusammen mit der Landschaftspflegerichtlinie macht das Programm FAKT, also der Bereich der Agrarumweltprogramme, in der neuen Förderperiode 973 Millionen € aus. Das Vorgängerprogramm MEKA und die Landschaftspflegerichtlinie haben gemeinsam 902 Millionen € ausgemacht. Das heißt, in der neuen Förderperiode stehen für Agrarumweltmaßnahmen 70 Millionen € – also pro Jahr der siebenjährigen Förderperiode 10 Millionen € – mehr zur Verfügung. Ich glaube, das macht klar, dass wir hier einen deutlichen Schritt gemacht haben.

Es ist eine Mä, dass nur Biobetriebe davon profitieren. Im Gegenteil, jeder, der zusätzliche Leistungen in diesen Bereichen erbringt, kann über die Programme zusätzliche Leistungen bekommen. Das war uns wichtig. Die Behauptung, die immer im Raum steht, weise ich zurück. Das ist ein Programm, über das alle, die bereit sind, mehr gesellschaftliche Leistungen auf dem Hof zu erbringen, entsprechende Möglichkeiten finden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Auf einmal bringen Sie wieder den Vorwurf, wir würden nur Biobetriebe fördern. Ich muss Sie schon einmal fragen, woher ein solcher Vorwurf kommt. Sie sind ja Oberschwabe und vertreten den Wahlkreis Sigmaringen. Kollege Locherer kommt aus dem Landkreis Ravensburg.

Beim Lesen der „Schwäbischen Zeitung“ vom 5. Dezember bin ich auf spannende Äußerungen der CDU zu diesem Thema gestoßen. Im Gemeinderat Weingarten, der Heimatstadt Ihres Spitzenkandidaten, gab es eine Debatte, ob sich der Gemeinderat an unserem Schulfruchtprogramm beteiligen soll. Da gibt es ein spannendes Zitat, das ich Ihnen gern vortragen möchte. Dietmar Straub von der CDU-Fraktion bezweifelt schlichtweg, dass die ausgegebenen Bodenseeäpfel gut für die Ernährung der Kinder seien. Er sagt: „Sie sind gelagert und gespritzt; genormte EU-Äpfel sind überhaupt nicht gesund.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so einen Frontalangriff auf den Obstbau am Bodensee wie aus der CDU habe ich noch nicht erlebt. Das will ich auch einmal deutlich sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CDU – Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Insofern finde ich: Ball flach halten und in den eigenen Reihen für Ordnung sorgen – nicht nur, was Präsidenschaften, sondern vielleicht auch, was das Verhältnis zur Landwirtschaft angeht, liebe CDU.

Zurück zur Agrarförderung im Land. Es ist in den Verhandlungen gelungen, dass Baden-Württemberg gut dasteht und dass gerade für die kleinen Betriebe, die die Struktur unseres Landes prägen – das haben Sie auch im Zusammenhang mit den Einkommensstatistiken benannt –, wichtige Verbesserungen erfolgt sind. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe profitieren von den Veränderungen, die wir erwirken konnten. Und die Linie „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“

(Minister Alexander Bonde)

ist eine Antwort auf die spezifischen Bedarfe der Landwirtschaft in Baden-Württemberg.

Ein weiterer Punkt, den ich kurz ansprechen möchte: Wichtig ist für uns, für eine kleinteilige, familiengeprägte Landwirtschaftsstruktur einen politischen Rahmen zu schaffen. Es ist unser Anliegen, dass in Baden-Württemberg Äcker und Teller frei von gentechnisch veränderten Organismen bleiben und wir nicht zum Anbau solcher Organismen kommen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Da sind wir uns einig!)

Insofern freue ich mich, dass es gelungen ist, dass auch der Europäische Rat nach vielem Zaudern – da war auch viel Druck auf die Bundesregierung notwendig – der Verhandlungsposition des Europäischen Parlaments in der letzten Verhandlungsrunde beigetreten ist. Ich will deshalb die Gelegenheit nutzen, die Bundesregierung noch einmal aufzufordern, Sorge dafür zu tragen, dass dieser Verhandlungsstand tatsächlich umgesetzt wird, damit wir über eine schnelle Rahmensezung im Bund endlich die erforderlichen Instrumente erhalten. Wir wollen Gentechnik nicht auf dem Acker. Die Menschen wollen sie nicht auf dem Acker. Wir brauchen endlich die Rechtsgrundlage dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dieses Ministerium verantwortet breite, wichtige Bereiche für den ländlichen Raum. Wir tun dies mit diesem Doppelhaushalt und stärken diese Bereiche durch Prioritäten, die wir setzen konnten. Ich glaube, es ist wichtig für den ländlichen Raum, wichtig für Baden-Württemberg, diese aktive Politik fortzusetzen.

Ich will mich bei allen Fraktionen, die aktiv etwas dazu beitragen, die diesen Haushalt so verabschieden, herzlich bedanken. Unser Land ist in guter Hand. Das zeigt auch dieser Doppelhaushalt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Bravo-Rufe)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6008.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die Änderungs- und Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe die Nummer 1 auf:

Kapitel 0801
Ministerium

Wer Kapitel 0801 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0801 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0802 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6008, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0802 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus

Zu Titel 883 91B – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Breitbandinfrastruktur im Ländlichen Raum – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6058-5, vor, der eine Erhöhung der Fördermittel begehrt. Ich stelle zunächst diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0803 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6008, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0803 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU abzustimmen. Ich rufe zunächst den Entschließungsantrag Drucksache 15/6058-1 auf, der die Bildung eines Kabinettsausschusses Ländlicher Raum und die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum auch bei den Regierungspräsidien Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart fordert. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 15/6058-1 mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den zweiten Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6058-2, abstimmen, der für Gemeinden im ländlichen Raum die Schaffung eines neuen Instruments zur Innenentwicklung fordert. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer Kapitel 0804 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0804 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Wer Kapitel 0806 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0806 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 6 bis 18, Kapitel 0809 – Landwirtschaftsverwaltung – bis Kapitel 0827 – Chemische und Veterinäruntersuchungsämter –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0809 bis Kapitel 0827

Wer diesen 13 Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0809 bis 0827 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 19 auf:

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor. Zu Titel 686 91B – Zuschüsse an Sonstige für laufende Maßnahmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6058-3, vor, der eine Reduzierung der nach dem Planansatz steigenden Mittel für Naturschutz fordert. Ich stelle zunächst diesen Antrag zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle den zweiten Änderungsantrag der Fraktion der CDU zur Abstimmung. Dieser Änderungsantrag Drucksache 15/6058-4 begehrt die Neuaufnahme der Titelgruppe 94 – Bibermanagement – und des Titels 686 94 N – Zuschüsse für Zwecke des Bibermanagements – und fordert die Einrichtung eines Fonds zum Ausgleich der Schäden für die betroffenen Eigentümer. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU)

Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0829 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6008, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0829 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 20 auf:

Kapitel 0830

Nationalpark Schwarzwald

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten bzw. Stellenplan für Beamtinnen und Beamte – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6058-6, vor, der den Verzicht auf die Erhö-

hung der Zahl der Beamtenstellen in der Nationalparkverwaltung in den Jahren 2015 und 2016 fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0830 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0830 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 21 auf:

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Wer Kapitel 0831 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0831 mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Einstimmig!)

– Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 22 auf:

Kapitel 0833

ForstBW

Wer Kapitel 0833 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0833 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 23 auf:

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer Kapitel 0835 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0835 einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6008, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 08 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 08 gelangt. Herzlichen Dank.

Ich rufe **Punkt 3 d** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6009

Berichterstatter: Abg. Hans-Peter Storz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – eine Redezeit von zehn

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich in der Allgemeinen Aussprache für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Klenk das Wort erteilen.

Abg. Wilfried Klenk CDU: Frau Präsidentin, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir beschließen heute den letzten Einzelplan 09 in dieser Legislaturperiode. Ich sage: Die Sozialpolitik taugt ja nicht unbedingt zum politischen Schlagabtausch, zumal viele Themenfelder Menschen in unserer Gesellschaft betreffen, denen es oft nicht so gut geht wie uns hier – das muss man einfach so sagen. Unsere gemeinsame Verantwortung ist es, hier Abhilfe zu schaffen oder Unterstützung zu leisten. So gibt es denn auch Projekte und Gesetze, die wir mit unterstützt bzw. denen wir zugestimmt haben. Beispielhaft seien das Landesarbeitsmarktprogramm oder auch das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz erwähnt.

Worüber wir aber durchaus diskutieren und was wir teilweise auch kritisieren, sind die Schwerpunkte, die Herangehensweise und auch die handwerkliche Umsetzung. Lassen Sie uns nach dreieinhalb Jahren Ihrer Verantwortung, Frau Ministerin, Bilanz Ihrer bisherigen Arbeit ziehen.

Sie und wir wissen: Die Vorschusslorbeeren aus dem sozialen Bereich waren groß. Ich habe Sie bei meiner letzten Haushaltsrede schon einmal vorsichtig daran erinnert, dass die Einarbeitungszeit vorbei ist und wir nun schon konkrete Schritte erwarten.

Ihr letzter Haushalt vor der Wahl ist sicherlich nicht dazu gedacht, dass Sie es sich mit der Gunst der Wähler verscherzen. Dies ist dem vorliegenden Entwurf auch anzumerken. Ob allerdings die Gewährung von zusätzlichen Mitteln ausreicht, um die Wähler für Ihre bisherige Politik zu begeistern, bleibt abzuwarten.

Eines sollte man nicht außer Acht lassen: Es ist wichtig, vorausschauend zu planen. Dies gilt insbesondere für den Sozialbereich. Denn auch hier sind die Ressourcen in den nächsten Jahren beschränkt. Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass die vorhandenen Mittel zielführend eingesetzt werden.

In diesem Haushalt sind Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut eingestellt. Vorgesehen ist laut den dazugehörigen Erläuterungen u. a. die Fortführung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung – ergänzt durch aktuelle Datenreports –, die zur Basis für eine sachorientierte Politik zugunsten der Betroffenen werden soll. Hinzu kommt die wissenschaftliche Auswertung diverser Projekte. Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, entsteht der Eindruck, dass die Mittel nur für die Verwaltung von Armut verwendet werden sollen und nicht, wie es sicherlich vordringlich ist, für die tatsächliche Bekämpfung von Armut.

Vor dem Hintergrund, dass viele Problemlagen schon bekannt sind, halte ich das für bedenklich.

Zudem kam es bedauerlicherweise schon jetzt zu ersten Missstimmungen im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Be-

richts. Im Rahmen der Vorstellung des Reports zur Einkommenslage älterer Menschen in Baden-Württemberg, der ein weiterer Baustein für den Armuts- und Reichtumsbericht sein soll, wurde u. a. in einer Pressemitteilung des Ministeriums ausgeführt, dass Armutsgefährdung unter Pensionärinnen und Pensionären nicht vorkomme. Das Problem der Armutsgefährdung im Alter sei damit in Baden-Württemberg auf Rentnerinnen und Rentner beschränkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollten uns doch auf diejenigen konzentrieren, die tatsächlich davon betroffen sind, und sollten nicht herausposaunen, wen es denn nicht betrifft.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Diese verkürzte Darstellung führte auch zu berechtigter Verärgerung z. B. bei den Mitgliedern des Seniorenverbands. Von diesem wurde daher ein differenzierter Umgang beim Vergleich der unterschiedlichen Alterseinkünfte gefordert. Diese Missstimmung – das anerkennen wir – ist zwischenzeitlich ausgeräumt, was auch gut so ist.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE schüttelt den Kopf.)

Allerdings ist die Forderung des Seniorenverbands, künftig – ich sage es noch einmal – differenzierter vorzugehen, durchaus berechtigt. Es bleibt zu hoffen, dass dies auch berücksichtigt wird.

Baden-Württemberg sollte es auch nicht so ergehen wie Bremen unter Rot-Grün. Dort liegt der Armuts- und Reichtumsbericht seit 2009 vor, und wenn man den Pressemitteilungen Glauben schenken darf, wurden die Maßnahmen bislang nur schleppend angegangen. Es wurde sogar Mitte letzten Jahres von der dortigen CDU-Fraktion die Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Thema Armut gefordert, da dem Thema nicht die notwendige Bedeutung zugemessen wurde.

Nun ist die Situation in Baden-Württemberg erfreulicherweise nicht so angespannt wie in Bremen. Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass hier Maßnahmen zeitnah angegangen werden.

Wenn wir schon bei den bekannten Themen sind, komme ich zur Krankenhausfinanzierung. Mir ist wohl bewusst, dass Sie jetzt gleich wieder die alte Leier anstimmen werden, welche hohen Antragsstau die Vorgängerregierung hier hinterlassen hätte.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Ja! – So ist es!)

Aber nun wollen wir doch einmal schauen, was die Regierungsfaktionen in ihren Wahlprogrammen so alles versprochen haben. Daran müssen Sie sich nun einmal messen lassen.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Die einen wollten die Mittel verdoppeln, die anderen wollten die Mittel auf 600 Millionen € jährlich erhöhen.

Bereits im Koalitionsvertrag war hiervon schon keine Rede mehr. Es wird lediglich noch von einer sukzessiven Aufstockung der Mittel für die Investitionsförderung der Krankenhäuser gesprochen. Und ja, die Mittel wurden auch angehoben.

(Wilfried Klenk)

Aber, meine Damen und Herren, eines muss man einmal sagen: Ein Blick auf die Übersichten zu den wichtigsten Sachausgaben im Haushalt des Sozialministeriums zeigt, dass Sie von der Erfüllung Ihrer früheren Versprechungen wirklich deutlich entfernt zu sein scheinen. Hiernach feiern Sie sich bei jedem Haushalt für eine Mittelerhöhung, die mit den ursprünglichen Versprechungen nichts mehr zu tun hat, sondern deutlich hinter diesen zurückbleibt. Zuletzt verkünden Sie zusätzliche 100 Millionen €, von welchen – man höre – gerade einmal 5 Millionen € zusätzliche Mittel sind, während die restlichen 95 Millionen € Haushaltsausgabereste darstellen. Schön für die 100 Millionen €, aber bitte treffen Sie eine ehrliche Ansage, und betreiben Sie keinen Etikettenschwindel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Im Zusammenhang mit meinem Hinweis, dass Sie hinter Ihren Ankündigungen zurückgeblieben sind, komme ich gern noch einmal auf das neue Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz zurück, abgekürzt WTPG. Der Gesetzentwurf – ich betone: Entwurf – wurde vom Ministerium bereits als großer Wurf bezeichnet. Im Hinblick auf Flexibilität und Innovation wollte man bundesweit Vorreiter sein. Der Herr Ministerpräsident hat es gestern noch geglaubt; er hat es angesprochen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Er hat recht! – Abg.
Manfred Lucha GRÜNE: Stimmt ja auch!)

In Anbetracht des Inhalts der bei uns eingegangenen Stellungnahmen war das sehr verwunderlich, denn in den Stellungnahmen überwog die Kritik. Die Verzögerung gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan für die Einbringung des Gesetzentwurfs dürfte belegen, dass dies auch für die Stellungnahmen galt, die beim Ministerium eingegangen sind. Über den Buschfunk haben wir gehört, dass Ihnen gar von den Regierungsfractionen empfohlen wurde, den ersten Entwurf einfach durch den Reißwolf zu lassen. Zwar erfolgten wiederholt Nachbesserungen im Gesetz, aber auch nach den erfolgten Nachbesserungen besteht die Kritik fort.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Welche denn?)

So heißt es auszugsweise in einem Beitrag in der Ausgabe von „PARITÄTinform“ vom Juni 2014:

Das „Gesetz für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege (WTPG) wurde am 30. Mai 2014 im Gesetzblatt veröffentlicht und trat am 31. Mai 2014 in Kraft. Mit dem Inkrafttreten wird das selbst gesteckte Ziel, eine „kreative und innovative Antwort auf die gesellschaftlichen Herausforderungen in der Pflege“ zu liefern, verfehlt.

In Anbetracht der umfangreichen Kritik und der schleppenden Umsetzung ist es daher erstaunlich, dass die Mittel für den Sachaufwand für Maßnahmen in allen Hilfebereichen, in denen auch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des WTPG enthalten waren, nun wieder um 1 Million € reduziert werden. Die Reduzierung wird damit begründet, dass die Mittel für die Umsetzung des Gesetzes nun nicht mehr benötigt würden, da die Mittel, die mit diesem Gesetz einherge-

hen, die Information und die Weiterbildung der Heimaufsichten betroffen hätten. Zudem sei eine Wohnberatungsstelle beim KVJS eingerichtet worden, deren Beratung sich speziell an die Träger richte, die eine ambulant betreute Wohngruppe einrichten wollen. Es ist schon verblüffend, dass die komplette Information und Weiterbildung der Heimaufsichten innerhalb der kurzen Zeitspanne seit Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sein soll,

(Beifall des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

insbesondere da vonseiten des Landkreistags mit einer Aufgabenausweitung bei den Heimaufsichten gerechnet wurde. Auch treten in der Regel mögliche Probleme und Fragestellungen erst bei der praktischen Umsetzung auf.

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin: Pflege, Frau Ministerin, ist der Bereich, bei dem, bedingt durch Ihre berufliche Herkunft, die allergrößten Erwartungen in Sie gesetzt wurden. Das Sozialministerium scheint sich erst seit der Einrichtung der interfraktionellen Enquetekommission „Pflege“ dieses Themas stärker anzunehmen. So wurde beispielsweise ein runder Tisch „Pflege“ ins Leben gerufen, der sich inhaltlich mit den gleichen Fragen wie die Enquetekommission auseinandersetzen soll. Dies ist erfreulich und erklärt auch die Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Thema Pflege anstelle der von uns auch erwarteten Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zum Thema Krankenhausreform. Ganz offensichtlich hat die auf unsere Initiative hin eingerichtete Kommission dem Sozialministerium bewusst gemacht, wie groß der Handlungsbedarf in diesem Bereich noch ist.

Kurze Zwischenbemerkung: Bei uns gibt es u. a. keine öffentliche Pflegeforschung; die betreibt meines Wissens nur die Robert Bosch Stiftung. Hier könnten Sie, Frau Ministerin, Ihre Kollegin Bauer fragen, ob man diese nicht auch in Baden-Württemberg einsetzen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Leider scheint aber dieser Einsatz in Form des runden Tisches nicht darauf abzielen, die Arbeit der Enquetekommission zu unterstützen. Die Beantwortung der ersten Anfrage der Enquetekommission war – einmal freundlich formuliert – eine Enttäuschung. Insgesamt muss man leider sagen, dass der Eindruck entsteht, dass das Sozialministerium die Arbeit der Kommission eher behindert als unterstützt. Bei einer interfraktionellen Kommission mit einem so wichtigen, umfassenden Aufgabenbereich ist dieses Verhalten des zuständigen Ministeriums eigentlich bedauerlich.

Aber auch zwischen den Regierungsfractionen läuft die Kommunikation vermutlich nicht ganz rund. Ein gutes Beispiel ist das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz, das wir in der nächsten Woche hier auf der Tagesordnung haben. Der Gesetzentwurf wurde vom Ministerpräsidenten kurzfristig von der Tagesordnung der Kabinettsitzung genommen. Die schon geplante Pressekonferenz zu diesem Gesetzentwurf wurde schnell mit einem neuen Thema versehen. Nach dem Willen des Ministerpräsidenten sollte überprüft werden, ob die Kommunen die Behindertenbeauftragten, wie im Entwurf vorgesehen, tatsächlich hauptamtlich einstellen müssen oder ob nicht ehrenamtlich tätige Beauftragte möglich sein sollten.

(Wilfried Klenk)

Ein gelungener Abstimmungsprozess, meine Damen und Herren, sieht anders aus. Der jetzt gefundene Kompromiss, dass sowohl hauptamtlich als auch ehrenamtlich tätige Behindertenbeauftragte bei den Stadt- und Landkreisen möglich sind, stößt auf ein geteiltes Echo. Man könnte auch sagen: Es ist mal wieder nichts Halbes und nichts Ganzes. Insgesamt kann man an dieser Stelle sicherlich die Frage stellen, ob es überhaupt erforderlich ist, hier gesetzliche Vorgaben zu machen. In vielen Stadt- und Landkreisen existieren doch schon Behindertenbeauftragte, und diese leisten gute Arbeit.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sie haben es nicht begriffen!)

Mit der jetzigen Regelung werden aufgrund des Konnexitätsprinzips neue nachhaltige Kosten für das Land geschaffen. Eigentlich sollte man von Landesseite immer wieder einmal neue Impulse setzen, anstatt in dauerhafte Finanzierungen einzusteigen. Gerechnet wird derzeit mit ca. 2,8 Millionen € pro Jahr. So sollen ehrenamtlich tätige Beauftragte monatlich 3 000 €, hauptamtlich tätige monatlich 6 000 € erhalten. Geht man davon aus, dass alle 44 Stadt- und Landkreise hauptamtlich tätige Behindertenbeauftragte einrichten, würde das Ausgaben in Höhe von 3,17 Millionen € mit sich bringen. Mit den veranschlagten 2,8 Millionen € wären diese Kosten folglich nicht zu decken ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des – –

Abg. Wilfried Klenk CDU: ... – nein –, was uns wundert. Die Ausgaben für die kommunalen Behindertenbeauftragten sind im aktuellen Haushalt nicht gesondert ausgewiesen. Vielmehr sollen sie aus den Mitteln, die für Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion vorgesehen sind, entnommen werden. Diese für Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen an sonstige Träger gedachten 4,82 Millionen € würden somit um diese 2,8 Millionen € gekürzt – sogar um noch mehr, sollten sich die Kreise für die Bestellung hauptamtlich tätiger Beauftragter entscheiden. Vor dem Hintergrund, dass für das Jahr 2014 die Mittel bis auf einen geringen Rest, nämlich 400 000 €, abgerufen wurden, zeigt sich, wie groß die Lücke für künftige Projekte und Maßnahmen ist. Das heißt, die Mittel würden zugunsten der Durchsetzung politischer Zielsetzungen geopfert. So, meine Damen und Herren, lässt sich Inklusion im Land nicht zielstrebig voranbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, zum Abschluss noch eine Bitte: Drängen Sie bitte Ihre Kollegin Bauer, im Rahmen von Baumaßnahmen an den Unikliniken zeitnah Barrierefreiheit herzustellen. Wir reden hier über eine Summe – dies wurde einmal abgefragt – von ca. 4 Millionen €. Wir haben hier im Land auch eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lucha das Wort.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dreieinhalb Jahren Sozialpolitik mit dem von Frau Ministerin Altpeter geführten Sozialministerium konstatiere ich eine aktivierende Sozialpolitik der grün-roten Landesregierung. In diesem Land gibt es eine sichtbare, an der Partizipation und an einem emanzipatorischen Menschen- und Gesellschaftsbild entwickelte aktivierende Sozialpolitik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Was heißt das auf Deutsch?)

– Das erkläre ich dir, mein Lieber. Du weißt ja, ich habe „Erklären“ studiert.

Das Zweite ist: Herr Klenk, bei aller persönlichen Wertschätzung, Sie haben wieder einen Beweis dafür erbracht, was wir an skizzierter Sozialpolitik gemacht bzw. umgesetzt haben, natürlich auch mit unseren etwas längerfristigen Beteiligungsprozessen, gerade beim WTPG. Wir haben aber die Menschen mitgenommen und am Schluss ein Ergebnis geliefert, auf das ich noch eingehen werde.

Ich wüsste jedoch nicht, wie ich eine CDU-Sozialpolitik beschreiben sollte. Sie existiert nämlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Interessanterweise haben Sie den größten Teil Ihrer Redezeit dafür verwandt, sich mit dem Armuts- und Reichtumsbericht, mit einem kleinen definitorischen Punkt auseinanderzusetzen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber einem wichtigen!)

mit einem Bericht, den Sie gar nicht haben wollten.

Dann haben Sie die Leier Ihrer früheren Rede wiederholt, als Sie gesagt haben, wir hätten in den Koalitionsvertrag und in die Parteiprogramme für die Krankenhausfinanzierung zu hohe Summen geschrieben. Vor zwei Jahren haben wir in der Debatte schon eingeräumt, dass wir hier zu hohen Summen gegriffen haben, weil wir gedacht hatten, wir brauchten diese. Aber auch wir machen das, was die Realität in einem Konsolidierungshaushalt gebietet. Wir setzen das um, was wir können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr könnt ja nichts!)

Sie können uns jedoch nicht absprechen, dass wir in unserer Regierungszeit im Wettbewerb mit anderen Ressorts die Mittel für die Krankenhausfinanzierung um über 30 % angehoben haben. Das hat vor uns noch keine Regierung getan.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Als Sie an der Regierung waren, war der Sozialbereich immer der Sparbereich. Gab es ein Sparprogramm, hat man in diesem Bereich gekürzt, ohne den Blick dabei auf die Notwendigkeiten zu richten, so z. B. die 2 Millionen € bei den Sozialpsychiatrischen Diensten. Diese Menschen hatten nämlich keine Lobby. Wir dagegen machen Konsolidierung und sind die Lobby für das Soziale.

(Manfred Lucha)

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ganz genau!)

Das unterscheidet uns von Ihnen. Das ist Sozialpolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieses Jahr ist ein sehr gutes Jahr. Wir haben vier große gesellschaftspolitische Themen und Gesetze in die Mitte der Gesellschaft gebracht. Wir haben das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz in einem offenen Diskussionsprozess eingebracht.

Natürlich haben wir gerungen. Gott sei Dank haben wir gerungen. Gott sei Dank haben wir Ordnungsrecht und Gestaltungschancen der Menschen gegeneinander abgewogen. Wir haben die Fürsorgepflicht des Staates und die persönlichen Freiheiten der Menschen, bürgerschaftliches Engagement in eine Gewichtung gebracht.

Herr Klenk, das Ergebnis ist, wie Sie genau wissen, dass die mittelgroßen Städte und Gemeinden genau diese Projekte planen, die wir mit unserem Gesetzentwurf ermöglicht haben. Gehen Sie doch dorthin, und überzeugen Sie sich selbst. Das ist das Ergebnis.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, genau!)

Wir haben einen richtigen Aufschwung erzielt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja!)

Herr Kollege, Ihr Bundesgesundheitsminister hätte mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz dieses Konzept bald wieder zugrunde gerichtet, weil er von zwölf Bewohnern wieder auf zehn gegangen ist. Dabei hatten wir – wo ist der Ministrant? – eine Bittprozession gemacht, um die zwölf durchzubringen. Lassen Sie daher bitte im wahrsten Sinn die Kirche im Dorf. Wir haben mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz eines der modernsten Gesetze geschaffen.

Nochmals: Es ist ein Ordnungsgesetz und kein Leistungsgesetz. Was haben wir aber gemacht? Wir geben den Menschen vor Ort die Möglichkeit an die Hand, Konzepte zu machen, die vom Leistungsgesetz mit vollzogen werden. Das war früher nicht der Fall. Damals war der Unterschied viel zu groß. Damals konnten diese Wohnformen gar nicht angeboten werden, weil sie sich niemand leisten konnte. Damit haben wir aufgehört.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das zweite emanzipatorische Gesetz ist das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz. Bei diesem Personenkreis haben Sie in der Vergangenheit stets gekürzt.

(Zuruf des Abg. Wilfried Klenk CDU)

– Sie sind dabei. Das stimmt. Wenn Sie hier nicht mitgegangen wären, wären Sie selbst schuld gewesen. Das Gesetz beruht auf einem dreijährigen Beteiligungsprozess des Landesarbeitskreises Psychiatrie mit Betroffenen. Ich glaube, es gibt kein Gesetz, das tiefer gehend erarbeitet wurde. Auch Nichtparlamentarier haben Eckpunkte eingebracht, die das Gesetz widerspiegelt. Lesen Sie das Gesetz. Nehmen Sie es mit nach Hause. Es ist ein Beispiel für Seriosität, für Respekt vor Menschen mit Handicap. Schauen Sie es sich an. Es dient auch

überall in der gesundheitspolitischen Szene als Benchmark im Hinblick darauf, wie man ein derartiges Gesetz in der Form und im Ergebnis machen muss.

Sie haben immer gesagt, wir nähmen Geld in die Hand. Wir nehmen das Geld aber in die richtige Hand. Wir gehen in Strukturen. Wir stärken die Verbünde und die Anlaufstellen, die Nukleusstellen, von denen wieder etwas weggeht. Das ist doch das Entscheidende.

Das dritte enorm entscheidende emanzipatorische Gesetz ist das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz. Der oder die Beauftragte für die Anliegen der Rechte von Menschen mit Behinderungen in den Stadt- und Landkreisen hat zum einen eine Ombudsfunktion und zum anderen die Funktion, tatsächlich darauf zu achten, dass die Maßnahmen der UN-Konvention und aller fortfolgenden Gesetze und Normen umgesetzt werden.

Das ist viel lukrativer, als irgendwo für ein Projekt Geld bereitzustellen, bei dem niemand danach schaut, ob es dann auch tatsächlich umgesetzt wird. Sie werden sehen, dass diese Leute mit einem gesunden Menschenverstand Projekte auslösen – von der Verkehrspolitik bis zur demenzfreundlichen Kommune. Diese Menschen haben einen Blick dafür. Sie haben überall in ihren Gremien die politisch motivierten Beiräte vor Ort. Das führt in der Umsetzung zu einem Pool, den Sie mit Geld gar nicht erzielen könnten.

Darum ist genau diese Stelle der Behindertenbeauftragten – sei dies im Ehren- oder im Hauptamt – so wichtig. Ich kenne Landkreise, die sich für das Ehrenamt entscheiden, weil sie bereits eine gut gewachsene Struktur haben. Andere entscheiden sich für das Hauptamt. Das ist doch eine tolle Lösung. In drei Jahren ist ein Vergleich bzw. ein Monitoring vorgesehen. Dann werden wir sehen, wo die besten Ergebnisse sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das nächste emanzipatorische Gesetz, das wir in Bearbeitung und in der Pipeline haben, ist das Chancengleichheitsgesetz. Heute haben wir 20 Jahre – Frau Präsidentin, wie heißt es doch gleich noch einmal?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: 20 Jahre Ergänzung von Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes im Hinblick auf die Chancengleichheit.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Genau, 20 Jahre Ergänzung. – Entschuldigung, auch ich bin manchmal nervös. Wie Sie wissen, tue ich mich mit dem Sprechen in der Öffentlichkeit nicht so leicht.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhmer CDU: Bedauernswert!)

– Ein bedauernswerter Zustand. – Da ist noch einmal dasselbe Prinzip, das Sie gerade reklamiert haben, für die Fürsprecher der Menschen mit Behinderungen jedweder Art klar geworden. Dies betrifft doch auch die Umsetzung der Chancengleichheit.

Wenn es die Möglichkeit zur Einrichtung von Chancengleichheitsbeauftragten gibt, hat das dieselbe Sternfunktion. Dies hat dann dieselbe Matrixfunktion, damit begriffen wird, welche Bedingungen in der Allgemeinheit herzustellen sind, um

(Manfred Lucha)

Chancengleichheit strukturell und mit Maßnahmen vor Ort anzudocken.

Auch da haben wir ein viertes wichtiges emanzipatorisches Gesetz in der Pipeline. Sie haben in hundert Jahren nicht bekommen, was wir in diesem einen Arbeitsjahr auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Bärbl Mielich GRÜ-NE: Bravo!)

Ich sage noch einen Satz zur Enquetekommission „Pflege“. Dort haben wir eine gute kollegiale Zusammenarbeit. Jetzt einmal ganz unter uns: Ihr Einstieg in das Thema war – Sie wussten nicht, wie Sie sich beim WTPG einbringen können, und waren ein wenig „stinkig“, weil wir Ihnen immer eine Nasenlänge voraus waren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dazu könnte man jetzt etwas sagen!)

Zweitens: Sie müssen schon einmal selbstkritisch sein. Ihr soziokultureller Begriff des Pflegeberufs basiert immer noch auf dem weiblichen Samaritertum, das sozusagen angelegt ist. Es erschließt sich Ihnen jetzt – das ist das Gute an der Debatte –, dass Pflege sehr viel mehr ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, dass wir alle gemeinsam mit dem Ministerium – Ich erlebe überhaupt nicht, dass das Ministerium die Arbeit der Enquetekommission behindert. Vielmehr haben wir gerade in den letzten Sitzungen, Herr Vorsitzender, gemeinsam auch ein bisschen Dampf gemacht, damit wir zu einer stärkeren Arbeitsprofilierung kommen und uns stärker auf das Ergebnis konzentrieren. Das Ergebnis wird sehr wichtig sein, weil die Zukunft der Pflege und der Gesundheitsleistung die Zukunft des Landes schlechthin ist.

Was haben wir sonst noch gemacht? Vorhin haben wir über den ländlichen Raum gesprochen. Das sind Bruder und Schwester im Geiste. Wir haben das Landärzteprogramm gemacht. Wir stärken Beratungsstellen in der Fläche, die der Versorgung im ländlichen Raum zugutekommen. Anderswo sind die Programme gekürzt worden.

Wir stärken das Programm „Gute und sichere Arbeit“ für Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Chance haben – das sind gerade diejenigen, die nicht in Metropolen leben –, über den Passiv-Aktiv-Tausch, also Arbeit statt Arbeitslosigkeit für Menschen, die bisher weiter weg sind vom Arbeitsmarkt. Das haben wir verfestigt. Wir bekommen von überallher beste Rückmeldungen.

Wir machen Alkoholprävention. Haben Sie den DAK-Bericht gelesen? Weniger Komasaufen. Die Gespensterdebatte um Alkoholkonsumverbote ist endgültig vom Tisch. Wir haben nämlich gezeigt, dass wir mit unserem Ansatz der aufsuchenden Hilfen vor Ort die Kernprobleme der Menschen – Wir führen auch die jungen Süchtigen tatsächlich der notwendigen Hilfe und Therapie zu. Das sind unsere Ergebnisse. Darum haben wir das Programm noch einmal aufgestockt. Daran haben Sie noch nie gedacht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir sind auch etwas weiter bei der Krankenhausfinanzierung. Wir geben einerseits mehr Geld, aber andererseits haben wir schon vor zwei Jahren die Förderbedingungen deutlich modernisiert, was die Möglichkeit des Anschlusses an eine ambulante bzw. eine stationäre Versorgung angeht sowie die Möglichkeit des Umbaus von Kliniken, damit sie über Module verfügen und sich dem medizinischen Fortschritt anpassen können.

Damit wir planen können, welche Gesundheitsleistungen wir in Zukunft brauchen, haben wir zur Weiterentwicklung zwei Mal 500 000 € für ein Modellprojekt ausgebracht.

Ich muss schon schmunzeln. Jetzt präsidiert er ja gerade nicht. Aber der mit 19 000 Stimmen gewählte Kandidat hat sich für den Erhalt der kleinen Krankenhäuser ausgesprochen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ihr wärt froh, wenn ihr überhaupt so viele Mitglieder hättet!)

– Ja, das schaffen wir schon noch, wir sind doch noch jung.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber mit dieser Politik nicht!)

– Mit der erst recht!

Jetzt sagt er in seinem Programm: „Erhalt der kleinen Krankenhäuser“. Mit dieser Aussage läuft er jetzt überall herum. Noch einmal: Er hat von dem Thema keine Ahnung. Erhalt der Versorgungsstrukturen, die wir brauchen: Das kann im Einzelfall eine kleinere Klinik sein. Aber wir müssen doch genau auf die Disziplinen schauen. Eher zwölf als acht Disziplinen sind die Zukunft für ein funktionsfähiges Krankenhaus. Das zeigt: Kurze Sprüche, irgendetwas versprechen, aber man hat sich nicht wirklich mit der Materie beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist vielleicht auch das Problem, dass Sie niemanden hatten, der ihm gesagt hätte, dass sich die Uhr seit der Zeit, zu der er noch in Tuttlingen Landrat war, längst weitergedreht hat. Ich weiß es nicht. Sie müssen mit ihm einmal darüber reden.

Langer Rede kurzer Sinn: Wir haben in den dreieinhalb Jahren dieser Regierung für die Bürgergesellschaft, auch für die Selbstbestimmung der Menschen – Betroffene in Gesundheitsfragen, in ihren eigenen Angelegenheiten zu Beteiligten machen – sozialpolitisch einen erheblichen Schub ausgelöst. Das merkt man überall, wohin man kommt. Ich kann auch nichts dafür, dass wir eine bessere Politik machen als Sie, aber es ist halt so.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

(Minister Winfried Hermann: In welcher Sprache spricht der?)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht erst in den Abspann will ich den Dank stellen. Das tue ich jetzt sicher auch im Namen meines Kollegen Manfred Lucha: Namens der SPD-Fraktion und der Grünen danke ich unserer Ministerin Katrin Altpeter und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Haus. Die Frauen und Männer im Ministerium haben im vergangenen Jahr ein enormes Arbeitspensum bewältigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der grün-rote Koalitionsvertrag wird konsequent zum Wohl der Menschen in unserem Land abgearbeitet. Gemeinsam sind wir gut unterwegs, um die sozialen Herausforderungen zu meistern.

Allein in diesem Jahr wurden drei große Gesetzesvorhaben aus dem Sozialministerium heraus aufs Gleis gesetzt. Diese sind bereits genannt. Alle drei sind Gesetze zu großen und wichtigen sozialpolitischen Entwicklungen, die Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, während Ihrer Regierungsverantwortung verschlafen, zumindest aber verschleppt haben. Insofern, Herr Kollege Klenk, waren es nicht nur Vorschusslorbeeren, die an die Ministerin herangetragen wurden, sondern es waren hohe Erwartungen. Die Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben auch hervorragende Rückmeldungen.

Ihnen ist es nicht gelungen – Sie haben das gerade versucht –, jetzt ein bisschen Wasser in den Wein zu gießen. Selbst wenn alles stimmen würde, was Sie an Kritik vorgetragen haben – der Wein ist noch ganz schön kräftig. Es ist nicht einmal eine Schorle daraus geworden.

Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz, mit dem Landes-Behindertengleichstellungsgesetz, mit dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz sorgen wir dafür, dass neben der hervorragenden Wirtschaftskraft unseres Landes auch der soziale Zusammenhalt ein Markenzeichen für Baden-Württemberg bleibt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Mit diesen Gesetzen sorgen wir dafür, dass alte und pflegebedürftige Menschen gut versorgt werden, und zwar mitten unter uns und nicht irgendwohin abgeschoben. Eine Politik für Senioren ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Deshalb war es auch richtig, dieses Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz in Kraft treten zu lassen. Natürlich ist es Ordnungsrecht, und mit Ordnungsrecht kann man es nicht jedem recht machen.

Vieles von dem – das haben wir gemerkt, und das wissen wir auch –, was in Sachen WTPG an Kritik vorgetragen wurde, bezog sich im Übrigen überhaupt nicht auf das Landesrecht, sondern es ist an vielen Stellen auch der Frust deutlich geworden, der über die Pflegeregelungen in der Pflegegesetzgebung im Bund vorherrscht. Es ist auch gut, dass da die SPD wieder mitregiert, denn mit dem Pflegestärkungsgesetz haben wir schon einige Fortschritte erreicht.

Wir nehmen wahr: Das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz wird umgesetzt. Insbesondere ambulante Wohngruppen werden gerade gegründet, von der Samariterstiftung in Nürtingen aktuell sogar mit sechs Plätzen.

Mit dem Landes-Behindertengleichstellungsgesetz sorgen wir dafür, dass Menschen mit einem Handicap oder mit einer Be-

hinderung ihre Rechte besser wahrnehmen und am gesellschaftlichen Leben besser teilhaben können. Wir sorgen dafür, dass Menschen mit einer psychischen Erkrankung passgenaue Hilfen bekommen und auch sie zu ihrem Recht kommen.

Alle diese Vorhaben, Kolleginnen und Kollegen, stehen nicht nur im Gesetzblatt. Sie finden ihren Niederschlag auch im Haushalt des Sozialministeriums.

Der am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe, den Seniorinnen und Senioren, gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, auch wenn wir hier vergleichsweise wenig Finanzierungsverantwortung auf Landesebene haben. Trotzdem fördern wir mit dem „Innovationsprogramm Pflege 2014“ zukunftsweisende Projekte in der Altenhilfe mit 3 Millionen €.

Einen weiteren Akzent setzen wir mit unserem Antrag auf je 200 000 € für Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten in der Pflege. Wie wichtig das ist, das wurde uns bereits in den ersten Anhörungen in der Pflegeenquete vor Augen geführt. Gute Pflege braucht gute Arbeit und gute Ausbildung. Schade, dass Sie diesem Antrag im Finanzausschuss nicht zugestimmt haben. Einvernehmen haben wir dagegen wahrgenommen bei unserem Antrag zur Bezuschussung des Landesseniorentags mit 20 000 €. Hier fördern wir das große ehrenamtliche Engagement, das Senioren erbringen.

Nicht nur in der Seniorenpolitik stehen große Herausforderungen bevor, auch in der Behindertenpolitik wird es enorme Umwälzungen geben. Unser Ziel ist die Gestaltung einer inklusiven Gesellschaft, und dem tragen wir auch mit verschiedenen Maßnahmen im Sozialhaushalt Rechnung: 7,5 Millionen € Investitionskostenförderung für den Umbau der Komplexeinrichtungen; wir verankern den Landesbehindertenbeauftragten gesetzlich und statten diese Stelle auch angemessen aus. Beginnend mit dem Jahr 2015 – das wurde schon gesagt – gibt es zudem die Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderung auf der Ebene der Städte und Landkreise.

Herr Klenk, ich sage einfach: Das Ergebnis zählt, egal, ob durch ehrenamtliches oder hauptamtliches Engagement. Sie waren bei der Anhörung dabei. Mit einer Ausnahme – ich glaube, es war der Gemeindegtag – haben wir eine sehr große Zustimmung zu diesem Gesetz erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Die dritte große Initiative, das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, hinterlegen wir ebenfalls mit erheblichen finanziellen Mitteln. Wir verstetigen die Mittelzufuhr für die Sozialpsychiatrischen Dienste; wir erhöhen die Betriebskostenförderung im Maßregelvollzug – hier besteht aus Sicht der Sozialpolitiker auch in den Folgejahren noch Handlungsbedarf –, und wir erhöhen die Investitionskostenförderung für unsere landeseigenen Zentren für Psychiatrie um einige Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich denke, mit diesen Beispielen kann ich deutlich machen, dass Baden-Württemberg eine gute Lebensperspektive bietet, auch für Menschen im Alter, für Menschen mit Pflegebedarf, für Menschen, die krank sind oder die ein Handicap haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Rainer Hinderer)

Wir belassen es aber nicht dabei, sondern wir investieren darüber hinaus in weitere Bereiche der sozialen Fürsorge. Die Krankenhausinvestitionen wurden bereits genannt. Natürlich können wir uns als Sozialpolitiker, als Gesundheitspolitiker noch mehr vorstellen. Aber ich sage auch dazu: Es gelingt uns zumindest, einen erheblichen Teil des Investitionsstaus abzubauen, den Sie, werte Kollegen von der schwarz-gelben Seite, uns hinterlassen haben. Wenn Sie sagen, wir seien noch ein Stück weit von den 600 Millionen € entfernt, dann sage ich: Wir sind viel weiter von dem entfernt, was Sie damals an Investitionskostenförderung für die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt haben – und zwar liegen wir weit darüber. Und das ist gut so.

Im Bereich der Gesundheitspolitik kommt eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schulen für Sozial- und Gesundheitsberufe hinzu, die Bereitstellung von je einer halben Million Euro für die Modellprojekte im Bereich der Krankenhausplanung und nicht zuletzt auch unser Landärzteprogramm. Hier freuen wir uns, dass Sie unserem Antrag im Finanzausschuss zugestimmt haben.

Ich denke, ein besonderes Markenzeichen baden-württembergischer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist unser Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“. Mit großem Erfolg bringen wir benachteiligte junge Menschen in eine Ausbildung – über 6 000 junge Menschen in 44 Stadt- und Landkreisen. Dank der ESF-Mittel können wir diesen Baustein des Landesarbeitsmarktprogramms auch vollumfänglich fortsetzen. Zusätzlich beantragten wir seitens der Regierungsfractionen 100 000 € zur Fortsetzung der erfolgreichen Netzwerkarbeit Teilzeitausbildung der LAG Mädchenpolitik, nachdem die Projektfinanzierung aus Bundesmitteln ausgelaufen ist.

Besonders glücklich bin ich, dass wir den sozialen Arbeitsmarkt mit dem Kernstück Passiv-Aktiv-Transfer auch 2016 fortsetzen können. Dafür stellen wir zusätzlich 1,3 Millionen € pro Haushaltsjahr zur Verfügung. Mit diesem Programm erreichen wir diejenigen, die von der wirtschaftlichen Entwicklung leider völlig abgehängt sind. Die 560 geförderten Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose sind in den 40 teilnehmenden Kreisen durchgängig belegt. Es gab schon zahlreiche Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt.

Da freut es uns, dass auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles ein Konzept zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit vorgelegt hat und über 1 Milliarde € zur Verfügung stellt. Was in diesem Programm derzeit noch fehlt, ist eine Schnittstelle zum Passiv-Aktiv-Transfer,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ganz genau!)

sodass auch unser Landesarbeitsmarktprogramm anschlussfähig daran wird. Ich weiß, dass die Bundesarbeitsministerin Pläne für einen Passiv-Aktiv-Transfer in der Schublade liegen hat, mit diesem Ansatz aber beim Bundesfinanzminister bislang noch nicht auf Gegenliebe gestoßen ist.

Vor dem Hintergrund unseres Erfolgs mit dem Landesarbeitsmarktprogramm und des Erfolgs vieler sozialer Arbeitsmarktprogramme in den Kommunen fordere ich Sie, liebe Kollegen von der CDU, auf, sich mit uns gemeinsam dem Thema „Sozialer Arbeitsmarkt“ auf Bundesebene zu widmen und sich

beim Bundesfinanzminister hierfür einzusetzen. Das wäre eine tolle Sache und ein tolles Signal aus Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall)

Gute Arbeit zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie Menschen nicht krank macht. Deshalb stärken wir die Arbeitssicherheit und den Arbeitsschutz mit der Beantragung von zusätzlichen Stellen für dieses Thema. Denn seit Beginn der Verwaltungsreform wurde der Arbeitsschutz zunehmend ausgehöhlt. Allein die Zahl der Betriebsbegehungen durch die Gewerbeaufsicht ist zwischen 2005 und heute um 68 % gesunken. Wir setzen etwas dagegen.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir bei der Verbesserung der Situation von gewaltbedrohten Frauen und Kindern mit einem Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen mit je 500 000 €. Mit dem Chancengleichheitsgesetz – heute Mittag war dies Thema – wollen wir kommunale Frauenbeauftragte in allen Landkreisen und Städten mit über 50 000 Einwohnern installieren. Dafür stehen im Doppelhaushalt je 2,5 Millionen € bereit. Gewalt an Frauen muss bekämpft werden, sei es häusliche Gewalt, sei es Gewalt in der Prostitution, im Bereich der menschenunwürdigen Arbeit oder im Bereich von Zwangsverheiratungen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit unseren Landesinitiativen können wir Impulse setzen, aber letztendlich nur einen kleinen Beitrag leisten.

Darüber hinaus sind an dieser Stelle insbesondere auch die Kommunen gefordert – so, wie diese auch in anderen Bereichen gefordert sind, Thema Inklusion, Thema Integration. Da ist der immer wieder zu hörende Konnexitätsreflex oftmals die falsche Antwort; da erwarten wir auch vonseiten unserer Städte und Gemeinden ein verantwortliches Handeln.

Meine Damen und Herren, der Sozialhaushalt 2013/2014 kann sich sehen lassen.

(Zurufe: 2015/2016! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE:
Es geht doch um diesen Doppelhaushalt 2015/2016!)

– Der Haushalt 2013/2014 konnte sich bereits sehen lassen, und der Doppelhaushalt 2015/2016 kann sich natürlich auch sehen lassen; selbstverständlich. Wir sind froh, dass es uns auch in den nächsten beiden Jahren gelingt, sozialpolitisch Schwerpunkte zu setzen, trotz enger finanzieller Spielräume.

Ich nenne noch das freiwillige soziale Jahr, für das wir ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen; ich nenne das Thema Schulsozialarbeit, das wir weiterhin mit bis zu 25 Millionen € fördern; ich nenne auch die Förderung der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Meine Damen und Herren von der CDU, dafür haben Sie die Förderung über 20 Jahre lang eingefroren. Ab dem Jahr 2015 dynamisieren wir den Zuschuss um jährlich 2 %.

Grün-Rot steht zu den Akteuren des Sozialstaats. Wir würdigen deren Arbeit nicht nur mit Worten, sondern auch finanziell.

An den Schluss meiner Ausführungen setze ich die meines Erachtens auch für uns Sozialpolitiker verantwortungsvollste humanitäre Aufgabe der nächsten Monate: den verantwortungsvollen Umgang mit den Kriegsflüchtlingen in unserem Land. Ministerpräsident Kretschmann hat beim Flüchtlings-

(Rainer Hinderer)

gipfel unter Beteiligung von Ministerin Altpeter und Ministerin Öney

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Welche war wichtiger?)

die Richtung vorgegeben. Es ist gut, dass wir uns verstärkt um die Flüchtlinge kümmern und dafür im Doppelhaushalt 620 Millionen € bereitstellen. Im Einzelplan 09 sind z. B. die Mittel für die Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlingskinder veranschlagt; daneben stehen über 600 000 € für die Gesundheitsuntersuchungen zur Verfügung, insbesondere für Arztstellen auf Ebene der Gesundheitsämter.

Ich weiß, dass weitere Planungen auch für Maßnahmen im Bereich der Flüchtlingshilfe im Sozialministerium laufen.

Nicht nur, weil bald Weihnachten ist und wir uns erneut daran erinnern, dass unser Jesuskind im Elend geboren ist, sein Leben als Flüchtlingskind begonnen hat und als Folteropfer endete,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber er ist niemals in die SPD eingetreten! – Gegenruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE: In die CDU ist er schon hineingeboren?)

nein, auch mit Blick auf unsere Landesverfassung stehen wir hier in einer besonderen Verantwortung. Da appelliere ich an uns alle, dass wir für diese Menschen, für die Flüchtlinge, die bei uns Zuflucht suchen, eine besondere Verantwortung übernehmen und auch politisch für sie einstehen – nicht nur bis Weihnachten, sondern auch darüber hinaus.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Themenfelder des Sozialministeriums und deren finanzielle Abbildungen im Einzelplan 09 ziehen sich über den gesamten Zeitraum von der Wiege bis zur Bahre. Hier sind sämtliche Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger im Land betroffen. Der Gesamthaushalt hat pro Jahr ein Volumen von 1,4 Milliarden €. Deutlich über 50 % davon betreffen die Bereiche der Gesundheitspflege, der Landeskrankenhausförderung und der Jugendhilfe. Das sind die größten Blöcke.

Insbesondere in den Bereichen der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, der Wohlfahrtspflege, des bürgerschaftlichen Engagements, der Jugend- und Familienhilfe, der Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Gesundheitspflege gibt es erhebliche Zuwendungen an Dritte.

In diesem Zusammenhang können wir feststellen, dass es in Baden-Württemberg ein breites Engagement von ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen im Bereich der Sozialpolitik und der sozialen Felder gibt. Ich möchte an dieser Stelle all den Menschen, die ihren Beitrag dazu leisten und sich für die Menschen hier in Baden-Württemberg einsetzen, ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Danken möchte ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums, die es immer wieder mit unseren Anträgen und Anfragen zu tun haben und diese in der Regel umfangreich beantworten. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich komme zum größten Bereich – dieser wurde auch schon von meinen Vorrednern aufgegriffen –, nämlich zur Landeskrankenhausförderung. Über ein Drittel des Haushaltsvolumens des Sozialministeriums fließt in die Landeskrankenhausförderung. Kollege Klenk hat schon darauf hingewiesen, dass der Zauber des Anfangs den Mühen der Ebenen ein Stück weit gewichen ist.

Ich möchte jetzt eine andere Rechnung aufmachen. Sie haben sich dafür gelobt, dass Sie die Förderung um 31 % aufgestockt haben. Kollege Klenk hat auf die Zahl von 600 Millionen € bzw. auf die angekündigte Verdopplung der Förderung verwiesen. Dann wären es deutlich mehr als die 660 Millionen €, die in den Wahlprogrammen stehen. Wenn Sie die 337 Millionen €, die 2010 für die Förderung aufgewendet wurden, als Grundlage nehmen und die Förderung, die bis 2010 im Bereich der Pflegeheime stattfand, mit 50 Millionen € dazurechnen

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ach! Was ist das denn? – Zuruf der Ministerin Katrin Altpeter)

und zudem bedenken, dass die Steuereinnahmen seit 2010 um 35 % gestiegen sind, dann müssten Sie im Grunde genommen mit mindestens 516 Millionen € im Jahr fördern.

(Lachen der Abg. Thomas Poreski GRÜNE und Rainer Hinderer SPD)

Da fehlen 70 Millionen € pro Jahr. Man kann es auch so rechnen. Dann wären Sie ziemlich nah an der Zahl, die Sie im Wahlprogramm genannt haben. Sie sehen: Es ist immer eine Frage der Betrachtungsweise.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Das ist exotisch! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Es zählt nur, was nominell ankommt!)

Insofern gäbe es noch genügend Potenziale. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist, dass wir wissen, wie sich die Krankenhauslandschaft in Baden-Württemberg in den letzten 30 Jahren verändert hat. Es gibt 30 % weniger Krankenhäuser. Die Anzahl der Betten in den Krankenhäusern beträgt inzwischen 57 600; das sind 18 % weniger als vor 30 Jahren. Wir stehen in diesem Bereich also vor großen Herausforderungen.

Wir haben das in einem Antrag aufgegriffen, der am 8. Mai Gegenstand einer großen öffentlichen Anhörung hier im Landtag von Baden-Württemberg war.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion hat daraufhin im Juli dieses Jahres einen Zehnpunkteplan vorgestellt, der aufzeigt, wie man die Krankenhausplanung, die Krankenhausförderung in

(Jochen Haußmann)

Baden-Württemberg aufgreifen kann, indem man die Themen Wettbewerb, Qualitätsorientierung, Transparenz, „Wahlfreiheit der Patientinnen und Patienten“ und Versorgungssicherheit sowie Förderkriterien, die nachvollziehbar sind und die auch trägerübergreifenden Wettbewerb ermöglichen, in den Mittelpunkt stellt.

Insofern waren wir doch ein wenig verwundert, als die Sozialministerin am 7. November in der „Stuttgarter Zeitung“ in einem großen Interview zur Situation der Krankenhäuser gesagt hat – ich darf zitieren – :

Krankenhäuser brauchen eine gewisse Größe und Patientenzahl, um Qualität erbringen zu können. Deshalb braucht es Fusionen und Kooperationen. ...

Ich bin froh, dass sich die großen Aktiengesellschaften im Land noch nicht breitmachen konnten ...

Die große Aktiengesellschaft ist in erster Linie ihrer Rendite verpflichtet und ihren Aktionären.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ganz genau! So sieht es aus! Helios und die Übernahme! – Ministerin Katrin Altpeter: So sieht es aus!)

Jetzt kann man sich auf unterschiedliche Art und Weise diesem Thema widmen. Ich frage mich aber, ob sich die Sozialministerin des Landes nicht stärker nach objektiven Kriterien als nach persönlichen Emotionen richten sollte.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Alles emotionslos! – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Vor dem Hintergrund, dass die Landeskrankenhausplanung im nächsten Jahr 135 Millionen € für private Kliniken enthält, wäre ich als Sozialminister durchaus vorsichtiger mit solchen pauschalen Aussagen. Denn wir wollen trägerübergreifend Wettbewerb gewährleisten und die Vielfalt halten; das ist das, was uns in Baden-Württemberg auch in den vergangenen Jahrzehnten sehr gut gelungen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht, die auch aus dem Gesundheitsdialog in Baden-Württemberg resultieren. Wir haben vorgeschlagen, ein Expertengremium einzubeziehen. Wir haben vorgeschlagen, ein Controlling zu implementieren. Wir haben sektorenübergreifende Versorgungskonzepte auch für den ländlichen Raum vorgeschlagen

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Wir machen es jetzt!)

Wir haben vorgeschlagen, das Thema der Sicherstellungszuschläge für Krankenhäuser aufzunehmen und einen ganzheitlichen Ansatz auch im Bereich der Notfallversorgung und der Universitätskliniken aufzunehmen.

Wir freuen uns, wenn wir in den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die Bundesgesundheitsminister Gröhe einberufen hat, viele Dinge wiederfinden,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Viele Strukturfehler!)

die wir auch in unseren Zehnpunkteplan eingestellt haben. Ich nenne nur die Themen Qualität, Sicherstellungszuschläge, Notfallversorgung und auch die Einbeziehung der Universitätskliniken.

Das heißt aber, dass man landespolitisch vor der Aufgabe steht, auch die Qualitätskriterien zu definieren. Das wird eine Aufgabe sein, die sich auch das Land Baden-Württemberg auf die Fahne schreiben muss.

Ein weiteres Thema wird sein, wie sich das Land bei der Kofinanzierung einbringt, wenn es um die Umstrukturierung von Kliniken geht. Der Bund stellt 500 Millionen € bereit, aber nur dann, wenn das Land zu gleichen Anteilen in die Finanzierung geht. Das wird auch ein Thema sein, das für die Landeskrankenhausplanung und für die Fortführung wichtig ist.

Wir freuen uns auf jeden Fall, dass Sie auch aufgrund unserer Initiative jetzt Mittel für ein Modellprojekt in Höhe von jeweils 500 000 € für 2015 und 2016 in den Haushalt eingestellt haben. Dies entspricht ein Stück weit den Ergebnissen der Anhörung, und dafür sagen wir auch an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

Ich komme noch zu anderen Bereichen. Im Bericht des Sozialministeriums zum Haushalt heißt es zu den Themen Pflege und Seniorenpolitik:

Im Zentrum stehen die Ziele, die aktive soziale Teilhabe Älterer in der Gesellschaft so lange wie möglich zu erhalten und die Potenziale des Alters zu erkennen, zu fördern und wertzuschätzen.

Wir haben vor einigen Monaten einen Antrag zum Thema „Häusliche Pflege“ eingebracht. Denn wir wissen von den Fraueninformationszentren, wie groß die Problematik im Bereich der häuslichen Pflege mit prekären Beschäftigungsverhältnissen ist. Wir haben deswegen den Vorschlag gemacht, ein 24-Stunden-Hausbetreuungsmodell einzuführen, es von Baden-Württemberg aus auf Bundesebene zumindest mit zu initiieren bzw. anzuregen. In Österreich gibt es dazu seit einigen Jahren ein Modell, das sehr gut funktioniert. Wir wundern uns, dass man einerseits immer wieder beklagt, dass es prekäre Arbeitsverhältnisse gibt, dass das Sozialministerium andererseits aber in diesem Bereich offensichtlich nicht aktiv werden möchte.

Sie haben das WTPG angesprochen, Herr Lucha und Herr Hinderer. Wir vermissen dort ganz klar den Mut, zu sagen: Wir wollen die Doppelprüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen und der Heimaufsichten konkret angehen

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das haben wir doch nicht in der Hand! Das wissen Sie doch!)

und uns stärker engagieren.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: SGB V! Kennen Sie das? Bundesrecht!)

Jetzt warten wir erst einmal zwei Jahre die Ergebnisse des WTPG ab. Dann werden wir sehen, ob die Impulse das zeitigen, was Sie sich erhoffen, oder ob die Hürden womöglich

(Jochen Haußmann)

doch zu hoch gelegt worden sind. Wir werden das relativ schnell erkennen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Jetzt schon!)

Sie können allerdings bei den Ermessensspielräumen der Landesheimbauverordnung tätig werden. Es gibt eine Übergangsfrist, was die Einzelzimmerpflicht anbelangt. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die Ermessensspielräume gut zu nutzen. Sonst besteht die Gefahr, dass Sie wieder über eine Pflegeheimförderung nachdenken müssen, wenn es zu einer Unterversorgung bei den stationären Pflegeplätzen kommt.

Insofern hätten wir uns schon gewünscht, dass man das Modellprojekt für das Betriebskonzept für Einrichtungen der Altenpflege, für das Sie jetzt Mittel in den Haushalt aufgenommen haben, zumindest in die Arbeit der Enquetekommission mit einfließen lässt,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das haben wir gemacht!)

damit Dinge nicht nebeneinander her entwickelt werden. Man sollte es gemeinsam mit der Enquetekommission entwickeln.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Spricht ja nichts dagegen!)

Ich will noch eine kurze Information meinerseits zum Bereich der Behindertenpolitik geben. Auch hier stehen wir im Bereich des Konversionsprozesses vor einer großen Herausforderung. Es ist wichtig, hier eine Evaluation durchzuführen, damit wir die Träger von Komplexeinrichtungen im Prozess der Dezentralisierung nicht überfordern.

Zum Landes-Behindertengleichstellungsgesetz werde ich in der nächsten Woche noch etwas sagen. Denn hier haben Sie vor, die Arbeit haupt- und ehrenamtlich tätiger Behindertenbeauftragter zu vergüten und die Mittel dafür aus den Mitteln für die Projekte zur Umsetzung der Inklusion zu nehmen. Das werden wir in der nächsten Woche noch einmal darstellen.

Sie schreiben in Ihrem Bericht:

Generationengerechtigkeit soll dabei zu einem wichtigen Maßstab bei der Beurteilung sämtlicher sozialpolitischer Handlungsfelder werden.

Ich halte es ebenfalls für wichtig, dass wir nicht vergessen, dass Sie diesen Haushalt auch mit rund 800 Millionen € Schulden finanzieren. Wir müssen mit Blick auf die nachfolgenden Generationen, auf die Generationengerechtigkeit darüber nachdenken, was wirklich zwingend notwendig ist und was wir in Frage stellen sollten; dazu gehören sicherlich hauptamtlich tätige Behindertenbeauftragte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Uli Noll würde sich im Grabe umdrehen!)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung darf ich Frau Sozialministerin Altpeter das Wort erteilen.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meine sehr ge-

schätzten Herren von der Opposition aus dem Sozialbereich, ich habe Sie seither im Sozialausschuss und in allen Beratungen im Landtag – insbesondere bei Gesetzesvorhaben, die wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben; oft gab es große Zustimmung, manchmal sogar Einstimmigkeit – als ganz vernünftige Menschen erlebt. Wenn man aber heute Nachmittag Ihren Einlassungen zur Sozialpolitik zugehört hat, könnte man meinen, dass Sie Sozialpolitik – insbesondere im Land – als die gute Tante verstehen, die am Sonntagnachmittag zwischen 14:00 und 16:00 Uhr mit einer Tüte Bonbons vorbeikommt und sie verteilt, und das war es dann.

Wir aber verstehen Sozialpolitik anders. Wir verstehen unter Sozialpolitik Maßnahmen zur Sicherung und Förderung der Daseinsvorsorge für die Menschen im Land. Wir verstehen Sozialpolitik nicht zuletzt als Teilhabepolitik für alle gesellschaftlichen Bereiche. Ich möchte noch einen Schritt weiter gehen. Es geht nicht nur um Teilhabe, sondern es geht um „Ganzhabe“, um ein volles Dabeisein bei allem.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich finde, wir können heute auch auf einiges zurückblicken. Wir haben bereits im letzten Doppelhaushalt einen großen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht. Wir wissen, dass unser Spielraum insgesamt nicht sehr groß ist, dass die Mittel für die Bedarfe knapp kalkuliert sind. Wir haben es auch mit Mehrausgaben zu tun, überwiegend im Bereich der gesetzlichen Leistungen.

Aber wir können auch neue Impulse geben: Jährlich 2,5 Millionen € für die kommunalen Frauenbeauftragten, weitere Gelder – über 1 Million € – zur Fortsetzung des Landesarbeitsmarktprogramms, 700 000 € – damit eine Vervielfachung – für die Investitionen in der Wohnungslosenhilfe, 500 000 € für Projekte zur Alkoholprävention, 500 000 € für den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte“, die gleiche Summe auch für den Aktionsplan „Gegen Gewalt an Frauen“.

Da geht es nicht darum, sonntagnachmittags ein Bonbon an die Bedürftigen zu verteilen. Vielmehr geht es darum, dass der Wohnungslose von dort drüben endlich ein Heim findet, dass er die Möglichkeit hat, an einem Arbeitsmarktprogramm teilzunehmen und vielleicht auch wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Da geht es darum, dass die Gesundheitsversorgung über das Land hinweg für alle ordentlich und gut ist. Es geht auch darum, dass die Versorgung der alten Menschen im Land, wenn sie hilfebedürftig werden, und die Versorgung der psychisch kranken Menschen im Land gewährleistet sind und weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dem Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ sind wir 2012 in der Arbeitsmarktpolitik neue Wege gegangen. Ein zentrales Element ist der Passiv-Aktiv-Tausch. Dieses Modell läuft in Baden-Württemberg sehr erfolgreich. Wir wünschen uns, dass das auf der Bundesebene ein Regelement wird, dass wir vom Modellcharakter wegkommen. Es muss das Wesen der Arbeitsmarktpolitik sein, Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Auch das ist Teilhabe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich werde mich deshalb weiter dafür einsetzen, dass der Bund unser Erfolgsmodell in Gänze umsetzt.

(Ministerin Katrin Altpeter)

Landesweit sind die Plätze komplett ausgebucht. Über 700 langzeitarbeitslose Menschen sind nach langen Jahren der Arbeitslosigkeit wieder in Arbeit. Ich denke, das ist nicht nur ein wunderbarer Erfolg für 700 ehemals langzeitarbeitslose Menschen, sondern auch für ihre Familien, die aus dem Bezug über die Bedarfsgemeinschaft herauskommen. Diesen Erfolg möchten wir gern fortsetzen.

Ich freue mich auch, dass die assistierte Ausbildung, die einen Teil unseres Landesarbeitsmarktprogramms bildet, mittlerweile so eine Wirkung erzielt hat, dass der Bund die assistierte Ausbildung über die Bundesagentur für Arbeit zukünftig vollumfänglich fördern wird, dass das also zum Regelangebot in der ganzen Bundesrepublik wird. Auch hier war Baden-Württemberg Vorreiter, und auch hier haben wir bewiesen, dass wir mit dem sinnvollen Einsatz von Mitteln und von Personal Menschen zu einer Ausbildung, zu einer Qualifikation bringen können, denen man das vielleicht vorher nicht zugetraut hat. Denn es ist unser Ziel, Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit zu machen. Da ist auch der Bereich der Arbeitslosen und der Beschäftigungspolitik ein ganz wichtiger Teil.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist das Bündnis für Arbeit und Gesundheit. Denn vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels wird das Thema Gesundheitsmanagement in Zukunft wichtiger sein als je zuvor. Denn Gesundheit ist in diesem Kontext genauso wichtig wie Bildung geworden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sozialpolitik aber auf den Arbeitsmarkt zu beschränken wäre in der Tat etwas zu kurz gegriffen. Deshalb möchte ich noch auf weitere Bereiche – Sie haben sie auch angesprochen – eingehen: das Thema Pflege, das Thema „Innovative Wohnformen“.

Der demografische Wandel erfordert zunehmend Unterstützung für Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Er erfordert aber auch innovative Wohn- und Versorgungsstrukturen. Denn genauso vielfältig, wie es Lebensstile und Bedürfnisse sind, soll auch unsere Versorgungslandschaft für Menschen im Alter und mit Pflegebedarf gestaltet sein. Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben wir die Grundlage dafür geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir bauen die ambulante Pflegestruktur aus, und wir ermöglichen mit dem ordnungsrechtlichen Instrument des Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes, dass Menschen wohnortnah in kleineren Einheiten leben können, dort, wo sie immer zu Hause waren, und auch mit den Menschen, mit denen sie gern leben wollen.

Es gab im Vorfeld zu diesem Gesetz jede Menge Diskussionen. Es war der Untergang der Pflegelandschaft vorausgesagt. Es wurde auch oft gesagt, man benötige eigentlich gar keine Regelungen, es würde schon alles so gemacht usw. usf. Das Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz ist am 31. Mai dieses Jahres in Kraft getreten. Ich muss Ihnen erzählen, was ich in den Kommunen erlebe, in den Gemeinden im Land, in denen ganz unterschiedliche Wohnformen entstehen: Dort gibt es selbst organisierte Wohngemeinschaften, aber auch trägerorganisier-

te Wohngemeinschaften, in denen man bemüht ist, auch bürgerschaftliches Engagement in die Versorgungslandschaft einzubeziehen. Das alles spricht dafür, dass wir recht gehabt haben und dass wir mit diesem Gesetz auf dem richtigen Weg sind.

Eines sei auch noch gesagt: Wir haben damit ein Gesetz gemacht für die Menschen, die später in diesen Wohnformen leben, und nicht für die Menschen, die mit solchen Wohnformen Geld verdienen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich zum Thema Inklusion kommen. Wenn wir von Inklusion reden, dann geht es im Wesentlichen um Teilhabe; es geht ums Dabeisein, es geht darum, dass Leben mit einer Behinderung ganz normal dazugehört, dass es nichts Ausgrenzendes ist, sondern dass Menschen mit einer Behinderung den gleichen Anspruch auf Teilhabe haben. Deshalb haben wir im Bereich der Inklusion ganz vielfältige Prozesse vorangebracht. Das sind keine kleinen Räder, die wir da drehen.

Das ist zum einen die Konversion der großen Behinderteneinrichtungen, weil wir gesagt haben, wir wollen, dass Behinderung dazugehört und die Menschen deshalb auch in Wohnvierteln wohnen und nicht in der großen Behinderteneinrichtung auf dem Berg, so wie man das früher – bestimmt auch aus guten, fürsorglichen Gründen – gemacht hat. Hier ist mit dem Gültstein-Prozess ein Prozess im Gang, der vieles von dem, was heute in Bezug auf den Abzug von Truppen unter dem Stichwort Konversion diskutiert wird, weit in den Schatten stellt und der unsere Landschaft im Bereich der Einrichtungen für Menschen mit Behinderung erheblich umwälzt.

Zudem haben wir mit Ihrer Zustimmung, zumindest der von Ihnen signalisierten Zustimmung, das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz mit der Förderung der kommunalen Behindertenbeauftragten auf den Weg gebracht. Denn wir sagen: Die Kommune ist am nächsten an den Menschen dran; dort brauchen sie einen Ansprechpartner, dort geht es darum, konkret Barrierefreiheit sowohl in den Steinen als auch in den Köpfen umzusetzen.

Ich sage nicht ohne Stolz, dass die verpflichtende Einführung der kommunalen Behindertenbeauftragten auf der Ebene der Stadt- und der Landkreise bundesweit einzigartig ist, dass Baden-Württemberg auch hier ein Vorbild dafür ist, wie eine inklusive Gesellschaft gestaltet werden kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch wurde das erste Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz für Baden-Württemberg im November im Landtag fraktionsübergreifend beschlossen. Es tritt zum 1. Januar 2015 in Kraft. Ich freue mich, dass für die Umsetzung des Gesetzes 1 Million € zur Verfügung stehen. Denn es ist ein wichtiger Schritt, um auch in der Psychiatrie die Inklusion voranzutreiben, um auch psychisch kranke Menschen am Leben in der Gemeinde, in der Kommune teilhaben zu lassen.

Es ist mir wichtig, dass diese Menschen im Land flächendeckend, bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig mit psychiatrischen Angeboten versorgt werden – nicht zuletzt auch dann, wenn sie stationäre Hilfe brauchen, in unseren Zentren für Psychiatrie. Ich freue mich, dass auch hier im Jahr 2015

(Ministerin Katrin Altpeter)

ein Betrag aus der Sanierungsrücklage zur Verfügung steht, um Investitionen in unsere Zentren für Psychiatrie vornehmen und notwendige Sanierungen zur Substanzerhaltung, aber auch zur Weiterentwicklung durchführen zu können.

Wenn wir von Sozialpolitik reden, dann kann es nicht nur um alte und kranke Menschen gehen, sondern dann geht es auch um die Zukunft, dann geht es auch um die Kinder und die Jugendlichen. Wir haben deshalb den „Zukunftsplan Jugend“ auf den Weg gebracht, um in einer gemeinsamen Vereinbarung mit den Jugendverbänden die Angebote und die Strukturen im Jugendbereich weiter zu fördern. Aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 stehen hierfür Haushaltsmittel in Höhe von je 3 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Damit sollen innovative Projekte, Maßnahmen und Modellvorhaben aus allen Bereichen des „Zukunftsplans Jugend“ gefördert und weiterentwickelt werden.

Ich möchte noch ein weiteres Thema ansprechen: Wenn wir von Jugendlichen reden und wenn wir davon reden, was eigentlich die Aufgabe der Sozialpolitik in einem modern gestalteten Sozialwesen ist, dann kann das nicht gehen, ohne das Thema Schulsozialarbeit anzusprechen. Als wir den Sonderausschuss „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen“ in der letzten Legislaturperiode hatten, war es wichtig, zu gemeinsamen Empfehlungen und Maßnahmen zu kommen. Aber da war es ein Minderheitsvotum der damaligen Opposition, die Schulsozialarbeit wieder zu finanzieren. Sie haben damals nicht mitgemacht, weil Sie gesagt haben, die Finanzierung von Schulsozialarbeit sei eine rein kommunale Aufgabe, das sollten halt die machen, die irgendwo Probleme haben, als Land sehe man sich hier nicht in der Pflicht.

Wir sind wieder in die Finanzierung der Schulsozialarbeit eingestiegen, weil uns die Kinder wichtig sind, weil es uns wichtig ist, die Gegenwart und die Zukunft gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen in unserem Land zu gestalten, und weil wir Schulsozialarbeit nicht als ein Angebot verstehen wollen, das man dort vorhält, wo man Probleme oder soziale Verwerfungen vermutet. Schulsozialarbeit muss ganz selbstverständlich zum Aufwachsen eines Kindes dazugehören, weil Schule mehr ist als die Vermittlung von Bildung, weil man in der Schule auch das Leben lernt. Da hilft Schulsozialarbeit und trägt ihren Teil dazu bei.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt lassen Sie mich etwas zu den Krankenhäusern sagen. Da kann ich mich nur wundern, dass hier aus meinem Interview in der „Stuttgarter Zeitung“ zitiert wird, in dem ich deutlich gemacht habe, was die Politik des Landes ist. Ich habe gesagt, dass es die Politik des Landes ist, der Wille und der unbedingte Ansatz, dass wir die Krankenhauslandschaft und damit die Versorgungsstruktur im Land steuern und so auch zu einer flächendeckenden Versorgung beitragen, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen, die ein Krankenhaus aufsuchen müssen, nicht der Rendite einer großen Aktiengesellschaft geschuldet sein darf, sondern in erster Linie das Wohl der Patientinnen und Patienten im Land im Fokus haben muss. Ich dachte, lieber Herr Haußmann, das sei eigentlich klar und sei eigentlich der Grundkonsens in unseren Veranstaltungen hier.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Haußmann?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Nein. Denn Sie brauchen Ihre Zwischenfrage gar nicht zu stellen, ich werde sie mit dem nächsten Satz beantworten, lieber Herr Haußmann.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜ-NE: Super!)

Es geht nicht darum, freigemeinnützige oder kirchliche Krankenhausträger in irgendeiner Form zu diskreditieren. Hier haben wir eine durchaus gut aufgestellte plurale Landschaft in Baden-Württemberg. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das, was ich hier nicht brauche, sind große Aktiengesellschaften, die mit großen Versprechungen antreten, welche Häuser sie alle erhalten – um sie dann binnen eines Jahres zu schließen. Sorry, das brauchen wir in Baden-Württemberg nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Sozialministerin, Sie scheinen die vermutete Frage von Herrn Abg. Haußmann noch nicht beantwortet zu haben, denn er möchte jetzt doch seine Zwischenfrage formulieren.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Das machen wir dann nachher.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

In diesem Zusammenhang darf ich dann auch auf das Thema „Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Krankenhausfinanzierung der Zukunft“ zu sprechen kommen. Es wurde von Ihnen, Herr Klenk, ein weiteres Mal bemängelt, Baden-Württemberg sei hier in Person der Sozialministerin nicht vertreten usw. usf., und deswegen könnten mögliche Nachteile für das Land entstehen.

Ich will Ihnen jetzt einmal eines sagen: Wenn aufgrund von Diskussionen Ergebnisse der Bund-Länder-AG in den AGs der Bundestagsfraktionen vonseiten der Gesundheitspolitiker beschlossen werden, wenn beschlossen wird, dass eine Regelung eingeführt werden soll, die möglicherweise Nachteile für Baden-Württemberg bringen könnte, und daraufhin die zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg bei unserem Staatsministerium brieflich die Frage stellt, wie sie denn nun den – von ihr selbst gefassten – Beschluss verstehen solle und welche Auswirkungen dieser für Baden-Württemberg habe, dann frage ich mich schon, was für Kasper da eigentlich am Werk sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Was die Krankenhausfinanzierung betrifft, weiß ich nicht, woher Sie die Zahl von 100 Millionen € haben. Wahrscheinlich ist das eine Zahl, die über den Buschfunk zustande gekommen ist, und Buschfunk mit Joghurtbechern hat irgendwie noch nie so richtig funktioniert. Deswegen unterstelle ich auch, dass da aus 900 Millionen € in zwei Haushaltsjahren kurzerhand 100 Millionen € geworden sind. Also jetzt richtig und laut: Es sind in den Haushaltsjahren 2015/2016 900 Mil-

(Ministerin Katrin Altpeter)

lionen €, die das Land Baden-Württemberg für Investitionen und Pauschalförderung an den Krankenhäusern zur Verfügung stellt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist einfach ein Wort.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt noch etwas zum Thema Pflegeenquete. Wenn wir unsere sozialpolitische Arbeit hier so verstehen würden, dass wir darum konkurrieren müssten, wer denn sozusagen die beste institutionelle Organisationseinheit schafft, um ein Thema zu bearbeiten, wären wir ein ganz schön trauriger Haufen. Deswegen haben Sie sich entschieden, die Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg“ auf den Weg zu bringen. Dafür – das sage ich heute ganz ausdrücklich – haben Sie die volle Unterstützung von meinem Haus und von mir persönlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich habe mir schon länger darüber Gedanken gemacht, welche Themen jenseits von Gesetzesänderungen und jenseits von der Frage der Finanzierung der Pflege – die in der Tat im Wesentlichen im Bund über die SGB-XI-Veränderungen gedreht werden – wir im Land untergesetzlich und über Vereinbarungen miteinander regeln können, und zwar kurzfristig und auch ohne die großen Haushaltssummen. Deswegen habe ich den runden Tisch „Pflege“ in Baden-Württemberg ins Leben gerufen, um mich dort mit den Trägern, aber auch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Beschäftigten der Liga sowie mit den Kassen über bestimmte Dinge, die anliegen, zu verständigen.

Ein Thema könnte z. B. die Frage sein, wie wir mit der praktischen Anleitung während der Ausbildung umgehen; denn hier wird ein großes Defizit gesehen. Ein Thema könnte auch sein, wie wir mit der Frage der Prüfungen durch die örtliche Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen umgehen. Das sind Themen, die wir nicht in einem WTPG regeln. Die regeln wir in Baden-Württemberg dadurch, dass wir miteinander reden und gemeinsam Vereinbarungen zum Wohl derer treffen, um die es geht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Noch ein Wort zum Thema Pflege: Ich finde es gut und richtig, dass es im Pflegebereich auch akademische Berufe gibt, dass man davon wegkommt, zu meinen, Pflege sei etwas, was jeder und jede kann. Aber – da brauche ich auch Sie dazu – wenn wir Pflegeberufe zum Teil akademisieren, muss das anschließend auch entsprechend vergütet werden, denn sonst hilft es nachher gar nichts. In diesem Zusammenhang denken wir auch an die Pflegeforschung, die mit Sicherheit auch wieder ihren Niederschlag in der Praxis finden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir trotz Einsparvorgaben im Sozialhaushalt jede Menge Akzente setzen können, im Sinne einer Sozialpolitik, die ihre Aufgabe zur Daseinsvorsorge wahrnimmt und Teilhabe weiterentwickelt.

Ich darf mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich für die Unterstützung aus dem gesamten Haus bedanken. Denn unsere Themen sind mehr denn je im politischen Fokus, unsere The-

men werden mehr denn je auch zu unseren Herausforderungen.

Ich darf mich bei allen Abgeordneten aus dem Sozialausschuss, aber auch und nicht zuletzt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses bedanken, die trotz der Umsetzung der Orientierungspläne und der Einsparvorgaben Hervorragendes auf den Weg gebracht haben und die mit uns gemeinsam den Weg in eine Sozialpolitik gehen, die von den sonntäglichen Bonbons weggeht und sich der Teilhabe und der anständigen Daseinsvorsorge zuwendet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009.

Ich rufe Abschnitt I Nummer 1 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0901

Ministerium

Wer Kapitel 0901 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0901 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Kapitel 0902

Allgemeine Bewilligungen

Wer Kapitel 0902 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0902 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 0903

Arbeitsförderung und Berufsbildung

Wer Kapitel 0903 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0903 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 0904

Gesetzliche Unfallversicherung im Landesbereich

Wer Kapitel 0904 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0904 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 0905

Hilfen für Menschen mit Behinderungen

Wer Kapitel 0905 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0905 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 0913

Versorgungsämter und Gesundheitsämter

Wer Kapitel 0913 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0913 bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 0917

Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement

Wer Kapitel 0917 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 0917 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 0918

Jugendhilfe

Wer dem Kapitel 0918 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0918 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 9 auf:

Kapitel 0919

Familienhilfe

Wer Kapitel 0919 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0919 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Nummern 10 bis 12, das sind Kapitel 0920 – Ältere Menschen und Pflege –, Kapitel 0921 – Förderung der Chancengleichheit und Demografie – und Kapitel 0922 – Gesundheitspflege –, zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe die

Kapitel 0920 bis Kapitel 0922

daher gemeinsam auf. Wer den Kapiteln 0920 bis 0922 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschafts-

ausschusses, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0920 bis 0922 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 13 auf:

Kapitel 0930

Zentren für Psychiatrie und Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz

Wer Kapitel 0930 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6009, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Jetzt habt ihr aber Glück gehabt!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0930 ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6009, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen unter Ziffer 1, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 09 berührt, Kenntnis zu nehmen. Weiter schlägt der Ausschuss unter Ziffer 2 vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/5965, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09.

(Beifall der Abg. Manfred Lucha und Beate Böhlen GRÜNE)

Ich rufe **Punkt 3 e** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6010

Berichterstatter: Abg. Martin Hahn
Berichterstatter: Abg. Winfried Mack

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, ein bisschen ruhiger zu sein und Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache darf ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Lusche das Wort erteilen.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir gerade die Frage ge-

(Ulrich Lusche)

stellt, ob es mit dem anstehenden Themenkomplex zusammenhängt, dass alle aufspringen und den Saal verlassen.

(Minister Rainer Stickelberger: Am Redner!)

Möglicherweise sind wir aber auch nur in der Beratung heute Nachmittag schon etwas fortgeschritten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich komme extra nach vorn, Uli!)

– Insofern freue ich mich natürlich, dass die Kollegin Sitzmann extra nach vorn kommt. Das Thema hat es in jedem Fall verdient.

Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle darf ich vorab im Namen der CDU-Fraktion einen Dank aussprechen sowohl an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums als auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nachgeordneten Behörden im Zuständigkeitsbereich.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dem Minister!)

– Zum Minister komme ich noch, keine Sorge.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte deshalb meinen Dank aussprechen, weil viele in einem zunehmend komplexer werdenden Bereich Tag für Tag eine wichtige und schwierige Arbeit leisten. Ich denke, es steht uns an, das an dieser Stelle auch einmal zu erwähnen; denn es geht letztlich auch um den Standort Baden-Württemberg. In unseren Behörden wird gute Arbeit geleistet. – Jetzt komme ich zu der Feststellung, dass die amtierende Landesregierung nicht immer ihren Teil dazu beiträgt, dass sich diese Tätigkeit einfacher gestaltet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Einzelplan 10 ist Teil eines Gesamthaushalts, der gekennzeichnet ist von Rekorderneuerungen und gleichzeitig von einer massiven Verschuldung. Insofern wird es Sie nicht wundern, dass wir diesen Einzelplan als Teil dieses Gesamthaushalts ablehnen werden,

(Zuruf von den Grünen: Oh!)

auch wenn es bei der einen oder anderen inhaltlichen Frage durchaus Zustimmung gibt. Im Einzelplan 10 gibt es aber konkrete Dinge, die schlichtweg so nicht gehen.

Ich nenne einmal das Wasserentnahmeentgelt. Das wollen Sie über das Haushaltsbegleitgesetz deutlich erhöhen, über die Wasserversorger für die Privaten, über die Wasserentnahme für die entsprechenden Energieversorgungsunternehmen. Warum geht das nicht?

Niemand hat etwas dagegen, sondern jeder stimmt zu – es besteht Einigkeit hier im Haus –, dass etwas für den Hochwasserschutz getan werden muss. Eines geht aber natürlich nicht, Herr Minister. Sie gehen mit dem Finanzminister eine Vereinbarung ein, in der eine Zweckbindung dieses Wasserentnahmeentgelts für wasserwirtschaftliche Maßnahmen vereinbart wird. Gleichzeitig lassen Sie sich auf das beschränken, was dort an Einnahmen ansteht. Dabei wissen Sie, dass durch die Energiewende, durch das Abschalten von Kraftwerken diese Einnahmen deutlich nach unten gehen werden.

Nachdem Sie das dem Finanzminister sozusagen im Haushalt überlassen haben, kommen Sie an mit einer Gebührenerhöhung für Bürger und Unternehmen in Baden-Württemberg. Das ist keine konsequente und solide Finanzierung einer in der Tat wichtigen Aufgabe. Insofern sind wir dabei nicht bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Nun zum zweiten Thema, das wir auch schon im Ausschuss besprochen haben. Das ist inzwischen fast schon ein Running Gag: 50-80-90. Das ist eine Kampagne, die sehr teuer ist, die noch teurer werden soll, die kaum jemand kennt, die aber Bestandteil einer Öffentlichkeitsarbeit, einer Veranstaltungswut – so möchte man es fast nennen – im Zuständigkeitsbereich Ihres Hauses ist. Was für die Eigenwerbung ausgegeben wird, steht nicht mehr in einer angemessenen Relation zu dem, was für die tatsächlichen Sachausgaben ausgegeben wird.

Wir haben das bereits im Ausschuss ansprechen müssen. Das wird sich auch fortsetzen. Wir sind da nicht allein. Der Steuerzahlerbund und andere haben das auch genau im Blick.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Ich finde es interessant, dass Sie wieder einmal betont haben, hierbei handle es sich nicht um eine Imagekampagne. Wenn man einmal die Homepage anklickt, dann findet man in der Tat zwar nicht mehr ein freundlich lachendes Kabinett, das erwähnt, was man schon alles für die Energiewende und anderes geleistet habe, sondern – das ist schon etwas kurios – jetzt gibt es eine Gastkolumne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt raten Sie einmal, wer diese Gastkolumne geschrieben hat. Gestern hat er zu uns gesprochen. Jawohl, es ist Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Es geht aber natürlich um reine Sachinformation, nicht um Werbung für diese Landesregierung. Natürlich gestehen wir Ihnen – wie jedem anderen Ministerium auch – zu, dass Sie über Ihre Tätigkeit und die Ihnen wichtigen Fragestellungen informieren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist aber sehr großzügig, Herr Kollege!)

Alles andere wäre auch ungewöhnlich. In diesem Umfang geht das aber einfach nicht. Deswegen haben wir gemeinsam mit den Kollegen von der FDP/DVP die Vorstellung – das werden wir nachher auch zur Abstimmung stellen –, dass von diesen erheblichen Beträgen zumindest einiges in den Bereich Smart Grid und Speicher umgelenkt wird – hierfür beanspruchen Sie laut Ihrem Koalitionsvertrag eine Vorreiterrolle –, statt weiter in weiten Teilen für die Selbstdarstellung der Regierung verwendet zu werden.

Außerdem haben wir noch das eine oder andere anzusprechen, was gestern schon Thema war. Die verehrte Frau Kollegin Sitzmann hat gesagt, sie könne uns das nicht ersparen. Sie hat uns den Hinweis gegeben, Baden-Württemberg liege laut einer Erhebung auf Platz 2, was die erneuerbaren Energien anbelangt.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das ist eine neue Erhebung! Die kennst du wahrscheinlich noch nicht!)

(Ulrich Lusche)

Richtig. So ist es. Das kleine, aber entscheidende Detail bei der Geschichte ist, dass man auch einmal schauen muss, warum das so ist. Es gibt verschiedene Dinge, die bewertet werden. Das sind zum einen Anstrengungen. Das betrifft das Klimaschutzgesetz, das wir übrigens mitgetragen haben.

(Minister Franz Untersteller: Soll ich die Dinger auch noch selbst bauen, oder was?)

Für diesen in der Tat guten Platz wird die Landesregierung verantwortlich gemacht. Der entscheidende Grund hierfür ist aber das Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Es dürfte hinlänglich bekannt sein, dass hierfür die vormalige CDU-FDP/DVP-Landesregierung – bei Zustimmung der Grünen – verantwortlich war.

Also insofern: Richtig, wir stehen da gut da, insbesondere auch dank der Vorgängerregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Verhinderer!)

Sehr interessant ist auch, dass im Bericht des Ministeriums zum Haushaltsplan steht, Deregulierung bleibe eine Daueraufgabe, allerdings seien die Potenziale weitestgehend erschöpft. Wichtig sei auch die 1:1-Umsetzung von EU-Recht, das sei auch ein Gebot der Gerechtigkeit in der Rechtsanwendung usw. Wenn man das liest, ist man doch einigermaßen verblüfft. Vor wenigen Wochen habe ich an diesem Pult hier gestanden, als wir eine Diskussion darüber geführt haben, wie diese Landesregierung etwa im Bereich des Umweltverwaltungsrechts lauter baden-württembergische Extrawürste im Vergleich zu Bund und EU brät, Sonderregelungen einführt – und Sie schreiben allen Ernstes in Ihrem Bericht, dass Deregulierung eine Daueraufgabe sei, der man sich widmen müsse, und erhöhen gleichzeitig völlig ohne Not die Komplexität der Verfahren.

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Also auch an diesem Punkt muss man sagen: Da geht es um ganz konkrete Kosten. Da machen Sie unnötig die Dinge schwieriger und aufwendiger, ohne dass ein tatsächlicher Nutzen damit verbunden ist.

Nächster Punkt – eijejei –: die Windkraft.

(Heiterkeit – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Eijejei!)

Das fand ich gestern schon interessant.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das freut mich!)

Der Ministerpräsident hat uns gratuliert, wir hätten es durch unsere Obstruktion geschafft, dass Sie jetzt nach drei Jahren immer noch Zeit brauchten, um hier die Dinge wieder nach vorn zu bringen. Umgekehrt wissen wir, dass der Vorsitzende der SPD-Fraktion offenbar davon ausgeht, dass die Rechtslage wunderbar einfach sei, nur die Landräte offenbar nicht in der Lage seien, es richtig umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

An diesem Punkt müssen Sie sich auch einmal entscheiden, was Sie eigentlich vertreten wollen. Aber eines lassen wir Ihnen allmählich nicht mehr durchgehen: Sie sind 2011 an die

Regierung gekommen, und jetzt sind wir im Jahr 2014. Fakt ist: Was vorankommt – auch in diesem Haushalt –, ist die Anzahl von Stellen zur Konfliktbereinigung beim Thema Windkraft, aber was nicht vorankommt, ist der Bau von Anlagen. Das müssen Sie sich an dieser Stelle schon einmal anhören. Das ist keine besondere rühmensewerte Leistung, die Sie da bisher gezeigt haben.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Kein Applaus von der CDU! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich glaube, die CDU will gar keine Windkraft im Land! Kann das sein? Herr Hauk hat sich so ähnlich geäußert!)

Langer Rede kurzer Sinn: Wie stellt sich die Situation in diesem Einzelplan dar? Wir erleben – ich habe es eingangs gesagt – Zeiten von Rekordeinnahmen, in denen trotzdem Schulden aufgenommen werden. Wir haben einen grünen Ministerpräsidenten,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir haben einen guten Ministerpräsidenten!)

wir haben einen grünen Umweltminister, und wir haben die Situation, dass die Grünen nach wie vor für sich beanspruchen, dass Umweltpolitik eine ihrer Kernkompetenzen sei.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das ist ja auch so! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Wenn man sich einmal anschaut, was da so alles in der Diskussion ist, auf welchen Politikfeldern welche Investitionsschwerpunkte gesetzt werden sollen, ist für mich das Fazit nach dieser Haushaltsberatung: Irgendwie ist es merkwürdig. Von Ihrem Haushalt, Herr Minister, geht keine Aufbruchstimmung und kein Schwung aus. Offensichtlich sind Sie schon in der Routine, um zum Ende der Legislaturperiode hin die Dinge auslaufen zu lassen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Die dauert ja noch über ein Jahr! – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Eine Aufbruchstimmung, ein umweltpolitisches Signal sieht leider anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Minister Franz Untersteller zu CDU und FDP/DVP: Glaubt ihr das?)

Insofern lassen Sie mich zusammenfassen: Ja, wir haben in vielen Feldern Übereinstimmungen. Wir können vieles auch mittragen. Sie bauen das Klimaschutzkonzept und anderes natürlich massiv auf dem auf, was wir Ihnen an guter Vorarbeit hinterlassen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da muss er selbst lachen!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, der kundige Thebaner weiß, dass dies beim Klimaschutzkonzept, was die Maßnahmen anbelangt, ganz genau zutrifft.

(Ulrich Lusche)

Am Ende werden wir sehen – das ist ja der letzte reguläre Haushalt, den wir vor der nächsten Landtagswahl behandeln –, was uns von Ihrer Seite aus möglicherweise noch bevorsteht.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Themen wie das Endlagersuchgesetz und anderes werden uns vermutlich noch beschäftigen.

(Minister Franz Untersteller: Da müsst ihr erst mal überlegen, wie ihr euch dazu verhaltet!)

Zusammengefasst muss man sagen: Es ist eine Art umweltpolitische Revolution angekündigt worden und doch eine Politik der sehr kleinen Schritte daraus geworden. Das ist jedenfalls die Bestandsaufnahme für diesen Doppelhaushaltsentwurf.

Das soll von unserer Seite aus für den Moment einmal genügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Andreas Glück und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte für unsere Fraktion eines vorwegschicken: Wir brauchen keine Imagekampagne für unseren Umweltminister, denn er hat ein hervorragendes Image

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Ulrich Lusche CDU: Dann können wir das Geld auch anders verwenden!)

bei der Wirtschaft und bei den Verbänden. – Genau. Wir sagen auch, wofür wir das Geld verwenden wollen.

Aber ich frage mich: Wo fand die Energiewende unter der Regierung der CDU in Baden-Württemberg eigentlich statt? Ihre Energiewende war: Wir setzen auf Atomkraft, Atomkraft und Atomkraft –

(Staatssekretär Jürgen Walter: Laufzeitverlängerung!)

bis zum Jahr 2011. Daher mussten erst wir kommen und ein Klimaschutzkonzept mit 108 Einzelmaßnahmen beschließen. Jetzt frage ich Sie: Wie soll man das Thema Energiewende zu einem Bürgerprojekt machen, wenn man es nicht mit einer Image- und Informationskampagne für die Bevölkerung flankiert? Diese Informationskampagne, meine Damen und Herren, ist bisher außerordentlich erfolgreich. Ich denke nur an die zwei Regionalsymposien zum Netzausbau, die wir in Heilbronn und Biberach durchgeführt haben. Denn die Energiewende ist für uns ein Bürgerprojekt, und deshalb müssen wir die Bevölkerung und die Öffentlichkeit bei diesem Thema mitnehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es kann auch nicht sein, dass wir nur Broschüren drucken lassen, auf denen steht, was wir alles wollen. Vielmehr müssen

wir die Politik, die wir machen, vor Ort an die Menschen herantragen. Das ist Aufgabe der Kampagne „50-80-90 Energiewende – machen wir“. Denn eine Energiewende findet, wie gesagt, erst seit Antritt dieser grün-roten Regierung statt.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Mit diesem Doppelhaushalt wird die grün-rote Koalition endgültig die Weichen für die Energiewende stellen. 5,4 Millionen € stellen wir im Doppelhaushalt bereit, um zusätzlich in intelligente Netze, in eine bessere Energieforschung, Batterieforschung – Stichwort „Vorbildfunktion von Baden-Württemberg“ – und in eine verstärkte Nutzung von Biomüllvergärungsanlagen einzusteigen, die im Übrigen ein ganz wichtiger Baustein zur Kraft-Wärme-Kopplung sind und damit auch zu einer Wärmewende, die wir momentan genauso dringend in Baden-Württemberg benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Klaus Maier und Johannes Stober SPD)

Meine Damen und Herren, spätestens seit dem alarmierenden Appell des Weltklimarats wissen wir, dass die Uhr schon fast kurz nach zwölf geschlagen hat. Es ist ungewisser denn je, ob wir die globale Klimaerwärmung überhaupt auf zwei Grad Celsius begrenzen können. Hierzu möchte ich den Vorsitzenden des Weltklimarats, Herrn Dr. Rajendra Pachauri, zitieren, der den sehr treffenden Satz gesagt hat:

Wir haben keinen Plan B, weil es keinen Planeten B gibt.

Umso wichtiger ist es, dass wir einen Plan A haben für einen besseren Klimaschutz im Land. Diesen Plan A möchte ich Ihnen nun auszugsweise vorstellen.

Das Herzstück unseres Plans ist das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept, IEKK, mit 108 konkreten Maßnahmen. Die Windkraft ist nur eine dieser 108 Maßnahmen. Das zeigt, dass wir weit mehr können als nur Windkraft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Rosa Grünstein SPD)

Mit diesem IEKK wollen wir den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2050 um 90 % senken. Dazu wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien an der Strom- und Wärmeerzeugung auf 80 % steigern. Das wollen wir mit dem Ausbau der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung erreichen. Im Übrigen gibt es Gutachten des Bundeswirtschaftsministeriums, die genau das fordern, das heißt, die Gewinnung von Strom und die gleichzeitige Nutzung von Wärme mit einem Wirkungsgrad, der weitaus höher ist als bei den alten Klimakillern, den Kohlekraftwerken. Dazu wird unsere Landesregierung in Kürze ein Landeskonzept für einen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung vorlegen, meine Damen und Herren.

Ein weiteres Beispiel: Thema Bioabfall. Bisher wurde die Diskussion über das Thema „Tank oder Teller?“ geführt. Das heißt, es werden nachwachsende Rohstoffe angebaut, um Energie zu gewinnen. Wir wollen den Spieß umdrehen, indem wir Reststoffe wie Grünabfälle, Bioabfälle und auch Gärreste nutzen, um vor Ort Energie zu erzeugen, und zwar Strom und Wärme. Deshalb werden wir ein Kompetenzzentrum für Bioabfall mit zwei Personalstellen einrichten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

(Daniel Renkonen)

Selbstverständlich setzen wir im Doppelhaushalt auch weiterhin auf unsere Förderprogramme „Klimaschutz-Plus“ oder „Zukunft Altbau“, die bewährt sind; da bin ich mit meinem Vorredner einer Meinung. Deswegen wollen wir sie auch zusätzlich mit Geld speisen. Für „Klimaschutz-Plus“ stehen in beiden Haushaltsjahren rund 9 Millionen € zur Verfügung. Daher erübrigt sich auch der Antrag der CDU, weiteres Geld bereitzustellen.

Das Besondere am „Klimaschutz-Plus“-Programm ist, dass wir jede Maßnahme, mit der CO₂ eingespart wird, mit bis zu 200 000 € bezuschussen. Daher stocken wir dieses Programm, wie gesagt, auf. Wenn wir die Erfolgsbilanz von „Klimaschutz-Plus“ lesen, stellen wir fest: Sie ist beeindruckend. Wir haben bisher landesweit über 200 000 t an Kohlendioxidausstoß durch verschiedene Maßnahmen wie effizientere Straßenbeleuchtung oder Gebäudesanierung mithilfe von Landesfördergeldern verhindert, meine Damen und Herren.

Mit diesem Haushalt legen wir auch ein völlig neues Förderprogramm mit einem Gesamtvolumen von 1,3 Millionen € gegen den Klimawandel auf. Es heißt „Klimaschutz mit System“. Das bedeutet, wir wollen speziell kleine Kommunen im Land mit einer Einwohnerzahl von bis zu 20 000 fördern, und zwar nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern nach einem innovativen Auswahlverfahren. Kommunen, die ein Klimaschutzkonzept vorgelegt haben, werden, wie gesagt, nach einem Auswahlverfahren in den Genuss dieser Fördergelder kommen. Bei diesem Auswahlverfahren wird beispielsweise die Berücksichtigung von Kälte- und Wärmeplänen Eingang finden, damit wir im Land Baden-Württemberg weitere Zuschüsse verteilen können.

(Beifall bei den Grünen)

Nicht umsonst werden unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger für ihre Schaffenskraft als Hidden Champions bezeichnet. Der Ausdruck ist oft gefallen. Hierzu hat der digitale Fortschritt in unserem Land entscheidend beigetragen. Uns ist sehr wichtig, diese digitale Revolution vor allem nachhaltig zu gestalten. Beispiel: Green IT, grünes Internet auch in der Landesverwaltung. Hierzu wird es ab dem kommenden Jahr eine Kompetenzstelle geben, um Green IT in der Landesverwaltung noch besser umsetzen zu können.

Zusätzlich werden wir mithilfe einer Ansubfinanzierung von 300 000 € ein Zertifizierungssystem für stromsparende, effiziente Rechner aufbauen. Denn unsere digitale Zukunft soll grün sein, meine Damen und Herren.

Sie sehen, dass die grün-rote Landesregierung mit dem Klimaschutz ernst macht und ihn nicht nur Klimakonferenzen auf der ganzen Welt überlässt.

Ich möchte noch zu Ihrem geliebten Thema Windkraft kommen. Lieber Kollege Lusche, ich weiß nicht, wie es mathematisch möglich sein soll, in drei Jahren Versäumnisse von 58 Jahren aufzuholen. Das leuchtet mir nicht ein.

(Zurufe von der CDU, u. a.: 150 Jahre! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da gab es nur in Holland welche!)

– Ja, wir hätten gewünscht, dass es ein bisschen mehr geben würde. Deshalb hinkt Baden-Württemberg weiterhin gegenüber anderen Bundesländern bei der Windkraft weit hinterher.

Aber ich möchte die Diskussion etwas versachlichen. Wenn wir auf die Regionalpläne – Teilpläne Wind – schauen, die jetzt auf Landesebene geändert worden sind, dann liegt bisher ein einziger genehmigter Regionalplan von der Region Ostalb vor. Alle anderen Regionalpläne, die jetzt aufgrund der notwendigen Änderungen des Landesgesetzgebers geändert werden mussten, sind noch gar nicht genehmigt. Sprich: Die Vorranggebiete sind noch nicht abschließend festgelegt. Das ist mit ein Grund dafür, dass der Ausbau der Windkraft nicht von heute auf morgen, nicht nach dem Motto „Flotti Karotti“ erfolgen kann, sondern seine Zeit braucht.

Wir haben gesagt, dass es in den nächsten Jahren zu einer Welle kommen wird und zunehmend mehr Windkraftanlagen in Betrieb gehen werden. Wir haben auch nie behauptet, dass wir das in vier Jahren hinbekommen. Deshalb gab es die klare Zielsetzung der grün-roten Koalition, das Jahr 2020 anzupeilen. Wenn wir auf die Genehmigungszahlen und auf die Nachfrage schauen, müssen wir sagen, dass es eine erhebliche Steigerung gibt. Es gibt 48 genehmigte Anlagen vom Typ 2,5 MW Leistung aufwärts, weitere 268 sind im Genehmigungsverfahren. Das heißt, man kann abschließend schon sagen, dass in den nächsten Jahren einiges realisiert wird.

In diesem Sinn möchte ich dem Herrn Minister und seinem Haus herzlich für die geleistete Arbeit, für den Kraftakt Klimaschutzgesetz mit Klimaschutzkonzept, für die hervorragende Bürgerbeteiligung danken. Es gab eine Onlinebefragung, an der die Bevölkerung rege teilgenommen hat. Eine Energiewende funktioniert nach unserer Auffassung nur mit und nicht gegen die Bürger.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Lusche, den umweltpolitischen Bereich werde ich nachher meiner Kollegin Gabi Rolland überlassen. Aber wenn Sie das Thema Hochwasserschutz ansprechen, sage ich Folgendes: Man kann unsere Finanzierung kritisch hinterfragen. Allerdings hätten wir erwartet, dass von der CDU-Seite selbst ein Finanzierungsvorschlag kommt. Denn es kann nicht sein, dass angesichts der riesigen Aufgaben, die wir im Bereich Hochwasserschutz – IRP –, im Bereich der Sanierung von Dämmen und Deichen haben, Sie unseren Finanzierungsvorschlag hier kritisieren, aber selbst an dieser Stelle blank sind und überhaupt nichts Eigenes an Vorschlägen vorlegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Ulrich Lusche CDU: Allgemeiner Haushalt!)

– Wenn Sie es aus dem allgemeinen Haushalt nehmen, wundere ich mich, warum Sie der Zweckbindung im Wassergesetz zugestimmt haben, und wenn Sie es aus dem allgemeinen Haushalt nehmen wollen, müssen Sie auch sagen, wo. Davon habe ich – ich war zwei Wochen im Finanzausschuss dabei – nicht einen einzigen Ton gehört.

Eines kann man wirklich sagen: Wir sind beim Thema Energiewende erfolgreich. Kollege Renkonen hat vor mir schon

(Johannes Stober)

einiges angesprochen. Es ist sicher richtig, dass es auch Programme wie „Zukunft Altbau“ oder „Klimaschutz-Plus“ gab, auf denen wir erfolgreich aufgebaut haben. Aber der Hauptpunkt unserer Arbeit in den letzten ein, zwei Jahren war das Klimaschutzgesetz, dem Sie zugestimmt haben und in dessen Rahmen wir die Vorgaben 50-80-90 konkret beschlossen haben. Dahinter steht ein integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, abgekürzt IEKK, mit dem man das hinterlegt und umsetzt. Da ist vieles passiert. Einiges hat Kollege Renkonen schon angesprochen.

Aber wenn ich mir diesen Haushalt anschau und sehe, was wir im Bereich Landesliegenschaften tun, was wir im Bereich der Sanierung tun, was wir im Bereich des KWK-Ausbaus tun, was wir im Bereich Intracting tun, was wir extern noch an Contracting-Aufgaben durch Vermögen und Bau haben, was wir an Energiemanagement in den Landesliegenschaften machen, dann stelle ich fest, dass wir deutlich mehr tun als das, was in der Vergangenheit getan wurde. Schon dieser eine zentrale Punkt, unsere eigenen Liegenschaften, zeigt, dass wir das Thema ernst nehmen und mit aller Kraft umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Was aufgebaut worden ist und sukzessive nur bis zum Schluss entwickelt werden kann, ist das Thema „Potenzialatlas für Fotovoltaik, für Windkraft, für Wasserkraft“. In Zukunft sollen auch die Wärmepotenziale integriert werden. Wir sind also schon weit, haben aber noch Aufgaben vor uns. Es kann nicht alles in ein, zwei, drei Jahren passieren. Es ist eine lange Aufgabe.

Aber ich glaube, wir haben viel erreicht. Wir haben das Förderprogramm „Kleine Wasserkraft“ aufgelegt. Wir machen jetzt Modellprojekte – die Ausschreibung ist schon erfolgt – im Bereich Lastmanagement. Wir machen viel im Bereich Speicher. Claus Schmiedel hat gestern noch einmal Themen wie etwa die Redox-Flow-Batterie am ICT in Pfinztal angesprochen. Nicht zuletzt engagieren wir uns insbesondere im Bereich der Energieeffizienz mit den Programmen, die wir über die L-Bank laufen lassen und die gut funktionieren – auch wenn diese im Augenblick evaluiert werden, weil wir sie noch besser zuschneiden wollen. Zudem tun wir im Bereich Energieeffizienz sowohl in KMUs als auch im Gebäudebereich unheimlich viel.

Deswegen glaube ich, dass wir sagen können, dass diese Landesregierung, diese grün-rote Koalition sich dieses Themas sehr ernsthaft und äußerst erfolgreich annimmt.

Darüber hinaus haben wir in diesem Haushalt an neuen Schwerpunkten das Förderprogramm „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“ für den Bereich Mittelstand – Teile sind wohl auch im Haushalt des MFW – und ein Entwicklungskonzept für das Thema Power to Hydro – nicht Power to Gas, sondern eine Umsetzung in Wasserstoff.

Auf eines kann ich noch kurz zu sprechen kommen, Herr Kollege Lusche: Das Thema Smart Grid ist auch uns ein zentrales Anliegen. Ich verstehe Ihren Antrag vom Inhalt her. Aber als wir die Finanzausschussberatungen hatten, gab es die Aussage, dass für den Haushaltsansatz, den Sie vorgeschlagen haben, die Projekte im Augenblick – ich sage: leider – noch nicht da sind, aber dass es, wenn die Situation eintritt, dass die Pro-

jekte da sind – was wir uns wünschen –, überhaupt kein Problem ist, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, weil die Titel deckungsfähig sind. Deswegen glaube ich, dass wir auch an dieser Stelle gut aufgestellt sind und die notwendigen Dinge zum Laufen bringen.

Natürlich hängt auch vieles davon ab, wie sich die Situation auf der Bundesebene entwickelt. Beim EEG hängen wir dran, auch beim Strommarktdesign und natürlich auch beim Emissionshandel von der EU-Ebene aus. Ich möchte auch eines noch einmal sagen: Im Lichte dessen, was die schwarz-rote Bundesregierung zum Thema „Klimaschutz und Energieeffizienz“ dieser Tage beschlossen hat, können dies wichtige Bausteine sein, die uns bei diesem Thema weiterbringen.

Wir haben immer wieder über das Thema „Steuerliche Abschreibungen bei energetischen Sanierungen“ diskutiert. Es ist da mit aufgenommen. Es sind auch viele andere Dinge mit aufgenommen, z. B. auch die Ergänzung der KfW-Förderprogramme sowie das Thema Sanierungsfahrpläne, das aus Baden-Württemberg kommt, oder auch das, was wir im Landeswohnraumförderungsprogramm mit Schwerpunkt Eigentümergemeinschaften machen; dort wird auch die energetische Sanierung gefördert. Ich glaube, auch das ist ein guter Aufschlag, der helfen kann. Auch da ist man natürlich noch nicht am Ende.

Man hat Aufgaben vor sich, auch was das Thema „Braun- und Steinkohlekraftwerke“ angeht. Es geht darum, wie dann die konkreten Schritte laufen und ob wir – was das Ziel ist – bis Ende Februar eine Entscheidung zum Thema „Steuerliche Abschreibung von energetischen Sanierungen“ hinbekommen. Wichtig ist, dass wir zeitnah eine entsprechende Entscheidung bekommen. Am besten soll es laufen, aber was wir nicht haben dürfen, ist ein neuerlicher Attentismuseffekt, dass die Leute mit Sanierungen abwarten, weil sie auf die steuerliche Ermäßigung hoffen. Deswegen hoffe ich sehr, dass wir in spätestens zwei Monaten weitersehen werden.

Ansonsten glaube ich, dass wir sagen können, dass wir in diesem Bereich sehr, sehr gut aufgestellt sind. Natürlich würde auch ich mir wünschen, dass wir beim Thema Windkraft weiter wären. Wir haben – Kollege Renkonen hat es angesprochen – 46 Anlagen genehmigt, Stand 31. Oktober. Ich bin mir sicher, dass diese im nächsten Jahr auch gebaut werden. 278 Anlagen sind in der Genehmigung; da ist die Realisierung natürlich noch offen.

Wir haben natürlich eine komplexe Menge an Schwierigkeiten, die zu beheben sind. Das liegt zum Teil – natürlich nicht vollständig – an der Vorgängerregierung; beispielsweise gibt es für viele Vögel – Auerhuhn, Rotmilan usw. – keine entsprechende Kartierung, sodass bei der Genehmigung Fragen offen sind. Es gibt auch offene Fragen, was die Flugsicherung angeht und was den Deutschen Wetterdienst angeht. Dafür kann die Landesregierung nichts; da kümmert sie sich gemeinsam mit anderen Landesregierungen um entsprechende Lösungen und Möglichkeiten.

Natürlich wünsche ich mir an der einen oder anderen Stelle – das sage ich hier auch ganz offen –, dass auch eine klare Ansage kommt, beispielsweise was Ausgleichsleistungen angeht. Beispielsweise brauchen wir zum Auerhuhn klare Ansagen an die Genehmigungsbehörden dazu, was man wirklich ausglei-

(Johannes Stober)

chen muss. Manchmal habe ich den Eindruck, dass etwas übertrieben wird. Auch das sage ich an dieser Stelle ganz offen. Ich erinnere nur an den Fall Hornisgrinde, wo Ausgleichsflächen für Auerhühner geschaffen werden sollen, die es dort nachweislich gar nicht gibt. Da gibt es einzelne Probleme und einzelne Schwierigkeiten, an die man auch heran muss. Aber ich bin optimistisch, dass die drei zuständigen Ministerien – auch das Staatsministerium, das für die Koordination zuständig ist – diese Aufgaben bewältigen werden. Ich bin der Überzeugung, dass wir den Windkraftausbau in Baden-Württemberg hinbekommen werden.

Man muss jetzt natürlich ehrlicherweise sagen: Ich bin mir nicht sicher, ob wir 10 % bis 2020 schaffen, aber die 10 % schaffen wir vielleicht im Jahr 2022 oder 2023. Von einer FDP/DVP, die auf diesem Gebiet einmal ordentlich aufgestellt war, unter Herrn Pfister und anderen, und die sich heute wirklich gegen die erneuerbaren Energien ausspricht, die das Thema 50-80-90 überhaupt nicht verstanden hat – Als Herr Rülke gestern hier gesprochen hat, hat er nur von Energieeffizienz gesprochen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Genau!)

Damit kann man die CO₂-Emissionen zwar um 50 % minimieren, aber nicht um 90 %. Wer sich so massiv gegen den Ausbau der erneuerbaren Energien ausspricht wie Sie inzwischen – Ich erlebe immer wieder einmal Herrn Döring etc. bei entsprechenden Veranstaltungen. Ich verstehe, dass er zu Ihrem Wirken hier in diesem Haus an dieser Stelle nichts mehr sagt. Dafür habe ich großes Verständnis.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und möchte mich auch noch einmal ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Umweltministeriums und natürlich insbesondere auch bei dem bedanken, der hauptsächlich die Verantwortung dafür trägt, Herrn Minister Franz Untersteller.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Einzelplan 10 fällt zunächst einmal die absolute Höhe des Haushalts auf. In Anbetracht von Energiewende und globaler Erwärmung scheint ein Haushaltsansatz für den gesamten Bereich Umwelt, Klima und Energiewirtschaft von 437 Millionen € zunächst einmal nicht zu üppig bemessen zu sein. Trotzdem: Wir sind eine gute Opposition; denn wir klopfen jetzt nicht einfach auf den Tisch und fordern pauschal mehr Geld. Wir wissen, dass unsere finanziellen Mittel endlich sind. Deshalb hat im Übrigen die FDP/DVP-Fraktion während der gesamten Haushaltsberatungen nur Änderungsanträge eingebracht, die vollständig gegenfinanziert waren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber was wir natürlich sagen, ist, dass dieses Ministerium deutlich weniger schlagkräftig ist, als es früher der Fall war, als z. B. der gesamte Bereich Verkehr mit dem Umweltbereich unter einem Dach war. Wir sagen auch: Gerade weil es sich um ein finanziell eher klein gehaltenes Ressort handelt, muss

man die Mittel und die Ressourcen dementsprechend zielgerichtet und effektiv sinnvoll einsetzen.

Manchen Kapiteln werden wir heute übrigens zustimmen. Das sind die Kapitel 1006, 1010 und 1011. Diese Zustimmung zeigt auch, dass wir keineswegs eine Fundamentalopposition sein wollen. Dort, wo wir mitgehen können, machen wir es. Aber es gibt einige Kapitel, bei denen wir nicht mitgehen wollen. Ich sage Ihnen auch, auf welche Kapitel das zutrifft. Wir werden z. B. das Kapitel 1007 – Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik – ablehnen.

Ein Wirrwarr von Maßnahmen wird noch lange nicht dadurch zu einem Konzept, dass man es „Konzept“ nennt. In diesem Kapitel zeigt sich die Konzeptionslosigkeit des IEKK. Sie stopfen auf 200 Seiten irgendwelche 108 Maßnahmen zusammen. Davon sind wenige gut, andere sind unwichtig und unspektakulär, und wiederum andere sind schlicht falsch. Sie schaffen es aber nicht, richtige Anreize zu setzen. Sie schaffen keine Schwerpunkte, und vor allem legen Sie auch keine zeitlich konkrete Planung vor.

Wenn wir in diesem so wichtigen Bereich nur begrenzte Haushaltsmittel haben, müssen wir doch versuchen, diese Mittel konzentriert und punktgenau einzusetzen, um tatsächlich eine Verbesserung herbeizuführen. Einer dieser Bereiche ist schlicht die Effizienz.

Herr Kollege Stober, jetzt muss ich mich schon wundern, wie abfällig Sie sich eben gerade zum Thema Windkraft geäußert haben. Zudem haben Sie gesagt, die FDP/DVP wolle eh keine Energiewende, wir hätten es nicht verstanden – und dieser ganze Quatsch, den Sie vorhin erzählt haben.

Ich möchte Ihnen einmal sagen, was Sie nicht verstanden haben. Das ist die Tatsache, dass Sie, was das Thema Effizienz angeht, bei Kraftwerken den ganz, ganz großen Vorteil haben, dass Sie beispielsweise die gesicherte Leistung an anderer Stelle herabsetzen können. Wenn Sie hingegen irgendwo eine zusätzliche installierte Leistung durch Windkraftanlagen aufbauen, müssen Sie gleichzeitig an anderer Stelle eine gesicherte Leistung in gleicher Höhe vorhalten. Wenn es also etwas Sinnvolles zu tun gibt, dann tatsächlich hinsichtlich der Effizienz. Genau in diesem Punkt würde ich mir von der Landesregierung einfach noch ein deutlich stärkeres Zeichen wünschen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gleich noch eine Anmerkung: Wer 1 200 Windkraftanlagen bis zum Jahr 2020 ankündigt, während im laufenden Jahr, im Jahr 2014, jedoch gerade einmal drei gebaut werden, muss doch irgendwann einmal selbst auf den Gedanken kommen, dass diese Politik der Windkraft in Baden-Württemberg gescheitert ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was wir auch ablehnen werden, ist Kapitel 1005 – Wasser und Boden. Ein zentraler Kritikpunkt hier ist für uns der Wasserpennig. Jetzt könnte man sagen: Für private Haushalte macht es den Kohl nicht fett, ob man den Wasserpennig von 5,1 auf 10 Cent pro Kubikmeter anhebt.

(Andreas Glück)

Herr Stober, weil Sie immer anprangern, wir würden keine Gegenfinanzierungsvorschläge machen: Ist Ihnen nicht klar, dass diese 15 oder 17 Millionen €, um die es bei der Anhebung geht – – Wenn Sie es schaffen, eine „Sanierungsrücklage“ für den Wahlkampf im Umfang von mehreren Hundert Millionen auf die Seite zu bringen, gibt es doch keinen Grund, unter dem Verweis auf Hochwasserschutz den Bürgerinnen und Bürgern noch einmal stärker in die Tasche zu langen, meine Damen und Herren.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: So ist es!)

Es ist doch abstrus, dass Sie da sagen, Sie könnten es sich auf der einen Seite nicht vorstellen, während Sie auf der anderen Seite ein paar Hundert Millionen Euro auf der hohen Kante haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt manche Bereiche wie z. B. die wasserintensive Steine- und Erdenindustrie oder auch Kraftwerke, die Sie sehr wohl mit dem Wasserpfeffig treffen werden. Es ist doch ein Witz, dass Sie, während wir im Süden Deutschlands auf eine Versorgungslücke zulaufen, genau diese Kraftwerke noch einmal zusätzlich mit einem Wasserpfeffig belasten wollen. Wenn nun der Hinweis kommen sollte, Herr Minister Untersteller – Sie haben schon manches Mal darauf hingewiesen –, wir seien eines der wenigen Länder, in denen der Wasserpfeffig bisher noch nicht erhöht wurde, kann ich Ihnen an dieser Stelle nur entgegenen: Einige unserer Nachbarn haben diesen Wasserpfeffig überhaupt nicht. Hessen hat ihn nicht, Bayern hat ihn nicht, und in Frankreich und in der Schweiz gibt es den Wasserpfeffig auch nicht. Das sind also genau diejenigen Länder, mit denen wir beim Standortwettbewerb konkurrieren.

Zum Kapitel 1009 – Energiewirtschaft –: Wir werden dem Kapitel 1009 nur dann zustimmen, wenn Sie unseren Änderungsantrag mittragen. Ich befürchte, dass Sie das nicht tun werden. Wir können diesem Kapitel sonst gar nicht zustimmen, denn wir werden auf gar keinen Fall Haushaltsmitteln zustimmen können, mit denen eine so sinnlose Kampagne wie „50-80-90“ finanziert werden soll – 2,4 Millionen € für diese Kampagne, die erstens einmal kein Mensch kennt und die darüber hinaus zweitens auch inhaltlich schlecht und defizitär ist.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wie können Sie denn eine Kampagne „50-80-90“ ins Leben rufen mit dem Ziel der Reduktion von CO₂, aber in dem ganzen Wust von Prospekten kein einziges Wort über eine Technologie verlieren, die es heute schon gibt und mit der man sehr wohl den CO₂-Ausstoß – und unabhängig davon übrigens auch den Feinstaub – reduzieren kann, nämlich die Erdgasmobilität? Sie haben tatsächlich eine Imagekampagne für 2,4 Millionen €, mit der Sie eine CO₂-Reduktion erreichen wollen, und das Wort „Erdgasmobilität“ kommt kein einziges Mal vor. Das heißt, diese Kampagne kennt nicht nur niemand, sondern sie ist darüber hinaus auch inhaltlich schlecht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zusammenfassend ist zu sagen: Sie haben zu wenig Konzepte, und Sie haben viel zu viel Show. Das wird ganz klar im Bereich der Windkraft. Herr Kollege Renkonen, ich halte es schon für eine Unverschämtheit, wenn Sie jetzt in Bezug auf die Windkraft – aus der Sie sonst eine Riesenshow machen –

darauf verweisen, es seien die Regionalverbände, an denen es gerade hängen würde mit den Regionalplänen. Es ist Ihr Landesplanungsgesetz, das Sie verabschiedet haben und das jetzt nicht funktioniert. Hier zeigt sich zu wenig Konzept, zu viel Show und zu wenig Verständnis für Wettbewerb.

Eine Anmerkung sei mir bitte noch gestattet: Ich habe den Eindruck, dass die grün-rote Landesregierung vor allem regieren möchte, indem sie Pflichten auferlegt. Sie haben nicht verstanden, dass es vielleicht sinnvoller ist, ab und zu einmal Anreize zu schaffen. Wenn man das IEKK anschaut, liest man zwar oft, dass Sie Anreize setzen möchten. Aber wenn man das einmal ganz genau nachliest, wird klar, dass Sie mit Anreizen meinen, dass Sie durch Gängelung, Pflichten, Steuern und Gebühren die Menschen in die Richtung schubsen wollen, in der Sie sie haben wollen. Sie haben nicht wirklich verstanden, was es bedeutet, Anreize zu setzen.

Ich fordere Sie auf: Bilden Sie Schwerpunkte, konzentrieren Sie Ihre Mittel, setzen Sie Anreize! Denn bis jetzt gilt: Sie sind als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Die SPD-Fraktion hat darum gebeten, die komplette Redezeit ausnutzen zu können. Vor dem Minister spricht daher noch Frau Kollegin Rolland.

Abg. Gabi Rolland SPD: Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Glück, ich habe in der Zeitung die Aussage einer Landrätin gelesen, man brauche eine Denkpause bei der Windkraft. Wir glauben, wir brauchen keine Denkpause, sondern wir brauchen richtig viel Energie, um die Windkraftanlagen bauen zu können.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die Energie brauchen Sie, Frau Kollegin! Diese Energie brauchen Sie, denn bisher fehlt Ihnen Energie!)

Immer nur das Argument Landschaftsschutz aufzugreifen und dies anzuprangern, erscheint uns ein bisschen zu wenig. Wir haben keinen zweiten Planeten im Kofferraum. Natürlich sind Energie und Klimaschutz wichtige Säulen unserer Umweltpolitik. Aber es gibt noch ein paar weitere wichtige Säulen. Die eine wichtige Säule ist der Atomausstieg. Wir müssen weiterhin die Nachrüstung der bestehenden AKWs begleiten, wir brauchen eine aufwendige Aufsicht für den Rückbau, und wir brauchen vor allem für die künftige Stilllegung eine gute Vorbereitung. Und gerade in den Grenzgebieten brauchen wir die Überwachung der Umgebung, so bei den AKWs Fessenheim und Leibstadt. Das dient der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und ihrem Schutz.

Eine zweite Säule ist die Abfallwirtschaft. Wir wollen die Wertstofftonne einführen. Sie wird den Sortieraufwand der Haushalte verringern, sie wird die verwertbaren Stoffe verbessern, und sie wird Möglichkeiten schaffen, die öffentlich-rechtlichen Abfallbetriebe weiterzuentwickeln. Das dient ebenfalls dem Umweltschutz und den Bürgerinnen und Bürgern.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden als weitere Säule die Ressourceneffizienz verbessern. Das ist ein Leitmotiv unseres umweltpolitischen Han-

(Gabi Rolland)

delns. Ich darf erinnern: Wir haben begonnen, diese Umwelttechnologien zu verbreitern und zu entwickeln und Maßnahmen für die Rohstoffproduktivität, für die Materialeffizienz und auch für die Ressourcenschonung zu ergreifen. Der Ressourceneffizienzkongress, der jetzt zweimal stattgefunden hat, hat bundesweit und sogar über die Grenzen hinweg Beachtung gefunden. Ressourceneffizienz dient der Schonung der Ressourcen und spart vor allem viel Geld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ein weiterer Punkt ist der Hochwasserschutz. Es ist schon gesagt worden: Die Flussgebietssysteme müssen neu aufgestellt werden, wir brauchen eine integrierte Gesamtbetrachtung – das wird gemacht –, und die Hochwasserrisiken sind zu minimieren. Allein für das Integrierte Rheinprogramm fehlen noch 60 % der Maßnahmen. Wir müssen die Deiche und die Dämme sanieren, wir müssen Hochwasserrückhalteräume schaffen und müssen diese bauen, und wir brauchen dazu jährlich 50 Millionen € – richtig viel Geld steht dafür im Haushalt. Sie, lieber Herr Lusche und lieber Herr Glück, prangern jetzt den Wasserpfennig an und geißeln ihn. Ich erspare es Ihnen, in die alten Haushaltspläne zu schauen. Ihnen kämen dabei die Tränen, und Sie müssten sich für das schämen, was Sie tatsächlich in den vergangenen Jahren für den Hochwasserschutz eingestellt hatten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist jetzt richtig viel Geld, und deswegen haben wir den Wasserpfennig. Auch zu Ihrer Zeit war der Wasserpfennig gebunden, nämlich für das Thema „Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft“.

Ich will einen letzten Punkt ansprechen, der für uns sehr wichtig ist, nämlich das freiwillige ökologische Jahr. Es ist uns gelungen – auch in diesem Haushalt –, dass die jungen Menschen zwischen Schule und Beruf die Möglichkeit haben, in Einrichtungen Erfahrungen zu sammeln, wie unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und verbessert werden können. Das ist Nachhaltigkeit pur, wenn man in junge Menschen investiert. 230 gute Plätze für junge Menschen – ich glaube, das ist wirklich ein gutes Pfund, mit dem man wuchern kann.

Ich habe nun fünf kleine, aber wichtige, ja, revolutionäre Schritte in diesem Haushalt vorgetragen, während mein Kollege die große Säule der Energiewirtschaft und des Klimaschutzes vorgestellt hat.

Ich finde, wir nehmen mit diesem Einzelplan 10 die Herausforderungen der Zukunft an, wir nehmen die Verantwortung für die Menschen in unserem Land und für die Umwelt in die Hand. Wir haben keine zweite Erde, wir haben unsere Erde nur gepachtet von unseren Kindern und Kindeskindern.

In diesem Sinn vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Präsident, verehrte, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Tagen haben hier Hannah Arendt und

– gestern – Perikles eine Rolle gespielt. Ich will heute jemand Dritten dazugesellen, nämlich Cicero. Er hat einmal gesagt: „Angenehm sind die erledigten Arbeiten.“ Uns, der grünen Landesregierung, und mir speziell als Umweltminister ist durchaus bewusst, dass noch vieles zu tun ist, gerade auch, was die Energiewende betrifft und was das Thema Hochwasser betrifft. Ich komme nachher noch einmal darauf zurück.

Gleichzeitig aber kann man feststellen: Vieles ist auf den Weg gebracht, und vieles ist schon getan worden. Darauf werde ich in meiner Rede noch näher eingehen. Dies zeigt übrigens, wie ich finde, auch der Haushalt, den wir vorgelegt haben, ebenso wie die bisherigen Debatten, die wir im Ausschuss über den Haushalt des Umweltministeriums geführt haben.

Die von der Opposition eingebrachten Änderungsanträge, die auch heute wieder vorliegen, lassen nur einen Schluss zu: Wir haben viel Richtiges gemacht. Wenn sich die Kritik darauf beschränkt, dass die Energiewendekampagne „50-80-90“ überflüssig und schlecht gemacht sein soll, dann können wir, finde ich, mit unserer Arbeit zufrieden sein.

Warum können wir damit zufrieden sein? Lieber Kollege Lusche, Sie haben vorhin von Selbstdarstellung und Eigenwerbung gesprochen. Bei der Kampagne geht es weder um das eine noch um das andere. Worum geht es bei der Kampagne? Es geht im Grunde – das wissen Sie auch – um ein Generationenprojekt. Da spielt die Politik eine Rolle. Letztlich sind aber alle Teile dieser Gesellschaft von der Energiewende betroffen. Das gilt umso mehr für ein Land wie Baden-Württemberg, in dem in der Vergangenheit 50 % der Energie im Stromsektor durch Kernkraft erzeugt wurden und in dem ab dem Jahr 2022 diese Art der Energieerzeugung auf null gefahren werden muss. Das heißt, alle in diesem Land, die Wirtschaft bis hin zum einzelnen Haushalt, sind von der Energiewende betroffen. Hier geht es um ein wenig mehr als um den Aufbau von erneuerbaren Energien. Es geht vielmehr auch um Infrastruktur, letztendlich auch um die Frage der zukünftigen Gestaltung von Tarifen, um Smart Grids und dergleichen.

Da ist es notwendig, dass man die Bürgerinnen und Bürger der Gesellschaft insgesamt mitnimmt. Ich finde, das sollte man aus so manchen Großprojekten der Vergangenheit – die etwas kleiner waren als das, was wir hier angepackt haben, als das, was die Gesellschaft in Deutschland angepackt hat – gelernt haben.

Übrigens sind wir mit dieser Herangehensweise nicht allein. Um einmal mit jemandem Unverdächtigen anzufangen, bitte ich Sie, einmal nach Bayern zu schauen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Die sind nicht unverdächtig!)

Auch Bayern hat mittlerweile eingesehen, dass man Dialogkampagnen braucht. Es hat eine Zeit lang gebraucht, bis dies eingesehen wurde. Wie Sie aber wissen, ist in Bayern eine Dialogkampagne aufgesetzt worden. Bayern geht mit Roadshows – nehmen wir einmal diesen neudeutschen Begriff – ähnlich wie wir vor. Roadshows sind auch Bestandteil unserer Kampagne. Man zieht mit einem Messestand durchs Land, um die Energiewende zu erklären. Diese bayerische Roadshow kostet für neun Monate 1,6 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Minister Franz Untersteller)

Mich wundert dies, ehrlich gesagt, nicht. Ich finde das auch nicht falsch. Aber so zu tun, als würden wir hier etwas machen, bei dem es angeblich darum geht, mich irgendwie in den Mittelpunkt zu rücken, ist einfach absurd.

Nehmen wir ein anderes aktuelles Beispiel, ein Beispiel vom heutigen Tag. Ich zitiere:

Eine begleitende Kommunikationskampagne zum Energiekonzept Stuttgart soll bewirken, dass sich weite Teile der Stadtgesellschaft mit der Energiewende auseinandersetzen und mit ihr identifizieren. Dabei sollen alle Akteure berücksichtigt und Maßnahmen miteinander verzahnt werden.

Das kann man nun schnell auf die parteipolitische Schiene schieben. Schauen Sie sich aber um. Schauen Sie sich an, was der Bund, was Kollegin Hendricks macht. Schauen Sie sich an, was Hessen gemacht hat. Schauen Sie sich an, was Nordrhein-Westfalen zu Zeiten der CDU/FDP-Regierung gemacht hat. In den letzten Jahren wurden solche Kampagnen zunehmend wichtiger, weil man gemerkt hat, dass man in einer immer komplexer werdenden Gesellschaft die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen muss. Das ist der Grund, warum wir diese Informationskampagne machen. Sie hat nichts mit Image zu tun. Erst recht hat sie nichts mit Eigenwerbung zu tun.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich auf einige Punkte des Haushalts eingehen, die hier zum Teil schon angesprochen wurden und mir wichtig sind. Mit diesem Doppelhaushalt stellen wir für die Zukunft eine sichere Grundlage für den Hochwasserschutz her. Wir sorgen für eine solide und nachhaltige Finanzierung. Mit der Novelle des „Wasserpennings“ wurde das Wasserrecht ökologisch, praxisorientiert, modern und neu gestaltet. Hochwasserschutz, Gewässerökologie und Klimaschutz wurden gestärkt.

Die Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgelt, dem sogenannten Wasserpennig, werden zukünftig zweckgebunden für den Hochwasserschutz und den Gewässerschutz in Baden-Württemberg verwendet. Mit diesem übergreifenden Ansatz erhalten die Bürgerinnen und Bürger verlässlich einen umfassenden Hochwasserschutz. Die Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe wird mit dieser Maßnahme auch für die kommenden Jahre sichergestellt.

Es ist ganz entscheidend, dass wir in der Frage, wie viele Mittel uns zur Verfügung stehen, nicht mehr von konjunkturellen Entwicklungen abhängig sind. Wir können vielmehr planen. Dieses Haus hat beispielsweise mehrfach über alle Fraktionen hinweg beschlossen, dass das Integrierte Rheinprogramm bis spätestens 2028 umgesetzt werden soll. Wenn man weiß, welche Mittel hierfür in den kommenden Jahren notwendig sind, sollte man eigentlich froh sein, dass uns dies gelungen ist. Um einmal Zahlen zu nennen: Wir haben für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 im Rahmen der neuen Zweckbindung 76,4 bzw. 74,4 Millionen € an Ausgabenansätzen veranschlagt.

Herr Kollege Lusche, ich empfehle Ihnen, einfach einmal im Haushalt des Jahres 2009 oder 2010 zu schauen, wie viele Mittel darin vorgesehen waren. Ich sage es Ihnen: ein Bruchteil davon.

Wir haben uns auch die Mühe gemacht und in den Archiven im Haus geschaut, wie die Diskussionen in der Vergangenheit geführt wurden, und haben festgestellt, dass manche oder mancher meiner Vorgängerinnen und Vorgänger im Amt ähnliche Versuche unternommen hat. Diese sind dann in den Arbeitskreisen der CDU-Fraktion gescheitert, und wenn sie dort nicht gescheitert sind, sind sie in der Villa Reitzenstein gescheitert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört, hört!)

Wenn Sie einmal mit Kollegen reden – wir haben hier auch Jubilare unter uns, die dieses Thema kennen –, dann werden Sie feststellen, dass es durchaus eine Anerkennung für das, was jetzt gelungen ist, gibt. Im Sinne des Hochwasserschutzes ist dies, glaube ich, ein richtiger und ein guter Schritt gewesen.

Was machen wir jetzt mit zusätzlichen Mitteln aus der Anhebung? Selbstverständlich ist es so, wie Sie sagen – das war uns auch bewusst –: Im Zuge der Energiewende gehen die Einnahmen natürlich zurück. Das ist doch völlig klar, wenn Kernkraftwerke abgeschaltet werden bzw. wenn Kraftwerke weniger laufen. Gleichzeitig ist natürlich auch klar, dass in den kommenden Jahren der Bedarf steigen wird. Beispielsweise haben die großen Projekte im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms, die ab 2018, 2019, 2020 und danach umgesetzt werden, einen enormen Finanzierungsbedarf. Dies ist in dem zweistufigen Erhöhungskonzept für den Wasserpennig abgebildet.

Herr Kollege Glück, ich gebe Ihnen einen Tipp: Lesen Sie es einmal. Wenn Sie es lesen, werden Sie feststellen, dass Sie nicht so reden können, wie Sie dies vorhin getan haben. Die Wirtschaft ist nämlich gar nicht davon betroffen.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Steine und Erden!)

– Nein, auch diese Branche ist nicht davon betroffen. Lassen Sie sich dies von mir sagen. – Zum 1. Januar 2015 erhöhen wir den Satz für die öffentliche Wasserversorgung von 5 Cent auf 8 Cent pro m³. Wenn Sie dies für einen baden-württembergischen Haushalt umrechnen – der Durchschnittsverbrauch bei den Baden-Württembergern liegt bei etwa 33 oder 34 m³ im Jahr –, dann entspricht das einer Mehrbelastung von 10 Cent pro Monat bzw. von 1,20 € pro Jahr. Wenn man dafür in Baden-Württemberg einen guten Hochwasserschutz bekommt und Vorsorge trifft, dass uns möglichst so etwas erspart bleibt wie das, was Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt im letzten Jahr hatten, nämlich Schäden von 6, 7, 8 Milliarden €, dann ist es, wie ich meine, gut angelegtes Geld. Vor allem sind das Haus und die, die mit diesen Themen zu tun haben, in Zukunft unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen, von Schwankungen der Einnahmen im Haushalt. Ich finde, darüber sollten alle sehr froh sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn man solche Hochwasserschutzprojekte in den kommenden Jahren vor sich hat – nehmen wir einmal das Thema IRP, aber auch die anderen Gewässer erster Ordnung –, dann braucht man dafür auch Personal. Hier muss offen gesagt werden: In den letzten Jahren wurde hier gesündigt. Durch das 1 480-Stellen-Einsparprogramm fiel natürlich auch einiges an Personal in den Regierungspräsidien und in den Gewässerdi-

(Minister Franz Untersteller)

reaktionen weg. In den vorliegenden Haushalt haben wir nun 55 zusätzliche Stellen, nicht nur für das Thema Planung, sondern insbesondere auch für die Umsetzung dieser Projekte, die in den kommenden Jahren anstehen, aufgenommen. Auch das trägt dazu bei, den Hochwasserschutz in Baden-Württemberg zu sichern und voranzubringen.

Ich will noch dazusagen: Obwohl wir mehr Mittel für neue Projekte zur Verfügung stellen, leisten wir gleichzeitig einen Beitrag zur Konsolidierung des Landshaushalts. Was meine ich damit? Das Umweltministerium hat in seinem Geschäftsbereich sämtliche Einsparvorgaben zur Haushaltskonsolidierung in voller Höhe erbracht. Wir haben den Orientierungsplan komplett so umgesetzt, wie es von uns erwartet wurde. Wir haben die Effizienzrendite erbracht. Wir erbringen zur Hälfte die GMA. Das zusammengezählt heißt für mein Haus 4,4 Millionen € bzw. 5,4 Millionen € für die kommenden Jahre.

Wenn man weiß, wie überschaubar der Haushalt des Umweltministeriums ist, dann kann man sich vorstellen, welche Kraftanstrengung es ist, für ein Haus wie meines diese Kürzungen zu erbringen. Aber wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, und wir machen das. So etwas ist natürlich dann auch spürbar – um es klar und deutlich zu sagen. Das können Sie nicht einfach verstecken.

Dann heißt es, dass wir Abschied nehmen beispielsweise von der bisherigen Förderlinie Bioenergiedörfer, nicht zuletzt natürlich auch deshalb, weil die EFRE-Förderung ausläuft.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Lieber Kollege Bullinger, die EFRE-Förderung lief 2013 für das Programm aus. Daher war auch klar: Wir können nicht noch einmal drauflegen, um das weiterzuführen. Im Übrigen: Das Projekt „Bioenergiedörfer“ läuft – Gott sei Dank – mittlerweile auch so in Baden-Württemberg gut. Wir haben weit über 50 Projekte realisiert, und etliche sind im Moment in der Umsetzung bzw. in der Planung.

Wir haben auch, Herr Kollege Lusche – das sage ich jetzt einmal; es wäre eigentlich der Job der Opposition gewesen, so etwas zu kritisieren –, die private Altlastensanierung von rund 504 000 € zukünftig auf null gesetzt, weil wir diese Konsolidierungsbeiträge bringen müssen. Wir haben es so gemacht, dass wir im Haushalt geschaut haben: Wo ist es am ehesten verkraftbar? Dieser Aufgabe stellen wir uns. Da stelle ich mich auch hin und erkläre, warum und wieso in den einzelnen Bereichen diese Kürzungen gemacht werden müssen.

Wir sparen nicht nur, sondern wir haben auch innovative Ansätze in Zeiten des Sparens, wie wir trotzdem die Themen neu aufsetzen. Nehmen wir einmal das Thema „Marktüberwachung“, bei dem wir die zersplitterte Marktüberwachung über vier Regierungspräsidien plus die unteren Verwaltungsbehörden zukünftig beim RP in Tübingen bündeln und gleichzeitig die bisherigen bei den unteren Verwaltungsbehörden vorhandenen Aufgaben hochzonen und bündeln.

Ich habe mit den kommunalen Landesverbänden verhandelt, dass wir das machen, und zwar nicht umsonst, sondern wir haben hierfür einen finanziellen Ausgleich bekommen. Wie es nun einmal so ist: Die Stellen folgen den Aufgaben. Das heißt, die kommunalen Landesverbände haben dann auch ein-

gesehen, dass sie dafür finanziell etwas bringen müssen. Ich glaube, es ist richtig, dass wir das bündeln, weil wir damit natürlich wesentlich schlagkräftiger werden, was das Thema Marktüberwachung betrifft.

Wenn Sie sich in Deutschland in anderen Bundesländern umhören, dann stellen Sie fest, dass die sehr genau schauen, was wir hier in Baden-Württemberg machen. Es wird in anderen Bundesländern durchaus als ein Modell angesehen, wie man zukünftig in einer Zeit, in der das Thema Marktüberwachung von Brüssel aus zu einer wachsenden Aufgabe wird, mit begrenzten Ressourcen umgehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie mich noch ein paar weitere Schwerpunktsetzungen im Haushalt nennen. Wir haben in Baden-Württemberg mit klaren Zielen bei Effizienz und Klimaschutz und mit einem verlässlichen Fahrplan die Weichen für die Energiewende gestellt. Ich nenne nur ein paar Stichworte: Klimaschutzgesetz, Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, Landesplanungskonzept, Windkrafteffizienz usw.

Lassen Sie mich noch ein paar sachliche Bemerkungen zum Thema Windkraft machen. Wenn man ins Amt kommt und feststellt, alle Standorte in Baden-Württemberg für mögliche Windkraftanlagen sind belegt – es gab noch ein paar, aber die wollte niemand, weil sie nichts wert waren –, dann muss man das Thema neu aufsetzen. Wir können darüber streiten, ob Weiß-Grau oder Grau-Weiß-Schwarz die richtige Herangehensweise ist. Fakt ist, Sie müssen es neu aufsetzen. Wir haben es neu aufgesetzt. Wenn man es dann neu aufsetzt, dann sind bestimmte Dinge die Folge. Wenn Sie das Landesplanungsgesetz novellieren, dann gehen anschließend die kommunalen Planungsträger und die Regionalverbände hin und planen. Das haben sie in den letzten Jahren gemacht, und es ging – Gott sei Dank – voran. Hier schneller, da langsamer – aber es ging voran.

Sie müssen auch bestimmte Dinge berücksichtigen. Ich habe schon ein paarmal das Thema „Windkraftrelevante Arten“ genannt. Wenn man es nicht berücksichtigt – das muss ich dem Juristen Lusche nicht sagen –, dann scheitert man spätestens vor Gericht mit Planungen. Ergo ist man gut beraten, diese Themen, bei denen wir von europäischer Seite, von Bundesseite auch auf Rechtsnormen stoßen, zu berücksichtigen.

Dann brauchen Sie aber auch Daten. Wenn Sie Daten brauchen, dann schauen Sie in die Schublade, ob sie da sind. Bei uns waren sie nicht da. Die Schubladen waren leer, was die Frage windkraftrelevanter Arten betrifft. Warum? Wenn man keine Windkraftanlagen bauen will, dann muss man auch keine Daten zu windkraftrelevanten Arten erheben. Es war nun einmal so bei Ihnen. Das heißt, wir haben über zwei Jahre hinweg diese Daten von den verschiedenen Arten erhoben. All diese Dinge kommen dort zusammen.

Deswegen hatten wir hier einen dreijährigen Vorlauf. Ich hätte am Anfang auch nicht gedacht, dass es so lange dauert. Aber diesen Vorlauf hatten wir.

Wo stehen wir heute? Im Juli dieses Jahres hatten wir 41 Anlagen aus dem laufenden Jahr plus sieben Anlagen aus dem letzten Jahr genehmigt. Das sind die 48 Anlagen, die im Juli genehmigt waren. Das ist immerhin mehr als das Vierfache

(Minister Franz Untersteller)

dessen, was sonst im ganzen Jahr genehmigt wurde. Wir haben zudem im Moment über 270 Anlagen im Genehmigungsverfahren. Es ist doch logisch: Solche Genehmigungen setzen sich dann auch in reale Anlagen draußen um. Spätestens nächstes Jahr wird das der Fall sein. Nicht ich baue die Anlagen, sondern die Investoren bauen sie. Aber die Investoren haben jetzt diese Genehmigungen. Im Juli waren es 48, in den nächsten Tagen werden noch einige dazukommen. Gehen Sie einmal davon aus: Das setzt sich dann um – wenn auch durchaus langsamer, als ich das selbst am Anfang gedacht hatte. Das will ich nicht abstreiten.

Noch ein paar Bemerkungen zu anderen Themen, die wir aufgesetzt haben. Mit dem Entwicklungsprogramm „Power to Hydrogen“, das mit 0,7 Millionen € im Jahr hinterlegt ist, haben wir ein neues konkretes Projekt für die Energiezukunft im Land initiiert. Mit dem neuen Förderprogramm soll die effiziente Erzeugung von großen Wasserstoffmengen aus erneuerbaren Energien und deren Verteilung, Nutzung und Infrastrukturplanung entwickelt, erprobt und umgesetzt werden.

Herr Kollege Glück, zu den von Ihnen geforderten Anreizen will ich jetzt kommen. Nur ein Beispiel: Wir haben in den letzten Jahren ab 2012 zwei Zinsverbilligungsförderprogramme gemeinsam mit der L-Bank aufgesetzt, zum einen das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“, zum anderen das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“. Dafür haben wir im kommenden Jahr wieder 10,1 Millionen € an Fördervolumen im Haushalt, um diese Programme weiterzuführen.

Was ist es anderes als ein Anreiz für Bürgerinnen und Bürger bzw. für kleine und mittelständische Unternehmen, diese Dinge zu machen? Wenn Sie einmal schauen, wie erfolgreich wir damit sind, dann stellen Sie fest, dass wir bundesweit einmalig dastehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Warum? Weil wir damit weit über 20 % aller KfW-Mittel nach Baden-Württemberg ziehen. Das heißt, die Unternehmen werden modernisiert, sie werden effizienter. Wir schaffen damit Wertschöpfung vor Ort bei den Handwerkern, weil die Projekte umgesetzt werden. Wir reduzieren damit CO₂, und wir reduzieren damit Kosten. Was soll daran falsch sein?

Ich würde erwarten, dass Sie wenigstens zur Kenntnis nehmen, dass wir diese Dinge machen. Stattdessen stellen Sie sich hier hin und erzählen herum, wir würden nur mit Geboten, Verboten und solchen Dingen operieren. Kaum ein Land operiert so viel mit Anreizen, wie wir es tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die steuerliche Abschreibbarkeit!)

– Dazu werde ich gleich etwas sagen. Oder ich sage es gleich. Herr Kollege Glück, ich muss sagen, Sie sind da nicht ganz auf dem Laufenden.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Doch!)

Wenn Sie auf dem Laufenden wären, dann wüssten Sie, dass heute die Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin einvernehmlich beschlossen hat, dass die steuerliche Abschreibung im

Umfang von 1 Milliarde € mit den Ländern gemacht wird. Das Volumen für die kommenden fünf Jahre beläuft sich auf jeweils 1 Milliarde €. Es gibt jetzt eine Arbeitsgruppe, in der die Details ausgearbeitet werden.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Was wollen Sie denn noch?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Dr. Schmid und ich waren damit erfolgreich, weil wir uns schon in den letzten Jahren dafür starkgemacht haben. Es ist doch nicht an uns gescheitert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! An der FDP!
– Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

– Märchenbildung, Legendenbildung! – Weil wir mit diesen Förderprogrammen bei der L-Bank so erfolgreich sind, weiten wir diese Förderprogramme aus. Wir machen jetzt ein Programm „Ressourceneffizienzfinanzierung – Mittelstand“. Das heißt, Unternehmen, die in Zukunft in ressourcensparende, in materialsparende Technologien investieren, werden genauso wie bisher für Effizienzmaßnahmen zukünftig auch für das Thema Ressourceneffizienz verbilligte Darlehen bekommen. Damit machen wir die Unternehmen wettbewerbsfähiger. Der Standort Baden-Württemberg wird dadurch noch besser. Ich würde bitten, das einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir setzen nämlich Anreize, die Sie von uns einfordern. Die machen wir aber.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch einige andere Anreize nennen. Wir haben, wie Sie wissen, eine neue EFRE-Förderung und haben dafür bei den Verhandlungen doppelt so viele Mittel herausgeholt – auch gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen von der CDU in Brüssel. Wir haben doppelt so viel zur Verfügung wie die Vorgänger, rund 280 Millionen €. Mein Haus hat davon über die kommenden Jahre einen Betrag von insgesamt 47 Millionen €; diese Mittel konzentrieren wir – auch das übrigens ein Unterschied zu Ihnen – auf Schwerpunkte.

Welches sind die drei Schwerpunkte bei uns? Das ist zum einen das Thema Phosphorrückgewinnung. Dafür stellen wir 8 Millionen € zur Verfügung. Wir wollen eine ökologisch und ökonomisch vertretbare Phosphorversorgung in Baden-Württemberg erreichen, indem wir Phosphor aus Klärschlamm rückgewinnen.

Zweiter Schwerpunkt: Wir werden 12 Millionen € zur Verfügung stellen, um acht regionale Kompetenzstellen des Netzwerks Energieeffizienz aufzubauen. Ab dem nächsten Jahr werden wir für die Wirtschaft Kompetenzstellen für Energieeffizienz einrichten,

(Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehen Sie, Herr Glück!)

die kleine und mittlere Unternehmen motivieren werden, Energieberatung in Anspruch zu nehmen. Es sollen Netzwerke entstehen, die es den Unternehmen erleichtern, die individuell besten Maßnahmen bei der Energieverbrauchsreduzierung zu finden und diese dann zu verwirklichen. Das trägt zur Kosten-

(Minister Franz Untersteller)

reduzierung bei den Unternehmen bei; das macht sie noch schlagkräftiger im Wettbewerb, und es trägt dazu bei, dass wir in Baden-Württemberg den Ausstoß von CO₂ reduzieren. So etwas nennt man neudeutsch Win-win, und auch das ist ein Anreiz, Herr Kollege Glück.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Einen dritten Anreiz will ich Ihnen nennen: Wir stellen für die Kommunen 26,5 Millionen € im Rahmen des Programms „Klimaschutz mit System“ zur Verfügung, durch das die Kommunen Leuchtturmprojekte in Sachen Klimaschutz realisieren können. Wir haben letzte Woche die erste Tranche ausgezahlt. Dieses Programm wird im Land enorm nachgefragt. 50 Kommunen mit rund 70 Projekten haben Anträge eingereicht; darunter waren sehr innovative Projekte. Wir haben jetzt in einer ersten Runde 19 Millionen € an die Kommunen gegeben. Es gibt eine Investitionsförderung von 50 %, teilweise sogar darüber.

Was ist das, was wir hier machen, anderes, als Anreize zu setzen? Sie fordern von uns Dinge, die wir in einer Breite machen, wie sie bundesweit einmalig ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Lusche, Sie haben vorhin gesagt, wir müssten mehr tun in Sachen Smart Grid. Auch da – das sehen Sie, wenn Sie genau hinschauen – sind wir sehr gut unterwegs. Wir haben mit den Akteuren im Land die Smart-Grids-Plattform erarbeitet. Rund 120 Akteure waren daran beteiligt. Wir haben die Smart-Grids-Plattform Baden-Württemberg e. V. gebildet. Warum? Nicht weil wir jetzt „Vereinshansel“ wären – wobei ich nichts gegen Vereine sagen will –, sondern weil es in Berlin im kommenden Jahr vermutlich ein Programm gibt, mit dem Smart Grid in der Größenordnung von 80 Millionen € gefördert wird. Wir wollen die Akteure in Baden-Württemberg, die bei diesem Thema unterwegs sind, bündeln und wollen sie dabei unterstützen, sodass wir einen möglichst großen Teil dieser 80 Millionen € für Baden-Württemberg abgreifen.

Im Vorfeld davon führen wir natürlich auch eigene Projekte durch.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Aha!)

Wenn Sie in den Haushalt 2015/2016 hineinschauen, so sehen Sie dort ein Fördervolumen von rund 3 Millionen €.

Wir brauchen also keine Anträge von Ihnen. Vielmehr würde ich mir wünschen, dass Sie unsere Ansätze im Haushalt unterstützen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt nennen,

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

nämlich das Thema Bioenergie. Es ist so, dass zum 1. Januar 2015 die Getrennsammlung von Bioabfällen Pflicht wird. Was machen wir? Wir bauen hier ein Kompetenzzentrum auf, das in Baden-Württemberg mit dafür sorgen wird, dass die Potenziale, die hier bestehen, um diese Abfälle dann auch energetisch zu nutzen, tatsächlich sinnvoll energetisch genutzt werden und dass wir dabei in Baden-Württemberg gut aufge-

stellt sind. Ich habe kein Interesse daran, dass irgendwo wieder Anlagen von Thermoselect herumstehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war nicht so schlecht! Du warst auch dabei!)

Deshalb bauen wir dieses Kompetenzzentrum in Karlsruhe – übrigens gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden – bei der LUBW auf. Auch die kommunalen Landesverbände bringen ihren Anteil. Es gibt in Baden-Württemberg ein Investitionsvolumen von rund 300 Millionen €, und ich finde, da sollten wir alle gemeinsam ein Interesse daran haben, dass diese 300 Millionen € richtig angelegt werden und dass bei diesem wichtigen Thema innovative Technik in unserem Land zum Zuge kommt.

Fazit: Das ist ein guter Haushalt. Es ist ein nachhaltiger Haushalt,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Sehr richtig!)

der inhaltlich überzeugt, der unser Land voranbringt, sowohl in der Umweltpolitik als auch dadurch, dass er einige deutliche Akzente setzt, um den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg in den kommenden Jahren weiter voranzubringen.

Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung während der Haushaltsberatungen. Ich bedanke mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses sowie der nachgeordneten Behörden für die Aktivitäten, die hier in den letzten Jahren vorgebracht wurden und die auch in den kommenden Jahren Baden-Württemberg im Hinblick auf Umweltpolitik und Energiepolitik in den vordersten Rängen der Länder halten werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Zugabe! Zugabe!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Lusche.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von den Grünen und der SPD: Oje! – Muss das sein?)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Wir wollen euch doch allen Gelegenheit geben, pünktlich zur Abstimmung hier zu sein.

In aller Kürze, Herr Minister: Wenn Sie sich beklagen, von uns lägen zu wenig Anträge vor, dann sage ich Ihnen – Sie haben eben auf die Vergangenheit verwiesen –: Genau das haben wir eben nicht gemacht. Wir haben keine Anträge nach dem Motto „Wünsch dir was“ gestellt, sondern wir haben dabei jeweils selbstverständlich auch eine Gegenfinanzierung in den Raum gestellt. – Erstens.

Zweitens: Windkraft. Das mit den „zwingenden Rechtsvorschriften“ erklären Sie gern einmal dem Kollegen Schmiedel von der SPD; dann schimpft er vielleicht nicht mehr so mit den Landräten.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Drittens: Sie wissen ganz genau – dazu kennen Sie sich viel zu gut aus –, dass das Problem darin besteht, dass Sie das Lan-

(Ulrich Lusche)

desplanungs-gesetz nicht novelliert, sondern es von den Füßen auf den Kopf gestellt haben, sodass alles auf die kommunale Ebene verlagert wurde. Auch dort kommt es übrigens nun in den Haushalten an, mit einem Haufen Geld für Gutachter, die Teilflächennutzungspläne, die für Windkraft fortgeschrieben werden müssen, damit kein Planungsvakuum entsteht, begutachten müssen. Da kommen also richtig Kosten auf – mit zum Teil sehr überschaubarem Ertrag.

Was die Werbekampagne betrifft, kommen Sie mir doch bitte nicht immer wieder mit irgendwelchen Beispielen aus Bayern oder vom Bund. Sie nehmen neue Schulden auf. Bayern zahlt Geld zurück, und der Bund schreibt eine schwarze Null. Das ist ein kleiner Unterschied, wenn es darum geht, was für einen Luxus an Kampagnen man sich leisten kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Im Übrigen sage ich auch an dieser Stelle: Ich habe nicht den Eindruck, dass in Baden-Württemberg oder in Deutschland insgesamt ein horrender Mangel an Veranstaltungen zur Energiewende herrscht. Mein Eindruck ist vielmehr, dass man sich so langsam vor lauter Veranstaltungen nicht mehr retten kann. Da muss man sich auch einmal die Frage stellen, wie sinnvoll es ist, dies immer noch weiter aufzublähen.

(Vereinzelt Beifall)

Letzter Punkt: Wasserpfeffnig. Ohne auf die „Jubilare“ näher einzugehen – Die Frage ist doch einfach: Finanzieren Sie etwas über Steuern – dann zahlen alle –, oder finanzieren Sie das über Gebühren – dann zahlt das ein bestimmter Personenkreis –?

In diesem Zusammenhang würde mich – dafür reicht die Zeit jedoch nicht mehr – beispielsweise auch interessieren, welche Überlegungen Sie in Richtung EnBW anstellen. Das wird dieses Unternehmen nämlich in erheblichem Maß berühren. Aber da haben wir ja eine allgemeine Leerstelle in den Aussagen der Landesregierung, und dies schon seit Längerem.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die kann man füllen, diese Leerstelle! Wir können den Untersteller noch mal holen! – Zurufe: Untersteller soll noch mal kommen! – Der kann die Leerstelle füllen! – Gegenruf des Staatssekretärs Jürgen Walter: Keine Reden mehr! Abstimmen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe)

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6010.

Zunächst rufe ich Abschnitt I dieser Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Nummern 1 und 2, das sind Kapitel 1001 – Ministerium – und Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen –, zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe also

Kapitel 1001 und Kapitel 1002

gemeinsam auf. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1005

Wasser und Boden

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1006

Emissionsschutz, Kreislaufwirtschaft, Marktüberwachung

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 5 auf:

Kapitel 1007

Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik

(Anhaltende Unruhe)

Wer Kapitel 1007 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6010, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

Zu diesem Kapitel liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP und zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6060-3, zu den Titeln 526 70, 531 70 und 534 70 abstimmen, der weiter gehend ist als die Ziffern 1 bis 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6060-1, der auch den Titel 547 70C betrifft.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6060-3, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Präsident Guido Wolf)

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6060-1, abstimmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 15/6060-2, zu Titel 892 70 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – abstimmen, der sich für eine Verstärkung des Förderprogramms „Smart Grids und Speicher“ einsetzt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 1009 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

Wer Kapitel 1010 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Drucksache 15/6010, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Kapitel 1011

Kernenergieüberwachung, Strahlenschutz

Wer Kapitel 1011 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6010, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 10 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 10.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich rufe **Punkt 3 f** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6013

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 13 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Kollegin Razavi für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist gute Verkehrspolitik für Baden-Württemberg?

(Abg. Walter Heiler SPD: Hm!)

Für uns, die CDU-Fraktion, ist klar – –

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Sie regen sich schon am Anfang auf. Das ist etwas ganz Neues.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Walter Heiler SPD: Wir haben uns schon vor dem Anfang aufgeregt! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für die CDU-Fraktion ist klar: Verkehrspolitik muss sich an den Bedürfnissen des ganzen Landes, den Städten und den ländlichen Räumen, am Anspruch der Menschen aller Generationen auf Mobilität ausrichten. Gute Verkehrspolitik muss ebenso dem Anspruch der Wirtschaft gerecht werden, und als starker Wirtschaftsstandort ist Baden-Württemberg auf ein gutes Verkehrsnetz angewiesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Davon hängen Beschäftigung, Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung ab.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eine Binsenweisheit!)

Verkehrspolitik muss finanziell nachhaltig sein. Für die CDU-Landtagsfraktion ist es deshalb unzweifelhaft: Wir brauchen dringend dauerhaft höhere Investitionen in die Infrastruktur.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bravo!)

Wir sind aber ebenso und insbesondere davon überzeugt: Politik darf niemals einseitig und ideologisch geprägt sein.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Sie darf nicht beschränken und nicht bevormunden, sie darf die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Walter Heiler SPD: Ich würde jetzt aufhören! Mehr Beifall bekommen Sie nicht!)

Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, scheiden sich die Geister zwischen unseren Vorstellungen von Politik und denen von Grün-Rot. Bestes Beispiel dafür ist Ihre LBO-Novelle. Mit Ihren unsinnigen Auflagen treiben Sie die Mietpreise zulasten der Einkommenschwachen in die Höhe.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Es war doch gerade so schön!)

(Nicole Razavi)

Wie wenig Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen und der Landesregierung, an einer ausgewogenen Förderung aller Verkehrsträger gelegen ist, zeigt der Blick in diesen Haushalt. In vielen Teilen ist er – das gilt auch für das, was Sie dazu sagen – Blendwerk.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

Schon gestern haben sich der Herr Ministerpräsident und die Sprecher der Regierungsfractionen bemüht, das Bild einer blühenden Verkehrslandschaft in Baden-Württemberg zu zeichnen. Die Wirklichkeit sieht allerdings ganz anders aus.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Pst!)

Die Behauptung, nie habe ein Verkehrsminister mehr Geld in die Infrastruktur investiert, insbesondere in den Straßenbau, hat mehr mit Autosuggestion als mit der Wirklichkeit zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Während der Ministerpräsident landauf, landab von Industrie 4.0 und vom Wirtschaftsstandort spricht und diesen lobt, wird die Verkehrspolitik seines Verkehrsministers in keinster Weise den Ansprüchen der Wirtschaft und des Standorts Baden-Württemberg gerecht.

Während unser Ministerpräsident in seiner Rede gestern sagte – ich zitiere –:

... die Infrastruktur muss zu den Unternehmen kommen und nicht die Unternehmen zur Infrastruktur ...

muss sich ein Unternehmer aus Heilbronn von unserem Verkehrsminister sagen lassen, er solle doch seinen Standort verlassen, wenn er mit der Anbindung nicht zufrieden sei.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Unfassbar!)

Während der Ministerpräsident hier im Parlament oder bei Unternehmen wie Porsche den Automobilstandort lobt, sagt sein Verkehrsminister bei einer Veranstaltung mit einer Schweizer Delegation im Haus der Wirtschaft – ich zitiere –:

Baden-Württemberg hatte einmal eine heilige Kuh. Das war das Automobil.

Dies, meine Damen und Herren, sind nur zwei Beispiele, die zeigen: Zwischen dem, was unser Ministerpräsident hier und draußen im Land sagt, und dem, was seine Landesregierung und seine Minister tun, klaffen Welten.

Aber auch der Ministerpräsident schmückt sich mit fremden Federn. Elektromobilität und „Car2go“ werden schnell einmal zu einer Erfindung der Grünen, und dann jongliert er mit Zahlen, die schwindelerregend sind. Er behauptet, Grün-Rot habe 730 Millionen € für den Straßenbau und damit 30 % mehr als die Vorgängerregierung ausgegeben. Wie kommt er zu diesen Zahlen? Da hat unser Ministerpräsident einfach die Bundesmittel zu den Landesmitteln dazugerechnet, damit es besser aussieht.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

Der Ministerpräsident schmückt sich also sogar mit falschen Federn.

(Zuruf: Mit fremden!)

Ich halte das für ziemlich skrupellos.

Aber bleiben wir doch einmal beim Straßenbau und beim Thema „Klarheit und Wahrheit“. Das 100-Millionen-€-Debakel vom vergangenen Jahr darf sich nicht wiederholen. Der Stellenaufbau in den Straßenbauverwaltungen ist deshalb richtig und wichtig.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer hat sie denn abgebaut?)

Wenn Sie es aber ernst meinen, frage ich Sie: Warum finanzieren Sie die neuen Stellen aus den Investitionsmitteln für den Erhalt und den Neubau der Landesstraßen? Warum senken Sie gleichzeitig die Planungsmittel um 10 Millionen € ab?

(Zurufe von der SPD: Was?)

Und warum kürzen Sie den Ansatz für den Erwerb von Grundstücken um glatte 50 %?

(Zuruf von der CDU: Das ist ja Wahnsinn!)

Fazit: Mit mehr Leuten wollen Sie also nicht mehr Geld ausgeben, sondern weniger. Damit ist auch klar, dass Ihr Klagen in Richtung Berlin ein einziges Possenspiel ist. Denn wer nicht in der Lage ist, zu planen und Grundstücke zu kaufen, der baut auch keine Straßen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Minister Hermann rühmt sich zwischenzeitlich gern selbst als Straßenbaufreund. Wahr ist, dass keine einzige Landesstraße und keine einzige kommunale Straße in seiner Zeit neu begonnen wurden. Wahr ist, Herr Minister, dass Sie im Neubau drastisch gekürzt und im Erhalt nur moderat erhöht haben. Die Verdopplung, mit der Sie sich brüsten, ist ein Märchen. Wahr ist auch, dass Schwarz-Gelb für Landesstraßen zwischen 2007 und 2011 im Schnitt 122 Millionen € pro Jahr für Neubau und Erhalt ausgegeben hat,

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Grün-Rot seit 2012 insgesamt nur 117 Millionen €. Die Gesamtmittel wurden also keinesfalls erhöht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Stattdessen haben Sie verschiedene Projekte gestoppt und verzögert, wie beispielsweise die Neckarquerung Remseck

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die war doch noch überhaupt nicht unterwegs! Das ist ja ein Witz!)

oder die Landesstraße Salem–Neufrach.

Auch im kommunalen Straßenbau tragen Sie die Verantwortung für den riesigen Investitionsstau. Wichtige neue Maßnahmen können nicht mehr gefördert werden. Den Eigenanteil der Kommunen haben Sie verdoppelt.

Ein Musterbeispiel für Klarheit und Wahrheit nach grün-rotem Denkmuster sind auch die Vorschläge für diesen Haus-

(Nicole Razavi)

halt. Der Bedarf im Straßenbau ist uns allen klar: 100 Millionen € für den Erhalt, 50 Millionen € für Aus- und Neubau sowie 40 Millionen € zusätzlich für die Brückensanierung in einem eigenen Haushaltstitel. All das war auch so versprochen. Eingehalten wird es nicht.

Das versuchen Sie zu verschleiern, indem Sie die Ansätze im Haushalt erst abgesenkt haben, um dann vollmundig in einer Presseerklärung die Erhöhung der Mittel zu verkünden. Mich macht das, Herr Schmiedel, einfach nur fassungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Dass Sie diese Erhöhung nur durch Änderungsanträge lediglich in Haushaltsvermerken des Einzelplans 12 eingebracht haben, das ist mutlos, nicht verlässlich und aus unserer Sicht der falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Fazit ist: Es gelingt Grünen und Roten sowie der Landesregierung nicht, den Bedarf zu decken – trotz höchster Steuereinnahmen, trotz neuer Kredite in Milliardenhöhe. Wenn überhaupt, erreichen Sie nur mit Müh und Not das, was Ihre Vorgänger trotz Sparhaushalten und Nettonull erreicht hatten.

Wir fordern Sie deshalb auf: Handeln Sie ehrlich, halten Sie Ihre Zusagen ein, schaffen Sie Klarheit, und verankern Sie die notwendigen Mittel im Haushalt – dann haben Sie unsere Zustimmung.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Nach dreieinhalb Jahren Grün-Rot zeigt sich: Sie machen nicht alles anders, aber dafür vieles schlechter, auch im ÖPNV und im SPNV.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Trotz des Umweltverbunds ist es Ihnen nicht gelungen, den ÖPNV zu stärken. Sie haben die Fördertatbestände ausgeweitet, die Mittel dafür aber nicht erhöht, obwohl der Investitionsbedarf bei Fahrzeugen und Infrastruktur hoch ist.

An der Reform der ÖPNV-Finanzierung sind Sie mit Ihrem falschem Konzept kläglich gescheitert, das am Ende weder die Landkreise oder die Kommunen noch die Unternehmen mittragen konnten. Für das mittelständische Busgewerbe wären die Folgen Ihrer Kommunalisierung verheerend gewesen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Wegen Ihrer handwerklichen Fehler bei der Busförderung hat das Busgewerbe ohnehin einen hohen Nachholbedarf bei der Beschaffung von neuen Bussen. Wir beantragen deshalb eine Erhöhung der Busförderung und der Investitionen in den ÖPNV um jährlich jeweils 5 Millionen €.

Dann noch zum Schienenpersonennahverkehr. Ihre Nahverkehrskonzeption 2025, Herr Minister, ist auf Sand gebaut. Deren Finanzierung steht in den Sternen und birgt ein erhebliches haushalterisches Risiko. Natürlich brauchen wir mehr Regionalisierungsmittel vom Bund. Deshalb, Herr Schwarz, tragen wir auch Ihren Antrag, unseren gemeinsamen Antrag,

mit. Allerdings, Herr Schwarz, ist der Bund fast schneller als Ihr Antrag.

Mit Ihrem gestrigen Angriff auf Finanzminister Schäuble wollen Sie, Herr Minister, aber doch nur von eigenen handwerklichen Fehlern ablenken und schon einmal vorbauen. Wenn es zu Abbestellungen im SPNV kommt, tragen Sie dafür die Verantwortung – weil Sie die Ausschreibungen um Jahre verspätet auf den Weg gebracht haben bzw. auf den Weg bringen und weil es zu teuren Übergangsverträgen kommen wird. Das alles wirkt sich negativ auf den Wettbewerb und somit auch auf den Preis aus.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Davor haben wir lange gewarnt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haubmann FDP/DVP)

Die Verlierer der grün-roten Verkehrspolitik, meine Damen und Herren, sind auf alle Fälle die Leistungsträger in unserem Verkehrssystem: Straße, Schiene, ÖPNV und Bus, die Kommunen und die Unternehmen.

Und wo sind die Gewinner? Einen findet man in Ihrem verkehrspolitischen Adventskalender. Denn in fast jedem Kapitel und hinter fast jedem Türchen kommen das Fahrrad und der Radverkehr zum Vorschein.

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

– Das können Sie nicht mehr hören; die Wahrheit ist vielleicht schmerzhaft.

Explizit mit Zahlen belegt: 22 Millionen € allein fürs Fahrrad. Zur Erinnerung: Für den Neubau von Straßen gab es seit 2012 im Durchschnitt 37 Millionen €. Jetzt kommen durch Ihre Anträge nochmals 15 Millionen € für zwei Jahre hinzu. Zusätzlich zu den Zahlen, die im Haushalt stehen, saugt der Radwegbau Geld aus dem Straßenneubau, Unterhaltungsmittel aus dem ÖPNV und sogar Mittel aus der Straßenbauverwaltung.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Summen steigen damit ins Unermessliche. Ich darf noch einmal den Ministerpräsidenten zitieren. Er sagte gestern, wenn wir uns über den Radverkehr lustig machten, seien wir nicht auf dem Stand der Dinge. Ich kann nur sagen: Das sind wir sehr wohl. Wir haben Ihre Antwort auf die Herausforderungen der Wirtschaft und der Industrie 4.0 verstanden: Ihre heilige Kuh ist mittlerweile das Fahrrad. Da vergeht mir, ehrlich gesagt, das Lachen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haubmann FDP/DVP)

Ein weiterer Gewinner ist die neue, völlig aufgeblähte und aus unserer Sicht völlig überflüssige Abteilung 5 – Natürliche Mobilität – des Ministeriums. Dort wird sogar ein eigener Fahrradreferent beschäftigt. Sie ist als Abteilung der Gegenspieler der Straßenbauabteilung.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein! Systemisch bedingt!)

(Nicole Razavi)

Schließlich sind die Gutachter und die externen Berater die großen Gewinner dieser Politik. Schon zwischen 2010 und 2013 sind die Ausgaben für Gutachten von 890 000 € auf über 2,2 Millionen € gestiegen. Die Kosten für Gutachten und Dienstleistungen steigen von 5,6 Millionen € im Jahr 2014 auf sage und schreibe 11,6 Millionen € im Jahr 2016.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Aha!)

Da kann ich nur fragen: Warum brauchen Sie trotz 100 neuer Mitarbeiter so viel externe Beratung? Warum vertrauen Sie Ihren Beamten nicht? Wo bleibt eigentlich der Erfolg dieser „Berateritis“? Und vor allem, Herr Minister: Wer hat eigentlich in Ihrem Haus das Sagen? Sie oder Ihre Berater?

Den Preis für diese fremdgesteuerte Politik zahlt nicht nur der Steuerzahler, sondern den zahlen auch Ihre Mitarbeiter und die Fachabteilungen.

Ganz aktuell – das läuft gerade über den Ticker – stellt sich heraus, dass das Staatsministerium eine weitere, bislang unveröffentlichte Umfrage zu Stuttgart 21 in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis lautet wie zuvor: Eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im Land ist für Stuttgart 21.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich frage mich schon, warum dieses Staatsministerium und diese Landesregierung immer noch mehr Geld ausgeben, um das bestätigt zu bekommen, was die Volksabstimmung bereits entschieden hat.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Ich habe das Gefühl, diese Landesregierung kann es einfach immer noch nicht glauben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Fazit: Grüne und SPD sowie diese Landesregierung

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es ist doch gut, wenn es eine Bestätigung gibt! Dann kann man doch nicht motzen!)

finden auch in der Verkehrspolitik nicht die richtigen Antworten auf die Herausforderungen in diesem Land. Sie setzen die falschen Prioritäten. Sie sind kraftlos, mutlos und durchsetzungsschwach.

(Minister Winfried Hermann: Was jetzt? Kraftlos oder machtlos?)

Ob Straße, ÖPNV oder SPNV – es mag Ihnen einfach nichts gelingen. Gemessen an den finanziellen Bedingungen, unter denen Sie in diesen Jahren regieren dürfen, bleiben Sie weit hinter Ihren Möglichkeiten und unseren Erwartungen zurück.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Jetzt wird es besser!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, Baden-Württemberg zu einer Pionierregion für nachhaltige Mobilität zu machen und umweltfreundliche Verkehrsmittel zu stärken. Darüber hinaus wollen wir die Landesstraßen sanieren und ausbauen, um die mittelständische Wirtschaft zu unterstützen und den ländlichen Raum und die Metropolregion weiterzuentwickeln. Alles das geschieht mit diesem Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir investieren so viele Gelder wie noch nie in die Sanierung der Straßen und in den Erhalt der Brücken. Denn wir wissen: Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen.

(Vereinzel Beifall)

Während es früher zu CDU-Zeiten Versprechungen gab, handeln wir. Wir sanieren, und wir bauen das Straßennetz weiter aus. Wir bauen zudem den öffentlichen Nahverkehr weiter aus. Wir sorgen dafür, dass das Angebot im regionalen Schienenverkehr auf einem hohen Niveau weiter ausgebaut wird –

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

trotz steigender Kosten und trotz schlechter CDU-Verkehrsverträge.

Schließlich haben die Fahrgastzahlen zugenommen, und der öffentliche Personennahverkehr, der Schienennahverkehr, ist eine Erfolgsgeschichte. Hier bauen wir aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg ist als Wirtschaftsstandort, als Transitland auf eine gut ausgebaute, intakte Straßeninfrastruktur angewiesen. Eine nachhaltige Sanierung und Modernisierung des Straßennetzes braucht daher eine ebenso nachhaltige wie verlässliche Finanzierung. All das macht unser Verkehrsminister.

Schauen wir nach Berlin, darauf, was Herr Dobrindt macht. Haben Sie in den letzten Monaten von Herrn Dobrindt irgendetwas gehört?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch, Maut!)

– Ja, genau. Ich habe das Thema „Ausländermaut“ von Herrn Dobrindt auch gehört. Aber, Kollege Schmiedel, haben Sie von Herrn Dobrindt irgendetwas in der Richtung gehört, dass er sich für den Erhalt des Straßennetzes,

(Zuruf von den Grünen: Nein!)

für den Ausbau des Straßennetzes einsetzt?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Da kommt überhaupt nichts. Unser Verkehrsminister dagegen handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Andreas Schwarz)

Auch wir im Landtag handeln. Wir haben die Zwischenfinanzierung für die Bundesfernstraßen, die Swingmittel, auf 100 Millionen € angehoben. Damit schaffen wir die Flexibilität, um in Baden-Württemberg mehr Projekte angehen zu können. Jetzt ist es wichtig, dass der Bund dem Land auch die entsprechenden Baufreigaben erteilt, um hier voranzukommen.

Frau Kollegin, Sie haben sich in den vergangenen Wochen selbst eine Klatsche abgeholt. Es war ja engagiert, dass der Landkreis Göppingen Vertreter nach Berlin geschickt hat, um für die B 10 zu werben. Aber Herr Dobrindt hat Sie im Regen sitzen lassen – keine Zusage für die B 10. Wir bedauern das. Denn wir unterstützen den Ausbau der B 10. Aber Ihr Bundesverkehrsminister hat Ihnen eine Klatsche erteilt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte gern ein paar Zahlen korrigieren: Für den Erhalt der Landesstraßen und der Brücken sieht es in den kommenden Jahren sehr gut aus. Jährlich stellen wir 120 Millionen € zur Verfügung; damit setzen wir unseren Kurs, das Straßennetz in gute Ordnung zu bringen, die Brücken und Straßen zu sanieren, fort.

Wenn man einmal in den Zeitraum zwischen 2001 und 2010 schaut: Wer hat da in Baden-Württemberg reagiert?

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Regiert! Aber reagiert auch nicht!)

– Regiert, Entschuldigung. – Die CDU hat regiert.

Wenn man sich die Ansätze zwischen 2001 und 2010 für den Erhalt der Landesstraßen anschaut, dann sind es zwischen 8 Millionen € und maximal 50 Millionen €.

Seit dem Jahr 2011, wer regiert da? –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Der 2011er war nicht Ihr Haushalt!)

SPD und Grüne. Seitdem stehen mindestens 100 Millionen € zur Verfügung,

(Zuruf von den Grünen: Was?)

und im kommenden Jahr werden es 120 Millionen € sein – doppelt so viel für den Erhalt der Landesstraßen, wie die CDU zur Verfügung gestellt hatte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Frau Kollegin, es könnten noch mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung stehen, wenn nicht die CDU-Politik der Spatenstiche den Straßenbauhaushalt belasten würde. Ich will Ihnen das einfach einmal vortragen. Sie haben ein Sonderprogramm Landesstraßenbau aufgelegt. Das ist schon 1997 bis 2011 durchgeführt worden. In diesem Jahr müssen wir von diesem Programm 63 Millionen € zurückzahlen.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Sie haben noch Weiteres gemacht: Sie haben ein Fünf-Jahres-Investitionsprogramm Landesstraßenbau durchgeführt. Das ist schon im Jahr 2006 abgeschlossen worden. Aber dieses

Jahr zahlen wir davon noch 46 Millionen € zurück. Also addieren wir: 63 Millionen €, 46 Millionen €. Wir kommen auf über 100 Millionen €, die wir dieses Jahr zurückzahlen. Das sind Gelder, die dem Straßenbau fehlen, weil wir Tilgungen, Rückzahlungen tätigen müssen. Das heißt, die Bremser im Straßenbau sind doch Sie, weil Sie Straßenbau auf Pump betrieben haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich habe über den Erhalt und die Sanierung gesprochen. Aber auch beim Aus- und Neubau von Straßen geht es in den nächsten Jahren voran. Jährlich stehen 50 Millionen € zur Verfügung. Eine Vielzahl von Projekten – 25 Vorhaben – können damit umgesetzt werden: Die Ortsumgehung Heuchlingen im Ostalbkreis – ein wichtiges Vorhaben –, die Sanierung der Ortsdurchfahrt Steinach im Ortenaukreis, die Ortsdurchfahrt Eisenbach im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und weitere Projekte, die sehr wichtig sind, bringen wir voran.

Weil Sie immer wieder auf den Radverkehr zu sprechen kommen, Frau Kollegin, rate ich Ihnen einfach: Hören Sie auf, die Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Hören Sie auf, den Radverkehr, den Straßenverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr gegeneinander auszuspielen. Hören Sie lieber einmal auf Ihre Bürgermeister, auf Ihre Gemeinderäte, auf Ihre Kreisräte. Da gibt es Gemeinderatsfraktionen der CDU, die Demonstrationen für den Bau von Radwegen organisieren – beispielsweise in Rottenburg. Also hören Sie einmal auf Ihre Basis! Sie sind ja in der CDU gerade in einer Findungsphase. Vielleicht hilft Ihnen das weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Der Erhalt der Straßen ist wichtig, der Ausbau ist wichtig, aber es geht auch um den Betrieb und den Unterhalt der Straßen. Wie war das zu Ihrer Regierungszeit bei den sogenannten Unterhaltungsmitteln, den UI-Mitteln? Streit mit den kommunalen Landesverbänden, Streit mit dem Landkreistag. Einige Landkreise haben mit Klage gedroht. Wie ist das jetzt hier bei uns? Wir werden die Mittel für Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb der Landesstraßen um 16 Millionen € erhöhen. Im kommenden Jahr stehen dafür 78 Millionen € zur Verfügung – keine Klagen der Landkreise,

(Zuruf von den Grünen: Wir bekommen Dankeschreiben!)

keine Klage des Landkreistags, saubere Regierungsarbeit. Herr Minister, dafür sind wir Ihnen dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dann zum Thema Personal: Wer hat denn die Stellen in der Straßenbauverwaltung abgebaut? Das waren doch Sie. Unter Ihrer Regierung ist die Zahl der Stellen zurückgeführt worden. Im nächsten Jahr gibt es 50 neue Stellen mit frischem Geld, und im übernächsten Jahr gibt es weitere 50 neue Stellen in der Straßenbauverwaltung. Wer gute Straßen will, braucht eben auch das Personal, das sich darum kümmert.

(Andreas Schwarz)

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Rosa Grünstein
SPD)

Zu einem guten Verkehrssystem gehört der Schienenverkehr, gehört der öffentliche Verkehr. Den wollen wir ausbauen, ja, und wir wollen den regionalen Schienenverkehr auf einem hohen Niveau halten. Diese Koalition, diese Regierung nimmt wegen der schlechten Verträge, die Sie ausgehandelt haben, wegen der gestiegenen Kosten Geld in die Hand, damit es nicht zu Abbestellungen im Schienenverkehr kommt. 70 Millionen € – im nächsten Jahr werden es vielleicht noch etwas mehr sein – nehmen wir in die Hand, um das Angebot im Schienenverkehr aufrechterhalten zu können.

(Zuruf von der CDU)

Wie war das denn bei Ihnen? Ich weiß nicht, welcher Ihrer Minister es war, der bei gestiegenen Kosten Züge abbestellt hat. Ich erinnere mich noch an den Zug täglich um 17:52 Uhr von Stuttgart nach Tübingen. Ich weiß jetzt nicht, ob es Herr Köberle, Herr Müller oder Frau Gönner war, der oder die diesen Zug abbestellt hat.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Sind die Kosten gestiegen, hat die CDU Züge abbestellt. Grün-Rot nimmt zusätzliches Geld in die Hand, weil uns der öffentliche Nahverkehr wichtig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Dann haben Sie das Thema Regionalisierungsmittel angesprochen. Es ist mir ganz wichtig, heute dieses Signal auszusenden, weil die Ministerpräsidenten gerade mit der Kanzlerin verhandeln. Es gibt einen einstimmigen Beschluss des Bundesrats, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes einzubringen. Den haben alle Länder mitgetragen. Danach würde Baden-Württemberg im nächsten Jahr 140 Millionen € mehr erhalten. Wo sitzt jetzt der Bremser? Der Bremser sitzt im Bundesfinanzministerium. Wie ich höre, sagt die Kanzlerin zwar: „Ja, ja, das ist grundsätzlich akzeptabel, dass die Länder diese Forderung haben“, aber Herr Schäuble hält das Portemonnaie zusammen.

Meine Bitte an Sie: Gehen Sie auf Ihren Parteifreund Schäuble zu. Der Bund darf die Länder bei der Finanzierung des Schienenverkehrs nicht im Stich lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, an dem man gut sehen kann, wie wir uns unterscheiden: den Ausbau des S-Bahn-Netzes, den Ausbau der Stadtbahnprojekte nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wir hatten das Thema schon in der Sitzung hier im Juli. Da haben Sie die Zustimmung verweigert. Vielleicht müssen wir diese einzelnen Maßnahmen, bei denen uns die CDU die Zustimmung verweigert hat, noch einmal in aller Öffentlichkeit vortragen. Die CDU hat der Breisgau-S-Bahn, der S-Bahn RheinNeckar, der S-Bahn nach Neuhausen, der Straßenbahn in Ulm, dem Mobilitätsnetz Heidelberg und der Regionalstadtbahn Neckar-Alb die Zustimmung verweigert. Kollege Pauli ist kurz vor der

Abstimmung noch hinter die Wand gegangen, damit er sich nicht schämen muss. Das hat deutlich gemacht: Sie sind die Totengräber des ÖPNV, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von
der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Wer regiert eigentlich?)

Ich komme zum Schluss. Mit diesem Verkehrshaushalt stellen wir das Land gut auf. Es stehen so viele Gelder wie noch nie für den Erhalt der Landesstraßen, für den Schienenpersonennahverkehr und für den Ausbau des S-Bahn- und Stadtbahnnetzes zur Verfügung. Auch die Busförderung, die unserer Fraktion sehr wichtig ist, wird mit 10 Millionen € erstmals ungeschmälert gewährt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das nenne ich eine nachhaltige Finanzierung für eine gute Mobilität.

Glück auf und weiter so!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Dichotomie der Argumente spiegelt sich auch heute wider. Wir argumentieren mit Zahlen, Daten und Fakten, Sie kommen mit Unterstellungen, Mutmaßungen daher, mit Ihrer Politik der Windfahnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Alles belegbar!)

– Nein, nein. – Ich nenne das Thema Ludwigsburg; das wurde ja gestern schon einmal angesprochen. Das Straßennetz ist marode, da haben Sie recht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Allerdings ist dafür nicht die seit drei Jahren regierende Landesregierung ursächlich. Niemand schafft es in drei Jahren,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Nicht einmal wir!)

ein kompaktes Netz zu ruinieren. Das ist darauf zurückzuführen, dass jahrelang, jahrzehntelang zu wenig investiert wurde, sowohl in das Bundesstraßennetz als auch insbesondere in das Landesstraßennetz. Das können wir ganz eindeutig festhalten. Wir haben den Weg beschritten, das Verkehrsnetz zu verbessern, auszubauen, und wir sind in der glücklichen Lage, in diesem Doppelhaushalt mehr Geld als je zuvor hierfür zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wenn wir im Rahmen der finanziellen Gesamtverantwortung die Chance dazu haben, dann satteln wir für die Verkehrsinfrastruktur nochmals drauf.

Den Beleg dafür, dass Sie Opfer Ihrer Vorurteile werden, darf ich – mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin – von der Homepage des Tuttlinger CDU-Abgeordneten zitieren:

(Abg. Martin Rivoir und Abg. Claus Schmiedel SPD:
Wer ist das?)

Wer in einem Flächenland nur auf Fahrradwege setzt und unserer erfreulicherweise im ganzen Land verteilten ex-

(Hans-Martin Haller)

portorientierten Wirtschaft empfiehlt, sich anderswo anzusiedeln, sorgt dafür, dass Baden-Württemberg zurückfällt.

Ihrer These liegt die abenteuerliche Ideologie zugrunde, wir setzen nur auf Fahrradwege, obwohl wir hier ein Programm zum Erhalt und Ausbau des Schienen- und Straßennetzes mit nie gekannten Zahlen aufgelegt haben. Ihr Führungspersonal suggeriert den Menschen, wir setzen nur auf Radwege. Das ist politische Streunerei; der Wolf hat seinen Schafspelz abgelegt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben in diesem Land die größte Baustelle Europas. Es ist eine Verkehrsbaustelle. Ich möchte nochmals daran erinnern: Stuttgart 21 wird – allen Unkenrufen zum Trotz – gebaut.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Der Verkehrsminister ist vielleicht nicht erfreut, aber er handelt rechtsstaatlich korrekt, was seine Aufgabe ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wie viele Umfragen brauchen wir da noch?)

– Wir brauchen gar nichts mehr, das läuft; das haben wir ja schon einmal deutlich gemacht. Die Schnellbahnstrecke wird gebaut, sie scheint sogar kostengünstiger zu werden. Das macht diese Regierung. Sie fördert es, weil sie der Meinung ist, wir brauchen Verbesserung im Bereich der Schiene und der Straße, und bringt entsprechende Projekte voran. So ist es nicht nur bei Stuttgart 21, nicht nur bei der Schnellbahntrasse. Wir führen das fort, was Sie begonnen haben, aber intensiv. Für die Rheintalbahn gibt es Zuschüsse vom Land,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was gibt es?)

es gibt Zuschüsse für die Südbahn, alles etatisiert. Das Problem ist nicht das Land, das Problem sind der Bund, der hier nicht vorankommt, und der Bundesverkehrsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf von der SPD: Genau, das ist die CSU!)

Zur Erinnerung – weil auch der vorher zitierte Abgeordnete davon betroffen ist –: Bei der Gäubahn geht es ja nun wirklich nicht um große Millionenbeträge. Aber es ist ungemein ätzend – das kann man nicht mehr anders formulieren –, wie zäh sich das alles hinzieht, bis der Bund bereit ist, die kleinen Millionenbeträge hierfür dem Land zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Das ist das Dilemma: Alles dauert ewig, bis wir vorankommen, und das ist beileibe nicht die Schuld und das Versäumnis dieser Regierung. Wir stehen Gewehr bei Fuß. Was fehlt, ist sehr, sehr häufig, dass der Bund das Geld gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Herr Schwarz hat es erwähnt: Der Bund gibt uns derzeit ja nicht einmal die Genehmigung für Neubeginne von Straßen.

(Zurufe von der SPD)

Man hat fast schon den Eindruck, das geschieht deshalb nicht, damit Sie sagen können: Minister Hermann baut nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Ri-
voir SPD: Genau!)

Zwischen Ursache und Wirkung muss man da kräftig unterscheiden.

Zur Erinnerung: Wir haben allein Straßenbauprojekte im Gesamtvolumen von 11 Milliarden € für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Das hält Sie nicht davon ab, zu behaupten, wir wollten keine Straßen bauen. Da fragt man sich manchmal, ob Sie überhaupt noch lesekundig sind. Was motiviert Sie, mit diesen falschen Thesen durch das Land zu marschieren? Wir haben zusätzlich, damit diese kleine Panne aus dem letzten Jahr nicht mehr vorkommt, die Verfügungsmittel von 60 auf 100 Millionen € erhöht, sodass gesichert ist, dass angebotene Bundesmittel vollständig abgenommen werden können; da passiert nichts mehr.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Schauen wir einmal!)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit brauche ich gar nicht alles zu wiederholen. Ich möchte zeitlich auch nicht manchen Minister überholen, der heute schon geredet hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Herr Schwarz hat es erwähnt: Zu Beginn dieses Jahrhunderts gab es unter Ihrer Regierung keine ausreichenden Haushaltsmittel für den Verkehrsbereich; es wurde wenig investiert, das wenige wurde noch fremdfinanziert, und wir müssen heute daran bluten – also eine doppelte Malaise, die Sie da hinterlassen haben. Wir gehen finanziell solide Wege, um dieses Land – den Mittelstand, die Industrie in unserem Land, die ländlichen Räume, natürlich auch die Ballungszentren – voranzubringen.

Stichwort Ballungszentren: Ich glaube nicht, dass man noch große Freude daran findet oder überhaupt Möglichkeiten hat – von Ausnahmen abgesehen –, in den Ballungszentren Stuttgart, Rhein-Main, Karlsruhe etc. den Straßenbau auszuweiten. Das geht flächenmäßig einfach nicht, der Raum ist hier begrenzt. Deswegen setzen wir darauf, dass die Mobilität mithilfe des ÖPNV, des SPNV und auch eines verbesserten Radwegesystems unterstützt wird. Dazu braucht man nun einmal Geld. Wir stellen aus eigenen Mitteln 80 Millionen € für den SPNV bereit, um die fehlenden Regionalisierungsmittel zu kompensieren. Das ist eine ungemein große Menge Holz.

(Zuruf von der SPD: Geld, nicht Holz!)

Wir machen das, um die GVFG-Projekte voranzubringen – trotz Bedenken des Rechnungshofs, trotz Bedenken der CDU. Diese hat gesagt, da dürfe man die Oberbürgermeister, die Landräte nicht ins Unglück stürzen. Ja, meine Damen und Herren, wir, die SPD, sind die Partei der Landratsversteher. Wir sagen, die werden das Risiko schon schultern können, während Sie Zweifel an Ihren eigenen Kolleginnen und Kollegen in Ulm, Tübingen oder Reutlingen haben, was die Regionalstadtbahn betrifft.

Noch einmal zu den viel zitierten Radwegen: Wir haben einen enormen Nachholbedarf. Es wird ganz deutlich, worin wir

(Hans-Martin Haller)

uns unterscheiden: Für Sie waren und sind Radwege offensichtlich ein Anhängsel des Straßenbaus. Das sehen wir anders. Für uns sind Radwege eine eigene Infrastruktur. Wir haben die Straße, wir haben die Schiene und die Radwege.

(Zuruf: Fußwege!)

Weil dieses Radwegenetz im Land einen Torso mit Lücken darstellt, haben wir auch dank Martin Rivoir ein Lückenschlussprogramm aufgelegt. Damit sind wir insbesondere auch Forderungen von Bürgermeistern aus Ihren Reihen gerecht geworden, ein durchgehendes Radwegenetz zu ermöglichen.

Das brauchen wir auch deswegen, weil die Technologie der Fahrräder massiv fortschreitet. Sie werden schneller. Hinzu kommen die Elektrofahrräder.

(Abg. Karl Klein CDU: Fährt den Buckel hoch!)

– Was meinst du, Karl?

(Abg. Karl Klein CDU: Fährt den Berg hoch!)

– Natürlich. – Die Menschen werden immer trainierter. Das Elektrofahrrad eröffnet völlig neue Optionen, um den Anteil des Radverkehrs insgesamt zu erhöhen. Hierfür brauchen wir separate Wege. Radwege zu bauen ist ökologisch und ökonomisch in jeder Hinsicht richtig. Deswegen werden wir diesen Weg beschreiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich möchte meine Redezeit nicht ganz ausnutzen. Zusammenfassend möchte ich deshalb sagen: Vor dem Hintergrund dessen, was wir vorgefunden haben, haben wir den Hebel umgelegt nach dem Motto: Vorrangig sanieren wir. Wir bauen aus, wenn dies notwendig ist und wenn wir die erforderlichen Mittel haben. Dazu stellen wir eigenes Personal zur Verfügung, weil wir Vertrauen in die Menschen in diesem Land haben. Wir haben Vertrauen, dass unsere Beschäftigten mit guten Planungen ein gutes Verkehrsnetz ausbauen und weiterentwickeln.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Sehr gut, Hans-Martin!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mobilität und die dazugehörige Infrastruktur sind Grundvoraussetzungen unseres heutigen Zusammenlebens. ...

(Zuruf von der SPD: Das ist aber ein schöner Satz!)

Unser Land, seine Menschen und die Wirtschaft sind darauf angewiesen, auch morgen und übermorgen schnell, sicher und bequem zur Schule oder zum Arbeitsplatz zu gelangen, Güter und Waren zu transportieren oder zu reisen.

So steht es im Bericht des MVI zum Staatshaushaltplan. Dennoch hat man das Gefühl, dass sich Baden-Württemberg zum Radverkehrsland Nummer 1 entwickelt. Werfen wir einmal einen Blick auf die Verhältnismäßigkeit. Im nächsten Jahr werden 27,5 Millionen € für den Radverkehr zur Verfügung gestellt. Das kann man machen. Der Landesstraßenbau wird aber im Verhältnis dazu nicht angemessen weiterentwickelt.

Für den Neubau haben Sie mit dem Nachschlag jetzt 50 Millionen € vorgesehen. Im Hinblick auf die heute schon mehrfach genannten extremen Steigerungen bei den Steuereinnahmen sind das sicherlich nicht die Dimensionen, die man beim Radwegbau vorgesehen hat.

Sparen heißt, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Wenn man aber die Kreativität beim Landesstraßenbauhaushalt sieht, dann kann man eher vermuten, dass es Ihnen darum geht, Geld, das Sie nicht haben, nicht auszugeben. Das ist so ähnlich, wie es früher einmal bei der Mengenlehre gelehrt wurde. Das ist aber schon einige Jahre her.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ich hatte Mengenlehre!)

Stellen wir uns einmal eine Kasse mit 100 € vor, aus der Sie 300 € herausnehmen. Dann müssen Sie 200 € einzahlen, damit nichts mehr in der Kasse ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich kann eine Menge, die nicht vorhanden ist, nicht entfernen! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

So ähnlich ist das bei der Darstellung des Erhaltungsbereichs im Landesstraßenbauhaushalt. Sie hatten für dieses Jahr einen Planansatz von 125 Millionen €. In den Entwurf des Staatshaushaltsplans haben Sie 80 Millionen € hineingenommen. Jetzt lassen Sie sich dafür feiern, dass Sie 40 Millionen € dazugeben, obwohl das immer noch weniger ist als das, was für dieses Jahr drinstand. So ähnlich ist das mit der Mengenlehre. Offensichtlich hat damals jemand sehr genau aufgepasst, wie das mit der Mengenlehre funktioniert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie lassen sich für etwas feiern, obwohl jetzt weniger Mittel als zuvor zur Verfügung stehen. Das nenne ich Kreativität.

(Minister Winfried Hermann: Er hat Mengenlehre mit Dreisatz verwechselt! – Zurufe von der SPD)

Wir dürfen nicht vergessen, dass man im Bereich des Umweltverbunds ab 2014 den Kommunen 35 Millionen € pro Jahr für kommunale Straßenbauprojekte entzieht.

Da lobe ich doch das FDP/DVP-Infrastrukturimpulsprogramm. Unsere Infrastrukturoffensive ist ausgelegt auf die Bereitstellung von zusätzlich 1 Milliarde € in den nächsten fünf Jahren. Darauf zielte unser Antrag, den Sie abgelehnt haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Hohnfinanzierung!)

So hätten in den nächsten fünf Jahren jeweils 200 Millionen € pro Jahr für Investitionen in Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen sowie in den Breitbandausbau zur Verfügung gestanden.

(Jochen Haußmann)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Und wie wird es finanziert?)

Lieber Kollege Schmiedel, Sie haben der Opposition immer vorgeworfen, sie unterbreite immer Vorschläge, mache sich aber keine Gedanken über die Finanzierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie müssen Pinkepinke bringen!)

Wir haben sehr wohl Vorschläge hierzu gemacht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welche denn? – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Studiengebühren einführen!)

Diese haben wir auch dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgelegt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Welche denn?)

Wir haben Vorschläge gemacht, wie man die erforderlichen Mittel für den Bereich des Straßenbaus in den nächsten Jahren bereitstellen kann. Wir haben also sehr wohl vorgeschlagen, wie man das finanzieren kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja wie denn? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schwarz?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ja, sehr gern. Herr Schwarz, es ist mir eine Ehre, wenn Sie mir eine Frage stellen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege Haußmann, mich interessiert, ob Sie geprüft haben, ob die Landesstiftung überhaupt auf diesem Weg verkauft werden kann und wie hoch die Ertragsteuer ist, die dann anfällt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Mengenlehre!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Kollege Schwarz, wir wollen die Landesstiftung nicht verkaufen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sondern?)

Mit der Landesstiftung wird ein anderer Zweck verfolgt. Es war schon in der Vergangenheit so, dass für gemeinnützige Zwecke Projektmittel verwendet werden können. Das haben wir geprüft. Das ist auch möglich.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Straßenbau ist gemeinnützig?)

Insofern ist das eine Variante, die man ernsthaft prüfen kann, zumal das durchaus schon einmal praktiziert wurde. Es würde jetzt aber zu weit führen, Ihnen das zu erklären.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht doch gar nicht!)

Wir haben das intensiv geprüft. Es geht uns darum, dass wir durchaus Vorschläge machen, wie so etwas finanziert werden

kann. Wir beantragen also nicht nur die Verausgabung weiterer Haushaltsmittel.

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Also ist der Straßenausbau gemeinnützig! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Binder?

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Binder, bitte schön.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist auch eine Ehre! – Abg. Walter Heiler SPD: Das ist eine Ehre und Freude!)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Abg. Haußmann, noch einmal zurück zu Ihrem Vorschlag bezüglich der Landesstiftung. Sie wollen die Landesstiftung also nicht verkaufen. Ist Ihnen bekannt, dass die Landesstiftung Baden-Württemberg zwischen 30 Millionen € und 40 Millionen € pro Jahr für gemeinnützige und soziale Projekte, wie Sie sie gerade genannt haben, ausschüttet?

Wenn man Ihrem Vorschlag folgte, müsste mehr als das, was die Landesstiftung jährlich ausschüttet, verwendet werden. Woher nehmen Sie den Differenzbetrag? Ist Ihnen einleuchtend, dass durch die Landesstiftung genau diese 200 Millionen € pro Jahr nicht finanziert werden können?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Es würde jetzt zu weit führen, das im Detail zu erklären.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Unser Antrag enthält verschiedene Bausteine. Das können Sie gern noch einmal nachlesen. Das ist auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss besprochen worden.

Sie haben richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir die Landesstiftung nicht verkaufen wollen. Man kann Beteiligungen verkaufen, aber keine Stiftungen. Man kann Stiftungsmittel abschmelzen, wenn man diese für gemeinnützige Projekte einsetzt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unsinn!)

Wenn Sie im Landeshaushalt an anderer Stelle als beim Straßenbau gemeinnützige Projekte finden, haben Sie die Möglichkeit, Mittel umzuschichten.

(Staatssekretär Ingo Rust: Nein! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht rechtlich nicht!)

Das möchte ich noch einmal darstellen. Das hat man in der Vergangenheit durchaus schon praktiziert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, das nicht! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Entschuldigung! Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Frage?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das müssen wir jetzt klären!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Nein. Ich habe jetzt zwei Fragen zugelassen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Jetzt wird es spannend!)

Es ist interessant, dass Sie jetzt Fragen stellen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was denn sonst?)

das aber im Finanz- und Wirtschaftsausschuss rundweg abgelehnt haben.

(Abg. Sascha Binder und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Weil es nicht geht!)

Es wäre interessant, sich mit dieser Frage einmal auseinanderzusetzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Genau das wollten wir erreichen. Vielleicht haben wir die Gelegenheit, das aufzugreifen, wenn es dem Straßenbau zugutekommt, wie wir es vorgeschlagen haben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nicht!)

Dann haben wir etwas für das Land Baden-Württemberg getan.

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Sascha Binder SPD: Sie lügen doch die Bevölkerung an!)

Wir vermissen das, was wir bereits im vergangenen Jahr mit unserer Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg vorgestellt haben. Wir vermissen innovative Themenbereiche in der Verkehrspolitik, die in Richtung der Mobilitätsdienste, der Telematik, der Verkehrslenkung und von Kommunikationslösungen im Bereich der Logistik gehen. Das alles sind Punkte, die wir in diesem Haushalt vermissen.

Dann fragen wir: Wie geht es denn weiter, Herr Verkehrsminister, im Bereich der Lang-Lkws? Wir haben gehört, Sie haben mit den Herstellern noch einmal Gespräche geführt. Seit her haben Sie die Einführung vehement abgelehnt. Vielleicht informieren Sie uns noch einmal darüber, ob Sie sich bei diesem Thema doch noch den neuesten Entwicklungen zugänglich zeigen. Neueste Studien haben gezeigt, dass dadurch CO₂, Sprit und Fahrerressourcen eingespart werden können. Wenn Sie also Baden-Württemberg für die nachhaltige Mobilität gewinnen wollen, dann müssen Sie auch zulassen, dass das Projekt der Lang-Lkws auch in Baden-Württemberg zum Einsatz kommt. Dann zeigen Sie, dass Sie auch die Wirtschaftspolitik unterstreichen.

(Beifall der Abg. Dr. Timm Kern und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP sowie Dr. Patrick Rapp und Claus Paal CDU)

Im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs wird sich, denke ich, schon im nächsten Jahr zeigen, ob Sie es tatsächlich schaffen, mit Ihren Ausschreibungen die gewünschten Mehrverkehre zu realisieren. Sie haben schon jetzt erhebliche Mittel eingesetzt – da haben Sie uns an Ihrer Seite –, weil die Regionalisierungsmittel des Bundes nicht ausreichend sind. Aber

es wird sich jetzt zeigen, zu welchen Ausschreibungsergebnissen Sie kommen, ob Sie dann auch wirklich in der Lage sind, alle Verkehre und alle Anforderungen, die Sie jetzt ausgeschrieben haben, zu realisieren.

Uns würde interessieren, wie es beim „Filderbahnhof plus“ weitergeht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das finanzieren wir über die Landesstiftung! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Sie, Herr Verkehrsminister haben geäußert, Sie setzten auf Gespräche, nächstes Jahr im April müsse das noch einmal im Lenkungskreis besprochen werden. Wir warten schon längere Zeit darauf, dass man dazu eine Lösung findet. Daher würde uns interessieren: Wie wollen Sie bei dem „Filderbahnhof plus“ weitermachen? Irgendwann müssen wir einmal zu einer Entscheidung kommen, damit die Projekt Ingenieure auch einmal in die Umsetzung gehen können. Daher wäre es sicherlich interessant zu erfahren, ob Sie es konstruktiv-kritisch begleiten wollen oder nicht doch etwa vorsätzlich destruktiv.

Die Personalaufstockung im Bereich der Straßenbauverwaltung unterstützen wir. Was wir aber kritisieren, ist, dass nach dem schwindelerregenden Stellenaufbau im Bereich des Ministeriums das Budget für die Gutachten inzwischen mehr als verdoppelt wird.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Es wird durch Wiederholen nicht besser!)

Das können wir wirklich nicht nachvollziehen. Denn dafür müsste inzwischen genügend Personal vorhanden sein.

Wir fragen uns – das sage ich abschließend –, ob es angesichts der Reduzierung der Eingangsbesoldung gelingen wird, junge Ingenieure zu motivieren, in der Straßenbauverwaltung eine Beschäftigung aufzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann.

(Abg. Walter Heiler SPD: Aber bitte so kurz und knackig wie Herr Minister Untersteller! – Heiterkeit bei der SPD)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine reelle Chance, vor Mitternacht fertig zu werden. Ich werde jedenfalls mein Bestes geben.

(Vereinzelt Heiterkeit – Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Zuruf: Untersteller toppen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung verfolgt in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik seit dreieinhalb Jahren konsequent das Leitbild der Nachhaltigkeit. Daran orientieren wir unsere Politik in allen Feldern. Ich glaube, das können wir auch ganz gut belegen.

(Minister Winfried Hermann)

Unser Leitbild ist: Die neue Mobilität ist nachhaltig. Wir, die Landesregierung, wissen zu gut, dass dies bedeutet, dass man auch klare Ziele und einen strategischen Ansatz braucht – nicht nur einzelne Forderungen und einzelne Maßnahmen, sondern ein Gesamtkonzept. Zu diesem Gesamtkonzept gehört selbstverständlich, dass man umweltverträgliche Verkehrsmittel nach vorn bringt, dass man sie besser fördert und dazu beiträgt, dass Menschen umweltverträglich und klimafreundlich unterwegs sein können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Selbstverständlich gehört dazu, dass wir alle Verkehrsträger umweltfreundlich und klimafreundlich entwickeln, sowohl den ÖPNV wie auch den Straßen- bzw. Autoverkehr. Es gehört selbstverständlich auch dazu, dass wir die Verkehrsträger nicht mehr einzeln betrachten, wie dies die Opposition in ihren Reden immer wieder erkennbar tut, sondern die Verkehrsträger besser miteinander verbinden, vernetzen. Das ist moderne Verkehrspolitik. Davon sind Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, meilenweit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir verbinden eine moderne, nachhaltige Infrastrukturpolitik mit einer Verkehrs- und Mobilitätspolitik, und das gehört zusammen. Sie hingegen stecken mit Ihren Reden, mit Ihren Ideologien nach wie vor gewissermaßen im Asphalt des letzten Jahrhunderts.

(Oh-Rufe von der CDU)

Sie behaupten, wir wären ideologisch, aber die einzigen Ideologen hier im Raum in Sachen Verkehrspolitik sind Sie.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich heute wieder Ihre Reden, die Kritikpunkte, die Sie herausgezogen haben, angehört hat,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

wenn man zuletzt gehört hat, wie Herr Haußmann für die FDP/DVP rechnet, kann man nur sagen: Nur mit einem Zerrbild können Sie uns überhaupt kritisieren, mit einem Zerrbild, das nichts mit dem zu tun hat, was tatsächlich in den letzten dreieinhalb Jahren von uns gemacht worden ist. Wir werden jetzt der Reihe nach belegen, dass es ganz anders ist, als Sie behaupten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Machen Sie mal!)

Übrigens: Die von Ihnen, Herr Haußmann, vorgeschlagene Form der Finanzierung ist mehr als hochspekulativ. Da können Sie gern sozusagen das Parlament verlassen und in den Bereich des Spekulativen kommen. Wer eine Landesstiftung, die dazu angehalten ist, Vermögen zu erhalten, um daraus Mittel zu generieren, um gemeinnützig tätig zu sein, ums Vermögen bringen will, weil er damit Straßen und sonstige Infrastruktur finanzieren will, der hat überhaupt nichts kapiert, weder das Stiftungswesen noch den Auftrag der Stiftung noch den Unterschied zwischen Verwendung der Haushaltsmittel und gemeinnütziger Tätigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten dreieinhalb Jahren viel bewegt. Baden-Württemberg ist richtig gut vorangekommen,

(Zurufe von der CDU: Wo?)

gerade beim Straßenbau, bei dem Sie immer wieder versuchen, mit einzelnen Zahlen das Gegenteil von dem zu beleuchten, was Realität ist. Sie können es drehen und wenden, so oft Sie wollen: Es ist nicht bestreitbar, dass wir im Bereich der Sanierung von Landesstraßen in den letzten drei Jahren doppelt so viel Geld ausgegeben haben, wie Sie in den Jahren zuvor dafür ausgegeben haben, und dies auch in den kommenden zwei Jahren so sein wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Stimmt doch nicht!)

Wir weisen auch im Bereich der Bundesstraßen inzwischen einen etwa doppelt so hohen Umsatz im Bereich Erhalt und Sanierung auf. Das haben Sie noch immer nicht begriffen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Moment! Der Kollege Schwarz hat etwas anderes gesagt! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch zugehört!)

Die eigentliche Neuerung ist, dass moderne Verkehrspolitik bedeutet, Infrastruktur zu erhalten und zu modernisieren. Das ist die eigentliche herausragende Aufgabe der nächsten Jahre. Das ist der Paradigmenwechsel, den Sie immer noch nicht mitgemacht und nicht begriffen haben, obwohl dies selbst in der CDU auf Bundesebene die meisten schon begriffen haben.

Meine Damen und Herren, wir machen nicht nur eine moderne Straßenverkehrspolitik, sondern wir machen auch eine umfassende ÖPNV-Politik, die vor allem im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs, aber auch des öffentlichen Personennahverkehrs überhaupt vorbildlich ist. In anderen Ländern schaut man inzwischen nach Baden-Württemberg, weil wir so aktiv sind. In den Rankings etwa der „Allianz pro Schiene“ oder bei anderen Umweltvergleichsmaßstäben gilt Baden-Württemberg inzwischen als hochaktives Land bei den Investitionen, auch im Bereich des ÖPNV, auch im Bereich der Schieneninfrastruktur.

Sie können nicht übersehen, dass wir die S-Bahn sowohl hier im Raum Mittlerer Neckar als auch im Rhein-Neckar-Raum als auch in der Region Breisgau ausbauen. Wir bauen die Stadtbahn in Heilbronn, die Straßenbahn in Ulm und die Stadtbahn hier in Stuttgart aus. Wir beginnen den Bau des Mobilitätsnetzes Heidelberg, und wir bauen die Regionalstadtbahn Reutlingen-Tübingen. All diese Projekte haben wir angestoßen, haben wir kofinanziert. Sie waren nicht dabei, Sie haben über Jahre hinweg hier nichts zustande gebracht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von den Grünen: Genau!)

Wir fördern aber nicht nur Infrastruktur, gewissermaßen Hardware, sondern auch neue Konzepte, Innovationen im Bereich Mobilität. Das ist für Sie sozusagen

(Zuruf von der SPD: No go!)

Terra incognita; damit haben Sie überhaupt nichts zu tun. Sie reden davon, dass Sie „Car2go“ erfunden hätten. Tatsächlich

(Minister Winfried Herrmann)

haben wir in Stuttgart aber nicht „Car2go“ gefördert, sondern „E-Car2go“.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU:
Wow!)

Elektromobilität, das ist sozusagen die Wende, ein neues Nutzungs- und ein neues Antriebssystem. Das ist innovativ. Das haben wir gefördert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir fördern im Bereich des ÖPNV Hybridbusse, Bürgerbusse, Elektrobuse. Wir fördern beispielsweise im Schwarzwald-Baar-Wahlkreis ein Innovationsmodell zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität im ländlichen Raum, das alle Verkehrsmittel miteinander entwickeln und vernetzen will.

Wir entwickeln und fördern intelligente Mobilität verschiedenster Art, sei es die Echtzeitinformation im ÖPNV, sei es, dass wir mithelfen, Apps zu entwickeln, damit Pkw-Fahrer die optimale Route aus dem Stau finden oder den Stau umfahren können. Wir schreiben demnächst ein großes Projekt unter dem Motto „Big Data“ aus – unter Nutzung aller Möglichkeiten der Information, der Datentechnik und unter Berücksichtigung des Datenschutzes –, um damit auch den Stau in Stuttgart abzubauen und zu bekämpfen. Das ist moderne, intelligente Verkehrspolitik – etwas ganz anderes als das, was Sie ständig einklagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind damit höchst erfolgreich und werden auch sehr anerkannt. Wenn ich durch die Lande ziehe und meine Veranstaltungen mache, sind übrigens regelmäßig Bürgermeister, Landräte, Gemeinderäte anwesend. Ich bin immer wieder angenehm überrascht, wie vernünftig diese Leute sind, dass sie sich anerkennend bei mir äußern und sagen: „Gut, dass ihr eine Priorisierung gemacht habt. Gut, dass ihr das eine Projekt macht und bei dem anderen Projekt sagt, dass es nicht finanzierbar ist. Gut, dass ihr auch Radwege unterstützt. Gut, dass ihr etwas für den ÖPNV macht.“ Das ist das Bild, das ich im Land erlebe. Was Sie hier im Landtag abziehen, hat nichts mehr mit der Realität der Gesellschaft zu tun. Die Gesellschaft ist weiter als Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir sind sichtbar so erfolgreich, dass Sie nur noch Zerrbilder verwenden können, um uns zu kritisieren.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Zurufe von den Grünen: So ist es!)

Wenn man sich die Reden des Spitzenkandidaten Wolf oder anderer Abgeordneter der CDU, zuletzt gestern vom Nachfraktionsvorsitzenden Hauk, anhört, muss man den Eindruck haben, dass, seit ich Verkehrsminister bin, überhaupt nicht mehr gebaut worden wäre. Da wundere ich mich schon. Ich erinnere daran: Baustelle A 8, Großbaustelle A 81,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Großbaustelle A 5, Großbaustellen B 30, B 31, B 27.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das sind doch Bundesstraßen! – Gegenruf: Zuhören!)

– Auf diese schönen Zurufe habe ich gewartet. Wer hatte denn da leuchtende Augen? Selbst Herr Mack, der sonst immer gern eher griesgrämig guckt, hat ein strahlendes Gesicht gehabt und sich gefreut, als der B-29-Tunnel in Schwäbisch Gmünd eingeweiht worden ist. Ist das in unserer oder Ihrer Regierungszeit passiert?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Nennen Sie mal eine Landesstraße!)

Oder nehmen wir den Abg. Reinhart, der es zu seiner Ministerzeit nicht geschafft hat, die Ortsumfahrung Bad Mergentheim im Zuge der B 19 auf den Weg zu bringen. Er war beim Spatenstich dabei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Gibt es auch einen Spatenstich bei einer Landesstraße?)

Er war ganz vorn dran, als wir das Band durchgeschnitten haben.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wer hat es versprochen? Wer hat es umgesetzt?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir!)

Wir haben es umgesetzt, Sie haben es versprochen. Nichts haben Sie hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nehmen wir den Abg. Müller oder den Abg. Köberle, früher als Verkehrsminister bzw. als Staatssekretär für den Verkehrsbereich zuständig. Sie mussten zuschauen, wie wir in Friedrichshafen den Spatenstich zur B 31 machten.

(Zuruf von der CDU: Auch wieder B!)

Wo haben Sie das hinbekommen? Oder B 30, Ortsumfahrung Ravensburg:

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die haben Sie jahrelang versprochen und nicht hingebacht. Wir haben es begonnen. Das ist die Wahrheit, aber Sie nehmen es nicht zur Kenntnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Einweihung bzw. Fertigstellung der Ortsumfahrung Dunningen im Zuge der B 462: Volker Kauder war extra angereist, Bundesminister Dobrindt war extra angereist, auch lokale Abgeordnete wie Wolf & Co. waren da, haben sich gefreut. Wer hat es realisiert? Wann ist es fertig geworden? In dieser Regierungsperiode. Wir haben das hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Razavi?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Nein.

(Unruhe bei der CDU)

(Minister Winfried Hermann)

Wir wollen rechtzeitig vor Mitternacht fertig werden. Ich werde Ihre falschen Daten konsequent abarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Keine Zwischenfragen zulassen! Was ist das denn für ein parlamentarischer Stil?)

B 464, Renningen–Sindelfingen, dritter Bauabschnitt:

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wer hat ihn fertiggestellt? Wir haben ihn fertiggestellt. Sie haben es nicht hinbekommen.

(Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat der Herr Minister.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann soll er Zwischenfragen beantworten und nicht nur Sprüche machen!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Sie behaupten ständig und täglich, hier würde nicht gebaut, hier würde nichts geschehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie Angst vor einer Zwischenfrage, oder was?)

Was machen wir? Erstens bauen wir all Ihre Baustellen ab. Zweitens fangen wir im nächsten Jahr – auch bei den Landesstraßen – neue Straßen an.

(Abg. Nicole Razavi CDU: „Nächstes Jahr“! Vier Jahre zu spät!)

Das sind wir und nicht Sie.

(Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich.)

Sie reden nur und bekommen nichts hin.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, sehr geehrter Herr Minister!

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie bringen immer wieder einzelne Zahlen,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Was haben Sie getrunken? Das will ich auch!)

die Sie aus dem Zusammenhang reißen, und versuchen zu beweisen, dass wir das Geld nicht ausgeben.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Minister lässt keine Zwischenfragen zu!)

Tatsache ist – –

(Unruhe bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder hat die Möglichkeit, Zwischenfragen zuzulassen oder abzulehnen. Das gilt auch für den Minister.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Abg. Thomas Blenke CDU: Schwaches Zeichen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Und jeder hat das Recht, das durch Zwischenrufe zu kritisieren!)

– Jetzt warten Sie doch einmal ab! Vielleicht werden Ihre Fragen in den Ausführungen noch beantwortet.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Genau.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da muss man sie erst mal stellen! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf von den Grünen: Ruhig!)

Nehmen wir die Investitionen in die Landesstraßen: 2005 97 Millionen €, 2006 101 Millionen €, 2007 108 Millionen € – ich könnte gerade so weitermachen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Seit wir an der Regierung sind: 139 Millionen €, 130 Millionen €, 140 Millionen € Gesamtinvestitionen in die Landesstraßen. Das ist die Wahrheit, das ist die Realität. Sie konstruieren ein Zerrbild.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Ja, so ist es! – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich.)

Nehmen wir die Investitionen des Bundes: Im Bereich Sanierung, Erhaltung, Modernisierung sind es inzwischen über 300 Millionen €. In Ihrer Regierungszeit waren es ungefähr 150 Millionen, 160 Millionen €. Wir investieren das Doppelte in Erhalt und Modernisierung im Vergleich zu dem, was Sie je investiert haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

In der Summe betragen die Bundesinvestitionen und Landesinvestitionen in den besten Jahren Ihrer Regierungszeit 600 Millionen €, 680 Millionen €, und in unserer Regierungszeit lagen sie in den letzten drei Jahren bei 700 Millionen €, 750 Millionen €, 760 Millionen € – allein die Investitionen von Bund und Land.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die Gesamtausgaben betragen inzwischen über 1 Milliarde €, die wir umsetzen. Das liegt deutlich über dem, was Sie je hingebraucht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. – –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. Sie würde meine Rede unnötig verlängern. Deswegen mache ich weiter.

(Zuruf von der CDU: Buh!)

(Minister Winfried Herrmann)

Sie können gern am Schluss noch eine Frage stellen, wenn ich etwas nicht beantwortet habe.

(Zuruf von der CDU: Buh!)

Was wir im Bereich Landesstraßen tun, haben Herr Kollege Schwarz und Herr Kollege Haller gut ausgeführt. Das spare ich mir. Dazu werde ich nichts mehr sagen.

Ich will nur noch eines deutlich machen: Wir haben über dreieinhalb Jahre lang Ihre Baustellen abgearbeitet, die alle nicht durchfinanziert waren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Erblast!)

Wir haben Ihre Erblasten abgebaut. Das war Ihre Verschuldung, die Sie uns sozusagen baulich hinterlassen haben und die wir jetzt abbauen. Wir bauen sukzessiv Jahr für Jahr Vermögen für das Land auf, indem wir Straßen bauen, erhalten oder sanieren. Das ist unsere Leistung, und Sie meckern herum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben aus dem Generalverkehrsplan des Landes Baden-Württemberg, der zahllose Projekte umfasst, bei denen Sie nicht in der Lage waren, zu sagen, was man macht und was man nicht macht, ein Landesstraßenbauprogramm mit über 123 Maßnahmen entwickelt, die wir konsequent von 2015 bis 2025 abarbeiten werden. Wir haben einen Finanzrahmen geschaffen. Wir haben eine verlässliche Summe von rund 40 Millionen € pro Jahr eingestellt. Für die nächsten zwei Jahre haben wir mit dem Lückenschlussprogramm noch etwas draufgelegt, um dieses Programm genau und konsequent abzuarbeiten. Unsere Politik ist verlässlich und nachvollziehbar. Alle vor Ort können sie nachvollziehen, und deswegen ist sie auch überzeugend.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Eines Ihrer Lieblingszerrbilder ist, ich sei der Radminister. Ich bedanke mich für das Lob. Denn tatsächlich ist es ein Lob, wenn deutlich wird, dass ein Minister sich auch um Radverkehr kümmert. Das war höchst überfällig. Das haben Sie über Jahre nicht getan. Sie haben den Radverkehr ignoriert, nebenbei gemacht. Wir nehmen auch Radverkehr ernst.

Aber ein Zerrbild ist, ohne dass wir das je so umgesetzt hätten, zu behaupten, wir würden das Geld nur in den Radverkehr schütten, während der Straßenverkehr zu kurz komme. Sie zählen sogar völlig unterschiedliche Etattitel zusammen. Ob Frau Razavi oder Herr Haußmann, Sie lassen immer alles weg, was wir im Bereich GVFG an Straßenmaßnahmen machen, was wir bei der Sanierung von Landesstraßen machen. Sie zählen einfach alle Radverkehrsmittel zusammen und nehmen einen Posten aus dem Straßenbau zum Vergleich. Das kann man so nicht vergleichen. Lächerlich!

Übrigens: Die 12,5 Millionen €, die wir beim Radwegebau an Landesstraßen ausgeben und die Sie zugunsten des Straßenbaus einsparen wollen, entsprechen etwa den Kosten einer Ortsumgehung. Das ist keine alternative Politik und keine alternative Finanzierung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eine ist besser als keine!)

Wir stehen dazu, dass man auch die Radwege an Landesstraßen nicht vergisst. Sie haben beim Bau neuer Straßen zum Teil den Radweg vergessen, Herr Köberle.

(Abg. Rudolf Köberle CDU schüttelt den Kopf.)

Ich könnte Ihnen einige Projekte nennen, bei denen es zum Verzweifeln ist, was nachzubessern ist.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie wollen nicht anerkennen, dass wir auch die Verwaltung verbessern. Wir bauen Stellen auf, die Sie abgebaut haben. Sie haben zwar immer den Straßenbau und die Infrastruktur im Mund geführt, aber Sie haben in 20 Jahren die Straßenbauverwaltung halbiert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi!)

Jetzt stehen Sie da und sagen, wir würden nichts tun. Wir bauen sie kontinuierlich wieder auf, damit in diesem Land überhaupt etwas vorangeht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Kommen wir zum öffentlichen Schienenpersonennahverkehr, zum ÖPNV. Im dritten und vierten Jahr stellen wir das Geld für die Südbahn zur Verfügung. Wer schlägt nicht ein? Wer legt das Geld nicht drauf? Der Bund – obwohl es eigentlich ein Bundesprojekt ist.

Gäubahn: Der Interessenverbandsvorsitzende und jetzige CDU-Spitzenkandidat hat es auch nicht vermocht, dass die Gäubahn zweigleisig ausgebaut wird. Wir kämpfen nach wie vor darum, dass wir eine Doppelspurinsel bei Horb nach Neckarhausen hinbekommen, weil der Bund bis zum heutigen Tag nichts auf die Reihe bekommt.

Wir mussten einen sogenannten Integrationsvertrag mit der Bahn abschließen, damit in den nächsten zehn Jahren überhaupt noch Fernzüge auf dieser Strecke fahren, damit es überhaupt ein gutes Angebot gibt. Das waren wir. Sie haben nichts hinbekommen, und auf Bundesebene hat man erst recht nichts hinbekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Sehr richtig!)

Sie kritisieren uns regelmäßig, wenn man einmal eine kritische Bemerkung zu Stuttgart 21 macht. Wir zahlen im nächsten Jahr 169 Millionen € und im übernächsten Jahr 186 Millionen €.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Hoffentlich!)

Das sind Infrastrukturinvestitionen in Neubau, in Stuttgart 21. Das ignorieren Sie völlig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Das haben Sie nicht zahlen müssen. Sie haben es versprochen, wir zahlen es.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Scheint Ihnen wehzutun!)

(Minister Winfried Hermann)

GVFG-Bundesprogramm: Wir haben in den vergangenen Jahren regelmäßig eine Summe von etwa 100 Millionen € aus Bundesmitteln abgerufen. Insgesamt sind es 330 Millionen € Bundesmittel. Wenn ich in Ihrer Logik argumentieren würde – –

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich habe mir einmal angeschaut, was die CDU-Regierung an GVFG-Mitteln geholt hat. Im Durchschnitt der letzten Jahre waren das zwischen 50 und 60 Millionen €.

(Abg. Walter Heiler SPD: Oh lieber Gott!)

Wir holen im Durchschnitt 100 bis 110 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Oi!)

In Ihrer Logik heißt das: Zehn Mal 40 Millionen € nicht abgeholt – 400 Millionen € liegen lassen. Das ist Ihre Logik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen der
Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich will gar nicht so argumentieren; ich will Ihnen nur einmal einen Spiegel vorhalten. Tatsache ist, dass wir es in den vergangenen drei Jahren konsequent durch Kofinanzierung geschafft haben, dass die Projekte vorankommen und dass wir Mittel abrufen. Wir holen jetzt im dritten Jahr deutlich mehr ab, als wir quotenmäßig eigentlich bekommen würden – eine Mittelvergabe, die es zwar formal nicht gibt, die aber gleichwohl eine Orientierung des Bundes darstellt. Wir holen deutlich mehr ab. 20 oder 30 % der Mittel fließen aufgrund unserer Initiativen bei der Förderpolitik bei GVFG-Projekten nach Baden-Württemberg.

Sie haben es in all den Jahren nicht geschafft, auf Bundesebene eine GVFG-Nachfolgeregelung hinzubekommen. Frau Merkel ist jetzt in ihrer dritten Amtszeit als Kanzlerin. In diesem Bereich hat sie aber noch immer nichts hinbekommen. Die Kommunen sind ihr offenbar wurst. Verkehrsprobleme sind ihr wurst. Sie turnt in der Welt herum, aber die Probleme hier vor Ort werden nicht gelöst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie behaupten, wir würden nichts für den ländlichen Raum tun.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Stimmt!)

Das Landesprogramm Landesstraßen, das Bauprogramm für die nächsten zehn Jahre enthält nur Straßen im ländlichen Raum. Da sind überhaupt keine Stadt- und Ballungsraumstraßen dabei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, nein, nein!)

Nennen Sie mir nur ein Beispiel! Das sind alles Straßen von Orten, die Sie zum Teil noch nicht einmal kennen, weil sie so klein sind.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Dieses Programm ist vollkommen auf den ländlichen Raum ausgerichtet.

Ein weiteres Beispiel ist unser Innovationsprogramm für Regiobusse im ländlichen Raum. Damit wird der ÖPNV im ländlichen Raum gefördert. Wir binden die Mittelzentren und Unterzentren, in denen es keine Anbindung an den Schienenverkehr gibt, an den Schienenverkehr an. Das ist ein innovatives Programm. Wir sorgen für Mobilität im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Thema Regionalisierungsmittel: Sie haben mir vorgeworfen, unsere Ausschreibung würde auf Sand grundieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das brauche ich Ihnen nicht vorzuwerfen! Das ist einfach Fakt!)

Wahr ist, dass ich immer gesagt habe: Unsere Ausschreibung lebt davon, dass es Ende 2014 ff. für 15 Jahre ein Nachfolgeprogramm für Regionalisierungsmittel gibt. Das ist eigentlich die gesetzliche Grundlage. Das ist so im Grundgesetz geregelt. Bis heute gibt es das nicht – blockiert von Bundesminister Schäuble,

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

nicht realisiert von Bundeskanzlerin Merkel, nicht realisiert von der CDU. Nach wie vor warten wir auf die Nachfolgeregelung.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Machen Sie doch Ihre Arbeit!)

Tatsächlich müssen wir alle Ausschreibungen mit dem Vorbehalt machen, dass die Regionalisierungsmittel kommen. Bis heute wissen wir nicht, wie viel Geld kommt. Heute war Ministerpräsidentenkonferenz. Was ist beschlossen worden? Die Bundeskanzlerin sagt: „Im Prinzip haben die Länder berechnete Forderungen; wir können euch aber leider nicht sagen, wie viel wir euch geben.“ So kann man keine Nahverkehrspolitik machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir kümmern uns aber nicht nur um den großen Verkehr. Der Herr Ministerpräsident hat gestern schön gesagt: Auch der langsame Verkehr ist wichtig: Fußverkehr, Radverkehr. Auch die Qualität in der Stadt ist ein wichtiges Element unserer Stadt- und Raumpolitik. Wir wollen die Kommunen da in der nächsten Zeit mehr fördern. Wir wollen die Innenentwicklung von Kommunen, von Gemeinden fördern, weil wir glauben, das ist ein guter, ein wichtiger Beitrag, um Verkehr zu reduzieren und um die Lebensqualität in den Kommunen zu stärken.

Ich will an dieser Stelle noch etwas zur Landesbauordnung sagen. Ihre Kritik an der Zwangsbegrünung ist so etwas von hintergestrig. Seit Jahrzehnten überlegen sich Stadtplaner,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

wie man in verbauten, zubetonierten, asphaltierten Räumen, die sich im Sommer unglaublich aufheizen, das Klima verbessern kann. Dies gelingt, indem man entweder Vorgärten schafft oder Fassaden begrünt. Das sind eigentlich alte Konzepte. Eigentlich hätten Sie in Ihrer Regierungszeit längst die LBO novellieren müssen. Nur weil Sie es nicht gemacht haben und wir es endlich machen, finden Sie, dass das irgend-

(Minister Winfried Hermann)

wie revolutionär ist. Tatsächlich bedeutet es eigentlich nur, die Entwicklung einigermaßen nachzuholen. Insofern ist es eigentlich lächerlich, dass sie daran noch Kritik üben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Schlecht informiert!)

Das sind Selbstverständlichkeiten moderner Stadtpolitik. Begrünung und eine andere Stadtqualität sind doch Selbstverständlichkeiten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt zu Ihrer permanenten Kritik an den überdachten Stellplätzen: Herr Rülke, über Jahre hinweg hat es Ihnen nichts ausgemacht, den Kommunen aufs Auge zu drücken, Pkw-Stellplätze zu schaffen, jedem einzelnen Bauherrn damit Kosten von 20 000 € aufwärts aufs Auge zu drücken.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn man dann einen Stellplatz für ein Rad möchte, ist plötzlich Geld ein Problem. Merken Sie eigentlich nicht, wo Sie stehen? Daneben!

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Uhr möchte ich zum Schluss kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich.)

Diese Regierung hat konsequent eine neue Mobilitätspolitik in Angriff genommen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

Wir orientieren uns an Nachhaltigkeit. Wir sanieren konsequent, was Sie nicht getan haben. Wir schließen die Lücken, ob das im Radwegenetz ist oder im Straßennetz. Wir arbeiten an der Barrierefreiheit des öffentlichen Personenverkehrs. Wir haben ein Sonderprogramm „Barrierefreiheit im ÖPNV“. Wir fördern Innovation in allen Verkehrsbereichen und die innovative Vernetzung von Mobilitätssektoren. Das ist neue Mobilität; das ist neue Mobilitätspolitik.

Meine Damen und Herren, mir bleibt zum Schluss nur, deutlich zu sagen:

(Glocke der Präsidentin)

Ein ganz herzliches Dankeschön an die Behörden, die diese Politik umsetzen, an mein Haus, an die Mitarbeiter, die Sie ständig kritisieren.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir kritisieren Sie, nicht die Mitarbeiter! – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wir sind eines der kleinsten Häuser. Wir haben die größten Probleme und Themen zu wuppen. Sie beschimpfen uns ständig, nichts zu leisten, aber wenn die FDP/DVP nicht so viele kleinliche Anfragen an uns richten würde, würden wir noch mehr leisten.

(Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte mich ganz herzlich bei der Fraktion der SPD und bei der Fraktion GRÜNE bedanken.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Denn ohne diese ständige Unterstützung bei den Themen und vor allem bei der Finanzierung dieser Politik hätten wir keine so gute Politik machen können, wie wir sie machen und mit dem vorgelegten Landeshaushalt fortsetzen wollen. Meine Damen und Herren, diesem Haushalt kann man zustimmen. Das ist eine runde Sache. Das ist eine Politik der nachhaltigen Entwicklung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Bravo-Rufe von den Grünen – Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister!

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Minister Winfried Hermann: Sie haben die Zwischenfrage nicht zugelassen! – Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich und gebigt sich zu einem Saalmikrofon. – Glocke der Präsidentin)

– Nein, Frau Abgeordnete. Der Herr Minister hat seine Rede – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat es zugesagt! Der Herr Minister hat ihr die Frage zugesagt! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat die Redezeit ausgeschöpft! – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Frau Abgeordnete, der Herr Minister hat gesagt, dass er keine Zwischenfrage zulässt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Er hat es zugesagt! „Am Schluss“! – Lebhaftige Unruhe)

– Wir diskutieren das jetzt nicht aus. Herr Hermann hat den Kopf geschüttelt. Das heißt, er lässt keine Zwischenfrage zu.

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Minister Winfried Hermann: Sie haben es selbst zugesagt! Lassen Sie die Frage zu! – Unruhe)

Das muss man einfach akzeptieren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nein! Er hat sie zugesagt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sind Sie sicher, dass Sie neutral sind? – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Volker Schebesta CDU zu Minister Winfried Hermann: Stehen Sie doch auf und beantworten Sie die Frage! Das ist doch nicht schwer! Meine Güte! – Abg. Nicole Razavi CDU zu Minister Winfried Hermann: Haben Sie Angst vor meinen Fragen?)

– Herr Schebesta, Frau Razavi, der Herr Minister hat keine Zwischenfrage zugelassen. Das muss man einfach akzeptieren.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

(Abg. Volker Schebesta CDU: Stimmt nicht! Er hat sie zugesagt auf das Ende seiner Rede! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das kann man im Protokoll nachlesen! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Weiter geht's! Abstimmung! – Abg. Thomas Blenke CDU: Hochmut kommt vor dem Fall! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Doch!)

Deshalb kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b - s t i m m u n g** über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6013.

Zunächst rufe ich Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen. Ich schlage vor, die Abstimmung über die Nummer 1 – Kapitel 1301: Ministerium – und die Nummer 2 – Kapitel 1302: Allgemeine Bewilligungen – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe daher

Kapitel 1301 und Kapitel 1302

gemeinsam auf. Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1301 und 1302 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 auf:

Kapitel 1303

Verkehr

Hierzu liegen sechs Änderungsanträge der Fraktion der CDU sowie ein interfraktioneller Entschließungsantrag vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-1, über den ich zunächst abstimmen lasse, begehrt die Neuaufnahme des Titels 891 71 N – Investitionszuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflyghäfen/Verkehrslandeplätzen und zur Verbesserung der Flugsicherheit an öffentliche Unternehmen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-2, den ich nun zur Abstimmung stelle, begehrt die Neuaufnahme des Titels 892 71 N – Investitionszuschüsse zum Bau und Ausbau von Verkehrslandeplätzen und zur Verbesserung der Flugsicherheit an private Flughäfen – und fordert eine Fortführung der Haushaltsansätze aus dem Jahr 2011. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 661 95 – Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU,

Drucksache 15/6063-3, vor, der eine höhere Förderung von Linienomnibussen begehrt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 662 95 – Schuldendiensthilfen an private Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-4, vor, der ebenfalls eine höhere Förderung von Linienomnibussen begehrt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 891 96 – Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-5, vor, der Fördermittel für Investitionen im ÖPNV fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-6, der Titel 892 96 – Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen – betrifft und ebenfalls Fördermittel für Reinvestitionen im ÖPNV fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Kapitel 1303. Wer diesem Kapitel in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6013, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1303 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den interfraktionellen Entschließungsantrag Drucksache 15/6063-15 abzustimmen, der fordert, die Finanzierung der Regionalisierungsmittel sicherzustellen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Entschließungsantrag Drucksache 15/6063-15 mehrheitlich zugestimmt.

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Einstimmig!)

– Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 4 auf:

Kapitel 1304

Straßenverkehr

Hierzu liegen fünf Änderungsanträge der Fraktion der CDU und zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-7, der Titel 534 03 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. für die Planung, Bauüberwachung und Ausführung von Straßenbauvorhaben – betrifft und eine Verstärkung der Mittel auf dem Niveau der Vorjahre fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Zu Titel 781 79 – Erhaltung – liegen zwei Änderungsanträge vor. Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6063-13, geht im Betragsteil weiter. Daher stelle ich zunächst diesen Antrag zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6063-13, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja was ist denn, Herr Hollenbach?)

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-8, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-9, begehrt die Neuaufnahme des Titels 784 79 N – Erhaltung von Ingenieurbauwerken. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 785 79 – Ortsumgehungen, Aus- und Neubau – liegen zwei Änderungsanträge vor. Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6063-14, geht im Betragsteil weiter. Daher stelle ich zunächst diesen Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6063-14, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-10, zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun noch zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-11, der Titel 821 79 – Erwerb von Grundstücken – betrifft und sich für eine Fortschreibung des Mittelansatzes aus dem Jahr 2014 einsetzt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 1304 abzustimmen. Wer Kapitel 1304 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6013, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1304 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe weiter die Nummer 5 auf:

Kapitel 1305

Baurecht, Städtebau, Landesplanung

Wer stimmt Kapitel 1305 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1305 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 6 auf:

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

Zu Titel 883 84A – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Bau oder Ausbau von Radverkehrsinfrastruktur – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/6063-12, vor. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Änderungsantrag. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben jetzt noch über das Kapitel 1306 abzustimmen. Wer Kapitel 1306 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Kapitel 1306 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6013, abzustimmen. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5964, soweit diese den Einzelplan 13 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 13.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf: Sehr gut!)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften – Drucksache 15/5933

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/6021

Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Röhm das Wort.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Herrmann, ich bin immer noch tief beeindruckt von Ihrer virtuellen Straßenbauorgie. Leider haben Sie den Alaufstieg vergessen, ebenso die Ortsumfahrung Grafenberg sowie die Ortsumfahrungen Magolsheim und Böttingen, falls Sie wissen, wo das liegt.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Aber nun zu Ihnen, Frau Ministerin Bauer. Hier geht es um ein ganz anderes Thema, nämlich um die W-Besoldung.

(Karl-Wilhelm Röhm)

(Abg. Nicole Razavi CDU meldet sich. – Abg. Thomas Blenke CDU: Frau Präsidentin!)

Die CDU-Fraktion unterstützt und begrüßt es ausdrücklich, dass nun endlich die Grundgehälter der Professorinnen und Professoren erhöht werden sollen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Röhm, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abg. Razavi?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich gestatte ich eine Zwischenfrage.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Abg. Nicole Razavi CDU: Leider hat man zu spät gesehen, dass ich mich gemeldet habe. Ich will auf Ihr erstes Thema eingehen.

(Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Mein Gott!)

Nachdem der Herr Minister meine Frage nicht zugelassen hat, frage ich Sie, ob Sie wissen, wer die Freigaben für Bundesfernstraßen erteilt, Herr Kollege Röhm.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht das Land.

(Zuruf: Sind Sie sich sicher?)

– Ja, ich bin mir sicher.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum erteilt der Bund diese Freigaben nicht, Herr Kollege? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Röhm, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Schwarz?

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich gestatte am Ende meiner Ausführungen Fragen, wenn sie sich auf die W-Besoldung beziehen. Danke.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Bauer, wir sind uns einig, dass die erwähnte Anhebung der Grundgehälter der Professorinnen und Professoren ein wichtiger Schritt für den Erhalt des Wissenschaftsstandorts Baden-Württemberg ist. Sie ist auch ein wichtiges Zeichen an unsere Professorinnen und Professoren, dass wir die Leistung, die sie erbringen, schätzen und anerkennen und ihre verantwortungsvolle Tätigkeit angemessen honorieren wollen.

Leider hat es ein ganzes Jahr gedauert, seit die Landesregierung die Anhebung der W-Besoldung angekündigt hat. Nun steht der Entwurf für das Änderungsgesetz endlich zur Abstimmung. Dies kann man durchaus als eine schwere Geburt bezeichnen.

In der Rückschau komme ich nicht umhin, den Finger nochmals in die Wunde zu legen. Ich stelle mir schon die Fragen: Welchen Stellenwert misst die Landesregierung dem Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg, den Professorinnen und Professoren tatsächlich bei?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Einen sehr hohen Stellenwert, Herr Kollege!)

Wie wichtig ist es unserer Landesregierung tatsächlich, die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zu erhalten? Fakt ist nun einmal: Baden-Württemberg bildet gemeinsam mit Berlin und dem Saarland das unrühmliche Schlusslicht im Bundesvergleich und lässt die Professorinnen und Professoren an den Hochschulen warten und damit im Ungewissen.

Für die Beratung des Entwurfs zum Änderungsgesetz wurde kurzfristig eine Sondersitzung des Wissenschaftsausschusses im Vorfeld einer Plenarsitzung einberufen. Es blieben 30 Minuten für die Beratung dieses komplexen Gesetzentwurfs,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie waren doch dabei! Es hat doch völlig ausgereicht!)

der weitreichende finanzielle Folgen nach sich zieht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Ich hätte erwartet, dass diesem Gesetzentwurf die Aufmerksamkeit und Sorgfalt im Rahmen der Beratung zuteilwird, die ihm auch gebührt.

(Beifall der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Gerade bei einem so komplexen Thema sollte das normale Prozedere des parlamentarischen Verfahrens durchaus eingehalten werden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie haben im Ausschuss doch nicht mehr Zeit gebraucht!)

Im Laufe eines ganzen Kalenderjahrs sollte es möglich sein, den Gesetzentwurf in einer regulären Ausschusssitzung einzubringen und den Fraktionen ausreichend Zeit zur Beratung zu geben.

(Abg. Johannes Stober SPD: Die haben wir doch gehabt!)

Die Politik der Landesregierung ist und bleibt geprägt von überstürztem oder in diesem Fall unkalkulierbarem Verhalten. Entscheidungen werden durchgepeitscht ohne Rücksicht auf Verluste, ohne die Betroffenen im Vorfeld wirklich anzuhören

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Über was reden Sie eigentlich?)

und deren Bedürfnisse und Bedenken wirklich wahrzunehmen.

Frau Ministerin, Ihr in diesem Fall zögerliches Verhalten, dieses Tempo, das Sie bis zur Vorlage des Gesetzentwurfs vorlegten, aber auch das Hauruckverfahren, in dem das Änderungsgesetz durchgepeitscht wurde, lassen ein gewisses Maß an Sensibilität im Umgang mit den Professorinnen und Professoren vermissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Karl-Wilhelm Röhm)

Auf diese Weise wird Baden-Württemberg seine Attraktivität für Professorinnen und Professoren verlieren. Diese werden sich für einen Lehrstuhl außerhalb Baden-Württembergs entscheiden,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sagen Sie einmal genau, wo! – Abg. Johannes Stober SPD: Wer hat eine bessere Regelung?)

in andere Bundesländer oder ins Ausland abwandern.

Für uns ist klar: Der jetzige Entwurf für die Reform der W-Besoldung ist zwar hübsch verpackt; wer sich den Inhalt aber genau anschaut, ist nach wie vor alles andere als begeistert. Die geplante Reform hat zur Folge, dass bislang bezogene Leistungsbezüge auf die Erhöhung der Grundgehälter angerechnet werden. Bei der Reform wird völlig außer Acht gelassen, dass durch die vorgesehene Konsumtion der Leistungsbezüge in Berufungszusagen eingegriffen wird, die nach der Systematik der W-Besoldung die Leistung des einzelnen Hochschullehrers honorieren sollen.

De facto hätte der Gesetzentwurf in der jetzigen Fassung zur Folge, dass Professoren mit langjähriger Berufserfahrung im Vergleich mit neu berufenen nach Inkrafttreten der entsprechenden Reform bei den Leistungsbezügen systematisch schlechtergestellt sind. Bei den Leistungsbezügen zeigt sich einmal mehr, dass sich die Betroffenen mit ihren Anliegen von der Landesregierung nicht ernst genommen fühlen und nicht wirklich gehört wurden. Diejenigen Professorinnen und Professoren, die diese Zulagen aufgrund ihrer Leistungen erhalten haben, sehen sich gegenüber denjenigen unverändert im Nachteil, die bislang, aus welchen Gründen auch immer, einen weiten Bogen um Leistungsbezüge gemacht haben.

Die größten Profiteure einer solchen Neuregelung sind im Ergebnis die neu berufenen Professoren und diejenigen, die keinen zusätzlichen Dienst für die Hochschule oder die Studierenden erbracht haben. Grün-Rot verabschiedet sich von dem Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“. Stattdessen sind und bleiben die Fleißigen die Dummen, weil ihnen ihre zusätzliche Leistung nun verrechnet wird.

Meine Damen und Herren, in dem Punkt sind wir uns einig: Wenn Baden-Württemberg als Wissenschaftsstandort konkurrenzfähig bleiben soll, müssen wir auch dafür sorgen, dass die Besoldung der Professorinnen und Professoren auf ein angemessenes Maß kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter in den Besoldungsgruppen W 2 und W 3 ist zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich, richtig und wichtig. Selbstverständlich begrüßen wir gleichermaßen die Erhöhung der W-1-Besoldung.

Wir, die CDU-Fraktion, unterstützen die geplante Erhöhung der Grundgehälter. In der Frage der Leistungsbezüge halten wir weiterhin an unserer Position fest. Unseres Erachtens muss sich Leistung lohnen. Vom Landtag muss das Signal ausgehen, dass sich Spitzenleistung und persönlicher Einsatz weiterhin lohnen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bin schon am Ende, Frau Präsidentin.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das wissen wir!)

Ich bin so beeindruckt, ich bin schon am Ende.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Salomon das Wort.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Röhm, ich dachte, wir seien schon etwas weiter. Die 30 Minuten im Wissenschaftsausschuss zur Behandlung des Gesetzentwurfs haben Ihnen doch völlig ausgereicht. Sie haben sich damit gar nicht länger befasst. Das müssen Sie doch anerkennen. Am Schluss waren Sie dort doch wie wir der Meinung, dass diese Umsetzung richtig ist.

Jetzt könnte man wieder den heute schon oft herangezogenen Vergleich mit Bayern anführen. Sie müssten einmal genau schauen, wie dies dort umgesetzt worden ist. In Baden-Württemberg hat die Ministerin zunächst gewartet und dann einen guten Gesetzentwurf vorgelegt. Meines Erachtens hat sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich im Vergleich durchaus sehen lassen kann bzw. der sich auf einem vorderen Platz befindet.

(Beifall bei den Grünen)

Es freut mich jedoch, dass wir uns mehr oder weniger darüber einig sind, dass die W-Besoldung erhöht werden muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Dass sie erhöht werden muss, daran war das Bundesverfassungsgericht „schuld“. Das ist aber auch richtig so. Wie ich schon gesagt habe, stehen wir mit der gefundenen Lösung sehr gut da. Denn die Höhe des Grundgehalts sowie die Beibehaltung des Leistungsprinzips – nun kommt wieder Bayern ins Spiel; dort wird nämlich durch die Stufenaufstiege das Leistungsprinzip abgeschafft bzw. ausgesetzt; damit müssen Sie es einmal vergleichen –, insbesondere auch die Tatsache, dass wir anders als andere Länder die Reform nicht kostenneutral durchsetzen, sondern zusätzlich 10 Millionen € in den nächsten Haushalten in die Hand nehmen, das kann sich meines Erachtens absolut sehen lassen. Das ist ein Verdienst dieser Landesregierung.

(Beifall bei den Grünen)

Darüber hinaus haben Sie die Konsumtion angesprochen, die 50 % beträgt. Das bedauern wir auch. Das ist sehr ärgerlich. Da müssen wir nicht lange darum herumreden. Wenn man wiederum schaut, wie andere Länder dies geregelt haben – Bayern gefällt mir gerade, weil es den ganzen Tag über angesprochen wurde –, dann stellt man fest, dass Bayern ungefähr den gleichen Satz hat.

(Alexander Salomon)

Daher orientieren wir uns an anderen Ländern, weil wir genau wissen, den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg stärkt man durch gute Grundgehälter, aber auch durch gute Rahmenbedingungen. Das müssen Sie immer zusammen sehen. Sie können nicht nur auf die Gehälter schauen, sondern Sie müssen auch schauen: Was bieten unsere Universitäten an Rahmenbedingungen an? Da sind wir durchaus auf einem Level mit anderen Wissenschaftsstandorten, die sich mit uns in diesem Fall messen können.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Noch!)

Die Ministerin ist im letzten Jahr Wissenschaftsministerin des Jahres gewesen. Ich glaube, sie wird in den nächsten Jahren mindestens wieder auf einem guten Rang sein. Ich höre in den Hochschulen auch nur Gutes. Da bringt auch dieser Antrag der FDP/DVP nichts – der übrigens aus unserer Sicht rechtlich sehr heikel umzusetzen ist; ich will nur das Stichwort Alimantationsprinzip bringen –, mit dem man die Grundgehälter kappen und in den Leistungszuwachs hineingehen möchte. Da werden wir mit der FDP/DVP nicht mitgehen können. Wir hätten uns auch andere Vorschläge erhofft, wenn Sie wirklich etwas anderes machen wollen. Doch dazu komme ich noch.

Es gibt eine Besonderheit des vorliegenden Gesetzentwurfs. Bei den W-1-Professuren – das sind die sogenannten Juniorprofessuren – erhöhen wir das Grundgehalt. Hier sind wir fast allein. Es ist ein wichtiger Schritt, um den Einstieg in wissenschaftliche Karrieren attraktiver zu machen. Ebenso wichtig: Den Rahmen für Zulagen, etwa aus Drittmitteln, werden wir deutlich ausweiten. Auch das trägt dazu bei, dass die Arbeit von Juniorprofessorinnen und -professoren besser honoriert werden kann.

Zusammen mit den Verbesserungen beim Tenure-Track, die wir im Landeshochschulgesetz verankert haben und zu denen jetzt das Haushaltsgesetz nachzieht, tun wir von Grün-Rot damit einiges, um die Juniorprofessur attraktiv auszugestalten. Das ist gut für Baden-Württemberg. Das sind nämlich Rahmenbedingungen, bei denen man im Wissenschaftsbereich wirklich punkten kann. Da tun wir wirklich sehr viel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich anmerken, dass wir hier möglicherweise noch über den Begriff der Juniorprofessur nachdenken sollten. Denn „Juniorprofessur“ und „Wissenschaftlicher Nachwuchs“ umreißen nicht, worum es bei der W-1-Professur wirklich geht. W 1 ist der durchaus voraussetzungsreiche Einstieg in eine universitäre, professorale Karriere. Wer eine Juniorprofessur innehat, betreibt längst Senior Research, auch wenn das zunächst einmal paradox klingen mag.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um auch abseits der Professuren und ihrer Bezahlung noch ein paar Worte zum Thema „Gute Arbeit“ zu verlieren. Denn das Besoldungsgesetz ist ja nur ein Baustein der Aktivitäten des Wissenschaftsministeriums in diesem Bereich und darüber hinaus. Ich möchte auch noch daran erinnern, dass wir es waren, die die Entfristung auch bei Stellen durchgesetzt haben, die aus den Ausbauprogrammen und Qualitätssicherungsmitteln finanziert werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede
Abal GRÜNE: Gute Arbeit!)

– Ja, das Stichwort „Gute Arbeit“ setzen wir auch um und erfüllen es mit Leben. Das gilt auch für den Hochschulfinanzierungsvertrag und für diesen Doppelhaushalt. Dort muss das Thema „Gute Arbeit“ eine wichtige Rolle spielen. Es wird auch in den Verhandlungen eine wichtige Rolle spielen. Das hängt auch mit dieser Ministerin zusammen.

Zum Abschluss möchte ich nur noch sagen: Wenn wir über bereits gute Rahmenbedingungen zu diesem Gesetz kommen, dann geht es nicht nur darum, dass wir über Grundgehälter und leistungsgerechte Bezahlung für Professorinnen und Professoren sprechen, sondern es geht auch darum, dass man über den Wissenschaftsstandort spricht und dass wir genauso über die Arbeitsbedingungen der vielen nicht wissenschaftlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch über die Nachwuchsmöglichkeiten reden. Ich bin mir sicher, dass das bei dieser Wissenschaftsministerin und bei diesen Regierungsfractionen gut aufgehoben ist.

Stimmen Sie diesem Gesetz daher bitte zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Salomon hat schon sehr deutlich die verschiedenen Details dieses Gesetzentwurfs dargestellt. Ich betone noch einmal:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir nehmen jedes Jahr 10 Millionen € mehr zur Vergütung der Professorinnen und Professoren in die Hand.

Wir ziehen das nicht auf der anderen Seite irgendwo ab, sondern wir machen gleichzeitig einen Hochschulfinanzierungsvertrag, der die Hochschulen in Baden-Württemberg noch mehr in die Lage versetzt, wettbewerbsfähig zu sein, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu anderen Staaten.

Wenn Sie, Herr Kollege Röhm, Ihre Forderungen wirklich umsetzen wollen, dann weiß ich nicht, um welche Millionenbeträge es dann geht. Was Sie hier wollen, ist, die W-Besoldung so zu erhöhen, wie wir es jetzt tun, und alle Zulagen so zu belassen, wie sie heute sind. Ich weiß nicht, ob es letzten Endes 20 oder 30 Millionen € sind. Aber wir müssen finanziell solide arbeiten. Gerade, wenn wir uns die letzten Tage und vermutlich auch den morgigen Tag hier anschauen, dann kann man eindeutig sagen, dass die Koalition das tut, aber die Opposition das nicht tut.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn man schon einen solchen Vorschlag macht – man kann ihn machen –, dann muss man auch einen entsprechenden Deckungsvorschlag bringen. Auch dazu habe ich wiederum nichts gehört. Sie, Herr Kollege Röhm, haben vorhin angemahnt, dass Ihnen die Diskussion gefehlt habe. Ich war erst einmal ganz überrascht, dass man im Wissenschaftsausschuss immerhin noch ein bisschen diskutiert hat. Zur ersten Lesung hatte man sozusagen gemeinsam abgesprochen, dass man keine Aussprache führt. Im Finanzausschuss gab es nur die Aussage der Kollegin Schütz: „Wir enthalten uns da.“ Es gab aber überhaupt nichts Inhaltliches, auch keine Nachfragen zu den

(Johannes Stober)

Punkten, die Sie angesprochen haben. Deswegen muss ich ehrlich sagen, Herr Kollege Röhm: Die Chance, das vertieft zu diskutieren, haben Sie in den Gremien gehabt, aber Sie haben sie verspielt.

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Wir haben hier einen guten Entwurf vorliegen. Sie könnten allenfalls noch fragen, wie künftige Besoldungserhöhungen aussehen. Es geht auf der einen Seite um die Grundgehälter und auf der anderen Seite um die Leistungsbezüge. Herr Kollege Salomon hat schon das Alimentationsprinzip angesprochen. Wir können nicht alles in die Leistungsbezüge einbeziehen. Dem würde das Bundesverfassungsgericht wohl wieder widersprechen. Ich glaube, das sollten wir noch einmal vertieft diskutieren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

mit den Professorinnen und Professoren an den Hochschulen, z. B. im vhw-Bund, zu dem wir regelmäßig eingeladen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einverstanden!)

Da müssen wir noch einmal vertieft in die Diskussion gehen.

Ich erlebe es überhaupt nicht so, dass die Professorinnen und Professoren unzufrieden wären. Es gibt natürlich ein paar, die sich noch ein bisschen mehr gewünscht hätten. Aber insgesamt ist es eine hervorragende Lösung, und ich bitte um Zustimmung.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal: Wir werden morgen sicherlich die Möglichkeit haben, ausgiebig über die Wissenschaftslandschaft und über das, was im Land wichtig ist, über diesen tollen Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg mit den Universitäten, mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, mit der Dualen Hochschule, mit den Pädagogischen Hochschulen und mit den Kunsthochschulen zu diskutieren.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Welche Berufsakademien meinen Sie gerade?)

Trotzdem schließe ich mich in vielen Bereichen der Kritik des Kollegen an.

Meine Damen und Herren, Sie können all die Dinge, die es hierzu zu sagen gibt, im Plenarprotokoll der 111. Sitzung von Mittwoch, den 12. November, ausführlich nachlesen. Dazu habe ich in der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs unter Punkt 10 der Tagesordnung auf den Seiten 6675 und 6676 des Protokolls ausführlich Stellung genommen. An den Aussagen hat sich auch durch die Ausschussberatung nichts geändert. In der Ausschussberatung haben wir genau diese Dinge angesprochen, vor allem die Dinge, die uns gefallen.

Es ist klar, dass wir die Grundgehälter anheben müssen. Ich sage immer noch: Grundgehälter anheben ja, Rechtsvorgaben umsetzen ja, Zusagen einhalten – auch das ist wichtig, auch wenn es lange gedauert hat, Frau Ministerin – ja. Aber – das ist der entscheidende Punkt – weiterentwickeln in die Zukunft. Man muss wieder dorthin kommen, dass sich Leistung lohnt, es Anreize gibt, dass nicht die Fleißigen die Dummen sind. Das ist das, was man nach dieser pauschalen Anhebung zukünftig entwickeln muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die FDP/DVP-Fraktion unterstützt die infolge des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur W-Besoldung in Hessen vorgenommene Erhöhung der Grundgehälter für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wie gesagt, die attraktiven W-Gehaltsstrukturen sind von zentraler Bedeutung, vor allem, wenn wir diesen tollen Standort halten wollen, wenn wir Leute zu uns holen wollen, wenn wir aus der Wirtschaft Jungakademiker, für die in der Wirtschaft zum Teil Gehälter in doppelter Höhe gezahlt werden, holen wollen und die Verbindung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft entsprechend beibehalten wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht, der genau dieses Ziel verfolgt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Mit unserem Entschließungsantrag wollen wir, dass bei zukünftig anstehenden Erhöhungen der Besoldung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Frau Ministerin, die dafür aufzuwendenden Mittel in Teilen dem Vergaberahmen für Leistungen und Funktionszulagen der jeweiligen Hochschule zuzuführen sind, bis die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgenommene Anrechnung der Grundgehälter auf die Zulagen sowie die Absenkung der Obergrenzen für die Ruhegehaltsfähigkeit wieder rückgängig gemacht werden. Wir wollen wieder zum Leistungsprinzip zurück. Wir wollen diese Anreize. Wir wollen die Gesetzesänderung; wir wollen diese Verhältnisse der Grundgehälter wieder auf den vorherigen Stand bringen.

Wir werden – das ist auch klar; ich habe es bereits im Ausschuss gesagt – dem Gesetzentwurf zustimmen. Ich gehe davon aus, dass Sie unserem Entschließungsantrag mit dem hervorragenden Vorschlag, wieder dorthin kommen zu wollen, wo man Leistung honoriert und junge Menschen für ihre Leistungen im Wissenschaftsbereich wieder entsprechend entlohnt, sodass sich zusätzliche Leistungen auch auf dem Lohnzettel niederschlagen, ebenfalls zustimmen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Bauer.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen es: Baden-Württemberg hat es geschafft, vom einstigen Armenhaus Europas zu

(Ministerin Theresia Bauer)

einer der führenden Wirtschaftsregionen des Kontinents zu werden.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Ohne Ihre Hilfe! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Erblasten! – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

– Schön, dass Sie sich so freuen. Da haben wir etwas gemeinsam.

Wir wissen auch: Nicht die Bodenschätze sind der Grund dafür, sondern entscheidend sind und waren die neuen Ideen, die hier entstanden sind und aus denen sich Produkte entwickelt haben, die die Welt verändert haben.

Die Voraussetzung dafür, dass auch in Zukunft wegweisende Ideen und zukunftsfähige, innovative Produkte möglich sind, ist eine gute Ausbildung. Die Voraussetzungen hierfür in Baden-Württemberg sind gut,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie waren auf jeden Fall gut!)

denn Baden-Württemberg ist ein starker und gut aufgestellter Hochschulstandort. Wir haben Spitzenuniversitäten, wir haben hervorragende Hochschulen für angewandte Wissenschaften, und diese Einrichtungen sind attraktiv für den wissenschaftlichen Nachwuchs, für Spitzenforscher aus aller Welt.

Es ist uns auch bewusst: Wir stehen in einem enormen und wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Deswegen müssen wir all diesen Menschen, egal, ob Juniorprofessor, Professor oder Nachwuchskraft, attraktive Perspektiven bieten.

Dazu gehört neben den richtigen Rahmenbedingungen einer guten Forschungsinfrastruktur, die wir im Zusammenhang mit der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts 2015/2016 ebenfalls stärken, auch eine adäquate Bezahlung.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht an dieser Stelle nun eine Anpassung der W-Besoldung vor. Wir stärken mit dem geplanten Gesetz den Wettbewerb, und wir setzen ein klares Signal für unser Wissenschaftsland Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zudem stellen wir mit diesem Gesetz die Verfassungskonformität der W-Besoldung auch in Zukunft sicher. Die Grundgehälter im Land werden deutlich erhöht, und es werden Spielräume für Leistungsbezüge erhalten bleiben. Denn dieses Leistungsprinzip ist uns wichtig.

Dieses Grundprinzip gilt dabei für die Professoren, aber auch für die Nachwuchswissenschaftler, insbesondere für diejenigen, die eine Juniorprofessur innehaben.

In der heutigen Debatte wurde viel Lob, aber auch viel Kritik am Verfahren geäußert. Kommt der Gesetzentwurf zu früh, oder kommt er zu spät? Ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen, oder hätte man dies früher tun können?

Ich möchte mich nicht mit fremden Federn schmücken. Die Federführung für dieses Verfahren liegt nicht beim Wissenschaftsministerium, sondern beim Ministerium für Finanzen

und Wirtschaft, nämlich dort, wo Besoldungsfragen verantwortet werden. Lassen Sie mich dies der Klarheit halber noch einmal betonen.

Mit dem heute zur Verabschiedung vorliegenden Gesetzentwurf haben sich zwischenzeitlich sowohl der Wissenschaftsausschuss als auch der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft befasst. Beide Ausschüsse haben dem Landtag empfohlen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich möchte heute noch einmal die Gelegenheit nutzen, um kurz auf einige kritische Anmerkungen und Äußerungen aus den Reihen der Opposition im Rahmen der Ausschussberatungen einzugehen.

Erstens wurde bemängelt, dass andere Länder die Grundgehälter in W 2 und W 3 stärker angehoben hätten. Dazu möchte ich einfach folgende Zahlen nennen:

Der Gesetzentwurf sieht vor, die W-2-Gehälter um 749,32 €, also rund 16 %, und die W-3-Gehälter um 517,71 €, also rund 9 %, anzuheben. Das ist eine Dimension, die man sich einfach einmal klarmachen sollte. Baden-Württemberg gehört damit im Ländervergleich weiterhin zur Spitzengruppe.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Höhere Grundgehaltssätze gibt es nur noch in solchen Ländern, die anstelle der bisherigen Festbeträge Erfahrungsstufen in der W-Besoldung eingeführt haben, z. B. Bayern und Sachsen. Außerdem sind – wenn man diese Länder heranziehen möchte – dort zumeist nur die Endgrundgehälter höher, nicht aber die Anfangsgehälter, also die Gehälter zu dem Zeitpunkt der Berufung.

Ein System der Professorenbesoldung, das auf Erfahrungsstufen aufbaut, ist aber schlicht nicht wissenschaftsadäquat. Denn wissenschaftliche Leistungen hängen eben nicht – das kann man auch niemandem erzählen wollen – vom Dienstalter ab.

Deswegen haben wir uns für einen anderen Weg entschieden, einen Weg, der richtig ist. Wir werden Leistungen auch weiterhin sinnvoll fördern. Deswegen bestehen wir darauf, dass es ein festes Grundgehalt sowie eine variable Komponente an Leistungsbezügen gibt. Gerade das gibt jungen Wissenschaftlern das nötige Maß an Sicherheit und bietet gleichzeitig Attraktivität.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein zweiter Einwand war folgender: Es wurde kritisch gesehen, dass der Gesamtbetrag der bis zur Verkündung des Gesetzes zustehenden Leistungsbezüge zur Hälfte umgewidmet werden soll. Es wurde gesagt, diese Umwidmung widerspreche dem Leistungsprinzip, weil sich durch diese Maßnahme die Grundgehaltserhöhung bei Beziehern hoher Leistungsbezüge nicht auswirken würde. Außerdem sei die Zuerkennung von Leistungsbezügen im Rahmen von Berufungszusagen als verbindliche Rechtsposition zu qualifizieren, die rechtlich nicht anzutasten sei.

Ich kann durchaus verstehen, dass es bei Professoren, bei denen die Grundgehaltserhöhung wegen der teilweisen Umwidmung der Leistungsbezüge nicht zu einer höheren Besoldung führt, Enttäuschung gibt. Man darf aber auch nicht vergessen:

(Ministerin Theresia Bauer)

Die Umwidmung der Leistungsbezüge steht mit der enormen Erhöhung der Grundgehälter im Zusammenhang. Dadurch wird das Professorenamt insgesamt aufgewertet.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Also, das ist ja eine Argumentation!)

Die von Professoren typischerweise zu erbringenden Leistungen werden jetzt verstärkt in der Ämterbewertung ihren Niederschlag finden, sodass die teilweise Umwidmung von Leistungsbezügen durchaus sachlich gerechtfertigt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ein weiteres Ziel der Umwidmung ist es, eine dauerhafte Besserstellung der bei Inkrafttreten des Gesetzes vorhandenen Professuren gegenüber den neu berufenen Professoren zu vermeiden. Sie haben hoffentlich Verständnis dafür, dass wir dies ausgleichen mussten.

Zum dritten Einwand: Durch die Umwidmung wird nicht, wie behauptet, in unzulässiger Weise in vorhandene Rechtspositionen eingegriffen. Denn die Professoren erleiden keine finanziellen Verluste. Im ungünstigsten Fall geht die Erhöhung des Grundgehalts in vollem Umfang zulasten der Leistungsbezüge. Ein schutzwürdiges Vertrauen der Professoren auf eine dauerhaft gleichbleibende Zusammensetzung der verschiedenen Besoldungsbestandteile besteht aber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht.

Deswegen gehen wir davon aus, dass wir eine kluge, sachgerechte und gut abgewogene Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vorgenommen haben.

Zur späten Einbringung des Gesetzentwurfs und der damit verbundenen Kritik: Ich möchte dazu in der Sache einfach noch einmal festhalten: Es gibt einen offensichtlichen und hier auch diskutierten Zielkonflikt zwischen einer amtsangemessenen Erhöhung der Grundgehälter einerseits und dem Erfordernis der Haushaltskonsolidierung andererseits, die wir ebenfalls im Auge behalten wollen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist auch kein Argument!)

Das gescheit auszutarieren und aufzusetzen erfordert eine gewisse Debatte und eine vertiefte Abwägung. Ohne zeitaufwendige Kostenberechnungen und ohne eine Abwägung der komplexen Materie wäre diese Reform schlicht mit heißer Nadel gestrickt gewesen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann hätten Sie auch noch im Januar Zeit gehabt!)

So ein Schnellschuss hätte niemandem genutzt. Wir haben uns auch bewusst entschieden, den anderen Ländern ein paar Erfahrungen und Modelle abzuschauen. Gerade vor dem Hintergrund der Sicherung unserer Wettbewerbsposition war es wichtig, so vorzugehen.

(Beifall bei den Grünen)

Außerdem – auch das sage ich noch einmal in aller Deutlichkeit –: Mit der späten Verkündung des Gesetzes wird für die

Professoren überhaupt kein Nachteil bezüglich der Erhöhung ihrer Grundgehälter verbunden sein. Denn das Gesetz tritt rückwirkend in Kraft, und es sind entsprechende Nachzahlungen vorgesehen.

Daneben wurde eingewendet, durch die Nachzahlungen komme es zu höheren steuerlichen Belastungen und es gebe ein Problem mit der Ruhegehaltstauglichkeit von Leistungsbezügen. Ich werde hierzu nicht mehr ausführlich Stellung nehmen. Wir haben in den Ausschüssen ausführlich über diese Argumente gesprochen, und ich meine, dass wir sie hinreichend entkräftet haben.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: In einer halben Stunde! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Im Zusammenhang mit den Ausschussberatungen haben die Regierungsfractionen einen Änderungsantrag gestellt. Die in Artikel 6 Absatz 1 vorgeschlagene Änderung soll klarstellen, dass Leistungsbezüge, die in Grundgehalt umgewidmet und damit ruhegehaltstauglich werden, nicht noch einmal als ruhegehaltstauglicher Leistungsbezug zu berücksichtigen sind. Eine solche Doppelberücksichtigung wäre in der Tat nicht sachgerecht.

Des Weiteren soll in Artikel 6 Absatz 6 des Gesetzentwurfs klargestellt werden, dass die am 1. Januar 2009 an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg vorhandenen Beamten nur dann nicht unter die Umwidmungsregelung fallen, wenn sie Leistungsbezüge nach § 97 des Landesbesoldungsgesetzes erhalten. Solche Leistungsbezüge werden den Professoren unter bestimmten Voraussetzungen dann gewährt, wenn sie aus der A-Besoldung in die Besoldungsgruppe W 2 gewechselt sind. Ich glaube, auch dazu ist eine Regelung gefunden worden, die angemessen ist und der DHBW gerecht wird. Daher freue ich mich, dass die vorgeschlagenen Änderungen so umgesetzt und Unklarheiten dadurch beseitigt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit den jetzt im Gesetzentwurf enthaltenen Regelungen eine Lösung gefunden haben, die hoch attraktiv ist,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Höchst!)

die für die W-Besoldung eine gute Lösung bedeutet, die unserem Wissenschaftsstandort nutzt und die die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts korrekt und gut umsetzt.

Ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Gesetzentwurf die Attraktivität unseres Hochschulstandorts weiter steigern und dafür sorgen, dass auch in Zukunft die klügsten Köpfe an unseren Hochschulen forschen und entwickeln werden und die Grundlagen für neue, gute Ideen entstehen werden. So entsteht Zukunft „Made in Baden-Württemberg“.

Ich bitte Sie deswegen, dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Was?)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5933.

(Unruhe bei der SPD – Zurufe: Pst!)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/6021. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit zwei Änderungen in Artikel 6 zuzustimmen. Den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6237, werde ich nach der Schlussabstimmung zur Abstimmung stellen.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über Artikel 1 – Gesetz zur Erhöhung der Grundgehälter in der Landesbesoldungsordnung W – bis Artikel 5 – Erhöhung der Besoldungsdurchschnitte – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

Artikel 1 bis Artikel 5

Wer den Artikeln 1 bis 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 1 bis 5 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Übergangsvorschriften für Ämter der Besoldungsgruppen W 2 und W 3

Wer Artikel 6 in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 15/6021 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 6 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich schlage vor, die Abstimmung über Artikel 7 – Übergangsvorschriften für Versorgungsempfänger – und Artikel 8 – Inkrafttreten – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe auf

Artikel 7 und Artikel 8

Wer den Artikeln 7 und 8 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 7 und 8 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 11. Dezember 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und anderer dienstrechtlicher Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/6237, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/6173, 15/6174, 15/6175, 15/6176

Hier gibt es folgende Besonderheit bei Drucksache 15/6176: Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Abg. Beate Böhlen, ist mit den Obleuten der Fraktionen übereingekommen, die Petition mit der laufenden Nummer 5 der Drucksache 15/6176 an den Petitionsausschuss zurückzuüberweisen. – Sie sind damit einverstanden.

Darüber hinaus stelle ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den übrigen Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Drucksachen 15/6173 bis 15/6176, entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/6123

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 12. Dezember 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 20:26 Uhr